

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

69. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 15. November 1967

Tagesordnung

1. 3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967
2. Vertrag betreffend Erforschung und Nutzung des Weltraumes
3. Errichtung der Diplomatischen Akademie
4. Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Kreisky
5. Ersuchen um Aufhebung der Immunität der Abgeordneten Dr. Broda, Dr. Hertha Firnberg und Dr. Stella Klein-Löw
6. Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Minkowitsch

Inhalt

Tagesordnung

Ergänzung um die Punkte 1 sowie 4 bis 6 (S. 5621)

Personalien

Krankmeldung (S. 5606)

Fragestunde

Beantwortung der mündlichen Anfragen der Abgeordneten Weidinger (1096/M), Libal (1050/M), Zeillinger (1098/M), Kabesch (1097/M), Dr. Broda (1057/M), Meißl (1041/M), Lanc (1069/M, 1114/M), Peter (1062/M), Dr. van Tongel (1060/M, 1061/M), Stohs (1095/M), Dr. Hertha Firnberg (1067/M), Dr. Hauser (1026/M), Pölz (1051/M), Dr. Fiedler (1027/M), Troll (1072/M), Dr. Gruber (1028/M), Ing. Scheibengraf (1053/M), Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (1103/M), Moser (1054/M) und Hellwagner (1076/M) (S. 5606)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortung (S. 5619)

Ausschüsse

Zuweisung der Regierungsvorlagen 627, 635, 639 und 640 sowie von Berichten (S. 5620)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (641 d. B.): 3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967 (649 d. B.)

Berichterstatte: Dipl.-Ing. Fink (S. 5621)
 Redner: Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs (S. 5621), Dr. Hauser (S. 5624), Peter (S. 5632), Bundesminister Dr. Schmitz (S. 5634 und S. 5662), Ulbrich (S. 5635), Melter (S. 5647), Staudinger (S. 5648), Lanc (S. 5656), Dkfm. Androsch (S. 5660) und Dr. Staribacher (S. 5663)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5668)

Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (509 d. B.): Vertrag betreffend Erforschung und Nutzung des Weltraumes (614 d. B.)

Berichterstatte: Dr. Fiedler (S. 5668)

Redner: Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj (S. 5669)

Genehmigung (S. 5672)

Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (521 d. B.): Errichtung der Diplomatischen Akademie (615 d. B.)

Berichterstatte: Gabriele (S. 5672)

Redner: Dr. Kranzlmayr (S. 5672), Doktor Scrinzi (S. 5675), Dr. Stella Klein-Löw (S. 5677) und Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj (S. 5680)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 5681)

Bericht des Immunitätsausschusses über das Auslieferungsbegehren gegen den Abgeordneten Dr. Kreisky (646 d. B.)

Berichterstatte: Dr. Kleiner (S. 5681)

Annahme des Ausschlußantrages (S. 5681)

Bericht des Immunitätsausschusses über das Auslieferungsbegehren gegen die Abgeordneten Dr. Broda, Dr. Hertha Firnberg und Dr. Stella Klein-Löw (647 d. B.)

Berichterstatte: Gratz (S. 5681)

Annahme des Ausschlußantrages (S. 5682)

Bericht des Immunitätsausschusses über das Auslieferungsbegehren gegen den Abgeordneten Minkowitsch (648 d. B.)

Berichterstatte: Rudolf Graf (S. 5682)

Annahme des Ausschlußantrages (S. 5682)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

642: Protokoll über den Beitritt Polens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (S. 5619)

643: Protokoll über den Beitritt Islands zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen

644: Protokoll über den Beitritt Irlands zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen

645: Protokoll über den Beitritt Argentinien zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen

653: Neuerliche Abänderung der Anlage des Bundesgesetzes, betreffend auf Schilling lautende Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen

654: Abänderung des Bundesgesetzes, betreffend die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1967

655: Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1968

656: Druckfehlerberichtigungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (S. 5620)

658: Abgabenänderungsgesetz 1967

659: Neuerliche Änderung des Gerichtlichen Einbringungsgesetzes 1962

- 660: Neuerliche Änderung des Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetzes 1962 (S. 5620)
- 661: Abänderung des 4. EFTA-Durchführungsgesetzes
- 662: Veräußerung und Belastung von unbeweglichem und beweglichem Bundesvermögen
- 663: Ermächtigung des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zur Aufnahme von Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten
- 664: Änderung des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes hinsichtlich der Verwaltungsabgaben
- 665: 4. Budgetüberschreitungs-gesetz 1967 (S. 5620)

Berichte

- der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XVIII. Sitzungsperiode (S. 5620)
- Jahresbericht und Jahresabschluß 1966/67 des ERP-Fonds
- des Bundesministers für Bauten und Technik zur Entschliebung, betreffend Einbeziehung der Südrampe des Radstädter Tauernpasses in das Sofortprogramm 1967 für Lawinenverbauung
- der Bundesregierung über die Entschliebung, betreffend Ratifizierung der Übereinkommen Nr. 123 und 124 der Internationalen Arbeitsorganisation
- der Bundesregierung betreffend Luftraumüberwachung im Grenzgebiet; Übereinkommen zwischen den Bundesministern für Inneres, für Finanzen, für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen und für Landesverteidigung
- des Bundesministers für Bauten und Technik zur Entschliebung, betreffend Projektierung und Finanzierung der Tauernschnellstraße (S. 5620)

Antrag der Abgeordneten

- Harwalik, Dr. Stella Klein-Löw, Dr. Scrinzi und Genossen, betreffend Abänderung des Bundesgesetzes über vorübergehende Maßnahmen betreffend die Abhaltung von Rigorosen an den Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten und an der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz (60/A)

Anfragen der Abgeordneten

- Steininger, Mondl, Eberhard und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, betreffend Unfälle österreichischer Militärmaschinen (388/J)

Haberl, Ing. Scheibengraf und Genossen an den Bundesminister für Unterricht wegen Wohnbauten für das Bundesrealgymnasium in Stainach (389/J)

Troll, Steinhuber und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend das amtliche Formular für den Alleinverdienerfreibetrag 1967 (390/J)

Exler, Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend Förderungsbeitrag für Fleischkühlhaus im Schlachthof Weiz (391/J)

Lanc und Genossen an den Bundesminister für Finanzen, betreffend die Mehrbelastung des Bundeshaushaltes durch ein Bundeshaushaltsgesetz (392/J)

Haberl, Lanc und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die Nichtbeachtung von Vorschlägen des Rechnungshofes (393/J)

Marberger, Regensburger, Landmann und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, betreffend Verhandlungen über die Verkehrsfreigabe der Nordrampe der Timmelsjoch-Hochalpenstraße (394/J)

Dr. Fiedler und Genossen an den Bundesminister für Inneres, betreffend Adressenmaterial der Zulassungsanträge (395/J)

Dr. Fiedler und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Grünphase der Verkehrsampeln (396/J)

Dr. Fiedler und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend weiße Randlinien für größere Straßen (397/J)

Machunze, Dr. Fiedler und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, betreffend Einhaltung der Straßenverkehrsordnung (398/J)

Skritek, Libal und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Opferfürsorge (399/J)

Anfragebeantwortungen

Eingelangt sind die Antworten

des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen auf die Anfrage der Abgeordneten Fux und Genossen (377/A. B. zu 379/J)

des Präsidenten des Nationalrates auf die Anfrage der Abgeordneten Konir und Genossen (II-830 zu II-827 d. B.)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner,
Dritter Präsident Wallner.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 68. Sitzung des Nationalrates vom 27. Oktober 1967 ist

in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet ist der Abgeordnete Preußler.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — um 9 Uhr 3 Minuten — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Weidinger (*ÖVP*) an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Auslandsarbeiter.

1096/M

Besteht die Absicht, das Kontingent der Auslandsarbeiter für das Jahr 1968 zu reduzieren?

Präsident: Frau Minister, bitte.

Bundesminister für soziale Verwaltung Grete **Rehor:** Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Abgeordneter Weidinger! Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte, die im Rahmen der Kontingentvereinbarungen jeweils in Österreich beschäftigt werden können, wird von den Sozialpartnern ausgehandelt und einvernehmlich festgelegt. Die Verhandlungen über die Kontingentvereinbarung für das Jahr 1968 sind derzeit im Gange. Sie sind noch nicht abgeschlossen. Jedenfalls wird bei diesen Verhandlungen die gegenwärtige Situation auf dem Arbeitsmarkt und im wirtschaftlichen Bereich mitberücksichtigt.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Weidinger:** Frau Minister! Würde für den Fall, daß die Arbeitslosigkeit weiter ansteigt, die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften gänzlich eingestellt werden können?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Grete **Rehor:** Herr Abgeordneter Weidinger! Die Kontingentvereinbarungen, die zwischen den Sozialpartnern zustandekommen, sind naturgemäß bindend. Wenn also auf dem Arbeitsmarkt eine besondere Situation eintreten würde, müßten die Sozialpartner neu überlegen, was geschehen kann.

Präsident: 2. Anfrage: Abgeordneter Libal (*SPÖ*) an die Frau Sozialminister, betreffend Aufwendungen für Propagandazwecke.

1050/M

Wie hoch waren in Ihrem Ressort in der Zeit vom 15. Oktober 1966 bis 15. Oktober 1967 die Aufwendungen für Propagandazwecke?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Grete **Rehor:** Herr Abgeordneter Libal! Ich darf besonders unterstreichen, daß wir im Bundesministerium für soziale Verwaltung keine Mittel für Propagandazwecke ausgeben beziehungsweise ausgeben können. Die Mittel, die aufgewendet werden, dienen vor allem der Information hinsichtlich der Volksgesundheit, hinsichtlich

der Arbeitsmarktpolitik und auch hinsichtlich verschiedener Fragen der Sozialversicherung. Solche Informationen haben wir in verschiedenster Form gegeben, und dafür ist bis heute ein Betrag von rund 740.000 S aufgewendet worden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Libal:** Frau Minister! Ich bin nicht Ihrer Meinung, daß das nur Information ist, denn die Plakate und Inserate in Zeitungen sind mir mehr als Propaganda als als Aufklärung erschienen. Wollen Sie diese Tätigkeit auf dieser Basis fortsetzen oder sind Sie gewillt, die betreffenden Stellen statt durch diese Plakate und Zeitungsinserate in Form von Merkblättern über diese Dinge aufzuklären?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Grete **Rehor:** Herr Abgeordneter Libal! Ich glaube, wir alle teilen die Auffassung, daß heute die Information verschiedentlich erfolgen kann: sicher über Merkblätter, sicher über Druckschriften; aber im großen gesehen bedient man sich heute auch des Plakates und der Inserate. Wir haben uns eben auch der modernen Form der Information bedient, Herr Abgeordneter Libal!

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Libal:** Frau Minister! Sind Sie nicht der Ansicht, daß diese großen Beträge besser angelegt werden könnten, wenn den Betroffenen mit diesen Mitteln durch Sonderunterstützungen geholfen würde?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Grete **Rehor:** Herr Abgeordneter Libal! Ich habe mir erlaubt, den Betrag zu nennen, der bis heute für Informationen ausgegeben wurde. Dieser Betrag ist nicht in einer Ansatzpost im Rahmen der Sozialversicherung, sondern im Bereich Informationsdienst zu finden. Für diese Tätigkeit haben das Bundesministerium für soziale Verwaltung und alle Ressorts eine Ansatzpost. Das wird ausschließlich für diesen Zweck verwendet. Ich darf aber sagen: Wenn wir den Betrag von rund 740.000 S zur Zahl der Pensionisten in Relation setzen, dann käme je Pensionist pro Jahr ein Betrag von rund 20 bis 25 Groschen heraus. Das ist wirklich ein minimaler Betrag, der sich im Bereich der Information ergibt — dies nicht nur für die Pensionisten, sondern in allen Bereichen, wie zuvor angeführt wurde.

Präsident: 3. Anfrage: Abgeordneter Zeilinger (*FPÖ*) an die Frau Sozialminister, betreffend Vorführen von Kindermode durch Kinder.

1098/M

Werden Sie der Rechtsansicht der Arbeitsinspektorate entgegentreten, wonach das Vorführen von Kindermodeschauen bei Kindermodeschauen durch Kinder einen strafbaren Tatbestand darstellt?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Grete **Rehor:** Herr Abgeordneter Zeillinger! Auf Grund der Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen, Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz, dürfen Kinder nur bei Musikaufführungen, bei Theateraufführungen und Filmaufnahmen verwendet werden beziehungsweise hiezu herangezogen werden, allerdings gebunden an die Voraussetzung, daß das Amt der Landesregierung der Teilnahme von Kindern an solchen Veranstaltungen zustimmt. Solche Bewilligungen müssen eingeholt werden. Wenn eine solche Bewilligung vorliegt, Herr Abgeordneter Zeillinger, tritt das Arbeitsinspektorat in Aktion und wird prüfen, ob die geltenden Bestimmungen auch eingehalten werden. Nicht das Arbeitsinspektorat hat die Möglichkeit, zu bewilligen oder abzulehnen, sondern diese Möglichkeit haben ausschließlich die Ämter der Landesregierungen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Zeillinger:** Sehr geehrte Frau Minister! Ich muß leider dem von Ihnen vertretenen Rechtsstandpunkt entgegentreten, denn durch das Ansuchen müßte die Firma zugeben, daß es sich dabei um eine Arbeit handelt. In dem Moment, in dem sie anerkennt, daß das Vorführen eine Arbeit ist, darf nach dem Wortlaut des Gesetzes die Bewilligung vom Arbeitsinspektorat nicht mehr erteilt werden. Es wurde in ganz Österreich, aber nicht nur in Österreich, sondern auf der ganzen Welt, die Praxis geübt, Kindermodeschauen von Kindern vorführen zu lassen; dies geschah unter der Annahme, daß es keine Arbeit, sondern ein G'spaß für die Kinder ist, das vorzuführen.

Ich darf Sie daher fragen, Frau Minister: Wer soll denn dann Kindermodeschauen vorführen? Ich kann mir nicht vorstellen, daß das Erwachsene machen. — Manchmal weiß man bei der Minimode allerdings nicht mehr, ob es nicht ein Erwachsener in einem Kinderkleid ist. (*Heiterkeit.*) Ich darf also fragen: Wer soll die Kindermode vorführen, wenn Sie das als Arbeit deklarieren wollen, während gleichzeitig im Gesetz steht, daß Kinder zu dieser Arbeit nicht herangezogen werden dürfen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Grete **Rehor:** Herr Abgeordneter Zeillinger! Ich glaube, wir ver-

treten den Standpunkt des Rechtsstaates. Wir müssen uns in allen Fragen zunächst an die rechtsstaatlichen Bestimmungen halten, die für uns in der Frage der Beschäftigung oder der Teilnahme von Kindern an irgendwelchen Aufführungen oder Veranstaltungen maßgeblich sind. Auch bei Modevorführungen sind wir natürlich an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Wir haben die Pflicht, diese Bestimmungen nicht nur zu sehen, sondern uns auch daran zu halten.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Zeillinger:** Frau Minister! Sind Sie sich bewußt, daß Sie dann, wenn Sie mit dem Standpunkt durchdringen, daß Modevorführungen durch Kinder eine Arbeit ist, die Genehmigung durch die Arbeitsinspektorate nicht mehr geben lassen können, weil Kinder nach dem Gesetz nur für Theater- und Musikvorführungen, also für kulturelle Zwecke herangezogen werden können? Sind Sie sich bewußt, daß Ihr Standpunkt bedeutet, daß Kindermodeschauen in Zukunft nicht mehr von Kindern vorgeführt werden dürfen? (*Abg. Herta Winkler: So ein Malheur!*)

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Grete **Rehor:** Herr Abgeordneter Zeillinger! Ich habe mir erlaubt, zunächst zu sagen, daß jeweils das Amt der Landesregierung befragt werden muß. Wenn die Ämter der Landesregierungen zu der Auffassung kommen, daß Kinder auch bei Modeschauen beschäftigt werden können, dann ist die Zustimmung gegeben. Ohne diese Zustimmung, Herr Abgeordneter Zeillinger, kann ein Kind zu einer Modeschau sicher nicht herangezogen werden.

Präsident: 4. Anfrage: Abgeordneter Kabesch (*ÖVP*) an die Frau Sozialminister, betreffend Institut für Arbeitsmarktforschung.

1097/M

Welche Aufgaben soll das geplante Institut für Arbeitsmarktforschung erfüllen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Grete **Rehor:** Herr Abgeordneter Kabesch! Die Arbeitsmarktpolitik gewinnt in Österreich und in allen anderen Ländern der Welt eine immer stärker steigende Bedeutung, dies nicht nur in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern auch in der gesamten Staatspolitik. Bisher haben sich verschiedene Stellen mit den Fragen der Arbeitsmarktpolitik befaßt, das ist uns allen bekannt, aber eine umfassende und konzentrierte Forschung im Bereich der Arbeitsmarktpolitik gibt es in Österreich derzeit nicht.

Wir halten es also sicher für richtig und zweckmäßig, daß sich ein Institut am Sitz

Bundesminister Grete Rehor

einer Hochschule mit diesen Fragen befaßt, um ihnen mehr Bedeutung als bisher zuzumessen und auch die Forschung durchzuführen.

Präsident: Danke, Frau Minister.

Bundesministerium für Finanzen

Präsident: 5. Anfrage: Abgeordneter Dr. Broda (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Finanzen, betreffend Einführung eines Bonus im Rahmen der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung.

1057/M

Welche Hindernisse stehen der Einführung eines Bonus für den unfallfreien Kraftfahrer im Rahmen der Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung bereits ab 1. Jänner 1968 entgegen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Der Einführung des Bonus ab 1. Jänner 1968 steht kein Hindernis entgegen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Broda: Herr Finanzminister! Die Botschaft ist eine gute Botschaft für die Kraftfahrer und die großen Kraftfahrerorganisationen, entspricht auch sicher den Intentionen des Gesetzgebers, der hier das Kraftfahrergesetz verabschiedet hat. Ich muß aber nun fragen, Herr Finanzminister: Ist daher anzunehmen, daß das Finanzministerium von der Bestimmung der jetzt zur Begutachtung den Kraftfahrerorganisationen zugangenen Verordnung, die ab 1. Jänner die Prämienregelung treffen soll, abgehen wird, wonach der Bonus erst ab 1. 1. 1970 gelten soll?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Herr Minister! Ich wollte sagen: Es ist eine gute Botschaft, aber keine neue Botschaft, denn schon bei dem Antrag der Versicherungen, den das Finanzministerium genehmigt hat, ist die Einführung des Bonus ab 1. Jänner 1968 vorgesehen, er kann aber erst nach der Zeit ausbezahlt werden, in der der Bonus verdient wird.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Broda: Diese Botschaft war daher doch keine gute Botschaft. (Heiterkeit.) Herr Finanzminister! Ich frage daher: Haben Sie durch die Versicherungsaufsicht im Sinne der Beschlüsse des Gesetzgebers in den letzten Monaten neuerlich die Unterlagen der Versicherungsgesellschaften durchrechnen lassen? Wenn nein, sind Sie bereit, dies noch zu tun und gegebenenfalls den Bonus schon ab 1. 1. 1968 auszahlen zu lassen? Das ist die Frage.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Das waren zwar zwei Fragen, Herr Minister, aber ich darf vielleicht ausnahmsweise beide Zusatzfragen beantworten. (Abg. Dr. Broda: Herr Finanzminister! Das ist durch Ihre Zwischenantwort verschuldet worden!)

Erstens: Wir haben die Unterlagen durchgerechnet. Zweitens: Ein Bonus kann nicht schon im Jahre 1968 ausgezahlt werden, weil ja das Verdienen des Bonus die Voraussetzung der Existenz des Bonussystems sein muß. (Abg. Dr. Pittermann: Dann brauchen wir ja auch das Geld zur Deckung des Defizits!) Die Auszahlungen und Schadensmeldungen der Jahre 1966/1967 sind ja unter ganz anderen Konditionen erfolgt. Daher muß zuerst der Bonus verdient werden und dann kann ausbezahlt werden, denn schon allein von der Logik her ist es nicht möglich, den Bonus auch auf ein System aufzubauen, das ohne Bonus gelaufen ist.

Präsident: 6. Anfrage: Abgeordneter Meißl (FPÖ) an den Herrn Finanzminister, betreffend Stundung der Branntweinsteuer.

1041/M

Ist daran gedacht, zur Begünstigung der Verwendung überschüssigen Obstes die Branntweinsteuer so lange zu stunden, bis aus dem Verkauf des Obstbranntweins ein Ertrag erzielt wurde?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Auf Antrag der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs hat das Bundesministerium für Finanzen angesichts des großen Ausmaßes der heurigen Obsternte die nachgeordneten Finanzbehörden angewiesen, Obstverschlusßbrennereien, die in der Zeit vom 25. Oktober 1967 bis 15. März 1968 in den Bundesländern Niederösterreich, Oberösterreich, Burgenland, Steiermark, Kärnten, Tirol und Vorarlberg zusätzlich, das heißt über ihren normalen Bedarf hinaus Kernobst aufkaufen, auf ihr Ansuchen eine Stundung des Branntweinaufschlages auf die Dauer von 18 Monaten für jene Branntweinsmengen zu bewilligen, die aus entsprechenden zusätzlichen Obstkäufen gewonnen wurden und nicht auf Branntweineigenlager gelegt werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Meißl: Herr Minister! Ich weiß selbst, daß durch den etwas verspäteten Aufruf dieser Frage der erste Teil dieser Frage bereits in dem Sinne überholt ist, daß es eine gewisse gute Botschaft ist, daß hier schon etwas geschehen ist. Aber es wäre noch interessanter, wenn man diese Botschaft auch auf die Landwirte, die frei brennen, ausdehnen

5610

Nationalrat XI. GP. — 69. Sitzung — 15. November 1967

Meißl

könnte. Sind Sie bereit beziehungsweise sehen Sie eine Möglichkeit, hier die Kontingente zu erhöhen, Herr Minister?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Schmitz:** Wenn ich die Frage richtig verstehe — worüber ich aber nicht sicher bin, weil die ganze Branntweinregelung sehr kompliziert ist —, so meinen Sie wahrscheinlich die Möglichkeit, im Einzelfall, in Ausnahmefällen den 50-Liter-Obstabfindungsbrennern im Betriebsjahr 1967/68 die Erzeugung von Weingeist aus selbstgewonnenem Kernobst über die monopolbegünstigte Erzeugungsgrenze hinaus zu gestatten.

Aber ich bitte gleich um Nachsicht, wenn das nicht die Antwort auf Ihre Frage ist. Die Lage ist ja sehr kompliziert.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Meißl:** Es ist auch hier schon etwas geschehen, Herr Minister! Meine zweite Zusatzfrage geht dahin, ob man, da noch große Mengen Obst unverarbeitet sind, vielleicht auf entsprechenden Antrag der zuständigen Stellen eine Erhöhung der Freibrennungsgrenze noch ermöglichen könnte.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Schmitz:** Ich muß mich jetzt darauf beschränken, die Prüfung dieser Frage zuzusagen.

Präsident: 7. Anfrage: Abgeordneter Lanc (*SPÖ*) an den Herrn Finanzminister, betreffend Kassenstand des Bundes.

1069/M

Wie hoch ist der Kassenstand des Bundes?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Schmitz:** Die zentralen Kassenbestände befinden sich auf dem Girokonto der Staatshauptkasse bei der Oesterreichischen Nationalbank, auf dem Postscheckkonto der Staatshauptkasse beim Postsparkassenamt und zum geringen Teil als Bargeldbestände bei der Staatshauptkasse. Darüber hinaus bestehen noch verschiedene andere Konten von Dienststellen des Bundes, insbesondere von den Österreichischen Bundesbahnen und der Post- und Telegraphenverwaltung. Ferner sind Bargeldbestände bei den verschiedenen Bundeskassen, insbesondere auch bei den Bundesbahnen und bei der Post vorhanden.

Das Finanzministerium verfügt lediglich über einen Überblick über die sich täglich ergebenden zentralen Kassenbestände des Bundes, deren Höhe je nach der Entwicklung der Ausgaben und der Einnahmen von Tag zu Tag stark wechselt. Am 10. November 1967

zum Beispiel betrug der Nettokassenbestand rund 1093,7 Millionen Schilling, während er einen Monat früher, am 10. Oktober, rund 1221,1 Millionen Schilling betragen hat.

Eine umfassende Auskunft über den Gesamtkassenbestand des Bundes kann daher nur jeweils zum 31. Dezember eines jeden Jahres an Hand des vom Rechnungshof erstellten Rechnungsabschlusses, der alle Giral- und Bargeldbestände des Bundes zu diesem Stichtag festhält, gegeben werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Lanc:** Herr Finanzminister! Wie erklären Sie sich die Tatsache, daß die von Ihnen angegebenen Kassenstände geringer sind als jene Kassenstände, die der Kinderbeihilfen- und der Arbeitslosenversicherungsfonds haben müßten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Schmitz:** Das ist damit zu erklären, daß diese beiden Dinge nichts miteinander zu tun haben.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Lanc:** Ist es nicht eher damit zu erklären, Herr Finanzminister, daß Sie mit dem Geld dieser Fonds wirtschaften?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Schmitz:** Der Fonds hat einen Anspruch an den Bund, aber bis zum Inkrafttreten der Bestimmung im neuen Familienlastenausgleichsgesetz sind die Mittel Kassenmittel.

Präsident: 8. Anfrage: Abgeordneter Peter (*FPÖ*) an den Herrn Finanzminister, betreffend Ausgleichsteuer.

1062/M

Werden Sie die vom Hauptverband des Österreichischen Buchhandels gegen die geplante Erhöhung der Ausgleichsteuer für Bücher und Zeitschriften vorgebrachten Einwände zum Anlaß nehmen, um Ihre diesbezügliche Absicht zu revidieren?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Schmitz:** Die Regierungsvorlage über ein Abgabenänderungsgesetz ist dem Parlament bereits zugeleitet. Es war nicht möglich, den Einwänden des österreichischen Buchhandels dabei Rechnung zu tragen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Peter:** Herr Bundesminister! Sehen Sie eine Möglichkeit in der Ihnen noch verbleibenden Amtszeit, diese steuerlichen Härten dem Buch gegenüber zu beseitigen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Eine solche Möglichkeit ist dann gegeben, wenn man einen Weg findet, das begünstigungswürdige Buch vom nicht begünstigungswürdigen zu unterscheiden beziehungsweise wenn die Bedeckung für eine solche Begünstigung geschaffen wird.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Peter: Herr Minister! Sind Sie bereit, in den Ihnen noch verbleibenden Monaten diesen Weg zu suchen? (*Abg. Weikhart: Das wird sich mit der Zeit nicht ausgeben!*)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Herr Abgeordneter! Wir befassen uns mit der Frage der Umsatzsteuer des Buches schon seit längerer Zeit. Wir befassen uns weiterhin damit, einen Weg zu finden, der diesen Argumenten Rechnung trägt.

Präsident: 9. Anfrage: Abgeordneter Lanc (*SPÖ*) an den Herrn Finanzminister, betreffend Veräußerung des Serotherapeutischen Institutes.

1114/M

Ist es richtig, daß von der Österreichischen Vermögensschutzgesellschaft m. b. H. die Geschäftsanteile des Serotherapeutischen Institutes Wien Ges. m. b. H. an die Firma Kwizda veräußert werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Eine Veräußerung von Vermögenswerten ehemals deutschen Eigentums mit einem Kaufpreis von mehr als 2 Millionen bedarf gemäß § 47 des 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetzes der vorherigen Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates. Vorher kann die Österreichische Vermögensschutzgesellschaft m. b. H. keine Veräußerung vornehmen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Lanc: Wenngleich, Herr Finanzminister, ich diese „No-na-Antwort“ erwartet habe, muß ich Sie doch mit einer Zusatzfrage behelligen, nämlich mit der, ob es den Tatsachen entspricht, daß die an Ihre Weisungen gebundene Österreichische Vermögensschutzgesellschaft m. b. H. verhalten wurde, entweder von Ihnen oder von Ihnen unterstellten Organen das Serotherapeutische Institut beziehungsweise seine dem Bund gehörenden Geschäftsanteile an einen von Ihnen bestimmten Bewerber zum Betrag von 7,5 Millionen Schilling zu veräußern, obwohl ein anderer Bewerber, eine in Österreich nicht ganz unbekannte Gebietskörperschaft, einen Betrag von zuerst 10 und dann nach einer Angebotserhöhung von 11 Millionen Schilling geboten hat.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Ich darf Ihnen versichern, Herr Abgeordneter, daß ich auf Grund der bestehenden Rechtslage keinen Auftrag auf Veräußerung gegeben habe, sondern daß vorerst der Beschluß des Hauptausschusses abgewartet werden soll.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Lanc: Ich frage Sie noch einmal konkret, Herr Finanzminister — Sie sind nämlich dieser Antwort meiner Auffassung nach ausgewichen —: Alle Vorlagen an die Bundesregierung und an den Hauptausschuß müssen vorher vorlagereif gemacht werden. Haben Sie eine Weisung an die Österreichische Vermögensschutzgesellschaft m. b. H. gegeben, diese Vorlagereife zugunsten der Firma Kwizda herzustellen oder nicht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Schmitz: Jetzt ist die Frage richtig gestellt. Vorher war sie falsch gestellt, darum mußte ich nein darauf sagen. (*Abg. Czettel: Das werden Sie bestimmen! Sie haben nicht verstanden, meinen Sie?*) Nein, ein Veräußerungsauftrag wurde nicht gegeben. Nein, nein, meine Herren Abgeordneten, das ist vollkommen falsch. (*Zwischenrufe. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen. — Abg. Weikhart: Als Finanzminister wissen Sie sehr genau, worum es da geht!*) Ich weiß auch genau, warum ich die Fragen präzise beantworte und nicht versuche, falsch gestellte Fragen richtig zu interpretieren. (*Der Präsident gibt erneut das Glockenzeichen.*)

Die Frage ist jetzt richtig gestellt. Jawohl, es ist der Auftrag gegeben worden, eine Vorlage für den Hauptausschuß vorzubereiten, die den Verkauf des Serotherapeutischen Institutes an die Firma Kwizda vorsieht. (*Abg. Weikhart: Also nicht an den Bestbieter?*) Ist das auch eine Zusatzfrage? (*Heiterkeit. — Abg. Probst: Sie müssen doch einen Antrag stellen und nicht die Vermögensschutzgesellschaft!*)

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Unterricht

Präsident: Die 10. Anfrage wurde zurückgezogen.

Wir gelangen daher zur 11. Anfrage: Abgeordneter Dr. van Tongel (*FPÖ*) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Fragebogen bei Inskriptionen.

1060/M

Aus welchen Gründen wurde anlässlich der diesjährigen Inskriptionen ein neuer Fragebogen aufgelegt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht **Dr. Piffi-Perčević:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Hochschulstatistik mußte auf eine neue Grundlage gestellt werden, um den modernen Anforderungen zu entsprechen, insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit, eine Verlaufsstatistik einzuführen und von der bisherigen bloßen Schichtstatistik abzugehen. Die Notwendigkeit, solche Unterlagen zu gewinnen, besteht nicht nur wegen der internationalen Vergleichsmöglichkeit, die damit geschaffen wird, sondern ergibt sich insbesondere auch aus der Weisung des Gesetzgebers an den Unterrichtsminister gemäß § 44 des Allgemeinen Hochschulstudiengesetzes, über die Leistungen und Probleme des Hochschulwesens mindestens im Abstand von drei Jahren Berichte vorzulegen und Vorschläge zu ihrer Lösung zu unterbreiten. Das kann nur geschehen auf Grund einer modernen, eben einer Verlaufsstatistik.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Dr. van Tongel:** Ist Ihnen bekannt, Herr Minister, daß die Erweiterung dieses Fragebogens, insbesondere die Verletzung der Anonymität, weitgehende Unzufriedenheit in Kreisen der Hochschülerschaft hervorgerufen hat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dr. Piffi-Perčević:** Das ist mir bestens bekannt.

Im breiten öffentlichen und im geschlossenen Kreis stattgefundene Diskussionen haben wir aber die Vertreter der Hochschülerschaft davon überzeugt, daß die Hochschulstatistik in dieser Form zweckmäßig ist, daß die Anonymität in dieser absoluten Form bei keiner Statistik besteht, es sei denn bei einer Straßenbefragung, aber bei jeder Statistik nach dem Bundesstatistikgesetz ist der Name anzuführen.

Wir haben die Hochschülerschaft auch davon überzeugt, daß die Methode, die gewählt wurde, nämlich die Angaben, die den Namen tragen, und die Statistikangaben, die nur eine Nummer tragen, zu trennen, im derzeit bestmöglichen wissenschaftlich erprobten Maße die Anonymität verbürgt und diese Anonymität nur dann wieder aufgehoben werden könnte, wenn mindestens zwei Beamte Amtsmissbrauch begehen.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Dr. van Tongel:** Ist mit dem Herrn Staatssekretär **Dr. Gruber** als dem für Verwaltungsreform zuständigen Mann in der Regierung vor Ausarbeitung dieses Fragebogens Fühlung genommen worden, um dem Gedanken der Verwaltungsreform und -vereinfachung Rechnung zu tragen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dr. Piffi-Perčević:** Zunächst, Herr Abgeordneter, darf ich darauf verweisen, daß ich in der Durchführung der Gesetze ausschließlich der Ministerverantwortlichkeit unterliege und nicht angewiesen bin, solche Gespräche zu führen.

Im übrigen sind aber solche Gespräche ausführlich mit dem mit den statistischen Fragen betrauten Herrn Staatssekretär **Dr. Koren** geführt worden und insbesondere, wie es das Gesetz vorschreibt, mit dem Statistischen Zentralamt selbst.

Präsident: 12. Anfrage: Abgeordneter **Stohs (ÖVP)** an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Maturagebühren.

1095/M

Entspricht es den Tatsachen, daß die Maturagebühr vor der Auszahlung an die prüfenden Professoren zuerst von den Schuldirektionen an das Unterrichtsministerium überwiesen werden müssen und nicht wie bisher direkt ausbezahlt werden dürfen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister **Dr. Piffi-Perčević:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Frage vermeint, daß die Prüfungstaxen an das Unterrichtsministerium abzuführen seien. Dem ist nicht so. Die Vorschrift ist nur dahin geändert worden, daß die von den Studierenden eingezahlten Prüfungstaxen nunmehr Bestandteil der Bundesverrechnung sind, sie sind also in die Bundesverrechnung einzusetzen. Die Gelder können durchaus bei den Schulen bleiben und dann ausbezahlt werden. Sie müssen wieder im Rahmen der Bundesverrechnung in Ausgang gestellt werden. Eine Abführung, eine Überweisung des Geldes in diesem Sinne an das Bundesministerium findet nicht statt.

Präsident: 13. Anfrage: Frau Abgeordnete **Dr. Hertha Firnberg (SPÖ)** an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Disziplinarverfahren gegen **Dr. Borodajkewycz**.

1067/M

Welche Gründe sind dafür maßgeblich, daß das Disziplinarverfahren gegen **Dr. Taras Borodajkewycz** noch immer nicht abgeschlossen ist, obwohl das gerichtliche Endurteil, das von Ihnen, Herr Bundesminister, als Voraussetzung für eine Entscheidung im Disziplinarverfahren bezeichnet wurde, seit rund zwei Jahren rechtskräftig vorliegt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister **Dr. Piffi-Perčević:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Die verhältnismäßig lange, aber bei Disziplinarverfahren keineswegs grundsätzlich ungewöhnlich lange Dauer hat im konkreten Falle zur Ursache,

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević

daß zwei Mitglieder des Obersten Disziplinar-senates, nämlich zwei Hochschulprofessoren, ausgefallen sind, einer nach dem Gesetze berechtigt vom Beschuldigten abgelehnt wurde und dadurch neuerlich die Akten studiert werden mußten, die insgesamt etwa 1400 Seiten umfassen. Dadurch ergaben sich Verzögerungen im Verlaufe der Abwicklung des Berufungsverfahrens.

Ich darf berichten, daß ich auf Grund einer Mitteilung des Disziplinaranwaltes an mich die Hoffnung habe, daß im Verlaufe dieses Monates noch eine Entscheidung gefunden werden kann.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Minister! Sie haben zuerst die Ausnützung der Ihnen eingeräumten Befugnisse von der Vorlage konkreter amtlicher Unterlagen abhängig gemacht, dann von der Vorlage eines gerichtlichen Urteiles. Im Sommer haben Sie meinem Kollegen Ströer mitgeteilt, daß noch ein amtsärztlicher Befund fehlt. Darf ich jetzt fragen, ob der Disziplinaranwalt von Ihnen die Weisung erhielt, das Verfahren zu beschleunigen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Diese Weisung hat er ständig und wiederholt von mir erhalten.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordnete Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Minister! Sind Sie wie wir der Meinung, daß sich das Verfahren gegen Herrn Professor Borodajkewycz, zu dem die erste Interpellation am 20. Jänner 1965 erfolgte, also vor fast nunmehr drei Jahren, für das Ansehen Österreichs durch seine lange Dauer als abträglich erweist?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Ich habe nicht über Meinungen in der Öffentlichkeit zu befinden, sondern über den Vollzug der Gesetze Auskunft zu geben. Ich bin der Überzeugung und des guten Gewissens, daß die Gesetze korrekt vollzogen wurden.

Präsident: 14. Anfrage: Abgeordneter Dr. van Tongel (*FPÖ*) an den Herrn Unterrichtsminister, betreffend Begleitung der Staatsoper durch Musikkritiker.

1061/M

Nach welchen Gesichtspunkten erfolgte die Auswahl der Musikkritiker, welche die Staatsoper zur Weltausstellung nach Montreal begleitet haben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Zeitungen „Die Presse“, der „Kurier“, die „Arbeiter-Zeitung“, das „Volksblatt“ und die „Salzburger Nachrichten“ wurden von der Staatsoperndirektion eingeladen, Kritiker nach Montreal zu entsenden, weil diese Zeitungen einerseits wegen ihrer großen Verbreitung, andererseits wegen ihres besonders bewiesenen Interesses am Anliegen der Opernkultur hervorragten und entsprechende Freiplätze in den Chartermaschinen vorhanden waren, sodaß zusätzliche Fahrtkosten nicht entstanden. Außerdem erklärte sich die EXPO bereit, die Aufenthaltskosten zu drei Vierteln zu zahlen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. van **Tongel:** Sehr geehrter Herr Vizekanzler! O pardon, ich habe mich versprochen. (*Heiterkeit. — Abg. Dr. Pittermann: Haben Sie bessere Informationen? — Abg. Moser: Sie sind Ihrer Zeit voraus!*) Herr Minister! Welche Kosten sind nun zusätzlich zu den Kosten entstanden, die an und für sich recht aufwendig waren, durch die Umstände, die Sie soeben angeführt haben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Piffi-Perčević: Die Kosten der Einladung an diese Reporter, die ungefähr 23 Tage, einer bloß 11 Tage in Montreal anwesend waren, haben für die Bundestheaterverwaltung den Betrag von 18.120 S ausgemacht.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Bauten und Technik

Präsident: 15. Anfrage: Abgeordneter Dr. Hauser (*ÖVP*) an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Förderung des technischen Versuchswesens.

1026/M

Nach welchem Gesichtspunkt werden die im Budget 1967 beim Bundesministerium für Bauten und Technik veranlagten Mittel für die Förderung des technischen Versuchswesens vergeben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister für Bauten und Technik Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Zur Abgrenzung der Förderungsvorhaben wurde zwischen dem Ministerium für Handel, Gewerbe und Industrie und dem Bundesministerium für Bauten und Technik ein Übereinkommen abgeschlossen, wonach von meinem Ministerium insbesondere die bauliche Aus- und Umgestaltung und die gerätemäßige Ausrüstung sowie die Entwicklung von Prüf-, Meß- und Versuchsverfahren gefördert werden soll.

5614

Nationalrat XI. GP. — 69. Sitzung — 15. November 1967

Bundesminister Dr. Kotzina

Damit dieses Übereinkommen auch gleichzeitig die Gewähr dafür bietet, daß diese Subventionen und diese Hilfen zweckmäßigst von den beiden Ministerien gegeben werden, steht ein Beirat, zusammengesetzt aus beiden Ressorts und darüber hinaus aus Experten der gewerblichen Wirtschaft, an der Seite dieser beiden Ressorts und befindet beziehungsweise berät, welche Vorhaben primär gefördert werden sollen.

Durch die Förderungsmaßnahmen meines Ressorts werden sowohl die kooperativen als auch die privaten Versuchsanstalten in die Lage versetzt, die für das Gedeihen der Wirtschaft so dringenden Versuchs- und Forschungsarbeiten durchzuführen.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Hauser: Herr Bundesminister! Können Sie uns bitte sagen, welches Ausmaß die Anträge auf Zuweisung von solchen Mitteln, die Ihr Ressort betreffen, im Jahre 1967 hatten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Im heurigen Jahr haben diese Anträge ein Volumen von rund 10 Millionen Schilling gehabt. Auf Grund der Budgetlage, das heißt auf Grund der für diese Zwecke vorgesehenen Budgetansätze, war es bisher möglich, rund 7,5 Millionen Schilling zu genehmigen und auch zu überweisen. Der verbleibende Budgetrest konnte infolge verschiedener Kürzungsmaßnahmen Förderungszwecken nicht zugeführt werden.

Es mußten also, wie schon angedeutet, Anträge in der Höhe von 2,6 Millionen Schilling zurückgestellt werden.

Präsident: 16. Anfrage: Abgeordneter Pölz (SPÖ) an den Herrn Bautenminister, betreffend Aufwendungen für Propagandazwecke.

1051/M

Wie hoch waren in Ihrem Ressort in der Zeit vom 15. Oktober 1966 bis 15. Oktober 1967 die Aufwendungen für Propagandazwecke?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Für Propagandazwecke wurden seitens meines Ressorts keine Mittel ausgegeben. Ich möchte allerdings gleich darauf hinweisen, um Ihnen eine Zusatzfrage zu ersparen, daß für Informationszwecke Mittel aus meinem Ressort bereitgestellt wurden. Die Höhe dieses Betrages ist 1.980.000 S. (*Abg. Pay: Die Straßentafeln an den Bundesstraßen sind ein Skandal!*)

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Pölz: Herr Minister! Sind Sie nicht auch der Meinung, daß Sie ein Ministerium leiten, dessen Tätigkeit man draußen im Leben sehen, manchmal auch spüren kann, und daß daher eine Einschränkung dieser Mittel möglich wäre, um mehr Straßen bauen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Sie beziehen sich auf die Straßentafeln. Da möchte ich darauf hinweisen, daß die Aufwendungen für diese Straßentafeln bereits in das Jahr 1966 zurückreichen und nunmehr im Jahre 1967 lediglich die Plakate, die noch aus dem Jahre 1966 zur Verfügung standen, aufgestellt wurden, um hier noch ihrer Aufgabe dienlich zu werden.

Es sind also dadurch dem Straßenbau überhaupt keine Mittel entgangen, weil, wie aus einer früheren Anfragebeantwortung schon hervorgegangen ist, diese Mittel ausschließlich aus einer Budgetpost genommen werden, die eben nicht der jeweiligen Ressortaufgabe unmittelbar zu dienen hat, nämlich der Budgetpost, die für Informationszwecke des Ressorts ausgewiesen ist. (*Abg. Ing. Kunst: Sagen Sie gleich „Wahlpropaganda“! — Abg. Dr. Fiedler: Sehen Sie sich die Ausgaben in Wien an!*)

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Pölz: Herr Bundesminister! Ich habe von Ihnen eine viel bessere Meinung. Ich dachte nicht an die Tafeln, sondern ich dachte an die wirkliche Arbeit von Ihnen, den Straßenbau. Das sieht man, manchmal spürt man's, wie auf dem Strengberg. Daher war ich der Meinung, man sieht sowieso, was draußen geschieht. Kann man nicht von den 2 Millionen — es sind ja beinahe 2 Millionen — noch etwas einsparen? 1 Million Schilling bedeutet 1 Kilometer Bundesstraße.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Ich habe schon darauf hingewiesen, daß diese Ansatzpost, die dafür herangezogen wurde, solche Informationstafeln zu errichten, erstens auf das Jahr 1966 zurückgeht und zweitens eben nicht dem Budgetposten „Straßenbau“ entnommen wurde. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*) Bekanntlich ist die Mineralölsteuer ausschließlich für den Straßenbau zweckgebunden, und es dürfen also aus diesem Budgetposten Bundesmineralölsteuer, ist gleich Straßenbau, auch keine Mittel für Informationszwecke und auch nicht für diese Tafeln, die Sie im Auge haben, verwendet werden.

Präsident: 17. Anfrage: Abgeordneter Dr. Fiedler (ÖVP) an den Herrn Bauten-

Präsident

minister, betreffend Verkehrsstockungen auf der Ausfahrtstraße von Wien-Nußdorf nach Klosterneuburg.

1027/M

Welche Möglichkeit hat die Bundesstraßenverwaltung, um gegen die zu Spitzenzeiten auf der Ausfahrtstraße von Wien-Nußdorf nach Klosterneuburg entstehenden Verkehrsstockungen Abhilfe zu schaffen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Herr Abgeordneter Fiedler! Die Ausfahrt von Wien-Nußdorf nach Klosterneuburg, das ist die Klosterneuburg—Tullner Bundesstraße, steht derzeit im Ausbauplan der Bundesstraßenverwaltung an vorderster Stelle. Es ist vorgesehen, die Fahrbahn auf vier Fahrspuren zu verbreitern. Da aber die Geländeverhältnisse äußerst ungünstig sind und auch Interessen der Österreichischen Bundesbahnen mit berührt werden, sind die Planungen, soweit der Straßenabschnitt im Bereich der Bundeshauptstadt Wien liegt, noch nicht vollständig abgeschlossen. Die Schwierigkeiten ergeben sich mit den Österreichischen Bundesbahnen, deren Trasse zum Donautrom hin verschoben werden soll, da dies als die günstigste Lösung neben dem steilen Berghang erachtet wurde.

Auf dem niederösterreichischen Teil der Bundesstraße sind die Planungsarbeiten bereits abgeschlossen und die Arbeiten auch in die Wege geleitet. Es handelt sich hier vorerst um die Anlage aller erforderlichen berg- und talseitigen Stützmauern, welche zu errichten sind, bevor an eine Verbreiterung des Fahrbahnbelages gedacht werden kann. Der Aufwand für die Stützmauern allein erreicht beinahe 10 Millionen Schilling. Mit weiteren Aufwendungen in derselben Höhe wird 1968 die Straßenbauarbeit begonnen und voraussichtlich im Jahr 1969 abgeschlossen werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Fiedler:** Herr Bundesminister! Können Sie absehen, wann die mit der Planung beauftragte Abteilung — ich glaube, es ist die Abteilung 28 des Magistrates der Stadt Wien — die konkreten, abgeschlossenen Pläne vorlegen wird und wie lange ab diesem Zeitpunkt für die Durchführung der Arbeiten benötigt wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Das Planungsamt der Stadt Wien, das für die Planung der Bundesstraßen auch zuständig ist, hat die Vorstudie für diesen Straßenabschnitt im Jahre 1964 hergestellt. Die Detailplanungsarbeiten wurden im Jahre 1965 begonnen, sind aber noch nicht abgeschlossen. Ich kann

auch gegenwärtig keinen Termin sagen, wann diese Planungsarbeiten ihren Abschluß finden. Ich habe auf die besonders komplizierten Bedingungen hingewiesen, die für dieses Straßenstück eben zufolge der anderen Verkehrsträger, die mit berücksichtigt werden müssen, gegeben sind. Mit Rücksicht darauf, daß ich nicht sagen kann, wann die Planungsarbeiten abgeschlossen werden, kann ich auch nicht sagen, wann die Arbeiten als solche begonnen werden können und wann sie ihren Abschluß finden werden.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Fiedler:** Herr Bundesminister! Wären Sie bereit, sich an Ort und Stelle zum Zeitpunkt der Verkehrsspitze die Situation anzusehen, um dann eine forcierte Beseitigung dieser ungünstigsten Ausfallstraßensituation der Bundeshauptstadt Wien veranlassen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Ich werde Ihrer Anregung, die in der Frage mit eingeschlossen ist, Rechnung tragen und einen Termin zwischen dem zuständigen Ressort meines Hauses und dem Planungsamt der Stadt Wien vereinbaren und werde mich an Ort und Stelle begeben, um diese Arbeiten erstens einmal unter Augenschein zu nehmen und darüber hinaus besorgt zu sein, daß dieser wichtige Verkehrsabschnitt möglichst rasch fertiggebaut wird. Ich werde Sie zu dieser Besprechung einladen.

Präsident: 18. Anfrage: Abgeordneter Troll (*SPÖ*) an den Herrn Bautenminister, betreffend Bahnübergang auf der Bundesstraße 17 in Sankt Stefan-Kaisersberg.

1072/M

Bis wann kann die Bevölkerung von Sankt Stefan-Kaisersberg mit der Fertigstellung der Straßenüberführung am bisher schienengleichen Bahnübergang auf der Bundesstraße 17 rechnen?

Präsident: Bitte.

Bundesminister Dr. **Kotzina:** Zur Verbesserung der Linienführung der Triester Bundesstraße im Abschnitt Sankt Michael—Judenburg wurde von der Bundesstraßenverwaltung ein Projekt ausgearbeitet, daß die Schaffung einer Umfahrungsstraße der im Gemeindegebiet Sankt Stefan ob Leoben befindlichen Ortschaften Sankt Stefan, Kaisersberg und Preßnitz einschließlich der Errichtung einer Straßenüberführung über der Bundesbahnlinie Wien—Villach vorsieht.

Während die Arbeiten am Überführungsbauwerk bereits begonnen wurden, mußte die Ausschreibung der Straßenbauarbeiten zufolge der sehr schwierigen Grundeinlösungsverhand-

5616

Nationalrat XI. GP. — 69. Sitzung — 15. November 1967

Bundesminister Dr. Kotzina

lungen auf das Jahr 1968 verschoben werden. Unter der Voraussetzung, daß diese Grundeinlösungsverhandlungen noch im Jahre 1967 abgeschlossen werden können, ist mit der Bauinangriffnahme der Umfahrungsstraße im Jahre 1968 zu rechnen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Troll: Herr Bundesminister! Ist Ihnen bekannt, ob bei diesem Straßenprojekt, bei dem Überführungsprojekt eine entsprechende Überholspur vorgesehen ist? Denn es handelt sich dort um ein Staustück von der Sankt Michaeler Kurve bis hinauf nach Preßnitz.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Herr Abgeordneter! Auf diese Frage bin ich nicht vorbereitet.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Troll: Wenn Sie auf das Technische nicht vorbereitet sind, was durchaus möglich ist, darf ich Sie fragen: Wieweit sind Sie auf die Budgetierung vorbereitet? In welcher Budgetpost scheint die Finanzierung bis zur Fertigstellung als gesichert auf?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Ich habe darauf hingewiesen, daß das Budget die Voraussetzungen in sich birgt, daß im Jahre 1968 auch die Umfahrungsstraße in Angriff genommen wird, und es wird zweifelsohne auch im Jahre 1969 bis zur Vollendung dieser Straße dafür gesorgt werden, daß die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Präsident: 19. Anfrage: Abgeordneter Dr. Gruber (ÖVP) an den Herrn Bautenminister, betreffend Wohnbauförderungsgesetz 1968.

1028/M

Ist eine Koordinierung der Ausführungsgesetze der Länder auf Grund des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 erfolgt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Die Bundesländer haben zur Durchführung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 Verordnungen zu erlassen. Diese Durchführungsverordnungen sollen die angemessenen Gesamtbaukosten je Quadratmeter sowie die Ausstattung der geförderten Klein- und Mittelwohnungen festsetzen, ferner die näheren Bestimmungen über die Gewährung von unverzinslichen Darlehen an Stelle der erforderlichen 10 Prozent Eigenmittel enthalten und schließlich die näheren Bestimmungen für die Gewährung der Wohnbauhilfen festlegen.

Weiters haben die Bundesländer Ausführungsgesetze zur Grundsatzbestimmung über die Bestellung eines Wohnbauförderungsbeirates zu erlassen.

Die Bundesländer streben eine Koordinierung ihrer drei Durchführungsverordnungen an. Zu diesem Zweck haben bereits am 11. und 12. Oktober Besprechungen der beamteten und der politischen Wohnbaureferenten der Bundesländer in Salzburg stattgefunden. An diesen Besprechungen hat auch ein Vertreter des Bundesministeriums für Bauten und Technik teilgenommen, um auch vom Standpunkt des Ressorts auf mögliche Gleichordnung und Gleichartigkeit der Durchführungsverordnungen hinzuweisen und im Rahmen des Möglichen auch mitzuwirken.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Josef Gruber: Herr Bundesminister! Es ist Ihnen ja bekannt, daß die Ausführungsgesetze und die Verordnungen, die im Wohnbauförderungsgesetz 1968 vorgesehen sind, Voraussetzung dafür sind, daß die Länder im nächsten Jahr überhaupt Wohnbaumittel vergeben können. Besteht eine Möglichkeit, seitens Ihres Ressorts auf die Bundesländer einzuwirken, daß doch sowohl die Ausführungsgesetze wie die entsprechenden Verordnungen möglichst rasch erlassen werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Das bezugshabende Bundesgesetz sieht keine Zwangsbestimmungen vor, die eine solche Notwendigkeit unter Umständen erzwingen und realisieren könnten. Es wird aber unentwegt sowohl auf der politischen Ebene als auch auf der Beamtenebene darauf hingewirkt, daß diese notwendigen Verordnungen zeitgerecht beschlossen beziehungsweise in Kraft gesetzt werden.

Um diese Terminstellung, die mit Ende dieses Jahres gegeben ist und, wie gesagt, am 1. Jänner 1968 schon wirksam werden soll, ist eine weitere gemeinsame Besprechung der zuständigen Landesreferenten mit den zuständigen Herren meines Ressorts für den 28. November vorgesehen. Es ist zu hoffen und es ist auch anzunehmen, daß denn doch mit Ende dieses Jahres diese notwendigen Verordnungen wirksam werden und daß darüber hinaus auch die Verwaltungsvoraussetzungen bei den Bundesländern gegeben sind, um diese Aufgaben im nächsten Jahr auch klaglos übernehmen und abwickeln zu können.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Josef Gruber: Herr Bundesminister! Es ist zu befürchten, daß trotz dieser Bemühungen die entsprechenden Verordnungen nicht so rechtzeitig erlassen werden, daß die Bundesländer die Vergaben bereits durchführen können, um im Frühjahr die Wohnbautätigkeit rechtzeitig wieder beginnen zu lassen. Sind Maßnahmen von Seite des Bautenministeriums ins Auge gefaßt, um eine Überbrückung dieser sich zwangsläufig ergebenden Lücke in der Bauwirtschaft möglich zu machen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Kotzina: Um auch in dieser Richtung von seiten des Bundes alles zu tun, um eine Brücke für die Zeit der Beendigung der Tätigkeit der Wohnbauförderungsfonds auf der Bundesebene bis zum 31. Dezember 1967 bis zum Wirksamwerden der Wohnbauförderung 1968 ab dem 1. Jänner kommenden Jahres sicherzustellen, werden zunächst alle jene Restbeträge, die beim Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und beim Wohnhaus-Wiederaufbaufonds noch vergeben werden können, jetzt zu Jahresende vergeben.

Darüber hinaus laufen die Bemühungen in der Richtung, daß der Herr Bundesminister für Finanzen, dem nach dem Budgetgesetz 1967 das Recht eingeräumt wird, auf Konto der beiden genannten Fonds Anleihen in der Höhe bis zu 700 Millionen Schilling auszus schöpfen, diese 700 Millionen Schilling tatsächlich ausschöpft. Gegenwärtig sind lediglich 400 Millionen ausgeschöpft, zu denen noch weitere 50 Millionen dazukommen, die in den nächsten Fondssitzungen mit vergeben werden. Ein Restbetrag von 225 Millionen Schilling soll zu diesen schon genannten Beträgen ausgeschöpft werden. Für den Fall — es ist anzunehmen, daß diese Interventionen beim Finanzminister auch Erfolg haben —, daß diese Anleihen von 225 Millionen Schilling noch im heurigen Jahr getätigt werden, würden im heurigen Jahr insgesamt noch 621 Millionen Schilling von diesen beiden Fonds als Darlehen für Wohnbauvorhaben vergeben werden, und damit würde für das nächste Jahr durch diese alten Fonds noch eine gewaltige Brücke gegeben sein.

Präsident: Danke, Herr Minister.

Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen

Präsident: 20. Anfrage: Abgeordneter Ing. Scheibengraf (SPÖ) an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Befreiung von den Rundfunkgebühren.

1053/M

Welches Ergebnis hatte die von Ihnen in der Fragestunde vom 29. Juni 1967 zugesagte Überprüfung einer Erweiterung jenes Personenkreises, der Anspruch auf Befreiung von den Rundfunkgebühren hat?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen Dipl.-Ing. Dr. Ludwig Weiß: Herr Abgeordneter! Ich habe die Generaldirektion der Post- und Telegraphenverwaltung vorerst beauftragt, den Entwurf einer Novelle zur Rundfunkverordnung auszuarbeiten, wonach die Befreiungsbestimmungen auf alle Hilflosenheime ausgedehnt werden sollen. Bisher waren bekanntlich nur die Blindenheime automatisch von der Gebührenentrichtung befreit.

Überdies wurden die Fernmeldebehörden beauftragt, bei der Bearbeitung von Befreiungsansuchen Überschreitungen der Richtsätze bis zum Ausmaß von 20 Prozent zu tolerieren, wenn der Befreiungswerber außergewöhnliche Belastungen nachweist, die seinen Lebensunterhalt gefährden. Hierbei ist eine großzügige Vorgangsweise einzuhalten.

Mit 1. Jänner 1968 werden auf Grund der Pensionsdynamik die für die Befreiung von der Rundfunk- und Fernsehrundfunkgebühr maßgebenden Richtsätze generell erhöht. Sobald diese Erhöhung feststeht, werde ich die gesamte Frage neuerlich prüfen. Ich beabsichtige, mit der österreichischen Rundfunkgesellschaft Verbindung aufzunehmen, da jede Erhöhung vor allem der Rundfunkgesellschaft Einnahmehausfälle bringt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. Scheibengraf: Herr Bundesminister! Aus Ihren Ausführungen entnehme ich, daß ein weiterer Personenkreis nicht einbezogen werden soll.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weiß: Herr Abgeordneter! Das ist eine rein individuelle Frage. Nach der Rundfunkverordnung können Ausnahmen genehmigt werden, die in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen über den Richtsatz hinausgehen. Das ist um 20 Prozent erhöht worden; das heißt, es werden 20 Prozent toleriert. Ich glaube, daß damit ebenfalls ein neuer Personenkreis einbezogen wurde.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Ing. Scheibengraf: Herr Bundesminister! Wann werden die Überprüfungen voraussichtlich beendet sein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß**: Herr Abgeordneter! Ich habe gesagt: Ich warte auf die neuen Richtsätze, die auf Grund der Pensionsdynamik mit 1. Jänner 1968 festgesetzt werden. Wir werden sehen, wie diese neuen Richtsätze aussehen. Heute betragen die Richtsätze bekanntlich seit 1. Jänner 1967 für einen Haushalt mit einer Person 1068 S, mit zwei Personen 1483 S. Wenn wir sehen, wie die neuen Richtsätze aussehen, bin ich gerne bereit, mich neuerlich mit der Frage zu beschäftigen.

Präsident: 21. Anfrage: Frau Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (*ÖVP*) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Fahrzeit auf der Eisenbahnstrecke Selzthal—Linz.

1103/M

Halten Sie es für möglich, die Fahrzeit auf der Eisenbahnstrecke Selzthal—Linz zu verkürzen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß**: Die auf Grund des Streckenverlaufes und der technischen Ausstattung der Strecke möglichen Geschwindigkeiten sind nahezu vollkommen ausgeschöpft. Die Bundesbahndirektion Linz überprüft jedoch derzeit die Möglichkeit, einzelne Geschwindigkeitsbeschränkungen zu beseitigen. So soll die Höchstgeschwindigkeit im Bosrucktunnel von derzeit 65 km/h auf 100 km/h erhöht werden. Eine wesentliche Verbesserung wird erst die Vollelektrifizierung der Strecke Linz—Selzthal mit sich bringen. Derzeit ist nur das Streckenstück von Spital am Pyhrn nach Selzthal elektrifiziert. Die personenbefördernden Züge werden aber nicht auf elektrische Traktion umgestellt, da dies zu längeren Betriebsaufenthalten in Spital am Pyhrn führen würde.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer: Herr Bundesminister! Bis wann ist mit der Elektrifizierung der Strecke Selzthal—Spital am Pyhrn zu rechnen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß**: Frau Abgeordnete! Sie meinen die Strecke Spital am Pyhrn—Linz, denn Selzthal—Spital am Pyhrn ist elektrifiziert.

Derzeit ist in Elektrifizierung begriffen die Strecke von Amstetten und St. Valentin bis Klein-Reifling, anschließend wird die Gsäusestrecke bis Eisenerz und bis Selzthal elektrifiziert werden, anschließend an diese Strecke soll Linz—Selzthal und Graz—Spielhof auf Grund des Elektrifizierungsprogramms elektrifiziert werden.

Präsident: 22. Anfrage: Abgeordneter Moser (*SPÖ*) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Postgarage Feldbach.

1054/M

Wann wird mit dem Neubau der Postgarage in Feldbach begonnen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß**: Der Beginn des Baues der Postgarage Feldbach ist gemäß dem langfristigen Postgaragenbauprogramm für 1969 vorgesehen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Moser**: Herr Minister! Die Verhältnisse in der Postgarage Feldbach samt dem dazugehörigen Werkstatttraum und den Kanzleien für den Garagenmeister und dem Aufenthaltsraum für die Bediensteten sind derart katastrophal, daß man, glaube ich, nicht mehr ein Jahr lang den Bediensteten zumuten kann, den Dienst unter diesen Verhältnissen noch ordnungsgemäß zu absolvieren. Ich möchte heute nicht darstellen, wie furchtbar die Situation dort ist. Es ist ein altes Stallgebäude, aus dem man wegen seiner Auffälligkeit das Vieh herausgenommen, aber jetzt Menschen darin untergebracht hat.

Herr Minister, ich frage Sie: Besteht keine Möglichkeit, das Programm so umzustellen, daß noch im Jahre 1968 mit dem Neubau der Postgarage, für die ja bereits ein Grundstück zur Verfügung steht, auch tatsächlich begonnen werden kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß**: Herr Abgeordneter! Das Programm für den Postgaragenbau wurde von der Post- und Telegraphenverwaltung aufgestellt, die die Verhältnisse im einzelnen kennt. Ich habe die Postgarage in Feldbach persönlich nicht gesehen. Ich werde die Post beauftragen, neuerlich eine Überprüfung anzustellen, ob sich ein Vorziehen dieses Bauvorhabens ermöglichen läßt.

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Moser**: Herr Minister, sind Sie bereit, mir nach Durchführung dieser Prüfung die endgültige Antwort auf meine Frage zu geben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß**: Sehr gerne, Herr Abgeordneter.

Präsident: 23. Anfrage: Abgeordneter Hellwagner (*SPÖ*) an den Herrn Verkehrsminister, betreffend Bahnhof Braunau am Inn.

1076/M

Wann kann mit dem Umbau des Bahnhofes Braunau am Inn gerechnet werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß:** Das Bauvorhaben Umbau des Bahnhofes Braunau am Inn wurde in das zehnjährige Investitionsprogramm 1968 bis 1977 aufgenommen. Unter der Voraussetzung, daß eine programmgemäße Finanzierung möglich ist, wird der Umbau des Bahnhofes Braunau am Inn voraussichtlich im Jahre 1973 durchgeführt werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter **Hellwagner:** Sehr verehrter Herr Bundesminister! Zwei Gründe sind es, die mich veranlaßt haben, heute diese Frage zu stellen. Erstens: Der Bahnhof Braunau wird in zwei Jahren 100 Jahre alt und erwartet ein Geburtstagsgeschenk; das Jahr 1973 wäre erst nachher. Zweitens wird 1972 in München die Olympiade durchgeführt. Da der Bahnhof Braunau der der österreichischen Grenze nächstliegende Bahnhof ist, wird zu erwarten sein, daß Braunau ein starkes Einzugsgebiet sein wird. Mit den derzeitigen technischen Verhältnissen des Bahnhofes Braunau wird es nicht möglich sein, diesen Anforderungen dann gerecht zu werden.

Ich frage Sie daher, Herr Minister, ob Sie nicht doch bereit sind, alles zu veranlassen, daß der Bahnhof bis 1972 so saniert wird, daß alle herankommenden Arbeiten durchgeführt werden können.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß:** Herr Abgeordneter! Wenn wir von einem Bahnhofsumbau sprechen, so geht es niemals um das Gebäude allein, sondern es geht auch um die gesamten Betriebs- und Gleisanlagen, denn es sind mir auch andere Beschwerden aus Braunau zugekommen, vor allem wegen der Verschiebearbeiten. Ein Bauvorhaben, bei dem auch die gesamten Gleis- und Sicherungsanlagen umgebaut werden, erfordert natürlich sehr weitreichende Geldmittel und stellt ein verhältnismäßig großes Bauvorhaben dar.

Wenn es nur darum geht, den Bahnhof in einen für den Fremdenverkehr entsprechenden Zustand zu bringen, sodaß er für die Olympiade geeignet ist, werde ich sehr gerne prüfen, ob sich bis zum Jahre 1972 entsprechende Verschönerungen durchführen lassen.

Präsident: Eine zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter **Hellwagner:** Herr Bundesminister, Sie haben jetzt selbst darüber gesprochen, daß Ihnen einige Beschwerden zugekommen sind. Auch mir sind diese Beschwerden bekannt. Die in der Nähe des

Bahnhofs wohnenden Menschen — es sind dort einige Hochhäuser gebaut worden — leiden sehr stark unter der Lärm- und Verrußungsplage. Ich frage Sie daher, Herr Minister, ob Sie bereit wären, als erste Maßnahme zumindest die Verdieselung des Bahnhofes Braunau durchzuführen. Damit wären diese zwei besonderen Erschwernisse beseitigt.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weiß:** Es hat bis jetzt an Diesellokomotiven gefehlt. Wir haben Diesellokomotiven nachbestellt, und ich hoffe, daß ich innerhalb eines Jahres in der Lage bin, für Verschubzwecke eine Diesellokomotive nach Braunau zu stellen.

Präsident: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen.

Die schriftliche Beantwortung der Anfrage 379/J der Abgeordneten Fux und Genossen an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen, betreffend Inbetriebnahme des Postamtes Persenbeug, wurde den Anfragstellern übermittelt, auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich ersuche zunächst den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Machunze, die eingelangten Vorlagen zu verlesen.

Schriftführer **Machunze:** Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Protokoll über den Beitritt Polens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (642 der Beilagen);

Protokoll über den Beitritt Islands zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (643 der Beilagen);

Protokoll über den Beitritt Irlands zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (644 der Beilagen);

Protokoll über den Beitritt Argentinien zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (645 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem die Anlage des Bundesgesetzes, betreffend auf Schilling lautende Beitragsleistungen der Republik Österreich bei internationalen Finanzinstitutionen, neuerlich abgeändert wird (653 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz vom 1. Juli 1967, betreffend die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1967, abgeändert wird (654 der Beilagen);

Bundesgesetz, betreffend die Bedeckung des Abganges des Milchwirtschaftsfonds im Geschäftsjahr 1968 (655 der Beilagen);

Machunze

Druckfehlerberichtigungen zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1968 (656 der Beilagen); hiezu teilt das Bundeskanzleramt mit, daß die vom Bundesministerium für Finanzen der Parlamentsdirektion seinerzeit im kurzen Wege zugeleiteten Druckfehlerberichtigungen als gegenstandslos zu betrachten sind;

Bundesgesetz über Änderungen auf dem Gebiete des Abgabenrechtes (Abgabenänderungsgesetz 1967) (658 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Gerichtliche Einbringungsgesetz 1962 neuerlich geändert wird (659 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1962 neuerlich geändert wird (660 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das 4. EFTA-Durchführungsgesetz abgeändert wird (661 der Beilagen);

Bundesgesetz, betreffend entgeltliche und unentgeltliche Veräußerung und Belastung von unbeweglichem und beweglichem Bundesvermögen (662 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds und der Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds zur Aufnahme von Anleihen, Darlehen und sonstigen Krediten ermächtigt wird (663 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz hinsichtlich der Verwaltungsabgaben geändert wird (664 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem Überschreitungen der Ansätze des Bundesfinanzgesetzes 1967 genehmigt werden (4. Budgetüberschreitungs-gesetz 1967) (665 der Beilagen).

Ferner sind folgende Berichte eingelangt:

Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XVIII. Sitzungsperiode;

Jahresbericht und Jahresabschluß 1966/67 des ERP-Fonds — Vorlage durch die Bundesregierung;

Ergänzender Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik zur Entschlie-ßung des Nationalrates vom 20. Jänner 1967 betreffend Einbeziehung der Südrampe des Radstädter Tauernpasses in das Sofort-programm 1967 für Lawinenverbauung;

Bericht der Bundesregierung über die Entschlie-ßung des Nationalrates vom 12. April 1967 betreffend Ratifizierung der Überein-kommen Nr. 123 und 124 der Internationalen Arbeitsorganisation;

Bericht der Bundesregierung betreffend Luftraumüberwachung im Grenzgebiet; Über-einkommen zwischen den Bundesministern für

Inneres, für Finanzen, für Verkehr und ver-staatlichte Unternehmungen und für Landes-verteidigung vom 7. September 1967;

Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik zur Entschlie-ßung des National-rates vom 21. Juni 1966, betreffend Projek-tierung und Finanzierung der Tauernschnell-straße.

Präsident: Die bereits in der letzten Sitzung als eingebracht bekanntgegebenen Regierungs-vorlagen weise ich zu wie folgt:

627 der Beilagen: Protokoll Nr. 5 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, durch das die Artikel 22 und 40 der Konvention abgeändert werden, dem Verfassungsausschuß;

635 der Beilagen: Bundesgesetz über das Tabakmonopol (Tabakmonopolgesetz 1967), dem Finanz- und Budgetausschuß;

639 der Beilagen: Genfer Protokoll (1967) zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen, und

640 der Beilagen: Bundesgesetz über das Wirksamwerden der in der Liste XXXII — Österreich zum Genfer Protokoll (1967) zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen ent-haltenen Zollzugeständnisse, dem Zollausschuß.

Außerdem weise ich die eingelangten Be-richte zu wie folgt:

Bericht der österreichischen Delegation zur Beratenden Versammlung des Europarates über die XVIII. Sitzungsperiode dem Außen-politischen Ausschuß;

Jahresbericht und Jahresabschluß 1966/67 des ERP-Fonds — Vorlage durch die Bundes-regierung, dem Finanz- und Budgetaussehuß;

Ergänzender Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik zur Entschlie-ßung des Nationalrates vom 20. Jänner 1967, betreffend Einbeziehung der Südrampe des Radstädter Tauernpasses in das Sofort-programm 1967 für Lawinenverbauung, dem Bautenausschuß;

Bericht der Bundesregierung über die Entschlie-ßung des Nationalrates vom 12. April 1967, betreffend Ratifizierung der Überein-kommen Nr. 123 und 124 der Internationalen Arbeitsorganisation, dem Ausschuß für soziale Verwaltung;

Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik zur Entschlie-ßung des National-rates vom 21. Juni 1966, betreffend Projek-tierung und Finanzierung der Tauernschnell-straße, ebenfalls dem Bautenausschuß; schließ-lich den

Präsident

Bericht der Bundesregierung betreffend Luft-raumüberwachung im Grenzgebiet; Übereinkommen zwischen den Bundesministern für Inneres, für Finanzen, für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen und für Landesverteidigung vom 7. September 1967, dem Verfassungsausschuß.

Ich schlage vor, die heutige Tagesordnung gemäß § 38 Abs. 5 Geschäftsordnungsgesetz um folgende Punkte zu ergänzen:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (641 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 neuerlich abgeändert und ergänzt wird (3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967) (649 der Beilagen),

Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Bruno Kreisky (646 der Beilagen),

Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Christian Broda, Dr. Hertha Firnberg und Dr. Stella Klein-Löw (647 der Beilagen) und

Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes Gänserndorf um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Roland Minkowitsch (648 der Beilagen).

Ich bitte jene Damen und Herren, die dieser Ergänzung ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Gemäß § 38 Abs. 4 Geschäftsordnungsgesetz stelle ich die Tagesordnung in der Weise um, daß die 3. Bundesfinanzgesetznovelle als erster Punkt vor den beiden Punkten, die bereits auf der Tagesordnung standen, zur Behandlung gelangt.

Wird gegen diese Umstellung ein Einwand erhoben? — Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (641 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1967 neuerlich abgeändert und ergänzt wird (3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967) (649 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen somit in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: 3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967.

Berichterstatter ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Fink. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter Dipl.-Ing. **Fink:** Herr Präsident! Hohes Haus! Auf Grund der überaus ungünstigen Entwicklung bei den Einnahmen aus öffentlichen Abgaben sind neben dem Einnahmefall von 400 Millionen Schilling, der durch das Wirksamwerden des Einkommensteuergesetzes 1967 ab 1. Oktober 1967 eintritt, weitere Mindereinnahmen von etwa 1,9 Milliarden Schilling zu befürchten. Die Betriebseinnahmen bei Post, Bahn und Bundesforsten sowie beim Branntweinmonopol lassen ein Zurückbleiben hinter den Schätzungen des Bundesvoranschlages um zirka 600 Millionen Schilling erwarten. Auch bei den übrigen Einnahmen werden sich schätzungsweise Ausfälle von rund 200 Millionen Schilling ergeben. Außerdem läßt die Entwicklung der Ausgaben Jahreskreditüberschreitungen um insgesamt etwa 800 Millionen Schilling erwarten.

Die Bundesregierung hat daher am 24. Oktober 1967 den Entwurf einer 3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967 im Nationalrat eingebracht, durch die für die Bedeckung der erwähnten Kreditüberschreitungen durch Erlöse aus Kreditoperationen vorgesorgt und der Höchstkreditrahmen um weitere 3,5 Milliarden Schilling erweitert werden soll.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat am 6. November 1967 diese Vorlage beraten. An der Aussprache beteiligten sich die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs, Wielandner, Jungwirth, DDr. Pittermann, Dr. Staribacher, Dr. Tull, Robert Weisz, Ulbrich, Dkfm. Androsch, Dr. Hauser und Dr. van Tongel sowie der Bundesminister für Finanzen und der Berichterstatter.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf wurde vom Ausschuß mit Stimmenmehrheit unverändert angenommen.

Ich darf daher im Auftrage dieses Ausschusses das Hohe Haus bitten, der Vorlage die verfassungsmäßige Zustimmung zu geben, und vorschlagen, General- und Spezialdebatte unter einem zu erledigen.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen. — Einwand wird nicht erhoben. Wir gehen somit in die Debatte ein.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Oskar Weihs. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn sich das Parlament durch die Genehmigung dieses Budgets das Wachstumskonzept zu eigen macht, dann hat sich das Parlament und die Regierung für eine Wachstumsförderung durch Mehrinvestitionen bei gleichzeitiger Schonung des Geldwertes entschieden.

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

Das behauptete der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede am 17. Oktober 1966. Ins gleiche Horn stieß selbstverständlicherweise auch der Herr Abgeordnete Dr. Bassetti in seiner Rede zum Kapitel Finanzen am 14. Dezember 1966, als er sagte, daß gerade das Budget 1967 erstmalig im Zeichen der Wachstumsförderung steht. In derselben Rede bezeichnete Herr Dr. Bassetti den Griff in die Taschen der Konsumenten durch den Subventionsabbau bei Milch und Getreide, durch die Tarifierhöhungen bei Bahn und Post, durch Preiserhöhungen bei Benzin und vielen anderen Dingen als eine sich zwingend ergebende Umschichtung von Konsumausgaben in Investitionsmittel. Er meinte weiter, daß eine Erhöhung der Investitionen durch Konsumbeschränkung Belastungen mit sich bringe.

Heute jedoch ist es kein Geheimnis mehr, und die Bundesregierung gesteht diese Tatsache zwar sehr spät, aber immerhin doch — der Not gehorchend und nicht dem eigenen Triebe —, mit der Vorlage der 3. Bundesfinanzgesetznovelle ein, daß haargenau das Gegenteil eingetreten ist. Dies wohl in erster Linie deshalb, weil sich die Regierung und die Mehrheit dieses Hauses für das Konzept des Finanzministers oder was er für ein solches gehalten hat, entschieden haben. Die großen Belastungen, die zu Preiserhöhungen geführt haben, sind geblieben, aber die planlosen Investitionen waren nicht imstande, das Wirtschaftswachstum anzuregen. Die Wachstumsrate wird heuer nämlich 2 Prozent real erreichen, während gleichzeitig die Rate der Geldentwertung mehr als 4 Prozent ausmachen wird.

Damit, meine Damen und Herren, ist genau das eingetreten, was ich Ihnen in bezug auf das Budget 1967 im vergangenen Herbst vorausgesagt habe, nämlich, daß dieses Budget ein Budget der Stagnation ohne Stabilität sei.

Wir Sozialisten haben seit damals sehr eindringlich darauf aufmerksam gemacht, daß die Einnahmen, wie Sie, Herr Finanzminister, sie vorgesehen haben, niemals kommen werden, weil Sie durch die Wachstumsgesetze nach Ihren eigenen Aussagen rund 1,7 Milliarden Schilling an Einnahmen verlieren werden.

Im Ausschuß erklärten Sie, Herr Minister, auf unsere Anfrage: Bei den Mindereinnahmen von netto rund 1,9 Milliarden Schilling rechnen Sie mit Ausfällen von rund 438 Millionen Schilling bei der veranlagten Einkommensteuer, von rund 816 Millionen Schilling bei der Körperschaftsteuer, von 436 Millionen Schilling bei der Gewerbesteuer und so weiter. Ich will nicht alle diese Zahlen anführen.

Diese Ausfälle an Einnahmen hätten Sie sich ersparen können, wenn Sie ein Budget

erstellt hätten, das den wahren Gegebenheiten Rechnung getragen hätte, auf die wir Sie während der Debatte über das Budget 1967 ständig hingewiesen haben, anstatt mit Phrasen von „währungsneutralen“ oder „antizyklischen“ Budgets herumzuwerfen. Sie haben daraus allerdings keine Konsequenzen gezogen.

Meine Damen und Herren! Die nun in Verhandlung stehende 3. Bundesfinanzgesetznovelle als besondere konjunkturpolitische Maßnahme darzustellen und sogar zu feiern, drückt einen Grad von „Bescheidenheit“ aus, der durch den Gegenstand in keiner Weise gerechtfertigt ist. Das kommt am Allere deutlichsten im Bericht des Herrn Staatssekretärs Universitätsprofessor Dr. Koren zum Ausdruck — er ist leider nicht da —, wenn er schreibt — ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten wörtlich —:

„In der noch zur Verfügung stehenden Zeit der laufenden Legislaturperiode wäre es weder möglich noch zweckmäßig, ein längerfristiges und umfassendes Konzept der künftigen Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Die Aktualität schwieriger Fragen zwingt zu raschen Entscheidungen.“ Nun muß ich fragen: Wo sind diese Entscheidungen? „Ein anspruchsvolles Programm auf lange Sicht setzt bessere materielle und personelle Grundlagen voraus. Mit deren Verbesserung soll wohl umgehend begonnen werden, die aktuelle Wirtschaftspolitik wird jedoch handeln müssen, ehe ein erst auszubauender Apparat tätig geworden ist und umfassendere Entscheidungsgrundlagen liefern kann.“

Dieses Eingeständnis des wirtschaftspolitischen Beraters der Bundesregierung zeigt deutlich, daß die Regierung und die Mehrheitspartei dieses Hauses gar nicht in der Lage sind, eine echte Wirtschaftspolitik zu entwickeln und diese dann durchzuführen. Professor Koren schlägt daher nur Improvisationsmaßnahmen anstatt eines umfassenden Wirtschaftskonzeptes vor, das eine expansive Wirtschaftspolitik, wie wir sie heute dringend benötigen, zur Grundlage haben müßte.

Der Bericht ist, vulgär ausgedrückt, ein Eingeständnis, daß diese Regierung nichts hat, daß diese Regierung nichts weiß und daß diese Regierung überhaupt nichts tun kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Alle jene Leute, die bisher glaubten, allein von der Wirtschaft etwas zu verstehen, müssen nun zugeben und erklären, daß sie in Wirklichkeit nichts oder nicht viel wissen.

Meine Damen und Herren! Ich räume sehr gerne ein, daß es noch schlechter wäre, hätten Sie, Herr Finanzminister, auf diese Vorlage verzichtet und in dem Ausmaß des nunmehr

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

vorgesehenen Defizits Investitionsausgaben gedrosselt. Diese Maßnahme allerdings als konjunkturpolitische Großtat sogar zu rühmen, besteht wahrlich kein Grund. Sie machen nämlich nichts anderes, als die Wirkung sogenannter automatischer Stabilisatoren zur Kenntnis zu nehmen und das Defizit des Staatshaushaltes 1967 auf 7,5 Milliarden Schilling zu erhöhen, ohne den Abgeordneten die Veränderungen bei den Einnahmen und Ausgaben im einzelnen bekanntzugeben.

Dabei, Herr Minister, drängt sich einem die Frage auf, was eigentlich noch besonders konjunkturpolitisch Wirksames in den letzten sechs Wochen dieses Jahres geschehen kann, außer daß Sie, Herr Minister, 1,5 Milliarden Schilling bereits getätigter Schulden bis Jahresende zurückzahlen müssen.

Trotz unserer mehrmaligen Forderungen haben Sie diese Dinge treiben lassen und es versäumt, rechtzeitig massierte Investitionen der öffentlichen Hand vornehmen zu lassen. Sie, Herr Finanzminister, haben ja in Ihrer Budgetrede davon gesprochen, daß das, allerdings nur Ihrer Meinung nach, Wachstumsbudget 1967 ein langfristiges Budgetkonzept erleichtern wird. Damit haben Sie eindeutig zugegeben, daß Sie ein solches bisher noch nicht gehabt haben.

So sprachen Sie im Oktober 1966 — ich bitte den Herrn Präsidenten nochmals, wörtlich zitieren zu dürfen —:

„Sobald die Höhe der Steuersenkung im Rahmen der Einkommensteuerreform 1968 feststeht, werde ich“ — mit „ich“ sind Sie gemeint, Herr Finanzminister — „der Bundesregierung vorschlagen, in welcher Reihenfolge ... neue Aufgaben des Bundes, die in diesem Budget lediglich mangels Bedeckung noch nicht ihren Niederschlag finden konnten, im Laufe der Legislaturperiode noch verwirklicht werden können. Die Basis wird hierfür die ... Budgetvorschau geben.“ Ich hoffe nicht diejenige, die Sie uns zugeleitet haben. „Damit wird über die Ansätze einer längerfristig konzipierten Budgetpolitik hinaus ... von der Budgetvorschau auf die Erstellung und Durchführung eines längerfristigen Budgetkonzepts übergangen werden können.“ So, Herr Minister, sprachen Sie im Oktober 1966.

Inzwischen ist ein Jahr vorübergegangen, und von Ihrem angekündigten längerfristigen Budgetkonzept ist weit und breit noch nichts zu bemerken. Noch nie zuvor war die Budgetpolitik in einem derartigen Ausmaß der Ausdruck härtester Interessenkämpfe der ÖVP-Bünde wie eben jetzt. In Abwandlung des französischen Sprichwortes: „Der König ist tot, es lebe der König!“ müßte man jetzt sagen: „Die große Koalition ist tot, es lebe

die bündische Koalition.“ Eines jedenfalls steht eindeutig fest: Von einer längerfristigen Konzeption Ihrer Budgetpolitik ist schon überhaupt keine Rede mehr.

Meine Damen und Herren! Da die budgetpolitische Halbzeit dieser Legislaturperiode erreicht, ja vielleicht schon überschritten ist — wie man aus verschiedenen Zeitungsberichten entnehmen kann —, werden wir diesbezüglich von Ihnen, Herr Finanzminister, nichts Brauchbares mehr erwarten können, wobei ich in keiner Weise auf die beabsichtigte Kabinettsumbildung anspielen will. Denn, wenn es uns Sozialisten nur um parteipolitische Überlegungen ginge, dann müßte man Sie, Herr Finanzminister, noch sehr lange auf dieser Regierungsbank sitzen sehen.

Hohes Haus! Was die zusätzlichen Ermächtigungen im Ausmaß von 3,5 Milliarden Schilling betrifft, so ist auch hier eine Unrichtigkeit festzustellen gewesen. Mir sind Informationen zugegangen, wonach der tatsächliche Abgang, den Sie durch Kreditoperationen bedecken wollen, nicht 3,5 Milliarden Schilling, sondern 3550 Millionen Schilling beträgt. Sie haben mir zwar im Ausschuß gesagt, ich möge wegen der 50 Millionen Schilling mehr oder weniger nicht kleinlich sein. Herr Minister! Ich bin nicht kleinlich, aber die Glaubwürdigkeit beginnt bereits bei einem Schilling und nicht erst bei 50 Millionen Schilling und darüber!

Das Ihnen von uns entgegengebrachte Mißtrauen hat nicht zuletzt in dieser Vorgangsweise Ihrerseits seine Ursache. In dieses Kapitel fällt auch die Tatsache, daß von den zusätzlichen Ermächtigungen in Höhe von 3,5 Milliarden Schilling beziehungsweise 3,55 Milliarden Schilling, wie aus den Erläuternden Bemerkungen zu ersehen ist, nur 2,7 Milliarden Schilling auf Mindereinnahmen zurückzuführen sind, während 800 Millionen Schilling für Ausgabenüberschreitungen, die sich keineswegs auf Investitionen beziehen, erforderlich sind. Davon sollen allein 254 Millionen Schilling oder mehr als 31 Prozent als Preisstützungen für die Überproduktion von Milch und Getreide sowie für die Stützung der Handelsspanne von Trinkmilch verwendet werden.

Meine Damen und Herren! Bisher hat der Herr Finanzminister es verabsäumt, das notwendigerweise dazugehörige Budgetüberschreitungsgesetz dem Hohen Hause vorzulegen. Ja, er hat sogar in einer mündlichen Anfragebeantwortung am 24. Oktober erklärt, daß ein weiteres Budgetüberschreitungsgesetz, jetzt das vierte also, nicht kommen werde. Ich muß mich korrigieren, denn heute in der Früh haben die Abgeordneten das 4. Bud-

Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs

getüberschreitungsgesetz erhalten, allerdings noch keine Zeit gehabt, es auf seinen Inhalt zu prüfen. Anscheinend gehört das auch zum finanzpolitischen Stil der derzeitigen Bundesregierung, der soviel Unbehagen, soviel Unglaubwürdigkeit und soviel Mißtrauen auslöst.

Betrachtet man die Höhe der Mindereinnahmen, so erhebt sich die Frage: Welche Vorsorge hat der Herr Finanzminister getroffen, um den durch die Mindereinnahmen hervorgerufenen Ausfall bei den nachfolgenden Gebietskörperschaften, den Ländern, den Gemeinden, der nach der Rechnung rund 1,6 Milliarden Schilling ausmacht, zu kompensieren? Sie, Herr Minister, können sich selbstverständlich verhältnismäßig leicht aus der Affäre ziehen, indem Sie Kreditoperationen vornehmen, um die Investitionen des Bundes zu decken. Bei den Gebietskörperschaften aber wird es zwangsweise durch den Ausfall an Mitteln Investitionskürzungen geben, die diese Körperschaften am Ende eines Jahres besonders hart treffen werden. Es werden bei diesen Körperschaften nicht mehr, sondern weniger Investitionen getätigt, was natürlich wieder seinen Niederschlag auf das Wirtschaftswachstum hat, mit anderen Worten, die geringere Investitionstätigkeit wird auch eine verringerte Wachstumsrate mit sich bringen. Damit haben Sie genau das Gegenteil von dem erreicht, was in einer derartigen wirtschaftlichen Situation erforderlich wäre, nämlich Ausweitung der öffentlichen Investitionen, weil es sich gezeigt hat, daß die Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft sehr, sehr nachgelassen hat.

Zum Schluß kommend, meine Damen und Herren, darf ich feststellen, daß diese 3. Bundesfinanzgesetznovelle einmal mehr die Unfähigkeit dieser Regierung ausdrückt, die Existenzfragen unseres Landes zu behandeln und auch zu lösen.

Wir Sozialisten werden diese Novelle ablehnen. Einer solchen Regierung kann man nur sagen, sie könnte sich nur dadurch noch große Verdienste erwerben, daß sie so rasch wie möglich abtritt, von dieser Regierungsbank verschwindet, bevor sie weitere Schäden anrichten kann. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Hartl: Das möchte euch so passen! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Kommt Zeit, kommt Rat, Herr Abgeordneter Hartl! — Abg. Czettel: Der Hartl wird's schon machen!)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hauser. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Hauser (ÖVP): Hohes Haus! Wir beschließen mit der 3. Bundes-

finanzgesetznovelle eine Ermächtigung an den Herrn Bundesminister für Finanzen, einen vermehrten Budgetabgang von etwa 3,5 Milliarden Schilling durch Kreditoperationen zu bedecken. Dieser vermehrte Abgang ist durch Mehrausgaben von etwa 800 Millionen Schilling im Laufe des Jahres und durch Mindereinnahmen entstanden.

Bevor wir nun untersuchen, wo die Gründe für eine solche budgetäre Entwicklung liegen, ob es auch der richtige Weg ist, Kreditoperationen zur Finanzierung dieses Abganges heranzuziehen, wäre es doch zweckmäßig, einen kurzen Blick auf die Ausgangssituation zu werfen, die wir bei der Budgeterstellung 1966 hatten.

Es wird, wie Sie alle wissen, auf Grund einer Wirtschaftsprognose, die das Institut für Wirtschaftsforschung vorbereitet, der Versuch gemacht, die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Budgetjahr abzuschätzen. Darf ich Ihnen einmal vorlesen, wie so etwas in der Sprache der Wissenschaft lautet:

„Die Diagnose der österreichischen Konjunktur im Herbst 1966 liefert keine eindeutigen Hinweise, daß sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der nächsten Zukunft nennenswert ändern wird. Für die erste Vorschau auf das Jahr 1967 empfiehlt sich daher die Annahme, daß sich die Wirtschaft auch 1967 entlang des mittelfristigen Wachstumspfadcs bewegen und das reale Brutto-Nationalprodukt um etwa 4 Prozent steigen wird.“ Das hat das Wirtschaftsforschungsinstitut im Herbst 1966 prognostiziert.

Vorsicht ist die Mutter der Weisheit — es folgt noch ein Absatz:

„Die Hypothese eines annähernd ‚normalen‘ Wachstums bietet jedoch nur einen ersten groben Orientierungsbehelf. Sie muß jedoch im Lichte der laufenden Konjunkturbeobachtung ständig überprüft und gegebenenfalls revidiert werden. Möglicherweise werden sich um die Jahreswende 1966/67, wenn die endgültige Prognose für 1967 erstellt wird, bereits neue Aspekte abzeichnen.“

Es ist das Kennzeichen aller Prognosen, meine Damen und Herren, daß die, die sie machen, immer dazu sagen: Es muß die Prognose immer wieder neuerlich revidiert werden.

Ich habe mir im Ausschuß den Spaß erlaubt, zu sagen, daß ein Prognostiker ein Mann ist, der hintennach immer genau wissenschaftlich begründen kann, warum es anders gekommen ist, als er es zunächst vorhergesehen hat.

Ich möchte es mir aber nicht billig machen. Wir leugnen auch nicht die Notwendigkeit von Wirtschaftsprognosen, aber die, die Pro-

Dr. Hauser

gnosen erstellen, wissen eines: Sie wissen um die Beschränktheit der Möglichkeit des Eintreffens der Prognosen, des Zutreffens aller Annahmen. Nur manche Politiker wiegen sich offenbar in der apodiktischen Sicherheit, daß Prognosen, Prognostizierungen auch schon mit eingetretenen Entwicklungen identisch sind.

Was hat aber die Regierung, was hat das Parlament, wenn es ein Budget erstellen muß, für eine Aufgabe vor sich? Eine viel schwerere als die, die Wirtschaftsprognostiker haben. Die Regierung ist termingebunden, sie muß kraft Verfassung bis zum 22. Oktober eines jeden Jahres den Budgetentwurf ins Haus bringen, das heißt, sie muß etwa schon im Juli voraussehen — denn die Budgetvorbereitungen beginnen ja schon sehr früh —, wie die Entwicklung bis zum Ende des nächsten Jahres sein wird. Das nimmt der Regierung niemand ab. Das wird auch uns im Parlament nicht abgenommen. Wir sind durch die Verfassung dazu verdonnert, für ein ganzes Jahr zumindest vor auszudenken. Regieren heißt vorausschauen, hat Talleyrand gesagt. Ich bekenne mich dazu. Aber wir müssen eingestehen: Etwas können wir nicht, auch nicht beim Budgetieren, nämlich alle Vierteljahre neu budgetieren, die Prognosen sozusagen laufend der Entwicklung anpassen.

Die Budgetaufgabe der Regierung und des Nationalrates lautet, ein Budget so zu erstellen, daß uns die Anpassungsmöglichkeit durch das Budget auch während des Jahres gesichert bleibt.

Die Prognostiker haben sich sehr bald — etwa Ende des Jahres 1966 — korrigiert. Man hat das damals im Wirtschaftsforschungsinstitut so ausgedrückt: „Für 1967 muß mit einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums gerechnet werden. Einigermaßen verlässliche quantitative Prognosen sind schwierig, weil noch nicht feststeht, ob und wie die Wirtschaftspolitik den Lohn-Preis-Auftrieb dämpfen und die Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht bringen wird... Je nach den wirtschaftspolitischen Voraussetzungen wird die österreichische Wirtschaft 1967 voraussichtlich um 1 bis 3 Prozent wachsen.“ Also eine etwas vorsichtigere Annahme als im Herbst 1966. Auch eine sehr große Bandannahme, denn, meine Herren, „x“ zu prophezeien oder „3 x“, das macht bei der Frage der Budgeterstellung Erhebliches aus.

Die Gründe für die Haltung des Wirtschaftsforschungsinstitutes sind zu respektieren. Man hat eine merkliche Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung in Westeuropa gefühlt, vor allem in Deutschland. Der Investitionstest lag Ende des Jahres 1966 vor.

Er zeigte: 1966 waren die Industrieinvestitionen nur mehr um 0,4 Prozent höher als 1965. Ja die Tests ergaben, daß die Industrie im Jahre 1967 um 7 Prozent weniger zu investieren bereit wäre als im vorangegangenen Jahr. Damit konnte eine solche Prognose, zweifellos auch berechtigt mahnend, aber noch immer vorsichtig von einem geringeren Wirtschaftswachstum sprechen.

Was wäre bei diesem im Dezember 1966 vorgelegenen Test vom Budget her zu tun gewesen? Wäre es richtig gewesen, das Budget anders zu konstruieren, als es dem Entwurfe nach vorlag? In diesem Budget war ja — und das schon im Hinblick auf die Abschwächung des Wirtschaftswachstums — ein um etwa 20 bis 22 Prozent stärkerer Investitionsstoß vorgesehen. Zum Austarieren der geringeren industriellen Investitionen der privaten Wirtschaft sollte die öffentliche Hand mehr investieren. Damals war allerdings die Annahme noch vertretbar, daß man in dem Streit zwischen Restriktionisten und Expansionisten noch immer eine mittlere Linie einhielt, denn Prophezeiungen der Wirtschaftsexperten und -prognostiker gingen ja dahin, daß sich das Wirtschaftswachstum möglicherweise auch bis 3 Prozent erhöhen würde.

Wir haben noch ein Weiteres zu bedenken: Nicht nur vom Budget her wird die Wirtschaftspolitik beeinflusst die Haltung der Notenbank, die Haltung der Sozialpartner auf dem Gebiete der Löhne ist doch auch von ungeheurem Einfluß auf das Geschehen. Wie war denn die Haltung der Notenbank im Frühjahr? Sie war vorsichtig abwartend. Sie erinnern sich, daß damals die Notenbank, allseits schon bedrängt von Bestrebungen, die Liquidität, die Kreditmöglichkeiten in der Wirtschaft zu verbessern, uns zu verstehen gegeben hat: Ich bin bereit dazu, aber unter Bedingungen. Die Sozialpartner müßten sich sozusagen wohlverhalten, es solle ein Abkommen in der Richtung zwischen den Sozialpartnern getroffen werden, damit die Nationalbank diese Liquiditätsausweitung möglich machen kann. Dieses Abkommen ist bekanntlich nie zustande gekommen. Ich habe damals immer den Standpunkt vertreten, es ist überflüssig, dem Gewerkschaftsbund gewissermaßen formell noch das Weiße aus den Augen zu nehmen und ihn zu einer solchen formellen Unterschrift zu bewegen, denn ich habe mir realistisch gesagt: Es ist nicht anzunehmen, daß die Gewerkschaften im April bereits unbedingt mit neuen Lohnforderungen daherkommen werden, wenn sie ungefähr ein halbes Jahr zurück die letzten Lohnbewegungen hinter sich gebracht haben. (*Abg. Ing. Häuser: Ihren Leuten sagen Sie das!*) Darf ich aber, Herr Kollege Häuser, eines sagen, das war

Dr. Häuser

meine Meinung; es ist ja dann auch so gekommen. Es ist durch bloße autonome Erklärungen beruhigender Art von beiden Seiten die Haltung der Nationalbank aufgelockert worden. Es wurden dann die Diskontsätze gesenkt, die Lombardsätze gesenkt, die Mindestreserven etwas erhöht und so die Liquidität für die Wirtschaft geschaffen. Das war auch Wirtschaftspolitik der Regierung, meine Damen und Herren, und wenn hier Herr Ing. Weihs angeführt hat, das sei eine Regierung, die ein Versager ist, so möchte ich doch — ich komme noch darauf zu sprechen — Ihnen alle jene Maßnahmen aufzeigen, die das bewußte Reagieren der Regierung auf diese Entwicklung aufzeigen.

Aber bevor wir dazu kommen, prüfen wir doch noch etwas näher die wahren Ursachen dieser Entwicklung. Unsere Volkswirtschaft ist mit denen anderer westlicher freier Länder verflochten, wir haben keine geschlossene Volkswirtschaft, wir leben nicht auf einer Insel. Die Verflechtung mit anderen Volkswirtschaften bedeutet zwangsläufig für jede Regierung, wie immer sie zusammengesetzt sein möge, daß sie damit rechnen muß, daß das Nachlassen einer internationalen wirtschaftlichen Konjunktur natürlich auch Rückwirkungen im eigenen Land hat. Dafür kann eine Bundesregierung nichts, daß in Westdeutschland, in England oder in Frankreich eben auch die Wirtschaftsflaute in Gang gekommen ist. Westdeutschland steht heute in der schwersten Rezession seit 1945. Dort haben auch die Propheten Anfang 1967 geglaubt, das Wirtschaftswachstum werde 4 bis 5 Prozent betragen; man hat nicht einmal unser Wachstum erreicht, das wir heuer mit etwa 2 Prozent erreichen werden.

Der Rückgang der Investitionen ist doch zweifellos eine zweite Ursache. Warum gehen die Investitionen in der Industrie und in der Wirtschaft zurück? Es sind die Wettbewerbsverschärfung einerseits, die Verschlechterung der Ertragslage andererseits und die steigenden Kosten, die das alles bewirken!

Und dazu ein offenes Wort zu einem der Hauptpunkte der Kostenentwicklung, zur Entwicklung der Lohnkosten. Die OECD hat die Steigerung der Arbeitskosten innerhalb unserer Wirtschaft mit anderen Entwicklungen in Europa verglichen, und dabei ergibt sich folgendes Bild: Im Durchschnitt der OECD-Länder sind die Arbeitskosten im Jahre 1965 um etwa 3,4 Prozent gestiegen; bei uns in Österreich um 4,1. 1966: OECD-Durchschnitt 3,7, in Österreich 7,2. Man kann nicht blind sein vor dieser Entwicklung. Und ich bin der letzte, der nach Lohnstopp und Pause und so etwas Ähnlichem ruft. (*Abg. Ing.*

Häuser: Wie ist es 1964 gestiegen? Warum erzählen Sie nichts von 1964!) Aber Herr Kollege Häuser, kommen Sie dann her und widerlegen Sie mich. Hören Sie mich bitte jetzt einmal an!

Ich glaube, man kann nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß tatsächlich das Maß der Lohnentwicklung — ich glaube, wir werden nie Lohnstoppolitik betreiben, Herr Ing. Häuser — in den letzten Jahren tatsächlich weit über die Produktivitätsrate hinausgegangen ist, und das hat nun die Gewinnerwartungen und die Investitionsmöglichkeiten der privaten Industrie geschmälert. Wir kommen um diese Einsicht nicht herum.

Verteilung des Volkseinkommens: In den letzten zehn Jahren betrug der Anteil der Löhne und Gehälter im Jahre 1956 60,2 Prozent, im Jahre 1966 66,5 Prozent. (*Abg. Ing. Häuser: Und wie viele Beschäftigte und Berufstätige?*) — Ich kenne das. — Unternehmereinkommen im Jahre 1956 32 Prozent, mit den unverteilt Gewinnen 39,7 Prozent; im Jahre 1966 nur mehr 28,7 Prozent oder mit den unverteilt Gewinnen 35,6 Prozent.

Herr Ing. Häuser, jetzt kommen Sie — ich kenne das — und sagen: Die Zahl der Beschäftigten, der Unselbständigen wächst ja dauernd, die Unternehmer werden weniger. Pro Kopf ist die Sache ganz anders zu sehen. — Darf ich Sie auf einen Irrtum aufmerksam machen, was diese volkswirtschaftliche Betrachtung anlangt.

In jeder Wirtschaft bedarf es der apparativen Ausrüstung, der Investitionen, unserer Anlagen, unserer Betriebe, unserer Fabriken. Es ist ganz „wurscht“, extrem gesprochen, ob wir 3000, 10.000 oder 5 Unternehmer haben. In der Volkswirtschaft muß die Apparatur für das Wirtschaften dableiben. Eine Pro-Kopf-Rechnung ist also volkswirtschaftlich uninteressant. Diese Verteilung beweist, daß der Einsatz der unternehmerischen Einkommen volkswirtschaftlich gesehen zurückgeht. (*Abg. Ing. Häuser: Das glauben Sie doch selbst nicht!*) Es ist eben nicht gleich, ob 500.000 S in einem Unternehmen verdient werden, oder ob diese 500.000 S für Löhne verwendet werden. 500.000 S werden jeweils volkswirtschaftlich irgendwo einem Verbrauch zugeführt werden, aber beim Unternehmer sicher nicht so für den Konsum, sondern mehr für Investitionen, das ist eine ganz klare Binsenwahrheit. Der Rückgang dieses Anteiles ist zweifellos eine der erheblichsten Ursachen, nicht die ausschließliche, aber eine der erheblichsten Ursachen.

Wir stehen, wenn wir uns das seriös durchdenken, vor einem Dilemma: Alle Menschen erwarten eine ungefähr gleichschrittige Lohn-

Dr. Hauser

entwicklung nach aufwärts. Wir teilen mit Ihnen die Meinung, es soll eine stete Entwicklung nach oben sein, das ist ja der ganze Sinn unserer Politik, aller Politik. Aber diese jährliche gleichschrittige Erwartung oder womöglich noch jährlich steigende harmoniert nicht mit dem Wirtschaftsablauf. Der Investitionsstoß, die Gewinnchancen der Betriebe sind ja nicht alle Jahre in gleicher Weise steigend oder in dem gleichen Tempo wie die Lohnerwartung der Dienstnehmer. Das ist ein Spannungsproblem, das wir sehen müssen. Daher hat die ganze Verteilungsrechnung nur einen Sinn, wenn wir sie längerfristig überblicken. Gerade das längerfristige Überblicken zeigt uns aber, daß wir in den letzten Jahren doch ein bißchen über die Schnur gehauen haben.

Ein weiterer Grund für die budgetäre Entwicklung: Die Einnahmen gehen zurück. Auch da, meine Damen und Herren, ein Wort an die Propheten. Bis Mai dieses Jahres sind die Einnahmen des Budgets gar nicht bedrohlich zurückgegangen. Die Nettoeinnahmen des Bundes haben bis Mai — wenn man sie summiert — nur um 0,2 Prozent weniger ausgemacht als die budgetären Ansätze. Erst im Juni — und dieses Juni-Ergebnis wird erst Mitte Juli bekannt — war eine deutliche Senkung spürbar.

Darf ich Ihnen aber sagen, was die Experten des Beirates zu dieser Senkung zu sagen wußten. Sie haben damals gerade an der Frage der Budgetvorschau studiert. Sie haben aus dem Juni-Ergebnis schon gesehen: Die Einnahmen gehen zurück. Sie haben damals noch in einer Alternativschätzung gesagt, für das Jahr 1967 werde höchstens mit einem Einnahmeausfall von 800 Millionen Schilling gerechnet werden müssen. Da drinnen war schon inkludiert der 400-Millionen-Lohnsteuersenkungsausfall. Also auch noch im Juni haben die Experten der Hoffnung Ausdruck gegeben, der Einnahmeausfall werde höchstens etwa 800 Millionen Schilling sein; eine andere Variante hat gar nur mit 200 Millionen operiert. Nun stehen wir vor einem zusätzlichen Budgetabgang von 3,5 Milliarden Schilling.

Ich frage mich nun: Waren die Experten unfähig, kann man ihnen leichtfertiges Handeln vorwerfen? Ich wage es nicht, es so auszulegen. Ich sage nur, so genau ist eben der volkswirtschaftliche Prozeß nicht zu berechnen, daß man unbedingt bis aufs letzte wissen kann, wie es am Ende des Jahres aussehen wird. Die sinkenden Zuwachsraten unserer Einnahmen waren auch schon im ersten Halbjahr deutlich, aber klar und immer schärfer und deutlicher wurde es erst im zweiten Halbjahr.

Es sind aber die Budgeteinnahmen nicht nur deswegen zurückgegangen, weil sich die wirtschaftliche Entwicklung in dieser Richtung hin ausgewirkt hat, sondern auch deswegen, weil wir alle miteinander bewußt die Einnahmen des Staates noch gekürzt haben, indem wir nämlich die Einkommensteuernovelle beschlossen haben, die eine sehr massive Senkung der Lohn- und Einkommensteuer bedeutet hat.

Diejenigen, die sich heute vielleicht weigern, bei unserem Budgetabgang budgetär mitzuwirken, sollen sich an die Brust klopfen und sollen sich fragen, was sie sich überlegt haben, als sie die Forderung aufgestellt haben, die Lohnsteuersenkung sei vorzuziehen. Denn das Konzept des Finanzministers hat gelautes, erst ab 1. Jänner 1968 möge man mit der angekündigten Einkommensteuerreform beginnen. Sie vor allem haben sich massiv für die Vorziehung — sogar bis zum 1. Juli, nicht nur bis 1. Oktober — eingesetzt. Wir haben mitgetan, wir geben das gerne zu, aber wer da mittut, der hat doch die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, jetzt einzubekennen, daß das auch eine Ursache des Mehraufwandes ist. (*Abg. Ing. Häuser: Die wesentlich Kleinere!*)

Da kann man es sich nicht so leicht machen, wie es sich der Herr Ing. Weihs bei der 2. Bundesfinanzgesetznovelle gemacht hat, wo er sagte, der Herr Finanzminister hätte das riechen müssen, daß der Gewerkschaftsbund die Vorziehung der Einkommensteuernovelle verlangen werde. Er könne daher nicht vom 1. Jänner 1968 reden, sondern hätte sozusagen schon Vorkehrungen in seinem Budgetentwurf treffen müssen, weil auch die Ausfälle durch die Lohnsteuersenkung notwendigerweise zu einem gewissen verminderten Aufkommen führen werden. (*Abg. Ing. Häuser: Das ist ein Verhältnis von 400 Millionen zu 3,5 Milliarden Schilling!*) Wir kommen noch darauf; ich sage Ihnen ja, was Ihre Experten gemeinsam mit unseren noch im Juli an Einnahmefall erwartet haben.

Wenn wir es zusammenfassen: Es gibt mehrere Gründe für diese Entwicklung. Einmal die, die nicht in unserem Machtbereich liegen, die in der außerwirtschaftlichen Verflechtung liegen. Wäre eine SPÖ-Regierung an der Macht, hätte man keine andere Konjunktur in Westdeutschland, keine andere Situation in England, mit dem Problem hätten sie genauso wie alle anderen fertig werden müssen. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber anders!*) Machen Sie es sich also nicht leicht, für alles, was jetzt in Österreich zu einer leichten Dämpfung der Konjunktur beigetragen hat, die Regierung verantwortlich zu machen. Das ist ein billiges

Dr. Hauser

Rezept. Es gab nicht nur außerwirtschaftliche Ursachen, es gab auch innerösterreichische Ursachen. Aber die liegen, das werden wir doch auch ehrlicherweise zugeben können, weiter zurück als bis zum 6. März 1966. Die Strukturschwäche der österreichischen Wirtschaft ist bestimmt nicht ausgerechnet in den letzten 18 oder 24 Monaten gewachsen. Das gehört, wenn man ehrlich ist und nicht nur billige und demagogische Politik betreibt, auch dazu gesagt.

Wir sagen nicht, daß das kein Problem für uns ist, daß die Regierung sich um diese Fragen nicht kümmern soll. Aber langfristig liegt diese Ursache doch sicherlich weit, weit zurück. Auch gemeinsame Beschlüsse wie die Lohnsteuersenkung oder auch die Beamtengehältererhöhung, haben dazu geführt, daß natürlich ein vermehrter Abgang zustandekam.

Aber jetzt kommt ja das, was ich Ihnen vorhalten muß: Meine Damen und Herren! Im Frühjahr oder schon am Beginn des heurigen Jahres war es das Gemeingut aller Experten, welche Farbe sie immer hatten, daß dann, wenn Mindereinnahmen im Laufe des Jahres eintreten sollten, auf jeden Fall die Ausgabenhöhe zu halten sei, die im Budget vorgesehen ist. Und zwar deswegen, weil gerade dieses Budget mit seinen 22 Prozent Vermehrung der öffentlichen Investitionen eben ausgleichend gegen diese dämpfenden, international in Erscheinung tretenden Wirtschaftsentwicklungen wirken soll.

Darf ich Ihnen vorlesen, was der Beirat für eine Empfehlung machte? Nur den Schluß: „Angesichts der gegenwärtigen Wachstumsverlangsamung“ — das stammt vom Februar dieses Jahres —, „die vor allem aus einer Investitionsschwäche resultiert, kommt einer vollständigen Realisierung der Investitionspläne der öffentlichen Hand größte Bedeutung zu. Bei Mindereinnahmen, die sich aus der Verschlechterung der konjunkturellen Situation ergeben, sollten Kreditoperationen vor Investitionskürzungen in Erwägung gezogen werden.“

Das ist der Rat der Experten; das ist der Rat Ihrer ökonomischen Versammlungen, meine Herren. Wir sehen uns jetzt vor der Notwendigkeit: Die Ausgaben mußten gehalten werden, es wäre Wahnsinn gewesen, sie zu kürzen, um etwa den budgetären Ausgleich zu finden. (*Abg. Ing. Häuser: Das hat Weihs auch gesagt!*) Dieses Halten der Ausgaben ist eine der Ursachen. Mehr als 2 Milliarden Schilling beträgt der Investitionsstoß dieses Budgets. Hätten wir das kürzen sollen? Das wird niemand von Ihnen verlangen. Wir müssen aber zugeben, daß es mit eine Ursache des vermehrten Abganges ist.

Daß die Steuereinnahmen zurückgingen, dagegen ist kein Kräutchen gewachsen. Wir haben doch dazu beigetragen, daß heuer noch weniger Steuern eingehen. Daß man dann konsequenterweise zur Kreditoperation nur ja sagen kann, das fehlt mir in Ihren Erklärungen. So einfach kann man es sich nicht machen, daß die Experten, die Wissenschaftler — auch Ihre — für die Realisierung der Investition durch die öffentliche Hand sind, auch dann, wenn Mindereinnahmen eingehen, und daß wir, wenn es so weit ist, wenn wir also jetzt Farbe bekennen, weil man sagt, Kreditoperationen sollen das decken, weil das das konjunkturgerechte Verhalten ist, uns hier sozusagen abputzen und sagen: Da machen wir nicht mit, das ist eine Defizitwirtschaft, das ist die Regierung des Defizits. So billig, meine Damen und Herren von der SPÖ, kommen Sie uns nicht davon.

Im Herbst des Vorjahres, als wir das Budget zu erstellen hatten, waren die Prognosen noch anders. Wir haben — das ist doch der Sinn alles Politisierens — reagiert auf einen gewandelten Wirtschaftsablauf, mit dem man zunächst nicht gerechnet hat. Im Herbst galt noch die Formel: Neuverschuldung nur im Rahmen der alten Schuldentilgung. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Das hat der Finanzminister gesagt!*) Das ist eine politische Formel, und wir wissen das. Aber Herr Dipl.-Ing. Weihs, der Finanzminister steht ja mit seiner heutigen Vorlage gar nicht auf dem Standpunkt, daß die Verschuldung nicht größer werden soll. Er legt ja hier einen Entwurf vor, daß durch Kreditoperationen der vermehrte Abgang zu finanzieren sei. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Wir haben eben — und klingt das nicht manchen von Ihnen gut im Ohr? — keinen Saldenfetischismus. Denn es sind nicht Ihre, Ihnen nahestehenden Experten, die schon in der Vergangenheit gerügt haben, daß wir aus dem Saldo dieses Budgets einen Fetisch machen, einen Fetisch machen, daß wir den Saldo, den wir budgetär zunächst vorsehen, unbedingt „durchregieren“ müssen, bis er „expost“ wieder im Budget, im Rechnungsabschluß womöglich stünde. Sind nicht Ihr Herr Dr. Veselsky und bei uns etwa ein Dr. Taus in gemeinsamen, ähnlichen Gedankengängen befangen, wenn Sie so wollen?

Nun kommen Sie und wollen der Regierung ein Defizit anhängen, das sie sozusagen verächtlich machen soll bei der Bevölkerung, die diese volkswirtschaftlichen Zusammenhänge vielleicht nicht richtig versteht. Sie arbeiten doch in Ihrer ganzen Propaganda — das kann man jeden Tag in der „Arbeiter-Zeitung“ lesen — nur mit dem Vokabel des „Defizits“, als

Dr. Hauser

ob das Defizit, budgetär gesehen, sozusagen eine Sünde wäre. Aber Ihre eigenen Theoretiker haben ja vielleicht noch viel früher als manche bürgerliche gerade hier eingehakt und haben gesagt: So liegen doch heute, national-ökonomisch gesehen, die Dinge gar nicht. Von einem Parallelbudget extremsten Ausmaßes ist heute eigentlich ohnehin schon gar keine Rede mehr.

Daß wir den Budgetausgleich langfristig, über einen Konjunkturzyklus hinweg, über mehrere Jahre, suchen müssen, ist doch klar! Ich komme schon zum Schluß, aber das soll nicht heißen, daß ich Sie ganz aus der Zange lasse, meine Damen und Herren! (*Abg. Ing. Häuser: Schauen Sie nur, daß die Zange nicht Sie zwickt zum Schluß! Seien Sie vorsichtig!*)

Ihre SPÖ-Propaganda läuft jetzt durchwegs folgendermaßen: Das ist eine Regierung des Defizits, die haben abgewirtschaftet, die machen Schulden! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Vielleicht nicht, Kollege Hauser!*) — So hat man ja auch Kamitz bekämpft. So werden Sie, wenn Sie seriös sein wollen, auf Dauer nicht arbeiten können (*Abg. Ing. Häuser: So seriös wie Sie und Ihre Partei sind wir noch lange!*), ich möchte Ihnen auch sagen, warum: Sie haben nämlich überhaupt keinen Grund, sich wegen des vermehrten Defizits aufzuregen. Denn was war denn Ihre konkrete Haltung, als wir das Budget 1967 im Ausschuß beraten haben? Was war denn Ihre Einstellung, als wir die einzelnen Kapitel beraten haben? Ja ist nicht unentwegt kritisiert worden, daß da und dort schon wieder zuwenig vorgekehrt sei, überall nicht genügend, nicht genügend! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Dazu ist doch die Opposition da! Wir werden doch keine Lobeshymnen singen!*) Aber Sie haben nie den Additionsstrich gezogen und Sie haben — was verständlich ist, denn es ist eine leichte Rolle, in der sich die Opposition befindet — nie das getan, was man beim Budget tun muß: die Gewichtung, das Abwägen, auch das Hintanstellen von Ansprüchen mit Bedacht, was man eben machen muß, wenn man eine Budgeterstellung durchführt. Nur aufsummieren, in allen Kapiteln mehr — das wäre doch, glaube ich, eine Theorie, die sich sehr bald widerlegen würde.

Was haben Sie bei der Einnahmenseite gemacht? Ja, da haben Sie uns auch kritisiert und alle unsere Bedeckungsvorschläge des Vorjahres als unsozial, als unmöglich, als wirtschaftsfeindlich hingestellt. Aber welche Bedeckungsvorschläge haben Sie gemacht? (*Abg. Dr. Pittermann: Lesen Sie sie nach!*) Die Bedeckungsvorschläge der Vermögensteuererhöhung. (*Abg. Dr. Pittermann: Macht*

jetzt die Bundesrepublik!) Herr Abgeordneter Pittermann! Ich kenne Ihr Faible für die neue Enzyklika, ich weiß, Sie sind so eine Art „Evangelimann“ nach Populorum progressio: Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer! Aber mit diesem Wortspiel kann man halt leider volkswirtschaftlich nicht auskommen. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie werden auch nicht auskommen!*)

Ich glaube, es ist gar nicht so schlimm: Bei Ihnen, Herr Abgeordneter Pittermann, gibt es genügend Theoretiker und wirkliche Sachverständige, die ganz anders sprechen. (*Abg. Ing. Häuser: Auch bei euch!*) Ich möchte also sagen: Wenn Ihre Budgetvorschläge des Vorjahres den Abgang in Summe mindestens um 4 bis 5 Milliarden Schilling zusätzlich erhöht hätten, stünden wir heute nämlich vielleicht bei einem 11 Milliarden-Abgang. Da muß doch irgend etwas faul sein im Lande! Ich möchte Ihnen auch sagen, warum ich so kritisch bin. Ich bin jetzt nicht überempfindlich, ich weiß — das habe ich in den fünf Jahren gelernt, seit denen ich hier bin —, daß es in der Politik nicht immer so ganz genau zu nehmen ist. Aber bedenken Sie — und das möchte ich mahnend zu Ihnen sagen —: Wohin führt diese unehrliche Haltung, dem Rat der eigenen Fachleute oft nicht zu folgen, hier auch noch die positiven Wirkungen des vergangenen Jahres zu mißachten, darüber hinwegzudiskutieren? Sie bestehen nämlich darin, daß wir — das können wir auch nicht leugnen lassen — in Österreich relativ glimpflicher als andere westeuropäische Staaten davongekommen sind.

Meine Damen und Herren! Wir haben die internationale Flaute noch immer nicht mit der Dramatik hier im Lande verspürt, wie sie etwa in Deutschland oder gar in England zu spüren ist. Es ist ja auch bereits eine Leistung der Regierung oder von uns allen, wenn wir die entsprechenden Maßnahmen mit unseren Beschlüssen hier vernünftig unterstützt haben, daß wir im Land noch immer Vollbeschäftigung haben. Die 2prozentige Arbeitslosenquote ist doch bestimmt noch nicht dramatisch, wir hätten es zwar auch gerne, wenn die Lage noch günstiger wäre. Aber wir müssen sagen: Es schaut anders aus als anderswo. (*Abg. Ing. Häuser: Nur weiter verniedlichen!*) Wir haben keine extremen sozialen Spannungen im Lande, wir haben keinen Versuch des sozialen Abbaus, wie es selbst die Deutschen jetzt in ihren Budgetkonzepten vorsehen. Aber Sie sind ja nicht einmal damit zufrieden, daß wir die volle Dynamisierung der Renten gewährleisten, Sie wollen ja schon jetzt wieder sagen: Es ist noch immer zuwenig, auch jetzt, wo in der Wirtschaft ein deutliches Maßhalten offenbar angezeigt wäre.

Dr. Hauser

Wir haben nichts davon, meine Damen und Herren, wenn wir in den beiden Parteien eine gewisse gleichklangige Entwicklung sehen, die darin liegt, daß man auf wissenschaftliche Berater mehr hört, daß man den Versuch macht, sein politisches Urteil zunächst in Diskussionen mit solchen Leuten zu schärfen. Das ist eine Entwicklung, die bei uns genauso stattfindet wie bei Ihnen. Solch einen Stil von ökonomischen Versammlungen haben doch auch wir schon, nur heißt es halt bei uns anders. (*Abg. Lanc: Die sind auch weniger ökonomisch!*) Das Dilemma beginnt aber dort: Die Verwirrung des Staatsbürgers dürfte nicht stattfinden. So geht es nicht: In den ökonomischen Versammlungen so zu reden, im Parlament aber, wenn man hier an diesem Pult steht, die Sache womöglich ganz primitiv ablaufen zu lassen!

Warum ist das auch sehr unstaatsmännisch? Da möchte ich zum Schluß kommen: Ich glaube, die Demokratie wird sicherlich viel besser funktionieren, wenn die Urteilsfähigkeit aller Bürger wächst. Wir leben aber in dem Konflikt, daß die Problematik immer schwieriger, immer undurchschaubarer wird. Es wird auch — auch beim besten Willen — immer schwerer, alle volkswirtschaftlichen Probleme der Bevölkerung mit einfachen klaren Worten auseinanderzusetzen. Weil das so schwer ist, kann man vielleicht umso leichter die „Verführung“ betreiben. Aber ich glaube, das wäre nicht staatsmännisch. Wir leben in einer Zeit, in der der Nachwächterstaat von einst passé ist und der Leistungsstaat von heute immer mehr neue Aufgaben bringt.

Nun frage ich mich: Was sind die Aufgaben des Budgets? Sicherlich geht es doch darum, die staatlichen Aufgaben, die wir uns setzen, zu finanzieren. Das wird das Daueranliegen jedes Budgetierers bleiben müssen. Und was ist nun in Hinkunft zu erwarten? Ist nicht in Hinkunft zu erwarten, daß die Gemeinschaftsbedürfnisse, von denen ich hier immer wieder spreche, wachsen? Wenn ich das ausspreche, stehe ich dann nicht in Übereinstimmung mit manchen von Ihnen? Ich könnte sie zitieren, sie sitzen im Saal, das sind gar keine Ökonomen in der Versammlung mehr.

Wenn wir also den Ausbau der Infrastruktur als eine wirklich staatsnotwendige Aufgabe der Zukunft betrachten, wenn wir im Unterrichtskapitel von unserer Frau Hofrat Stella Klein-Löw hören, wie die Schulen ausgebaut werden sollen — wir wissen, es sind Milliardenanforderungen, die auf uns zukommen —, wenn wir an den Straßenbau, an unsere Energiewirtschaft, den Ausbau unserer Wasserwege

denken, dann sehen wir uns vor gewaltige Aufgaben gestellt. Denken Sie daran: „Hochseeschifffahrt auf der Donau“ ist doch eines unserer Ziele, die Schifffahrtsrinne vertiefen, Rhein-Main-Oder-Kanal und so weiter, Abwasserprobleme, all das kommt auf uns zu! Wir bestätigen uns das gegenseitig, wenn wir freundlich plaudernd einander verstehen.

Fragen wir uns nun, wie das alles finanziert werden soll! Darauf möchte ich jetzt, gerade bei dieser 3. Bundesfinanzgesetznovelle hinauskommen. Da frage ich mich: Ist es da nicht frivol, wenn wir die Staatsbürger mit einer solchen Defizitpropaganda, die ein Mißverständnis, eine Verballhornung des Begriffes „Defizit“ im volkswirtschaftlichen Sinne darstellt, jetzt in eine falsche Gasse jagen, wenn wir ihnen einimpfen, ein Anwachsen der Staatsschuld sei schon der Inbegriff einer schlechten Regierung? Ist das nicht gefährlich? Steht nicht jede Regierung vor dieser Frage? Vielleicht stehen Sie selbst einmal, wenn Sie mitregieren oder wenn Sie, worauf Sie sich vielleicht Hoffnungen machen, allein regieren, auch vor diesen Fragen! Jede österreichische Regierung wird, glaube ich, in der Zukunft vor diesen ungeheuren, gigantischen Frage stehen. Und heißt es da nicht nachdenken?

Verhältnismäßig starr ist unser Budget ohnedies bereits. Die Ausgaben, die wir im Budget vorsehen, kann man nicht mit leichter Hand streichen. Da gibt es natürlich das Problem der Umstrukturierung und des Streichens von Subventionen im individuellen Sinne. Ich habe schon einmal davon gesprochen. Aber auch diese Umstrukturierung wird nicht so viel bringen, daß wir glauben können, aus einer solchen Politik all das finanzieren zu können, was da in der Zukunft auf uns zukommt. Wer wird, auch wenn er in der Regierung sitzt, den Mut haben, durch eine extrem hohe Steuerlast der heute lebenden Generation die Finanzierung solcher Vorhaben aufzuzwingen, die für Generationen gedacht sind?

Daraus folgt zwangsläufig, daß es notwendigerweise ein gewisses Ansteigen der Staatsverschuldung geben wird. Und wenn es das gibt, dann ist es vom Standpunkt der Demokratie aus in höchstem Maße gefährlich, heute mit einer solchen Propaganda des Defizits die Staatsbürger gewissermaßen in dieser Richtung zu verschrecken. Ich weiß schon, das kann nicht uferlos sein, das muß einen Sinn haben, aber daß die Staatsschuldenpolitik in der Zukunft eines der Mittel sein wird, worüber wir auch vom Finanzierungsstandpunkt des Budgets her ernsthaft nachdenken können, das ist doch selbstverständlich.

Ich weiß sehr wohl, es kommt jetzt nicht nur auf den Saldo an. Es wäre natürlich

Dr. Hauser

ungenügend, zu sagen: Macht darauf los Schulden!, und wir schauen uns nicht an, welche Ausgaben wir haben und in welcher Art wir Einnahmen zu erschließen haben. Ich weiß das. Aber geben wir doch offen und ehrlich zu, geben Sie es dieser Regierung zu: Unsere Staatsverschuldung ist relativ sehr gering. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber der Staat ist noch sehr jung!*) Ich kenne dieses Argument — sie beträgt 12,3 Prozent, in Frankreich sind es 16, in Schweden 19, in Italien 38, in den USA 45 und in Großbritannien 97 Prozent. Sie sagen: Wir sind noch ein junger Staat! Herr Abgeordneter Dr. Pittermann! Ich kenne diese Argumentation. Aber müßte man da nicht einwenden: Wir sind zwar ein junger Staat, aber einer, der den Krieg verloren hat!? Haben wir nicht gigantische Aufbauleistungen aus unserer Arbeit finanziert? Wäre es nicht durchaus denkbar gewesen, daß wir aus diesem Titel schon eine weit höhere Verschuldung hätten, als wir sie heute haben? Wir haben es verstanden, durch unsere gemeinsame Politik den Aufbau ohne extreme Staatsverschuldung sicherzustellen. (*Abg. Dr. Pittermann: Eben, eben!*)

Ich glaube daher, es ist irgendwie an der Zeit, daß wir uns in diesen Fragen nicht mit billigen Propagandaparolen intrigieren und konterkarieren. Das kann ins eigene Auge gehen. Wer heute „Defizitwirtschaft“ in Balkenlettern in einer Zeitung schreibt, kann vielleicht schon bald in der Zukunft ein Gefangener der eigenen Propaganda sein. Denn was wird man dann dem Staatsbürger sagen, wenn wir vielleicht gemeinsam einmal notwendigerweise zu der Erkenntnis kommen, diese und jene gigantischen Aufgaben, die wir zu bewältigen haben, müssen wir nun einmal durch Kreditoperationen langfristig finanzieren? Wer dann manövrierunfähig ist, weil er sich zuerst mit seiner eigenen Propaganda festgelegt hat, der wird sich selbst ... (*Abg. Haberl: Eure Wahlpropaganda! Jetzt seid ihr die Gefangenen!*) Nein! Nicht wir! Herr Kollege! Wir haben ja reagiert. Das ist ja das, was ich Ihnen beweisen will. Wir haben reagiert, wir haben nämlich das Konzept während des Jahres geändert. Auch der Herr Finanzminister hat sich dem Rat Ihrer Experten angeschlossen und bekundet: Ich werde die Ausgabenpolitik fortsetzen, auch wenn Mindereinnahmen eintreten. Das war „Reagieren auf wechselnde Umstände“. Wenn Sie das nicht als Politik anerkennen, dann kann man Ihnen nicht helfen. Aber Sie wollen es ja offenbar anders haben. Sie wollen den Rat Ihrer Fachleute nicht zur Kenntnis nehmen. Sie wollen hier Demagogie betreiben! Sie wollen sagen: Kreditoperationen — eine Schuldenwirtschaft. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs:*

Aber das glauben Sie doch selber nicht, Herr Kollege Hauser!) Was schlagen Sie denn sonst vor, meine Damen und Herren, um diese notwendigen Investitionen, die wir trotz Mindereinnahmen gemacht haben, zu bedecken? (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Pittermann: Wie haben Sie voriges Jahr geredet, als wir es vorgeschlagen haben?*)

Diesmal, bei dieser Finanzgesetznovelle — das müssen wir sagen — haben wir aus konjunkturpolitischen Gründen den vermehrten Budgetabgang hingenommen und haben ihn jetzt auch zu bedecken. Was soll denn jetzt anderes geschehen, als durch Kreditoperationen die Bedeckung zu finden? Die Ausgaben sind ja schon getan, und zwar auf gemeinsamen Rat, oder will irgend jemand noch eine gigantische neue Einnahmequelle für diese heurigen Mehrabgänge erfinden? Wir folgen mit einer solchen Haltung dem gemeinsamen Rat von Experten.

Europäisch gesehen, braucht sich diese Regierung nicht zu verstecken. Sie hat die internationale Wirtschaftsentwicklung relativ glimpflich bewältigt. Das ist auch ein Vorteil, den wir in diesem Lande durchaus, ohne uns an die Wand stellen zu müssen, laut aussprechen können. (*Abg. Moser: Der Bundeskanzler will ja die Regierung austauschen!*)

Wenn wir aber jetzt in die Zukunft blicken — ich habe das mit voller Absicht getan —, dann sollten wir von diesen horriblen Simplifikationen Abstand nehmen. Diese „Verdummungsfeldzüge“ haben gar keinen Sinn, sie gehen ins eigene Auge, und ich muß nochmals sagen: Wenn ein Dr. Veselsky, Herr Abgeordneter Dr. Pittermann, im Ohr des Herrn Parteiobmanns sitzt — so, glaube ich, liegen doch die Dinge; und Veselsky tritt, Sie wissen schon, wofür ein, jedenfalls nicht für eine Zurückhaltung bei Kreditoperationen —, dann haben wir doch wirklich nichts davon, wenn er — ich habe auch Abgeordneten Kreisky schon so reden gehört — ganz anders spricht.

Meine Damen und Herren! Wir beschließen diese Finanzgesetznovelle offenbar gegen Sie. Ich erwarte nicht, daß Sie, zumal Sie das Budget abgelehnt haben, eine finanzgesetzliche Novelle dazu jetzt mit uns beschließen werden, aber bei der Argumentation wäre es bei einer seriösen Politik denkbar, zu sagen: Jawohl, hier hat die Regierung einen Weg beschritten, auf Grund eines gemeinsamen Rates, den wir verstehen können. Wir sind vielleicht mit der Struktur des Budgets nicht einverstanden. — In Ordnung. Aber daß auch Sie gegen die Entwicklung nicht gefeit gewesen wären und nichts anderes als solche Kreditoperationen zur Deckung des vermehrten Budgetdefizits hätten machen können, das wenigstens könnten Sie zugeben.

Dr. Hauser

Ich schließe mit einem Wunsch an die Opposition: Hören Sie mehr auf Ihre eigenen Ökonomen! Und ich möchte noch etwas dazu sagen: Es gibt da einige ... *(Abg. Ing. Häuser: Wir brauchen keine Ratschläge, Herr Dr. Hauser!)* Warum nicht? Ich nehme doch auch von Ihnen gerne einen an. *(Abg. Weikhart: Sie hören sie nur immer an, tun aber nichts!)* *(Abg. Ing. Häuser: Ihr solltet auch auf eure Wissenschaftler mehr hören! Schon seit 1963 haben eure Wissenschaftler euch Ratschläge für die Wirtschaftspolitik gegeben!)* Wir nehmen auch Ratschläge an, das ist ja Sinn der Diskussion. Herr Abgeordneter Häuser! Hören Sie auf Ihre eigenen Ökonomen mehr! Da können Sie so viel darüber lesen, daß das, was wir jetzt tun, richtig sei. *(Abg. Ing. Häuser: Nein! Sie sagen: „zu tun“, tun aber nichts! Das ist euer Mangel! Ihr redet, aber ihr tut nichts!)*

Und jetzt noch etwas: Da gibt es auch Ökonomen, sie sind im Saal, und an sie habe ich auch einen Wunsch: Sie sollen nicht mit zwei Zungen sprechen! Sie sollen nicht Expertisen schreiben, und sie sollen nicht in Versammlungen auftreten und dort das Programm bestreiten und, wenn sie hier an dieses Pult kommen, so tun, als hätten Sie nie Nationalökonomie studiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen stehen der Finanzpolitik der Regierung Klaus II unter anderem deswegen kritisch gegenüber, weil diese Finanzpolitik in den Prognosen sehr optimistisch dargestellt wurde, in den finanzpolitischen Tatsachen aber überaus unerfreulich ist.

Ich muß mich gegen die vom Herrn Doktor Hauser abgegebene Stellungnahme wenden, der sagte: Mit Prognosen soll man deswegen vorsichtig sein, weil sie durch die Realitäten meistens überholt werden. Dieses Wort hätte vom Sprecher der Österreichischen Volkspartei nicht so sehr an die Oppositionsparteien dieses Hauses gerichtet werden sollen als vielmehr an die Adresse der Regierungspartei. Wer ergeht sich seit dem 6. März 1966 in sehr optimistischen finanzpolitischen und budgetären Prognosen? — In erster Linie die Bundesregierung! Sie ist aber dann überaus verwundert, wenn sich diese Prognosen nicht erfüllen, wenn sie nicht realisierbar sind und wenn dann von den Oppositionsparteien des Nationalrates eine manchmal sehr herbe Kritik an der Finanzpolitik der Bundesregierung geübt wird.

Herr Dr. Hauser! Wir Freiheitlichen gehen keinesfalls leichtfertig an diese überaus schwie-

rige Problematik heran. Wir wissen, daß sich dieser Staat seit Jahren in der Einbahnstraße der Ausgabenvergrößerungen bewegt, ohne die ausreichenden Voraussetzungen geschaffen zu haben, daß diese Ausgabenvermehrungen auch in letzter Konsequenz von der Regierung vor allen Bürgern des Staates und damit auch vor der Wirtschaft verantwortet werden können. Aber lassen Sie bei dieser Betrachtung, Herr Dr. Hauser, jenen Stil und jene Arbeitsweise nicht außer acht, die nun einmal von dieser Bundesregierung seit dem März des Jahres 1966 an den Tag gelegt werden. Die meisten Minister verfügen über Pressefachleute, deren Aufgabe darin besteht, die Politik der Regierung Klaus II und damit auch die Politik des Finanzministers Dr. Schmitz so populär wie möglich zu machen und sie so attraktiv zu gestalten, wie das mit Hilfe dieser Werbemethoden eben nur möglich ist.

Wenn die Menschen unseres Landes von dieser ÖVP-Regierung und ihrer Politik mehr erwartet haben, als diese bis zur Stunde zu geben in der Lage war, so ist das letzten Endes auf die Arbeitsweise dieser Regierung zurückzuführen. Nicht zuletzt auch deswegen darauf zurückzuführen, weil die Erwartungen von der Regierung selbst sehr hoch geschraubt worden sind, die Entwicklung aber keine Realisierung dieser Erwartungen ermöglicht hat.

Bis zur Stunde war es ein einziger Mann aus dem Lager der Regierungsfraktion, der den Mut hatte, die eigenen Fehler einzubekennen: der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei, Dr. Withalm.

Herr Dr. Hauser, Sie haben heute anlässlich dieser 3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967 mit keinem einzigen Wort der Selbstkritik Dr. Withalms Rechnung getragen. Sie haben den Beweis zu führen versucht, warum die Politik der ÖVP-Alleinregierung gut ist. Ich muß Ihnen aber namens der Freiheitlichen Partei entgegenhalten, daß sie bei Gott nicht in allen Punkten gut ist.

Die Österreichische Volkspartei bestreut im Augenblick mit einer überaus großen und sehr aufwendigen Plakataktion alle Bundesländer Österreichs. In dieser Plakataktion wird der Gedanke „Ordnung im Budget sichert die Arbeitsplätze“ dargelegt. Diese Behauptung stellen Sie von der ÖVP auf. Sie ist richtig. Doch die ÖVP ist nicht in der Lage, im Rahmen des Bundesfinanzgesetzes 1968 den Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung anzutreten. *(Abg. Dr. Hauser: Das geht auf 1968! Aber ist der Weg falsch? Ist die Bundesfinanzgesetznovelle 1967 falsch?)* Ich bin überzeugt, daß der Weg falsch ist, Herr Dr. Hauser. Und zwar deswegen, weil man sich ernsthafter, als es von der Regierung geschehen ist,

Peter

mit der Frage hätte auseinandersetzen müssen, ob die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer verantwortet werden kann, ob sie angesichts der wirtschaftlichen und der finanziellen Lage dieses Staates vertretbar ist und ob die Regierung den Einnahmenausfall von einigen hundert Millionen Schilling im Jahre 1967 noch verkraften kann. (*Abg. Dr. Hauser: Aber Herr Kollege Peter, Sie haben doch nicht deswegen gegen die Einkommensteuernovelle gestimmt!*) Herr Dr. Hauser, wir Freiheitlichen haben gegen die Lohn- und Einkommensteuergesetznovelle gestimmt. (*Abg. Dr. Hauser: Aber doch nicht, weil sie zu spät angesetzt war!*) Wir waren der Meinung, daß sie vorgezogen werden soll. Als Oppositionsfraktion verfügen wir nicht über jene interne Kenntnis der Zusammenhänge, über die die Bundesregierung zur Beurteilung solcher Fragen nun einmal verfügt. Der Vorwurf ist bis jetzt von der Österreichischen Volkspartei nicht entkräftet worden, daß eben übersehen worden ist, daß die Vorziehung der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer auf den 1. Oktober 1967 zu einem so großen Einnahmenausfall führen wird, daß er ohne weitere Steuererhöhungen nicht verkraftet werden kann. Damit hätte sich die Bundesregierung nach Ansicht der freiheitlichen Fraktion ernsthafter auseinandersetzen müssen, als es bis zur Stunde geschehen ist.

Sie nehmen als ÖVP-Sprecher das Argument in Anspruch, daß der Konjunkturrückgang eine weltweite und eine europäische Tatsache ist. Sie sagen zudem richtig: Natürlich gibt es in diesem Zusammenhang auch Rückschlüsse auf Österreich, die höchst unerfreulicher Art sind. — In diesem Punkt will ich Ihnen, Herr Dr. Hauser, sehr wohl recht geben. Sie haben aber in der Beurteilung der Situation völlig außer acht gelassen, daß ja mehr als ein Jahrzehnt hindurch vorangegangene Bundesregierungen, nämlich solche der schwarz-roten Koalition, nicht in der Lage gewesen sind, diese Mängel zu beseitigen, den Wachstumsproblemen und den Strukturproblemen unserer Wirtschaft das gebührende Augenmerk zuzuwenden, um für eine solche Konjunkturverflachung, für eine solche wirtschaftliche Dämpfungsphase gewappneter zu sein, als es im Augenblick der Fall ist. Darauf hätte die ÖVP-Einparteienregierung nach Ansicht der Freiheitlichen von allem Anfang an mit allem Nachdruck verweisen müssen.

Sie ist aber einen anderen Weg gegangen. Für das Beschreiten dieses Weges trägt die derzeitige Einparteienregierung die alleinige Verantwortung. Die ÖVP hat die Situation optimistischer dargestellt, als sie ist. Sie hat sie eben nicht realistisch genug eingeschätzt. (*Abg. Dr. Hauser: Die Experten haben es*

mit 4 Prozent beurteilt!) Ich glaube nicht, Herr Dr. Hauser, daß es sich eine Regierungspartei so leicht machen kann, einfach festzustellen: Nicht die Regierung ist schuld, sondern die Experten tragen auf Grund ihres Fehlurteils die Hauptverantwortung. — Ich bitte Sie, die Budgetreden Ihres Finanzministers Dr. Schmitz nachzulesen, in denen die budgetäre Situation vor dem Nationalrat in sehr optimistischen Worten dargestellt wurde. Für das, was man namens dieser Bundesregierung an Erklärungen zum Budget abgegeben hat, muß die Einparteienregierung sehr wohl die volle Verantwortung übernehmen.

Aber warum, meine Damen und Herren der Regierungspartei, folgen Sie nicht dem Weg Ihres Klubobmanns Dr. Withalm, der in herber Selbsterkenntnis anlässlich der ersten Lesung des Budgets sehr wahre, sehr verantwortungsbewußte und sehr ernst zu nehmende Worte gesprochen hat? Allerdings sind diesen Worten, die die freiheitliche Fraktion nur unterstreichen kann, bis zum heutigen Tag keine Taten der Regierungspartei und der Bundesregierung gefolgt.

Herr Dr. Hauser! Sie haben sich heute in einer sehr eleganten Art über die budgetären Schwierigkeiten hinweggeturnt, indem Sie meines Erachtens zu sehr auf die Bänke der Oppositionsfractionen gezeigt haben. Mit dem Hinweis, die Oppositionsparteien dieses Hauses würden sich ihre Aufgabe zu leicht machen, ist das Debakel nicht zu begründen. Wir wollen das bei Gott nicht tun. Man muß aber Prognosen vorsichtiger erstellen, man muß im Zusammenhang mit der Erstellung dieser Prognosen weit mehr Einschränkungen machen, als der Herr Finanzminister Dr. Schmitz bisher gemacht hat, und man muß auch bei der Budgetvorschau kritischere Maßstäbe anlegen, als es vom Finanzminister bis zur Stunde der Fall war.

Herr Minister! So einfach sollten Sie sich die Dinge doch nicht machen, wie Sie es im Haushaltsplan 1968 tun, denn Ihre Einnahmenerwartungen aus der Umsatzsteuer werden sich deswegen nicht erfüllen, weil die Umsatzsteuer für den Dezember erst im Jänner eingeht und Ihnen bei Ihrer Rechnung im Dezember 1968 ein Betrag von 80 Millionen Schilling fehlen wird. Wenn Sie uns Abgeordnete für so einfältig halten, wie Sie es zwei Jahre hindurch getan haben, dann müssen Sie damit rechnen, Herr Minister, daß die Kritik der freiheitlichen Fraktion an Ihnen überaus hart ist.

Ich mache Ihnen heute neuerdings den Vorwurf, den ich Ihnen bei der ersten Lesung des Bundesfinanzgesetzes 1968 gemacht habe:

Peter

Entweder haben Sie diese blamable Entwicklung nicht vorausgesehen, dann sind Sie ein schlechter Finanzminister, oder Sie haben diese Entwicklung erkannt, diese aber dem Nationalrat vorenthalten, dann sind und bleiben Sie ein unaufrichtiger Finanzminister. Sie haben zu diesem Vorwurf das letzte Mal nicht Stellung genommen. Vielleicht hätten Sie die Güte, heute zu diesem Vorwurf der freiheitlichen Fraktion Ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Wir Freiheitlichen sind der Überzeugung, daß das Budget 1968 nahe an eine Bankrotterklärung des Kabinetts Klaus II heranreicht. Diese 3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967 ist nichts anderes, Herr Finanzminister, als der Gegenbeweis für das, was Sie in Ihrer Budgetrede am 17. Oktober 1966 ausgeführt haben.

Der Herr Abgeordnete Dr. Hauser hat namens der Regierungsfraktion den Oppositionsfractionen eine unehrliche Haltung gegenüber dem Budget und gegenüber dieser 3. Bundesfinanzgesetznovelle vorgeworfen. Herr Minister! Ihre Budget- und Finanzpolitik ist durch eine unehrliche Haltung gegenüber dem Hohen Hause gekennzeichnet.

Es geht nun einmal nicht, daß die ÖVP mit großen Plakaten durch alle österreichischen Bundesländer geht und sagt: „Ordnung im Budget sichert die Arbeitsplätze“, ohne tatsächlich eine Ordnung im Budget zu haben. Hier klappt eben die Lücke zwischen der Theorie und der Praxis dieses Einparteienkabinetts der Österreichischen Volkspartei.

Wir Freiheitlichen rufen Ihnen heute nochmals zu, Herr Finanzminister: Unsere Warnungen haben Sie bisher in den Wind geschlagen. Es ist aber endlich Zeit zur Umkehr, soll in Österreich eine noch größere Erschütterung vermieden werden, als sie bereits durch das Bundesfinanzgesetz 1968 für das kommende Jahr zu erwarten ist. Wir Freiheitlichen werden jedes Ihrer Argumente ernsthaft prüfen, bitten Sie aber, daß Sie vom Standpunkt der Regierung her endlich auch den Argumenten der Opposition Rechnung tragen und zu diesen Argumenten sachlich Stellung nehmen.

Auf Grund dieser Überlegungen sind die Freiheitlichen nicht in der Lage, der 3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967 die Zustimmung zu erteilen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Schmitz**: Der Herr Abgeordnete Peter hat mir die Möglichkeit gegeben, mich zu entscheiden, ob ich lieber ein schlechter oder lieber ein unaufrichtiger Finanzminister sein will, und

besteht darauf, daß ich diese Wahl treffe. Ohne diese direkte Aufforderung hätte ich das Wort jetzt nicht ergriffen; aber ich glaube, es nötigt mich der Respekt vor den Abgeordneten, auf eine direkt gestellte Frage auch sofort eine direkte Antwort zu geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, alle Politiker, sei es in der Regierung, sei es im Parlament, sollten nicht den Ehrgeiz haben, Aufgaben, die nur von Fachleuten gelöst werden können, unbedingt an sich zu ziehen. Ich glaube nicht, daß es Aufgabe des Politikers ist, eine konkrete Konjunkturprognose zu stellen. Es ist vielmehr seine Aufgabe, die Konsequenz aus einer derartigen Prognose zu ziehen und zu prüfen, ob die Annahmen, die zugrunde liegen, realistisch sind. Aber ich glaube, wir sollten bei der bestehenden Aufgabenteilung bleiben und diejenigen, die es gelernt haben, das machen lassen; diejenigen, die die Verantwortung tragen, sollen ihre Entscheidungen darauf aufbauen.

Ich gebe zu: Es ist nicht leicht, vor allem bei Konjunkturprognosen, die ja vierteljährlich revidiert werden, dem Umstand Rechnung zu tragen, daß das Budget auf einer Prognose beruht, die im September gemacht wird, und das Parlament im Dezember über das Budget entscheiden soll, in dem jedesmal eine Korrektur der Prognose vorliegt, die nur verschieden weit geht. Ich glaube, die Idee, daß man gleich im Dezember vorschlägt, die Regierungsvorlage abzuändern, weil die Prognosen statt auf 4 Prozent auf 1 bis 3 Prozent lauten, hieße in diesem Fall zu fragen: Soll es auf 1 Prozent korrigiert werden oder soll es auf 3 Prozent korrigiert werden? Ich glaube, das beste, was wir machen können, ist, die jeweils bei der Budgeterstellung vorhandenen Unterlagen bestmöglich zu verwerten, aber dann nicht stur dabei zu bleiben, sondern elastisch zu reagieren, wenn sich Änderungen der Vorschau ergeben.

Unaufrichtigkeit wäre es dann, wenn man dem Parlament Vorgänge verschweigen würde, die zu verschweigen man in der Lage wäre. Ich glaube, die erste Maßnahme, die ich nach Inkrafttreten des Budgets 1967 getroffen habe, war angesichts der Änderungen der Wirtschaftsentwicklung und der Prognosen die Erklärung, daß ich mich dann, wenn die Einnahmen zurückbleiben, dafür einsetzen werde, das Parlament zu ersuchen, das, was an Einnahmen nicht einfließt, durch Kreditoperationen zu bedecken und die Regierung in die Lage zu versetzen, trotzdem die — wie heute bereits richtig gesagt wurde — „built-in-stabilizers“ auch tatsächlich in Bewegung zu setzen.

Bundesminister Dr. Schmitz

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ob ich ein schlechter Finanzminister bin, das zu beurteilen liegt nicht an mir. Daß ich ein unaufrichtiger Finanzminister bin, muß ich zurückweisen. Ich versuche, ein verantwortungsbewußter Finanzminister zu sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ulbrich das Wort.

Abgeordneter Ulbrich (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Sehr verehrte Damen und Herren! In meiner Stellungnahme zu diesem Nachtragsbudget möchte ich zunächst eine Frage in den Vordergrund stellen, die uns mit den Ereignissen des gestrigen Tages konfrontiert. Sie alle entnehmen aus den Zeitungen diesen Bericht. *(Der Redner zeigt eine bebilderte Seite des „Kuriere“ vor.)* Er handelt von einem „Zugunglück“ bei den Österreichischen Bundesbahnen: „Ein Toter, ein Verletzter“. Und es heißt hier: „Fahrdienstleiter und Stellwerkswärter schuld an der Katastrophe“. Sie sehen im Bild die Einnahme des Stellwerkswärters.

Ich greife das aus einem besonderen Grund heraus, weil man nämlich ohne weiteres auch hier feststellen kann, wo die Schuld liegt. Die Schuld liegt dort, wo man die Mittel verweigert, um die Sicherheit im Bahnbetrieb zu garantieren! *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Die Schuld liegt dort, wo man die Möglichkeiten nicht schafft *(Gegenrufe bei der ÖVP)*, daß bei diesem Bahnbetrieb die Menschen entsprechend ihrer physischen und psychischen Leistungsfähigkeit Dienst versehen, indem man immer wieder Versuche mit der propagandistischen Schlagerwalze startet: „Die Personalstände sind zu hoch“, man müsse sie senken, denn sonst käme man mit der ganzen Arbeit nicht weiter. *(Abg. Dr. Bassetti: Bei der Verwaltung sind sie zu hoch!)* Das behaupten Sie nicht. Sie sagen: „Die Personalstände sind um 4000 Mann zu hoch!“ Sie reden nicht von der Verwaltung, weil das auch nicht stimmt. *(Abg. Dr. Fiedler: Was sagt das Gutachten?)* Dazu werde ich noch etwas sagen. *(Zwischenruf des Abg. Glaser.)* Sei ruhig! Sei ruhig! *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Glaser.)*

Herr Kollege Glaser, Ihnen möchte ich eines freundlichst sagen: Erinnern Sie sich an Ihre Diskussionsbeiträge im Haus bei solchen Zugunglücken, wen Sie schuldig gemacht haben: immer den sozialistischen Minister, der gar nichts dafür konnte! Ich behaupte nicht, daß Verkehrsminister Weiß an diesen Zugunglücken schuld ist. Das war Ihre Argumentation hier in diesem Haus! Es tut mir leid, besser waren Sie nie als heute. *(Abg. Dr. Fiedler: Es*

steht Ihnen nicht zu, das zu beurteilen! — Abg. Weikhart: Jetzt werden wir fragen, was wir reden dürfen! — Abg. Ing. Kunst: Ausgerechnet Sie werden wir fragen!) Was mir zusteht, das geht Sie gar nichts an, meine Herren! Das muß ich entscheiden und nicht Sie. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe der Abg. Grundemann und Dr. Gruber.)* Ich vertrete hier nicht die Interessen der Österreichischen Volkspartei, ich vertrete hier nicht die Interessen des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes — ich vertrete ausschließlich die Interessen der Eisenbahner ohne Rücksicht auf ihre Fraktionszugehörigkeit. Nehmen Sie das ein für allemal zur Kenntnis, meine Herren! *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Jetzt schauen wir uns einmal die Dinge an! Was war am Arlberg? Schienenbruch! Ist Schienenbruch ein menschliches Versagen, oder liegt es vielleicht daran, daß man beim Oberbau mit der Bereitstellung der notwendigen Mittel spart? *(Zwischenruf des Abg. Doktor Kranzlmayr.)* Bleiben Sie freundlich, meine Herren! *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Hier habe ich den „ÖVP-Pressedienst“ vom 20. Oktober 1967. Darin heißt es in der Überschrift: „Budget 1968 sichert raschen Ausbau bei Bahn und Post — Mehr für Waggon, E-Loks und Elektrifizierung“. Wir werden uns ja damit noch in den Beratungen über das Budget 1968 beschäftigen, zunächst in den Beratungen im Ausschuß und dann auch hier im Haus. Aber ganz unten im letzten Absatz der Meldung des „ÖVP-Pressedienstes“ steht: „Für die Erhaltung und Erneuerung des Oberbaues der Bahn sind allerdings in ordentlicher und außerordentlicher Gebarung geringere Mittel veranschlagt als im Budgetjahr 1967 ...“ *(Abg. Czettel: Hört! Hört!)* Da liegt die Schuld! Bei den Budgetverhandlungen konnte sich Minister Weiß gegen Finanzminister Schmitz nicht entsprechend durchsetzen. Hier ist die Schuld des Finanzministers, denn er hat in seinem Budget darauf zu achten, daß jene Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die Sicherheit im Bahnverkehr garantiert wird. Davon kann Sie niemand losprechen, meine Herren! Sie selbst schreiben das hier schwarz auf weiß.

Nun kommt noch etwas dazu: Ihr Wunder des „Eventualbudgets“. Herr Minister Weiß hat zu mir gesagt: Herr Ulbrich, Sie können sicher sein, aus dem Eventualbudget kriegen wir das, was wir benötigen. — Zuerst müssen Sie es haben, dann können Sie es geben! Schießen Sie nicht den Bären, bevor Sie ihn sehen! Zuerst müssen Sie den Bären haben, dann müssen Sie ihn treffen, und dann können Sie das Fell verkaufen. *(Abg. Dr. Gruber:*

Ulbrich

Alles tun wir!) Bis dorthin ist aber noch ein weiter Weg, ein sehr weiter Weg! (*Abg. Weikhart: Der Bär ist nicht in Sicht!*) Ich glaube, Sie werden noch eine Weile brauchen.

Das eine ist also der Schienenbruch. Aber untersuchen wir weiter.

Die zweite Frage: „Die Presse“ von heute schreibt: 32 Tote und 53 Verletzte gab es bei Unfällen im Sommer 1966. Und jetzt sind wir stolz, denn 1967 haben wir auch „nur“ 32 Tote und 56 Verkehrsverletzte bei den Österreichischen Bundesbahnen. Ich lasse Ihnen dieses Lorbeerblatt ruhig um den Hals hängen und gratuliere Ihnen dazu.

Was ist also geschehen, wenn die Österreichischen Bundesbahnen so, wie Sie behauptet haben, 1550 Millionen aus dem Budget für 1967 für Investitionen zur Verfügung hatten? Entweder stimmt das nicht, oder der Herr Minister Weiß hat diese Mittel nicht entsprechend angewendet, um Vorkehrungen zu treffen, damit nicht laufend diese Unglücksfälle eintreten.

Damit kommen wir zu einer weiteren Frage: Was ist mit den Kreuzungen zwischen Straße und Schiene? Ist Ihr Herr Finanzminister bereit, dem Freund und Minister Weiß jene Beträge zu geben, um die notwendigen Sicherungen an den Eisenbahnkreuzungen zu bauen? Wissen Sie, wo die Ursache der Gefährlichkeit dieser Wegkreuzungen liegt? (*Abg. Glaser: Beim Ulbrich!*) Beim Ulbrich nicht! (*Abg. Moser: Das war geistvoll! Das kennzeichnet die geistige Kapazität!*) Darauf muß ich Ihnen eines sagen: Stehen Sie auf, denn Sie sitzen auf dem Hirn! Das ist zuwenig, was Sie zum Ausdruck bringen, mein lieber Herr, das ist Armut. (*Abg. Glaser: Das lassen wir jemandem anderen über, zu beurteilen, wer worauf sitzt!*) Das sehen wir ja, mit Ihren Zwischenrufen dokumentieren Sie das klassisch.

Diese Eisenbahnkreuzungen haben Ihre Väter in der Ersten Republik verursacht. Erinnern Sie sich an ein Memorandum der Österreichischen Volkspartei, und lesen Sie nach, was ich Ihnen über das Auflassen der Bahnschranken wegen der Besetzung und der Personaleinsparungen gesagt habe, die Sie unter der Ära der christlichsozialen Regierung in der Ersten Republik durchgeführt haben. Heute leiden wir unter dem Mangel der Sicherung dieser Wegübergänge. Von 1945 bis heute waren Ihre Herren Finanzminister nicht bereit, in dieser Frage zu einer Lösung zu kommen. Kreuzt eine Schiene eine Straße, dann streiten vorerst Land und Bund: Wer wird es bezahlen? In der letzten Konsequenz

sind sich dann beide einig: Das zahlt die Eisenbahn! Woher nehmen und nicht stehlen?

Einer Ihrer Kollegen hat einmal voriges Jahr gesagt: Um all das zu bedecken, brauchte man einen Geldscheißer. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Sehen Sie, der fehlt. Daher möchte ich sagen: Sie könnten Ihr Budget vielleicht dahin gehend in Ordnung bringen, daß Sie für diese notwendigen Ausgaben Geld in Vor-sorge brächten; das ist aber die Aufgabe des Herrn Finanzministers, nicht die der Abgeordneten der Opposition: Dazu sind Sie verpflichtet.

Sie sagen: „Menschliches Versagen!“, wie es gestern Herr Dr. Kalz, unser Generaldirektor-Stellvertreter, zum Ausdruck brachte. Ja, einverstanden, richtig. Aber dann hätte Herr Dr. Kalz auch sagen müssen, daß mit den budgetären Mitteln, die zur Verfügung gestellt werden, nicht das Auslangen gefunden werden kann.

Wenn Sie fragen, wie es zu diesem menschlichen Versagen kommt, kann ich Ihnen darauf auch eine Antwort geben. Wissen Sie, wie hoch die Mehrleistungsverpflichtung der Eisenbahner in einem Jahr ist? Haben Sie eine Ahnung, was das heißt, mit diesem Personalstand alle Verpflichtungen zu erfüllen? Das bedeutet für das Jahr 1967 eine Mehrleistung von 4,122.000 Plusstunden. Dabei ist eine Mehrleistungsrate von 1,5 Millionen Stunden aus dem Jahr 1966 noch nicht beglichen. Wie man dann zu den Überlegungen kommt, man könnte ÖBB-Reformen durchführen, man könnte die Personalstände senken, man könnte bei den Österreichischen Bundesbahnen das klassische Beispiel der Personaleinsparungen durchführen, das muß ich Sie fragen. Mit Schätzung zum 31. Dezember stecken mehr als 5,5 Millionen Plusstunden im Betrieb ÖBB. Wundert Sie da das menschliche Versagen eines Eisenbahners? Wundert es Sie da, wenn der Mann im Dienst steht und 120 oder 130 Zugläufe überprüfen soll, daß er einmal einen Fehler macht, wenn ihm die notwendige Freizeit, wenn ihm der notwendige Urlaub auf Grund der Finanz- und Budgetpolitik Ihrer Partei nicht ermöglicht wird? Davon können Sie sich nicht freisprechen, meine Herren. Das wäre zu leicht für Sie.

Nun zur Frage der ÖBB-Reform. Da heißt es: Bis 1970 soll die Automatisierung 13.000 Eisenbahner ersetzen. Gehen Sie in den Betrieb der ÖBB und fragen Sie um die Modernisierung, Automatisierung und Rationalisierung, seit Sie das Unternehmen führen! Darauf werden Sie keine Antwort bekommen, weil bis heute nichts geschehen ist. Man ist froh, zu flicken und zu halten, was momentan im Betrieb an Notwendigkeit für die Betriebs-

Ulbrich

sicherheit und für die Verkehrssicherheit besteht. Von Modernisierung, Technisierung und Rationalisierung kann man leicht sprechen, aber dazu müßte der Herr Finanzminister viele Milliarden haben, um das zu ermöglichen.

Wenn Sie die klassische Idee aus dem Professoren-Bericht übernehmen, die natürliche „Schrumpfung“ des Personals und der Ersatz aus den Personalständen, dann wäre ich sehr gerne bereit, einen Ihrer sogenannten Fachleute beizuziehen, der uns zeigt, wie man das löst. Wenn man aus dem Betrieb 13.000 Menschen nimmt und den Grundsatz der Politik, der in dem Bericht enthalten ist, verwirklichen will, dann heißt das: 13.000 Arbeitskräfte weniger in drei Jahren! Die Kalkulation ist gut: Wenn das abläuft, sinken die Personalstände pro Jahr in der Kostenquote um 5 Prozent und damit das Defizit der Bundesbahnen.

Herr Dr. Hauser hat mir imponiert. Er hat gesagt: Wenn man über das Defizit spricht, soll man es doch nicht immer in der negativen Sicht anschauen. Man soll sich doch überlegen, was für eine Propaganda daraus entsteht, wenn man es immer nur negativ erklärt und nicht das Positive in der möglichen Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens erkennt. Nun frage ich Sie: Welche Propaganda haben Sie mit dem Defizit der ÖBB von 1945 bis 1965 gemacht? Haben Sie sich Gedanken darüber gemacht, ob das dem Betrieb nützt oder schadet? Haben Sie diese Überlegungen nur aus der Erkenntnis der „Unmöglichkeit“ der sozialistischen Minister gemacht? Dann lesen Sie den Professoren-Bericht! Warum verhindert man seine Verwirklichung? Warum veröffentlicht man ihn nicht? Weil damit das ÖVP-Memorandum zerschlagen ist, weil Ihre Lüge über die Bundesbahnen zerbrochen ist!

In dem Bericht des Professors Illetschko heißt es: Wenn der Bericht der Öffentlichkeit übergeben wird, wird das Gesicht der Bundesbahnen von den „defizitären“ Belastungen befreit, und man wird erkennen, welche Leistungen sie erbringt. Vielleicht wissen Sie zum Beispiel auch, wie der Rechnungshof über die Bundesbahnen und über ihre gebahrungsmäßige Führung geurteilt hat.

Daher, glaube ich, sollten Sie bei diesem Propagandaweg, den Sie beschreiten, manches überlegen, ehe Sie ihn gehen, denn wir können auch zuhören und losen, was da geschieht.

Aber jetzt wieder zu den 13.000 Bediensteten, die nicht mehr ersetzt werden sollen, denn das ist ein angenehmes Thema; vielleicht kommen Sie dann zu der Richtigkeit meiner Behauptung. Wenn man aus dem Bereich der ÖBB, aus dem Personal der Eisenbahner den Ersatz für den

Bedarf nehmen will, müssen Sie einmal die Tauglichkeit der Menschen dort prüfen. Da sage ich Ihnen, was Ihr Fachmann von der Eisenbahn, Kollege Spindelegger, mir bestätigen wird: Man kann Menschen, die einmal ihr 30. oder 35. Lebensjahr erreicht haben, nicht mehr in den Vershubdienst stellen, man kann sie nicht mehr in den Zugförderungsdienst hinüberschieben, und man kann sie nicht mehr in den Lok-Fahrdienst hinüberbringen, weil sie nämlich die Voraussetzungen und den Tauglichkeitsgrad nicht erfüllen können und die Leistungsfähigkeit nicht mehr da ist. Daher ist der Weg des Auffüllens aus dem Personal heraus und des Nicht-Ersetzens dieser 13.000 nicht gangbar. Sie müßten also die technischen Voraussetzungen schaffen, und da können Sie sich ja mit dem Herrn Minister Weiß, mit dem Herrn Dr. Kalz und mit dem Herrn Finanzminister dann an einen Tisch setzen und den Plan aufstellen, was das kostet. Man soll nicht von der Reform der ÖBB sprechen, man soll nicht davon reden, daß man den selbständigen Wirtschaftskörper ÖBB braucht, ohne daß man sich vorher klar wird, was das kostet.

Da man so schön über diese Entwicklung redet und von den Defiziten spricht, erlaube ich mir, eine Frage an den Herrn Finanzminister zu richten. Sie kennen doch diesen seinerzeitigen Brief (*eine Zeitungsanzeige hochhaltend*), Herr Finanzminister? „Antwort an die Gewerkschaft der Eisenbahner“ in Frage Defizit. Da hat der Herr Finanzminister nämlich in aller Öffentlichkeit geschrieben, damit man es klar erkennt, „daß sich die Gewerkschaft der Eisenbahner sehr massiv für die Erhöhung des Defizits der Österreichischen Bundesbahnen einsetzt“. — Was wir damals von ihm beschuldigt worden sind, hat heute Herr Dr. Hauser für die Österreichische Volkspartei getan: Er hat das Defizit, das im Staatshaushalt besteht, was ja hoffentlich von Ihnen nicht bestritten wird, sehr massiv verteidigt. — Der Herr Finanzminister schreibt dann in Sperrdruck:

„Vorweg eine Frage: Könnten Sie, wenn Sie für die Budget- und Finanzpolitik des Landes verantwortlich wären, mit ruhigem Gewissen dem ständigen Anwachsen des Defizits der Österreichischen Bundesbahnen zusehen? Ich kann es nicht!“

Herr Finanzminister! Können Sie das Budget und den Abgang des Jahres 1967 mit ruhigem Gewissen zur Kenntnis nehmen? (*Zwischenruf des Abg. Weikhart.*) Können Sie in bezug auf das Jahr 1968 das Defizit des Staatshaushaltes noch mit ruhigem Gewissen zur Kenntnis nehmen? Können Sie noch ruhig schlafen, Herr Finanzminister?

Ulbrich

(Bundesminister für Finanzen Dr. Schmitz: Gott sei Dank! — Abg. Weikhart: Das Bundesbahndefizit ist im nächsten Jahr noch höher, aber der Finanzminister schläft gut!)

Nun sind wir bei der Frage des heutigen Tagesordnungspunktes, und da heißt es: Der Abgang bei Bahn, Post, bei den Bundesforsten und beim Branntwein beträgt 600 Millionen Schilling. Bei der Sitzung im Finanz- und Budgetausschuß wurde der Herr Finanzminister gefragt, ob er die in- und ausländischen Kreditanforderungen nicht vielleicht auch dafür benötigt, daß er am 1. Dezember 1967 die Gehälter, Löhne und Pensionen beim öffentlichen Dienst ausbezahlen kann. Er ist elegant ausgewichen und hat erklärt, er benötige diese Kredite für finanz- und budgetpolitische Aktionen.

So schaut Ihre Politik in Österreich aus, meine sehr verehrten Herren von der Österreichischen Volkspartei! Und wo Ihre Glaubwürdigkeit in der Argumentation und in der Debatte liegt, das erleben Sie jetzt laufend bei den bisherigen Wahlen. Dazu kann man Ihnen nur gratulieren.

Weiter steht in diesem Schreiben des Herrn Finanzministers, man müßte eine „Zusammenlegung von Post- und Bahnkraftwagendienst“ durchführen, man müsse eine Reorganisation des ganzen Betriebes vornehmen. Einer Ihrer Herren, der leider nicht da ist, mein Freund Herr Abgeordneter Mitterer, hat einmal zu uns gesagt: Ihr von der Opposition, schaut euch doch einmal in Deutschland den Sozialisten Professor Schiller an, da könnt ihr lernen! Und jetzt gebe ich das zurück: vielleicht lernen Sie auch noch etwas, ich weiß es nicht. *(Abg. Libal: Hoffnungslos! — Abg. Kulhanek: Vom Schiller kann man immer etwas lernen!)* Da geht es um die Frage der Deutschen Bundesbahn; das trifft dann Sie mit den Bemühungen, die Betriebsorganisation zum Wirtschaftskörper fortzuführen. *(Abg. Doktor Gruber: Lernen Sie vom Leber auch etwas?)* Wir schon, aber Sie nimmermehr, bei Ihnen ist das Lernen hoffnungslos vorbei. Sie sind an der Grenze dessen, was erreichbar ist, und glauben, alles zu wissen und zu können. *(Heiterkeit.)*

Professor Schiller sagt: „Man spricht von einem voraussichtlichen Defizit von 3 Milliarden D-Mark für das Jahr 1966.“ Er spricht davon, was Herr Abs, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Deutschen Bundesbahn, ausgerechnet hat. Er rechnet es nach, und es stimmt: „Das Defizit der Deutschen Bundesbahn ist größer als die Summe aller Kapitalmarktmittel, die die deutsche Industrie in einem Jahr aufgenommen hat.“

Und dann führt Schiller weiter aus: „Meine Damen und Herren! Was sollen wir zu der Lage sagen? Ich selber möchte einige Andeutungen, einige Richtpunkte und Gedanken beisteuern, möchte aber angesichts des Defizits der Deutschen Bundesbahn vorweg etwas anführen, was vielleicht manchen Rufern bei anderen Gewerkschaftszweigen nicht so angenehm ist: Öffentliches Eigentum oder Gemeineigentum an Wirtschaftseinrichtungen, liebe Kollegen, ist noch kein Patentschutz und keine Versicherung gegen laufende Geschäftsverluste.“

Wenn man nämlich, wie bei den Österreichischen Bundesbahnen — und nun können Sie sich wieder an den Professoren-Bericht anlehnen —, dem Betrieb Belastungen überträgt, die nicht grundsätzlich betriebseigen sind, dann kommt man zu einem Abgang. Ich kann es Ihnen kurz aus dem Stegreif sagen: Überrechnen Sie die Pensionslasten, die den Bundesbahnen grundsätzlich nicht zugeeignet werden sollten, überrechnen Sie die Subventionstarife an Ihre Wirtschaftsvertretungen, und überrechnen wir die Sozialtarife, die Leistungen an das Bundesministerium für Verteidigung, für Unterricht und dergleichen! Was sagt der Professoren-Bericht? Man möge diese Belastungen nicht nur kontenmäßig bereinigen. Meine Herren! Ihre Minister sind aufgerufen zur echten Bezahlung dieser Kosten an die Bundesbahnen! Dann hätten Sie einen Bundesminister Weiß, der keinen Abgang, sondern einen Überschuß hätte. Das wäre eine Propaganda für Ihre Politik. Aber selbst zu der sind Sie nicht fähig.

Professor Schiller sagt noch etwas: „Und mit dem einfachen Rezept ‚andere Eigentumsverfassung‘ — Sie wissen, was ich meine — sind die Defizite nicht wegzubringen. Dafür ist die Bundesbahn ein Beispiel. Was nötig ist, von der Eigentumslage ganz unabhängig, ist eine aktive vorausschauende Strukturpolitik.“

Wenn Sie sich meine erste Rede, die ich in diesem Haus gehalten habe, vom 12. November 1965 durchlesen, dann werden Sie daraufkommen, daß ich gesagt habe, was uns fehlt: die Koordinierung der gesamten Verkehrspolitik im Lande. Man kann nicht Verkehrspolitik nach politischem Standpunkt machen; Verkehrspolitik kann man nur nach den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in den gesamtwirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber Österreich durchführen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Aber das wollten Sie ja nicht.

Sie haben uns also den Rat gegeben, nach Professor Schiller vorzugehen. Ich gebe Ihnen zurück: Lesen Sie Professor Schiller in seiner Aussage zu diesen Fragen und entscheiden

Ulbrich

Sie dementsprechend dann mit Ihrem Herrn Finanzminister zugunsten der Österreichischen Bundesbahnen! Wir wären Ihnen dafür sehr dankbar. (*Abg. Dr. Gruber: Leber-Plan!*) Sicherlich, wir werden auch über den Leber-Plan debattieren können, Herr Dr. Gruber, da können Sie mich in keine Schwierigkeiten bringen. Das sind Dinge, die der Wahrheit entsprechen, nur ob Sie beim Leber-Plan mitgehen können, darauf bin ich neugierig. Wenn Sie bereit sein werden, die Straße dem Verkehrsministerium zu unterstellen und im Hinblick auf den Lastkraftwagen zu sagen: Du fährst nicht mehr auf der Straße, du fährst auf der Eisenbahn und stellst ein!, dann werde ich Ihnen zu Ihrem Können gratulieren. (*Abg. Dr. Gruber: Wir können anderes auch machen!*) Es steht gar viel drinnen, aber nur ist das, was im Leber-Plan drinnen steht, nicht in drei Jahren durchführbar, wie Sie es sich vorstellen, sondern in einem zehnjährigen Programm, wie es zum Beispiel Professor Nemschak in seinen Ausführungen über die Sanierung der Österreichischen Bundesbahnen festlegt. Aber man muß den Mut haben, es auch zu tun und nicht nur zu reden, und da müssen Sie auch die Mittel zur Durchführung bereitstellen! (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Schauen Sie nur einmal nach Schweden, dort hat man die Frage in einem zehnjährigen Programm gelöst. Wir wissen, daß von 75.000 Eisenbahnern nur 45.000 übriggeblieben sind. Aber Ihre Lösung, in drei Jahren 13.000 Eisenbahner einzusparen, die wird wahrscheinlich nicht klarwerden. (*Abg. Libal: Die haben nur vor der Wahl geredet!*)

Wir haben zum Beispiel am Morgen eine Rundfunksendung der Vereinigung österreichischer Industrieller. Für die müssen wir Eisenbahner ja besondere Liebkinder sein, denn da heißt es in einer Ausführung: „Wenn von Verwaltungsreform die Rede ist, stehen immer auch die Österreichischen Bundesbahnen zur Debatte. Sie sind nämlich in den Augen vieler Leute ein Musterbeispiel für einen Verwaltungskörper, bei dem eine zielstrebige Rationalisierung erhebliche Einsparungen im Personalbereich bringen könnte.“

Einer von Ihren Herren hat in einem Zwischenruf gesagt: Nur im Verwaltungsapparat! Vielleicht schauen Sie sich einmal den Verwaltungsapparat der Österreichischen Bundesbahnen an. Vielleicht gehen Sie einmal in ein Verkehrseinnahmenamt, vielleicht gehen Sie in das Hauptwagenamt und schauen Sie sich an, was dort an Rechenmaschinen und Computern tätig ist, aber nicht erst seit heute, sondern schon aus der Ersten Republik herübergeführt in die Zweite Republik und

dauernd in der Entwicklung auf Zentralisierung und Automatisierung. Wenn Sie die 4000 Posten, die wir überzählig haben, im Verwaltungsdienst einsparen wollen, sind alle meine Leute im Verwaltungsdienst weg, denn es sind insgesamt nur 4000 Menschen. Also so können Sie mit der Propaganda nicht arbeiten; da muß ich Ihnen sagen: Sie sind auf dem gefehlten Weg.

Aber hier sagt man, um auf die 13.000 hinzuweisen — und jetzt kommt das Wunder der österreichischen Industriellen —: „Was viele verwundern wird: Verkehrsminister Weiß betonte, daß der gegenwärtige Personalstand bei den Bundesbahnen um rund 4000 Personen unter dem Stellenplan liege. Was sagt uns das? Vielleicht ist dieser Stellenplan etwas zu großzügig, das heißt nicht mehr ganz zeitgemäß festgelegt. Vielleicht wurde in den zurückliegenden Jahren versäumt, ihn den Möglichkeiten der modernen Rationalisierungsmethoden anzupassen. Wie dem auch immer sei, man scheint bei den Bundesbahnen entschlossen zu sein, den Personalstand wenigstens nicht ‚aufzustocken‘, sondern überall dort zu rationalisieren, wo Vereinfachungen der Verwaltungsarbeit und somit Personaleinsparungen möglich sind.“

Ich möchte dazu feststellen: Das ist schön geredet, aber bei der Durchführung wird die Wirkung gar nicht so schön sein.

Die Stellenpläne der Österreichischen Bundesbahnen werden jährlich überprüft. Sie werden jährlich bei Verhandlungen entsprechend dem Leistungsaufkommen gehoben oder gesenkt. Das heißt also, daß der Weg, von dem Sie meinen, daß er bei uns fehlt, seit dem Jahre 1945 gegangen wird. Ich darf Ihnen sagen, daß mehr als 30.000 Eisenbahner in diesem Zeitraum aus ihrer Tätigkeit bei den ÖBB bereits ausgeschieden wurden, daß unser Personalstand seit zehn Jahren die gleiche Höhe hat, während die Leistungen im Gütertransport und im Personenverkehr um ein Vielfaches gestiegen sind. Da frage ich mich, wie Sie zu diesen Analysen kommen und wieso man behaupten kann, diese Stellenpläne seien großzügig aufgebaut. 5,5 Millionen Plusstunden stehen Ihrer Argumentation des unzeitgemäßen Stellenplanes bei den Österreichischen Bundesbahnen gegenüber! Es werden 1000 ausländische Gastarbeiter beschäftigt. Genügt Ihnen das noch immer nicht? Ist Ihnen das immer noch zuwenig?

Wenn wir uns nun die Abgänge in den Budgets anschauen, die hier so klassifiziert werden, dann stimmt ja der Abgang 1967 im kassenmäßigen Saldo von 790,438.000 S nicht mehr; wir müssen vielmehr ein Plus von 250 Millionen auf Grund des 3. Nachtrags-

Ulbrich

budgets für 1967 hinzurechnen. Der Abgang für das Jahr 1967 beträgt also 1040 Millionen. Wie werden Sie uns das erklären?

Wenn es nach der Aussage des jetzigen Verkehrsministers geht, dann hat er sich die Antwort selber gegeben, denn er schrieb in einer Aussendung vom 10. Feber 1966 als Vorsitzender des ÖVP-Ausschusses, der das Memorandum gestaltete, „daß die derzeitige Organisationsform der Österreichischen Bundesbahnen rein provisorischen Charakter habe. Im Behörden-Überleitungsgesetz aus dem Jahr 1945 war vorgesehen, daß ein eigener Wirtschaftskörper geschaffen werden soll. Das ist bis heute nicht geschehen. Verantwortlich für das Geschehen bei den ÖBB ist einzig und allein der Bundesminister für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft.“

Da stellen wir in Analogie zu dieser Behauptung von 1966 fest: Verantwortlich für das Defizit bei den ÖBB 1966, 1967 und 1968 ist der Herr Verkehrsminister Weiß! (*Beifall bei der SPÖ.*) Es ist nicht üblich, daß ich in dieser Art und Weise über meinen Minister spreche, aber Sie fordern das heraus, Sie verlangen solche Antworten, weil Sie ansonsten immer wieder meinen, in Ihren Argumentationen finden Sie die Richtigkeit für Ihre Behauptungen. Ich habe zu Ihren Argumentationen bereits einmal Stellung genommen. Das hat Sie aus dem Harnisch hervorge lockt.

Nun kommen wir zu einer anderen Frage, die auch nicht uninteressant ist, weil sie ebenfalls mitgespielt hat. Es ist die Auseinandersetzung, die sich um das Problem des „Beamtenopfers“ ergeben hat. Ich muß diese ganze Sache leider noch einmal aufzäumen, nachdem sie von seiten der ÖVP ... Bleiben Sie da, Herr Gruber, es wird interessant werden! (*Abg. Dr. Gruber: Ja, ja, ich bleibe da! Jetzt kommen die Personalvertretungswahlen!*) Es wird höchst interessant für Sie werden, was ich Ihnen jetzt aufdecken werde. Es heißt hier in einem Schreiben ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Schauen Sie, nicht nur wir, sondern auch Sie werden — und ich glaube, ich werde es weidlich nützen müssen — wegen der Glaubwürdigkeit Ihrer Argumentation noch etwas zu hören bekommen. (*Zwischenrufe. — Abg. Dr. Gruber: Hast du vielleicht nicht rechtes Vertrauen zu den eigenen Listen?*) Möglich, daß Sie das so annehmen können, aber wir können ja nach dem 28. weiterreden, um wieviel Sie stärker geworden sind. Mehr brauche ich dazu nicht zu sagen. Sie tun alles, damit Sie nicht fatter werden. Das kann ich Ihnen garantieren.

Das „Beamtenopfer“ war doch das eleganteste, was es gibt. Entschuldigen Sie, wenn ich das ganz plump sage: Es war die politische

Dummheit der Österreichischen Volkspartei. (*Heiterkeit.*) Sind Sie mir nicht böse, das muß man Ihnen sagen. Mehr Weisheit hätte ich dem Herrn Kanzler, dem Herrn Finanzminister und dem Herrn Generalsekretär Withalm zugetraut. Daß Sie sie nicht haben, das ist Ihre Angelegenheit. Das geht uns nichts an. (*Abg. Dr. Gruber: Dafür habt ihr mehr Intelligenz!*) Ja, sicherlich, ganz so dumm sind wir wirklich nicht. Denn Intelligenz hat mit Bildung nichts zu tun, das hat man, oder man hat es nicht, bei dem einen fehlt es, und der andere hat es! (*Heiterkeit und Beifall. — Zwischenruf des Abg. Dr. Gruber.*) Ich will Sie ja nicht persönlich kränken oder beleidigen. Sie haben einen akademischen Grad, das ist ein Bildungsgrad. Ob Sie intelligent sind, das sollen Ihre Leute entscheiden, nicht ich. (*Zwischenruf des Abg. Krottendorfer.*) Sie bleiben freundlich dort hinten, das ist viel besser, Sie kommen dann noch dran. Kennen Sie das (*ein Flugblatt hebend*), lieber Freund? Es ist eine klassische Sache, sage ich Ihnen.

Da schreibt man also darüber, daß man innerhalb der Österreichischen Volkspartei und des ÖAAB ja alle Voraussetzungen für eine gute Politik für die Eisenbahner erfüllt. Es gibt ja nichts Besseres für die Eisenbahner, für den gesamten öffentlichen Dienst als die Alleinregierung Klaus! — Ja wie stimmt denn das mit der Wirklichkeit überein?

Ich habe hier noch — ich bin so ein alter Sammler — das Forderungsprogramm des ÖAAB von den letzten Wahlen im Jahr 1964. Es ist gezeichnet von Kollegen Schaber aus Innsbruck — der ist ja ident für Sie, darüber brauchen wir nichts zu reden —; ich nehme nur ein paar Punkte heraus, damit Sie dann sehen, welche Handlungen Sie zu den Forderungen Ihrer Freunde im Betrieb setzen.

Da steht zum Beispiel: „Vereinfachung der Nebengebührenschrift und Nachziehung der Nebengebührensätze sowie Zuerkennung von Nebengebühren für Dienstzweige, welche bisher unberücksichtigt blieben; Sonn- und Feiertags- sowie Nachtdienst“. — Was sagen Sie dazu? Wie oft haben wir hier in diesem Hause Entschließungsanträge eingebracht? Einmal war er von mir, das andere Mal von meinem verstorbenen Freund Steinmaßl. Was haben Sie gemacht? Soll ich Ihnen den Abstimmungsvorgang vorlesen? Präsident war Herr Maleta: Wer für den Antrag ist, möge sich von den Sitzen erheben. — Das ist die Minderheit. Und von Ihrer Bank — Sie können es im Protokoll nachlesen — ist gestanden: „Propaganda, Propaganda bei den Sozialisten!“ Ja, meine Herren, warum erfüllen Sie denn nicht die Wünsche Ihrer ÖAAB-Funktionäre und christ-

Ulbrich

lichen Gewerkschafter? Warum stimmen Sie denn hier dagegen, und anderswo stellen Sie diese Forderung auf? Ich habe doch Ihren Freunden vom ÖAAB in der Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer gleichfalls gesagt, daß es kein Kunststück ist, die Haltung einzunehmen: „Wo wir die Wenigeren sind, da gehen wir mit den Mehrern, und wo wir die Mehrern sind, sagen wir zu den eigenen Leuten: Das geht nicht, jetzt müßt ihr schön mit uns tanzen!“ Denn sonst wären Sie die Wenigeren. Wenn die 31 Hanseln des ÖAAB einmal mit uns gehen, dann bleiben sie über, das haben wir beim „Beamtenopfer“ gesehen. „A g'sunde Allianz“! Der Herr Dr. Gasper-schitz hat sich die Brust aufgeblasen und hat geschrien: „Die Extratouren des Abgeordneten Ulbrich machen wir nicht mit!“ Und am Schluß hat er sich ganz schön windelwach am Hintern g'setzt und war froh, daß ich aufgestanden bin, denn bei Ihnen hätte er sich allein nicht durch-gesetzt. Das schreibt die „Tiroler Tages-zeitung“ — auch keine Zeitung von uns!

Man fordert zum Beispiel — Herr Dr. Gruber, noch etwas Klasses; ich bin ja nur froh, daß ich das alles gefunden habe, eine Weile habe ich ja gesucht —: „Eheste Regelung eines neuen Arbeitszeitgesetzes“. — Meine Herren, was sagen Sie dazu? Waren Sie jemals bereit für ein neues Arbeitszeitgesetz? Bis heute haben wir es noch nicht. Bis heute haben wir einen Generalkollektivvertrag, den wir Gewerk-schafter erkämpft haben, aber nicht Sie als Politiker in der Österreichischen Volkspartei, das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, das weiß die gesamte Öffentlichkeit. Sie können viel-leicht mit allem Prunk Plakate machen: „Wir sind für ein neues Arbeitszeitgesetz! Wir sind für die Abgeltung von Sonn-, Feier-tags- und Nachtarbeit für die Eisenbahner und für den öffentlichen Dienst. Wir sind bereit, dem öffentlichen Dienst alle Mittel zu geben, die er nötig hat, um seine Aufgabe zu erfüllen.“ Diese Plakate findet man nirgends, und die-jenigen, die sie vorher aufgepickt haben, picken sie jetzt schnell zu, damit sie die Leute vergessen können.

Ich kann Ihnen noch etwas sagen, nämlich wie Sie eine demokratische Einstellung vom Scheitel bis zur Sohle vertreten. Es ging um das Problem des amtlichen Stimmzettels bei den Eisenbahnern. Ihre Fraktionskollegen von den Eisenbahnern sind zu mir gekommen und haben gesagt: Ernstl, paß auf! Mit den Stimmzetteln, die wir normalerweise bei den Wahlen haben, sind wir immer hintennach. Ihr habt mehr Vertrauensleute, ihr seid stärker im Betrieb, unsere Leute dringen mit der Propaganda bei der Stimmzettelverteilung nicht durch, wir befürchten daraus eine Benachteiligung bei den Wahlen. — Na schön,

habe ich gesagt, was machen wir? — Einen amtlichen Stimmzettel! — Einverstanden! — Wir haben ihn gemacht. Aber als es um die Reihung beim amtlichen Stimmzettel ging, da war ein Wunder da: Da hätte die Minder-heit der Minderheiten den Rang 2 gewollt; nicht den ihr zustehenden Rang 3. Ich habe in einer Sitzung erklärt: Liebe Freunde, ein-verstanden mit den Stimmzetteln, aber die Grundsätze der Nationalrats-Wahlordnung! Was es wiegt, das hat's. Wir wären sicher Liste 1 gewesen; Sie wären Liste 3 geworden. Sie waren aus der Koalitionszeit gewohnt, gut behandelt zu werden. Sie wollten Sauberkeit im Betrieb, Sie bekommen diese, Sie sind die Liste 3, und die Gewerkschaftliche Einheit mit ihren drei Mandaten ist Liste 2 geworden.

Da steht der Kollege Stanzl im Zentral-ausschuß auf und sagt: „Wir im ÖAAB haben beschlossen ...“ Wissen Sie, wieviel Prozent das bei uns sind? 8 Prozent! Und auf der anderen Seite 74 Prozent von uns und 18 von den Kommunisten. Die haben nichts beschlos-sen gehabt, die haben nur gesagt: Grundsatz Nationalrats-Wahlordnung.

Das kam dann so weit, daß sogar der Bundesminister Weiß erklärte: Wenn die Frage zu mir kommt, muß ich sie so ent-scheiden, denn unter einem ÖVP-Minister kann es das doch nicht geben, daß die wohl stärkere Minderheit vor der schwächeren Minderheit steht.

Demokratie des ÖAAB! Ich muß sagen, da gibt es schon manche Feinheiten drinnen.

Bei den Auseinandersetzungen um das „Beamtenopfer“ haben wir heute schon wieder eine neue Situation auf Grund des Interviews des Herrn Generalsekretärs Withalm mit der „Wochenpresse“. Dazu möchte ich folgendes, nur auf Grund der Presseberichte, noch feststellen.

Mir ist das letzte Mal der Vorwurf gemacht worden: Was verstehst denn du von der Landwirtschaft? Ich habe gar nicht be-hauptet, daß ich etwas davon verstehe, weil ich ja kein Bauer bin; ich gebe das ohne weiteres zu. Aber die, die den Zwischenruf gemacht haben, verstehen auch nicht viel davon. Und einem Ihrer Herren, den ich persönlich als einen Fachmann der Landwirt-schaft anerkenne — das ist kein Kunststück, weil ich nicht viel „Bries“ davon habe, aber von dem ich weiß, daß er integer und in Ordnung ist —, dem ist in einer Bauern-versammlung folgendes passiert: Er ist dort gesessen und hat geredet — ich glaube, der Herr Kollege Fachleutner war auch dabei —, man hat über die Landwirtschaft debattiert, die Weinbauern haben über die Landwirt-schaft debattiert. Da ist einer aufgestanden

Ulbrich

und hat gefragt: Herr Abgeordneter, haben Sie eine Kuh? — Da antwortete er: Ich bin ein moderner Bauer, ich kaufe meine Milch im Laden. — Da antwortete jener: Sehen Sie, da verstehen Sie nichts von der Landwirtschaft. (*Abg. Fachleutner: Das ist ein Blödsinn, was Sie da sagen! — Allgemeine Heiterkeit.*) Ja, ja, das trifft Sie, das trifft Sie wundervoll, Herr Fachleutner, denn Sie verstehen ja auch nichts von der Landwirtschaft, höchstens vom Weintrinken. (*Abg. Fachleutner: Mehr schon als Sie! Sie müssen den Kollegen Pfeifer fragen!*) Von dem habe ich es ja gehört (*Heiterkeit*), der hat es mir ja gesagt, Herr Fachleutner. (*Abg. Fachleutner: Da hat er gelogen!*) Geh, hör' auf! Herr Kollege Fachleutner, hat er da auch gelogen, als er sagte, daß Sie, als Sie zu einer Diskussion vor den Bauern eingeladen waren, gesagt haben, Sie gehen nicht hin, denn dort fehlt die Objektivität, obwohl Ihre Bauern dort waren, denn wir haben ja nicht soviel? (*Abg. Fachleutner: Nein!*) Nein, stimmt das? (*Abg. Fachleutner: Das war eine rein sozialistische Versammlung, Herr Kollege!*) Haben Sie eine Kuh? Ob Sie eine Kuh haben? (*Abg. Fachleutner: Ja!*) Dann verstehen Sie etwas von der Landwirtschaft, und wir sind schon wieder gut. So kann es einem ergehen.

Ich möchte das kundgeben, was ich aus der Presse weiß ... (*Anhaltende Zwischenrufe beider ÖVP: — Abg. Sandmeier: Haben Sie eine Lokomotive daheim?*) Ja, ich habe eine, aber nur eine kleine (*allgemeine Heiterkeit*), denn eine andere paßt ja nicht in meine Wohnung. Also, das geht daneben. Aber Sie können sich als Muster Ihres Wissens betätigen und eine Kuh in Ihre Wohnung stellen, dann sind Sie ein Bauer.

Da steht also in diesem „Presse“-Bericht unter dem Titel „Umstrittenes ‚Beamtenopfer‘“ etwas, was ich Ihnen noch einmal zur Kenntnis bringen möchte:

„Der größte Stein wurde aber von ganz anderer Seite auf den Weg gerollt. Denn nun erst, da die Beamten aufmuckten, wurde bekannt, wie im Fünfmännkollektiv der ÖVP-Budgetspitze die Einigung über den Haushaltsplan 1968 zustande gekommen war.“ — Die Fünfmannspitze heißt Klaus, Withalm, Maleta, Wallner und Sallinger. — „Die Bauern akzeptieren die ihnen zugeteilten Belastungen erst, nachdem die Wirtschaft ihre Umsatzsteuererhöhung und der ÖAAB sein ‚Beamtenopfer‘ aufgebrummt erhalten hatten.“

Hat also der ÖAAB vielleicht schon die Zustimmung zu dem Beamtenopfer gegeben? Und jetzt sagen Sie laut und deutlich „nein“! Sagen Sie recht laut „nein“, denn dann

lügen Sie nicht, dann verschweigen Sie nur das, was im Klub der ÖVP beschlossen worden ist, und da waren die Vertreter des ÖAAB dabei. (*Abg. Moser: Die sind jetzt hinausgegangen!*) Das ist das erste.

In den „Salzburger Nachrichten“ — Sie werden doch hoffentlich nicht behaupten, daß wir diese Zeitung beeinflussen — schreibt man:

„ÖAAB-Obmann Maleta hat die Erhöhung des Pensionsbeitrages und die Verschiebung der Gehaltserhöhung bereits als Budgetopfer akzeptiert, da platzt die Streikdrohung der Eisenbahner in die bündische Einigung.“ Oder wie vorhin einer sagte: in die bündische Koalition.

Ich kann mir ja vorstellen, daß Sie keine Freude mit uns hatten, aber hätten Sie Freude gehabt, wenn Sie öffentlich Bediensteter wären und man zu Ihnen gesagt hätte: Neben den allgemeinen Opfern der gesamten Bevölkerung tragen Sie eine Sonderbelastung! Sie dürfen nicht vergessen: Das sind unselbstständig Tätige, die haben keinerlei Grundbesitz oder Eigentum an Fabriken oder Rohstoffen und dergleichen wie zum Teil die von Ihnen Vertretenen. Die leben von dem, was sie am Ersten auf die Hand bekommen, und da tut es schon weh, ob man um 150 S mehr oder weniger hat. Diesen Raub aus der Tasche der öffentlich Bediensteten hatten Sie in Ihrer Partei beschlossen. Ich werde Ihnen dann den Beweis liefern, daß es stimmt, daß Sie das vorgesehen hatten.

Die „Wochenpresse“ stellt ähnliches fest: Die Gewerkschaftsvertreter der Eisenbahner und der Postbediensteten waren die ersten, die sich gegen die vom Finanzminister und vom ÖVP-Klub gutgeheißenen Erhöhungen gewehrt haben.

Sehen Sie, das ist die Richtigkeit der Auseinandersetzung. Ich weiß nur nicht, was wir jetzt als öffentlich Bedienstete dazu sagen sollen. Ich habe hier die „Wochenpresse“ mit einem Interview des Herrn Generalsekretärs Withalm. Bitte, mir gefällt dieser Titel „Teufel vom Dienst“ nicht — ich hätte ihn mir eher als Erzengel Gabriel der ÖVP vorgestellt, das hätte besser gewirkt. Das ist eine Diskriminierung des Mannes, die er nicht verdient, sage ich immer wieder, denn er ist ja der einzige innerhalb der ÖVP, der alles weiß und gewußt hat und dann das Schuldbekenntnis für Sie alle abgelegt hat: nur Sie alle sind schuld, er selbst hat an den Dingen nie etwas fehl getan. Das ist seine Meinung.

„Um zum Budget zurückzukommen“, sagt der Interviewer der „Wochenpresse“: „Es

Ulbrich

sind auch taktische Fehler geschehen. So hat man etwa versucht, den Pensionsbeitrag für die Beamten zu erhöhen, ohne mit den Vertretern der Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten gesprochen zu haben, obwohl ÖGB-Präsident Benya in einer Unterredung mit dem Bundeskanzler und dem Finanzminister gesagt hat, solche Dinge müsse man sich mit den Vertretern der zuständigen Gewerkschaft ausmachen.“

Und nun antwortet Ihr Herr Generalsekretär: „Ich darf darauf aufmerksam machen, daß man bei den anderen Belastungen auch nicht immer die Betroffenen gefragt hat, ob sie damit einverstanden sind. Da hätte man ja auch alle Konsumenten fragen müssen.“

Ich sage: Sie müßten eigentlich das österreichische Volk befragen, ob es mit der Politik, die Sie seit dem 6. März führen, noch einverstanden ist oder nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)* Sie wagen es nicht, denn eine Million der Wähler in Österreich hat Ihnen bereits die Antwort gegeben. Ich kann mir vorstellen, wie angenehm das ist, und ich kann Ihnen noch etwas gleich dazusagen:

Wenn der Herr Generalsekretär Withalm und die Österreichische Volkspartei meinen, sie können Beschlüsse fassen, ohne mit den davon Betroffenen zu verhandeln, dann müssen Sie damit rechnen, daß wir diese Beschlüsse nicht akzeptieren und Sie diese nicht verwirklichen werden, solange in Österreich die Grundsätze der Demokratie und der persönlichen Freiheit gelten. Sollte sich das ändern, dann können Sie wieder zu einem Erfolg kommen, aber vorher nicht. Vorher müssen Sie mit dem Widerstand aller gewerkschaftlich Organisierten rechnen. Hinter unserer Forderung, daß Sie das zurücknehmen, ist nicht nur die sozialistische Fraktion der Eisenbahner gestanden, hinter der Forderung auf Zurücknahme ist der Bundesvorstand des ÖGB gestanden, weil wir einen Vorschlag gemacht haben, von dem wir gemeint haben, er kann als Lösung gelten.

Und nun horchen wir weiter. Herr Generalsekretär Dr. Withalm sagt in diesem Interview weiter: „Daß diese Frage geklärt werden muß, bevor das Budget verabschiedet wird, ist klar.“ — Der Herr Bundeskanzler hat im Finanz- und Budgetausschuß erklärt, daß die Forderungen gegenüber dem öffentlichen Dienst zurückgezogen sind und daß man in der Frage der Verwaltungsreform und der Regelung auf dem Personalsektor eine Lösung sucht. Den Dr. Gruber kann ich ein neues Buch schreiben lassen: „Vom Außenminister der Republik Österreich zum Kopfüßer der Regierung Klaus“. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Und nun schreibt die „Wochenpresse“ in ihrem Interview weiter: „Wenn sich also die Verwaltungsreform nicht so schnell durchführen läßt, würde man dann wieder zu den früheren Plänen greifen, also etwa zu einer Erhöhung der Pensionsbeiträge?“

Darauf sagt Ihr Herr Generalsekretär: „Dazu nehme ich jetzt nicht Stellung, weil wir uns mit dieser Frage im Verhandlungsstadium befinden.“

Verhandeln Sie innerhalb der ÖVP über diese Frage? Verhandeln Sie innerhalb der Bundesregierung über diese Probleme? Mit uns wird momentan — das möchte ich feststellen — nicht verhandelt.

Daher nehmen Sie freundlichst die Feststellung entgegen: Sollte man versuchen, innerhalb dieser Budgetbesprechungen und -beratungen zu den Beschlüssen zu kommen, die Sie am 3. Oktober gefaßt haben, die eine Sonderbelastung des öffentlichen Dienstes herausfordern, dann kriegen Sie die Antwort der vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes postwendend zugesandt! Was das bedeutet, entscheiden Sie für sich allein.

Und jetzt zur „Ehrlichkeit“ und „Anständigkeit“ innerhalb des ÖAAB. Sie verbreiten in Ihrer klassischen Farbe *(einen grün-weißen Zettel vorweisend)* Ihre Wahlwerbung: „Wir haben gefordert“, „Wir haben erkämpft“, „Wir werden verwirklichen“. So unter anderem:

Bezugserhöhungen ab 1. Juni 1966 bis 1. August 1967,

zwei Sonderzahlungen je S 400,—.

Erinnern Sie sich an den 12. Dezember und daran, was ich hier dem Herrn Bundeskanzler in der Frage des Weihnachtsfriedens gesagt habe, wenn er am nächsten Tag nicht zu einer Lösung kommt? Daraufhin hat man eine Lösung gefunden und hat die Zusage bezüglich der Nebenbezüge und der Reisegebühren gegeben. Aber fragen Sie die Kollegen des öffentlichen Dienstes, die bei Ihnen ebenfalls Platz genommen haben, ob bei ihnen schon die Frage der Nebengebühren entsprechend diesem Versprechen gelöst worden ist. Ich habe einer Anfrage meines Freundes Robert Weisz im Finanz- und Budgetausschuß entnommen, daß das noch nicht klar ist, daß eine Anzahl von Nebengebühren trotz Dezember 1966 bis heute noch nicht geklärt ist. Wo ist die Aktivität des ÖAAB in dieser Frage?

Aber es kommt noch besser:

„Abschluß über die grundsätzliche Neuregelung des Besoldungsschemas, Erhöhung der Bezüge in Etappen: Ab 1. Oktober 1968 — Faktor 22, ab 1. September 1969 — Faktor 22,5, ab 1. August 1970 — Faktor 23, ab 1. Juli 1971 — Faktor 23,5.“

Ulbrich

„Eigentümer, Herausgeber und Verleger: ÖAAB-Bundesberufssektion, Öffentlicher Dienst. — Für den Inhalt verantwortlich: Bundessekretär Kurt Neubauer.“

Das ist nach diesem Bürstenabzug gedruckt. Das steht hier drauf! Sagen Sie einmal: Wofür haben Sie denn diesen Bürstenabzug (einen anderen Zettel hochhaltend) drucken lassen, wo das nicht draufsteht? Was sagen Sie jetzt? (Abg. Machunze: Nichts!) Es gibt zwei Bürstenabzüge innerhalb des ÖAAB! Auf dem einen mit der Terminisierung der Forderung und auf dem anderen nur mehr mit dem Hinweis: Wir haben eine Gehalts-erhöhung erreicht.

Wie wollen Sie die Glaubwürdigkeit in Ihren Kreisen beweisen, wenn Sie vorher zwei solche Exemplare in Druck geben lassen, die Bürstenabzüge haben und jetzt warten: Gewinnen die Eisenbahner, oder verlieren sie? Verlieren sie, dann husch hinaus mit dem, wo nichts draufsteht! Gewinnen sie, dann „waren wir die Sieger“, dann marschieren wir mit der grün-weißen Fahne durch Österreich und werben bei den Personalvertretungswahlen, denn wir sind die Glaubwürdigsten und die Anständigsten ... (Zwischenruf bei der ÖVP.) Das überlassen wir Ihnen. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Ich hab' nichts spioniert! (Abg. Machunze: Ihr Spionageapparat funktioniert vorzüglich!) Herr Machunze, zugeschickt ist es mir worden! (Abg. Weikhart: Mit der Post sogar!) Wenn das mit der Post kommt, dann weiß ich doch wirklich nicht, was drinnen ist. Ich darf Ihnen sagen, daß wir so etwas Ähnliches in der Auseinandersetzung mit einer anderen Fraktion auch schon erlebt haben. (Abg. Machunze: Im Bürstenabzug oder im Original?) Das ist ein sauberes Original. (Abg. Machunze: Haben Sie auch den Bürstenabzug?) Nein, ich krieg' ja immer nur die Erbstückerln in der Entwicklung. Aber das ist etwas wert, denn die kann man nicht ableugnen. (Abg. Staudinger: Das wird den Auftraggeber und die Druckerei interessieren!) Nein, Sie irren sich. Ich sag' Ihnen ja: Das wird von Ihren Leuten verschickt, nicht von den unsrigen. Denn wenn Sie das den Eisenbahnern geben, haben wir einen Erfolg zu buchen, und wenn Sie das nicht gegeben hätten, wäre es wirklich schlechter gewesen für uns, für Sie vorteilhafter. (Abg. Ing. Kunst: Es war von der Druckerei schon weg! — Abg. Reich: Der Kunst weiß alles!)

Aber ich habe hier noch so ein schönes Bücherl. Erinnern Sie sich zum Beispiel an Ihre Propagandaaussprüche gegen uns: Pittermann, Weikhart, Czettel — sie vertreten niemals die Interessen der Bevölkerung, in ihrem politischen Denken gibt es nur eines:

die Sozialistische Partei! Wenn diese an der Macht ist, dann haben wir es erreicht, und dann kommt erst die Bevölkerung! — Nun, Sie haben da so ein Bücherl herausgegeben: „Lieber Mitarbeiter!“ „Informieren, diskutieren, werben ...“

Darin heißt es: „Die Entscheidung über den nächsten Wahlausgang fällt nicht erst im Wahlkampf, sondern in jeder Stunde, in der sich der Wähler auf Grund politischer Ereignisse ein Bild von der ÖVP macht.“ — Der hat sich a g'sund's Bildl von euch g'macht! (Heiterkeit bei der SPÖ.) „Die Ziele und Grundsätze unserer Partei müssen daher jederzeit und überall überzeugend erläutert und erklärt werden.“ (Abg. Harwalik: Ich möchte Sie besser verstehen!) Dann müässen S' Ihna die Ohrwascheln putzen! (Heiterkeit bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Ein „feiner“ Herr!) „Dies vermag trotz Presse, Rundfunk und Fernsehen noch immer am besten das systematische politische Gespräch und die zielgerichtete politische Diskussion in der kleinen Gemeinschaft.“ — Und nun, Kollege Harwalik, damit Sie mich gut verstehen, werde ich versuchen, im Bühnendeutsch zu reden: „Nur ein dichtes Netz von Informern und Mundpropagandisten kann diese für unsere Partei entscheidende Aufklärungsarbeit leisten.“ (Abg. Machunze: Sehr richtig!) Ach so, das gibt's! Wenn wir das sagen, dann ist es falsch! (Abg. Weikhart: Was für die einen gilt, gilt nicht für die anderen? — Ruf bei der ÖVP: Aber nein!) Nein? Dann müssen Sie in der letzten Zeit Ihre Meinung geändert haben. Ich kann mich erinnern, daß Sie es einige Male ausgesprochen haben: Nur die Partei ist für uns entscheidend, aber nicht die Frage der Wirkung auf die österreichische Bevölkerung.

Dann haben Sie hier „eine stolze Leistungsbilanz“ gegeben. Sie schreiben:

„Zur Sicherung der Arbeitsplätze: Wirtschaftswachstumsgesetze, höhere Investitionen des Bundes, Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (eine besondere Aufgabe des neuen Staatssekretärs Univ.-Prof. Dr. Koren).“ Na, darüber haben wir uns auch schon unterhalten. (Abg. Weikhart: Das „Wundermittel“ versagt, mir scheint, auch!)

Und was ist die Folge Ihrer „stolzen Leistungsbilanz“? Kündigungen von Arbeitsplätzen, Kurzarbeit in einer Anzahl von Betrieben, Konkurse, Wirtschaftsflaute, die man ja erst in den letzten sechs Wochen erkannt hat, nach einer Erklärung des Herrn Finanzministers bei einer Aussprache, die wir mit ihm hatten. Diese Aussprache war am 6. Oktober. Damals hat er uns nämlich gesagt: Diese Wirtschaftsflaute ist uns erst in den

Ulbrich

Sinn gekommen und erst erkannt worden in den letzten sechs Wochen. (*Abg. Weikhart: Spät, aber doch!*)

Dazu habe ich eine Frage: Am 1. Jänner hat der Herr Bundespräsident Jonas die Neujahrsansprache gehalten und als erstes gesagt: Die Sozialpartner sollen sich in der Frage der Wirtschaft klarwerden und sich darüber einigen, welchen Weg sie gehen. — Ja sagen Sie: Von wo hat denn der Herr Bundespräsident die Ejzess hergehabt? Hat der ein eigenes Büro mit Wirtschaftsfachleuten und Prognostizierern? Hätten Sie diese Warnung damals angenommen, vielleicht hätten Sie dann manches rascher und damit besser durchführen können. Denn auch in der Wirtschaft gilt der Grundsatz: Wer schnell hilft, hilft doppelt! Sie dürfen sich nur nicht so lange Zeit lassen mit Ihren Entscheidungen. (*Abg. Machunze: Der Wilson hat aber Pech, daß Sie in Wirtschaftsfragen nicht sein Ratgeber sind!*) Da müßten Sie sich auf mich berufen, und das wäre Ihnen peinlich. Aber Sie schreiben noch etwas. Herr Finanzminister, da brauche ich jetzt einen, der mir den Weg weist. Vielleicht kann mir das der Herr Kollege Benya sagen. Sie schreiben:

„Steuerreform: Milderung der Progression.“ — Wo ist die eingetreten? — Da steht's in Ihrem Büchlerl: „besondere Berücksichtigung alleinverdienender Familienerhalter“.

Dazu kann ich Ihnen etwas erzählen. Wissen Sie, wie man uns die 150 S Inkasso durch den Herrn Finanzminister hat wollen kostbar machen? Schauen Sie, hat er gesagt: Wir haben doch für den Alleinverdiener einen Absetzbetrag von 4000 S pro Jahr festgesetzt. Das ist doch die Sozialpolitik der ÖVP! — Na, da muß man schon wirklich ein bisserl husten, wenn man das glaubt. Man nimmt ihm 2400 S in der Gesamtheit weg und sagt: 4000 S kannst du abschreiben, wenn du Alleinverdiener bist. Aber ein Großteil der Leute ist eben nicht Alleinverdiener, weil die wirtschaftliche Situation es erfordert. Sehen Sie, das ist Ihre Propagandaschrift.

Dann schreibt man: „Für Beamte: Mehrmalige Erhöhung der Bezüge, Personalvertretungsgesetz, Vorbereitung eines neuen Gehaltsschemas.“

Und was sagen Sie zu der Auseinandersetzung um das „Beamtenopfer“? — Davon weiß man nichts. Aber Sie schreiben: „SPÖ — Unglaubwürdigkeit.“ „Die SPÖ hat das Mißtrauen der Wähler verdient.“ (*Abg. Weikhart: Das hat sich geändert!*) Ob das nicht doch eine Anmaßung Ihrerseits ist? Ich weiß nicht, ob ich da nicht doch recht habe.

Dann kommt man darauf, wie es so schön weitergeht mit Ihrer „Anständigkeit“ im politischen Kampf:

„Bruno Kreisky ist keine Bru-novität.“ „Er redet und redet und — redet. Heraus kommt nichts. Dem alten Kreisky fällt nichts Neues ein. Er kopiert die ÖVP: Die Aktion 20 ... Die ‚Politik für alle‘ ...“ — Ich muß sagen: Sie machen wirklich eine „Politik für alle“ — mit einer kleinen Zäsur (*Abg. Ing. Kunst: Für die einen die Steuergeschenke, für die anderen die Belastungen!*): Die einen, die alle sind, die sollen zahlen, damit die anderen, die zu „allen“ gehören, verdienen können. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Wissen Sie, das ist eine Politik, die wir nicht bejahen können.

Aber ich greife noch auf etwas in diesem wunderbaren Büchlerl zurück, wo Sie mit der Theorie Ihrer politischen Konzeption in die Wahlen gingen. Da heißt es in der Aufzählung, warum man für die ÖVP sein soll: Weil die Österreichische Volkspartei die Wahrheit sagt, weil die Österreichische Volkspartei die besseren Männer hat, weil die Österreichische Volkspartei mehr Einfluß nach Wien hat — das geht so 42mal durch. (*Abg. Machunze: Das scheint Ihnen weh zu tun!*) Und weil die Wähler Ihnen nicht geglaubt haben, haben sie Sie nicht gewählt! (*Abg. Weikhart: Die besseren Männer und das größere Defizit!*) Das ist der Erfolg dieses Büchleins, wo Sie in Streitreden, in Kampfreden, in Diskussionsreden alles klar und deutlich erklären.

Ich muß sagen: Ihr Vertrauensmännerapparat muß auf gesunden Beinen stehen, wenn Sie ihm das alles vorplappern müssen, bis er sich durchsetzen kann. Und weil Sie solche Dinge wie diese — ich darf es Ihnen noch einmal zeigen (*nochmals die beiden Zettel hochhalten*) — machen, deswegen müssen Sie in der österreichischen Beamtenschaft und Bevölkerung die Glaubwürdigkeit verlieren. Hier haben wir die Termine klassisch dargestellt, aber das haben wir auch gleich drucken lassen, weil man nie weiß, wie es ausgeht. Das ist Ihre Politik im Lande Österreich.

Jetzt möchte ich gern abschließend eine Frage auführen, die auch nicht uninteressant war. Erinnern Sie sich, meine sehr verehrten Herrschaften von der rechten Seite (*der Redner weist eine Broschüre vor*), an diese Broschüre, die wir bei der Auseinandersetzung 1965 herausgegeben haben in der Verteidigung des Betriebes ÖBB, wo wir gesagt haben: Die Rechnung des Herrn Finanzministers ist falsch! Der Herr Finanzminister wird doch sicher im Besitz des Professoren-Berichtes sein, wo der Herr Professor Illetschko klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat, wie es bei den Bundesbahnen aussieht, wie die Situation ist.

Ulbrich

Wir sagen noch einmal in aller Eindeutigkeit: Ersetzen Sie den Bundesbahnen die sogenannten fremden Lasten! Anerkennen Sie den Betrieb als gewissenhaften Kaufmann und auch als Träger sozialer Verpflichtungen! Und machen Sie Schluß mit der Benachteiligung der ÖBB in der Budgetpolitik, Herr Finanzminister! Untersuchen Sie die Budgetpolitik beim Straßenbau in bezug auf das Handelsministerium, in bezug auf die anderen Ministerien (*Zustimmung bei der SPÖ*), und vergleichen Sie damit die Politik für die Österreichischen Bundesbahnen und das Verkehrsministerium. Sagen Sie uns dann, Sie seien einen echten und sauberen Weg auf der Linie der Gleichheit der Verkehrsträger und ihrer Aufträge gegangen. Ich werde es Ihnen in der Budgetdebatte 1968 noch zeigen, wie der Vorgang Ihrerseits war.

Was man nun versucht, ist etwas anderes. Nun geht man daran und meint, man müsse unbedingt Neues schaffen. Man nimmt nicht einmal Rücksicht auf die Einsprüche der Landesregierungen. Man denkt ganz einfach daran, die Nebenbahnen zu kassieren und einzustellen — und man glaubt, dann hat man das Defizit abgebaut. Man vergißt ganz, daß neben den materiellen Werten auch Menschen bei diesen Bahnen tätig sind und daß diese Eisenbahnen notwendig sind, um die Erschließung des wirtschaftlichen Hinterlandes zu garantieren. Ihre Vertreter in Niederösterreich bei den Gemeinden und im Land wehren sich heute schon dagegen, daß man die Nebenbahnen so über Nacht kassieren möchte. Diese Versuche werden leider bereits von einem Teil Ihrer Leute vorangetrieben, und in einem Artikel heißt es:

„Die Nebenbahnen werden laufend der Reihe nach untersucht. Bezüglich der Einstellung einzelner Lokalbahnen wurde bereits Verbindung mit den Landesbehörden aufgenommen. Die größte Schwierigkeit für eine Sanierung der ÖBB bildet nach Meinung des Ministers die Steigerung der Personalkosten, wie die Erhöhung der Gehälter ... und die Steigerung der Nebengebühren.“

Sollen die Eisenbahner aus Liebe arbeiten? Meine Herren! Da wird kein Suppenteller voll, da gibt's nur Tränen, aber kein Stückchen Brot zu essen.

Gezeichnet wird der Artikel, der sich unter der Bezeichnung „Verkehrskonzept — ÖBB-Reform“ an die Öffentlichkeit drängt, von einem „Dr. K.“. Das kann also heißen: Dr. Kepnik, Dr. Kalz — einen Dr. „Kukuruz“ kennen wir nicht. Einer der Herren muß es also sein, der mit diesen Parolen hinausgeht: Nebenbahnen, Knotenpunktprogramm, Verschiebung des Güteraufkommens von der Beförderung durch die Eisenbahnen auf private Spedition. Und im Zuge der Gesamtent-

wicklung gestalten wir dann den Wirtschaftskörper nach dem Muster der Vergangenheit, 1924: Wir bauen einen Vorstand, wir bauen einen Aufsichtsrat, wir bezahlen sie mit guten Tantiemen. Aber die Bundesbahnen werden weiterhin ein Defizit haben, weil Sie nicht bereit sind, alle Güter herbeizuschaffen, die nämlich notwendig wären, um diese Bundesbahnen aufzubauen. Die liegen in keinem Vorstand, und die liegen in keinem Aufsichtsrat. Die liegen, wie Professor Schiller sagt, in einer sauberen Strukturbereinigung der österreichischen Verkehrswirtschaft.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich noch eine Frage konkret beantworte, damit Klarheit herrscht in Ihren Reihen so wie in den unseren. Wir lesen wieder einmal einen Artikel: „Kein Streikrecht der Beamten“. Es war voriges Jahr der Grazer Gelehrte DDr. Walter, der festgestellt hat, daß die öffentlich Bediensteten auf Grund einer Entschliebung oder Verordnung aus dem Jahr 1914 kein Streikrecht hätten. Nunmehr, auf Grund der Auseinandersetzung, die sich in den letzten Wochen unter Umständen entwickeln hätte können, bringt die Bundeswirtschaftskammer einen Eigenbericht der „Presse“ mit der Feststellung: „Kein Streikrecht der Beamten“.

Ich werde mich mit den juristischen Fragen nicht auseinandersetzen, aber es ist doch interessant, wenn der Professor Seiler meint, „daß in Fällen von Eisenbahnerstreiks vielfach das Verbrechen des § 87 des Strafgesetzes verwirklicht wird“, und Platzgummer diese Auffassung nur für die passive Resistenz teilt, während Rittler — er ist schon verstorben — diese Norm nur in Ausnahmefällen für anwendbar hält.

Darf ich Ihnen sagen, daß die Gewerkschaft der Eisenbahner die passive Resistenz in den Jahren 1905 und 1907 unter Franz Joseph I. durchgeführt hat. Glauben Sie, daß die Gewerkschaft der Eisenbahner, wenn diese Notwendigkeit auftritt, sie unter der Regierung Klaus nicht durchführen könnte? Nehmen Sie zur Kenntnis, daß das Streikrecht in Österreich für alle Arbeitnehmer gleiche Gültigkeit hat, so wie die Unternehmerseite auf Grund dieser Bestimmungen auch das Recht der Aussperrung besitzt. In der Auseinandersetzung um diese Fragen ist eben der dann der Sieger, der im Zuge dieser Auseinandersetzung der Stärkere bleibt. Aber zu erklären, daß man dem öffentlichen Dienst die Berechtigung der Arbeitsniederlegung nimmt — das klingt sehr, sehr an die Zwischenkriegszeit und Kriegszeit von 1933 bis 1945 an. Da hat man es mit Militärjustiz gemacht, um mit einer Blutjustiz das Streikrecht der öffentlich Bediensteten zu knebeln.

Ulbrich

Ich glaube, ich muß meinen Ausführungen nichts mehr hinzufügen. Sie dürften Ihnen klar und deutlich gesagt haben, auf welchem Standpunkt in der Frage des Beschlusses dieses Nachtragsgesetzes wir stehen.

Eine Bundesregierung, die nicht fähig ist, einen Budgethaushalt zu führen, wie es den Notwendigkeiten entspricht, sondern einen Bundeshaushalt nur auf der rein klassenmäßigen Differenz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aufbaut, ist für uns kein Garant einer „Politik für alle Österreicher“.

Ich habe heuer im Frühjahr der Bundesregierung einen Rat gegeben, den mein Freund Zeillinger das letztmal kopiert hat. Ich gebe ihr noch einmal diesen Rat: „Nehmt's den Huat und geht's!“ *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Melter das Wort.

Abgeordneter **Melter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf von der bajuwarischen Vorlesung wieder ins Haus zurückkehren, zu der Vorlage, die heute zur Behandlung steht.

Die österreichische Bevölkerung ist genauso mit Zweifeln und Bedenken erfüllt wie wir Freiheitlichen, wenn sie sehen muß, auf welche Art und Weise diese Einparteienregierung der ÖVP ihre Budgetpolitik betreibt. Wir sind der Auffassung, daß hier in vielen Belangen mehr Partei- als Staatspolitik betrieben wird. Wir stehen heute vor der Tatsache, daß in kurzer Folge verschiedene Gesetze zum Budget vorgelegt und schon verabschiedet worden sind und weitere Gesetze schon wieder ins Haus stehen. Am 24. Oktober sind das 3. Budgetüberschreitungs-gesetz und die 2. Bundesfinanzgesetz-novelle beschlossen worden. Heute, drei Wochen später, steht schon die 3. Bundesfinanzgesetz-novelle in Beratung. Heute ist dem Hohen Hause auch schon die 4. Bundesfinanzgesetz-novelle 1967 auf den Tisch gelegt worden. Es geht um nicht weniger als um die Ermächtigung, 3500 Millionen Schilling mehr an Krediten aufnehmen zu dürfen — ein wahrlich nicht bescheidener Betrag und auch ein Zeichen dafür, wie schnell wir in neue Schulden geraten und in welchem Umfang wir das tun dank der Politik der ÖVP „für alle Österreicher“. Allerdings sind dabei unserer Auffassung nach jene am meisten betroffen, die als Arbeiter, Pensionisten oder Rentner auf kleine Einkünfte angewiesen sind. Sie haben wahrscheinlich die schwersten Folgen dieser Finanz- und Budgetpolitik der ÖVP zu tragen.

Worauf ist dies nun zurückzuführen? Zweifellos darauf, daß sich in der Vergangen-

heit sowohl die Koalitionsregierungen als auch die Einparteienregierung viel zu wenig Gedanken über die Folgerungen gemacht haben, die sich aus einzelnen Beschlüssen ergeben werden. Diese Folgerungen kommen immer deutlicher zutage, hier in der 3. Bundesfinanzgesetz-novelle besonders kraß durch einen zusätzlichen Abgang von 3,5 Milliarden Schilling.

Vor drei Wochen hat der freiheitliche Abgeordnete Zeillinger in der Debatte über die 2. Bundesgesetz-novelle gesprochen und dabei den Herrn Finanzminister gefragt, bis wann er die nächste Novelle vorzulegen gedenke, durch welche die Bedeckung für etwa 5 Milliarden Schilling erfolgen soll. Ich darf Ihnen aus dem stenographischen Protokoll der 66. Sitzung vom 24. Oktober 1967, Seite 5465, vorlesen, was der Herr Finanzminister auf die Frage des Abgeordneten Zeillinger erklärte:

„Ich kann erstens dem Herrn Abgeordneten Zeillinger versichern ..., daß nicht die Absicht besteht, ein weiteres Budgetüberschreitungs-gesetz einzubringen, das 5 Milliarden Schilling kosten wird.“ — Die Behauptung bezüglich der Gesetzesbezeichnung stimmt zweifellos, aber wesentlich sind die Zahlen, die Beträge, die zur Debatte stehen, und hier müssen wir feststellen, daß heute durch die 3. Novelle zum Bundesfinanzgesetz ein Mehrbetrag von 3,5 Milliarden Schilling flüssiggemacht werden muß und daß durch die 4. Novelle, die heute vorgelegt wurde, mehr als 1,5 Milliarden Schilling zur Bewilligung gelangen sollen.

Der Betrag von 5 Milliarden Schilling, den der Herr Abgeordnete Zeillinger vor drei Wochen genannt hat, ist also heute schon wesentlich überschritten. Der Herr Bundesfinanzminister hat nur die Ausrede, daß es kein Budgetüberschreitungs-gesetz ist, sondern eine Novelle zum Bundesfinanzgesetz. *(Abg. Dr. Hauser: Herr Kollege, das ist doch falsch!)* Nein, das ist nicht falsch! Lesen Sie das Protokoll! *(Abg. Dr. Hauser: Die Bundesfinanzgesetz-novelle gibt doch nur die Ermächtigung zu Kreditoperationen!)* Sagen Sie, daß das Finanzgesetz für den Herrn Finanzminister gemacht wird, damit er es nicht anwendet? Er bekommt die Genehmigung zur Kreditüberschreitung, er bekommt die Genehmigung für Darlehensaufnahmen im Ausmaß von zuerst 3,5 Milliarden Schilling nach der heutigen Vorlage, und in der vierten Novelle sind weitere 900 Millionen Schilling enthalten. *(Abg. Dr. Hauser: Das können Sie nicht addieren!)* Das andere soll durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben gedeckt werden. *(Abg. Zeillinger: Es ist ganz klar, daß er das abgestritten hat!)* Jedenfalls ist es nicht bei den 400 Millionen Schilling ge-

Melter

blieben, die wir vor drei Wochen beschlossen haben, sondern heute sind 3,5 Milliarden Schilling dazugekommen, und das ist jedenfalls ein Mehrbetrag, der schon sehr nahe an die 5 Milliarden Schilling herankommt, die der Herr Abgeordnete Zeillinger genannt hat. (*Abg. Zeillinger: Vor drei Wochen ist das abgestritten worden!*)

Darüber gibt es wohl keinen Zweifel, und darüber kann auch alle Polemik nicht hinwegtäuschen. Der Herr Finanzminister hat vor drei Wochen ein wesentlich günstigeres Bild über die Finanzsituation des Bundes vorgetragen, als es tatsächlich vorhanden war. Ich muß heute den Herrn Finanzminister fragen: Bis wann kommen die nächsten Novellen, entweder Budgetüberschreitungen oder Bundesfinanzgesetznovellen, und welche Beträge sind zusätzlich zu dem, was heute genehmigt werden soll, noch notwendig, um die Finanzen endlich einmal in Ordnung zu bringen? Aber darüber wird man wahrscheinlich auch wieder nur eine Auskunft bekommen, die nicht stichhaltig ist. Das ist die überragende Finanzpolitik der ÖVP-Alleinregierung!

Wir Freiheitlichen haben die größten Zweifel an der Ehrlichkeit der Budgetgebarung und müssen feststellen, daß wir so, wie wir schon bei der Vorlage des Bundesfinanzgesetzes 1967 dagegengestimmt haben, auch heute wieder dagegenstimmen werden, weil all die Ansätze wiederum äußerst zweifelhafter Natur sind.

Die Voraussetzungen, die die Volkspartei und ihre Regierung für das Jahr 1968 schaffen, sind durch die Vorlagen schon äußerst düster geworden. Dazu kommt noch, daß die gesetzlichen Grundlagen neben dem Bundesfinanzgesetz fehlen, um die Ansätze wirklich einhalten zu können. Erst vor kurzem ist zum Beispiel die Umsatzsteuergesetznovelle zugeleitet worden. Es ist aber nicht absehbar, bis wann sie beschlossen werden kann. Damit fehlen aber die Voraussetzungen für eine ordentliche Gebarung und für eine ordentliche Wirtschaftsführung.

Die Zweifel an der Vorgangsweise der Bundesregierung werden immer größer, die Vorbehalte ebenfalls. Und die dadurch hervorgerufene Unsicherheit führt dazu, daß sich sehr viele private Unternehmer überlegen, was sie tun sollen. Es treten Verzögerungen und Verschiebungen bei den Investitionen ein, und dadurch wird natürlich die Wirtschaftsentwicklung nachteilig beeinflusst, was dann automatisch zur Folge hat, daß sich das, was bisher im Jahre 1967 — hauptsächlich ab Juni — sichtbar geworden ist, wesentlich stärker fortsetzen könnte. Wir

hoffen, daß das nicht der Fall sein wird. Aber es wird notwendig sein, daß die Bundesregierung wesentlich schneller zu einem Konzept findet, welches eine wirtschaftliche Gesundung in Österreich ermöglicht und welches den Industriellen und den Gewerbetreibenden die Möglichkeiten aufzeigt, die ihnen offenstehen, um den Gewerbeertrag zu steigern, um damit Arbeitsplätze zu sichern und um damit auch das Budget zu stützen.

Man hat bei allen diesen Maßnahmen den Eindruck, daß die Einparteienregierung Spekulation betreibt, die insbesondere auch mit der Entwicklung zur Inflation zusammenhängt, denn nur mit der zahlenmäßigen Verdünnung des Geldes kann man eine größere Anzahl von Schillingen erreichen, um damit wenigstens die Zahlenansätze zu egalisieren. Ob dies aber im Interesse der Volkswirtschaft günstig ist, bleibt zu bezweifeln.

Jedenfalls stellt sich eindeutig heraus, daß die Wahlpropaganda mit dem stabilen Schilling eine Fehlanzeige gewesen ist, daß sie eben nur ein Wahlschlager war, mit den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen aber nichts zu tun hat.

Von bewährten Budgetgrundsätzen, die der Finanzminister als Grundlage für seine Politik aufgestellt hat, ist also nichts zu sehen. Es werden Fehler am laufenden Band offenbar, und die Auswirkungen haben alle Österreicher zu tragen. Das ist die einzige Wahrheit der verfehlten Politik der ÖVP! (*Beifall der FPÖ.*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Staudinger das Wort.

Abgeordneter Staudinger (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Herren — da keine Damen da sind. Der Herr Abgeordnete Dr. Weihs hat bereits gesagt, daß der einzige positive Beitrag, den die österreichische Bundesregierung zur Stabilisierung der Wirtschaft leisten könne, der sei, daß sie zurücktrete. Ulbrich hat in dasselbe Horn gestoßen und empfohlen, die Regierung möge den Hut nehmen und gehen.

Ich nehme an, wenn die Regierung vom Herrn Abgeordneten Dr. Weihs oder vom Abgeordneten Ulbrich einen Rat braucht (*Zwischenruf des Abg. Melter*), dann wird sie sie ganz bestimmt darum fragen. Ich möchte dazu sagen: Wenn hier im Hause ein guter Witz gemacht wird, dann lache ich gerne. Aber solche Witze sind ein bißchen langweilig! (*Abg. Weikhart: Das sind gar keine Witze! Sogar der Herr Bundeskanzler sagt, daß er geht! Er meint es im Ernst! — Zwischenruf des Abg. Zeillinger.*) Worum geht es heute?

Staudinger

(*Weitere Zwischenrufe.*) Das sind schwache Witze, Herr Abgeordneter! Das sind sehr schwache Witze! (*Weitere Zwischenrufe.*)

Worum geht es heute? Darf ich vielleicht einmal auf einen sehr gravierenden Unterschied aufmerksam machen, der offenbar sowohl dem Abgeordneten Dr. Weihs als auch Ihnen, Herr Kollege Melter, nicht ganz klar gewesen ist. Wenn ich das recht verstehe, besteht zwischen einem Budgetüberschreitungs-gesetz und einer Bundesfinanzgesetz-novelle ein sehr wesentlicher Unterschied. In der Bundesfinanzgesetznovelle (*Zwischen-rufe bei der SPÖ*) — bitte, lassen Sie mich aussprechen, sonst komme ich durcheinander — wird der Rahmen für Kreditoperationen abgegrenzt, die Ermächtigung gegeben. In den Budgetüberschreitungs-gesetzen wird dann sozusagen dieser Rahmen im Detail ausgefüllt. Das müssen wir auch dem Abgeordneten Dr. Weihs sagen, der sagt, aus dieser heute vorliegenden Novelle gehe keineswegs hervor, worauf die notwendigen Kreditoperationen zurückzuführen sind, auf welche Minderein-nahmen und auf welche Mehrausgaben, und so weiter und so weiter. (*Abg. Czettel: Das Budget kann nur auf Grund von Gesetzen erstellt werden!*) Natürlich, selbstverständlich! (*Abg. Czettel: Wo sind die Gesetze?*) Das Budget kann nur auf Grund von Gesetzen erstellt werden. Es ist aber damit keineswegs gesagt, daß das Budgetüberschreitungs-gesetz, das mit dieser Ermächtigung im Zusammenhang steht, vor dieser Ermächtigung da sein muß. Auch im Bundesfinanzgesetz haben wir im allgemeinen Teil diese Ermächtigungen drin-nen. Die Überschreitungs-gesetze kommen dann eben nach der gegebenen technischen Notwen-digkeit. Soviel nur vorweg.

Im wesentlichen geht es nun darum, ob dieses Bundesfinanzgesetz die Berechtigung zu Kreditoperationen gibt, ob diese nun auf eine klare, vernünftige wirtschaftliche Kon-zeption zurückzuführen sind oder nicht. Ich darf insbesondere die Freunde von der sozia-listischen Opposition daran erinnern — sie sollen nicht wieder sagen, wir sind auf den Aussch gekommen, aber wenn wir etwas sagen, dann könnte das ja nicht stimmen —, daß Karl Aussch im „Forum“ 152 oder 153 und bei vielen weiteren Gelegenheiten davon spricht, daß das jeweils zur Verfügung stehende Sozial-produkt falsch verteilt werde. Es werde zuviel konsumiert und zuwenig investiert. Er sagt, daß wir in dem Bestreben, aus diesem Dilemma auszubrechen, versuchen, das Sozialprodukt des kommenden Jahres sozusagen im voraus zu verbrauchen — was natürlich nicht mög-lich ist —, wodurch die für das Wirtschaftswachstum so wichtige Infrastruktur zu kurz

komme. Er zitiert in diesem Zusammenhang Willy Brandt, der das als „Auseinanderklaffen von persönlichem Wohlstand und Vernach-lässigung der Gemeinschaftseinrichtungen“ bezeichnet.

Zum Budget 1966 sagte zum Beispiel Karl Aussch, daß seiner Meinung nach viel zu viele Aufwendungen für Konsumzwecke enthalten seien. Er bleibt nicht bei allgemeinen Formu-lierungen, sondern sagt ganz konkret: Für die soziale Verwaltung, für Preisstützungen, für Familien- und Kinderbeihilfen, für niedrigere Tarife seien die Aufwendungen absolut gestie-gen. Er sei der Meinung, daß mehr Geld für Investitionen hätte bereitgestellt werden sol-len, daß aber eine entsprechende Senkung der Konsumausgaben vorzunehmen wäre.

Ich nehme auf das Bezug, was der Herr Abgeordnete Dr. Pittermann in einer der letzten Sitzungen hier gesagt hat, daß das Wirtschaftswachstum auch von der Nachfrage her stimuliert und angeregt werden kann. Das ist ganz richtig. Deswegen hat die öster-reichische Bundesregierung, deswegen hat der Finanzminister die Konsumausgaben nicht gekürzt, weil von dort her eine Beeinträchti-gung des Wachstums hätte erfolgen können.

Ausch sagt noch dazu: Gerade diese Tat-sache, daß also die Ausgaben für Konsum-zwecke gesetzlich festgelegt seien, die Aus-gaben für die Investitionen aber Ermessens-kredite, sozusagen das, was übrigbleibt, ein-schließen, führten zur Vernachlässigung der Infrastruktur.

Gleiches hat der Abgeordnete Dr. Weihs in der Nationalratssitzung vom 6. Juli 1966 gesagt. Als wir damals die Wirtschaftswach-stumsgesetze diskutierten, hat der Herr Abgeord-nete Dr. Weihs gesagt, dieser Einnahmenent-fall von 1,7 Milliarden Schilling werde unweiger-lich zu einer Kürzung der Ermessenskredite, also der öffentlichen Investitionen führen. Der Abgeordnete Dr. Weihs, der leider jetzt nicht im Haus ist — leider sage ich deswegen, weil ich heute noch einiges mit ihm zu bespre-chen hätte —, muß zur Kenntnis nehmen, daß auch der beste Laubfrosch ab zu und einmal auf der falschen Leiter sitzt (*Zwi-schenruf des Abg. Czettel*), denn die Investi-tionen wurden eben nicht gekürzt, und des-wegen brauchen wir das heute zur Verhandlung stehende Gesetz.

Daß sich die österreichische Bundesregierung in dieser Sache richtig verhalten hat — ich glaube, darüber gibt es keinen Zweifel. Nur ist es natürlich den Abgeordneten — ich möchte nicht einmal sagen „natürlich“ —, aber offen-bar ist es den Abgeordneten der Oppositions-parteien nicht gestattet, anzuerkennen, daß in dieser Situation selbstverständlich keine

5650

Nationalrat XI. GP. — 69. Sitzung — 15. November 1967

Staudinger

andere Möglichkeit besteht, als die vorgesehenen Investitionen in vollem Ausmaß durchzuführen.

Ich darf bitte noch einmal einen sozialistischen Wirtschaftswissenschaftler zitieren: Veselsky, der sagt, daß der einnahmenorientierte Budgetrahmen eine künstliche Knappheit schaffe. Auch der Herr Finanzminister Dr. Schmitz hat einmal davon gesprochen, nämlich von der selbstaufgelegten Beschränkung, wenn man das Budget nach den Einnahmen orientiert. Weil die Investitionen keine gesetzlich festgelegten Ausgaben sind, werden sie eben vernachlässigt, was zu einem verlangsamten Wirtschaftswachstum führe und damit zu einer Verlangsamung der Wohlstandsvermehrung auch privater Haushalte.

Das Investitionsprogramm, sagt Veselsky — und wir sind hier durchaus seiner Meinung —, darf sich nicht nach budgetrechtlichen, sondern muß sich nach gesamtwirtschaftlichen Kriterien orientieren. Unsachgemäße Rahmenvorstellungen — und diesmal hätten wir unsachgemäße Rahmenvorstellungen — und vorgegebene Ausgabenverpflichtungen dürfen öffentliche Investitionen nicht auf einen für „Sonstige Ausgaben“ verbleibenden Rest beschränken!

Die Tatsache, daß die österreichische Bundesregierung, die Österreichische Volkspartei, nach diesen Maximen verfährt, setzt uns — es ist ja höchst verwunderlich — der sozialistischen Kritik aus, die von Mißwirtschaft, Defizitwirtschaft und so weiter redet. Es wird hier, wie der Abgeordnete Dr. Hauser schon gesagt hat, eines kurzfristigen propagandistischen Erfolges wegen versucht, die Öffentlichkeit, die Wähler zu vernebeln, statt sie mit den wirtschaftlichen Fakten vertraut zu machen.

Vor kurzer Zeit ist erst in den „Finanznachrichten“ ein Artikel von Horst Knapp veröffentlicht worden, der dazu fragt: Krank ist es da nicht am System? Er sagt nämlich ganz konkret:

„Die Budgetdebatte im Nationalrat zeigt, wie unverfroren die Opposition auf die Ignoranz des Staatsbürgers spekuliert und wie simpel sie sich die Besserwisserei macht: Im selben Atemzug die Höhe des Defizits und die zu seiner Verminderung verfügbaren Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen zu perhorreszieren, heißt unter die Gürtellinie schlagen; man redet von Sozialismus und denkt ans Wadelbeißen.“ *(Beifall bei der ÖVP.)* „Eine starke Gruppe von SPÖ- und FPÖ-Politikern ist im Begriff zu beweisen, daß sie verantwortungslos ist.“ *(Präsident Wallner übernimmt den Vorsitz.)*

Ich erinnere mich an die Diskussion, die nach dem 6. März 1966 im „Forum“ veranstaltet worden ist, wo der Sozialist Franz Psick die Wahlniederlage der Sozialisten darauf zurückführte, daß er sagt: Diese wüste Schwarzweißmalerei, die alle in den tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten bedingten Schwierigkeiten und Probleme und unpopuläre Maßnahmen einfach der Gegenseite in die Schuhe schiebt, das sei der Grund für das mangelnde Vertrauen, das der Wähler der SPÖ entgegengebracht hat. Dr. Koref sagt in einem anderen Zusammenhang: Gut, wenn man schon eine solche Politik betreibt — wie lange hält das die Wirtschaft aus? Und noch mehr: Wie lange hält das die Demokratie aus? *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie hätten die wirtschaftlichen Zusammenhänge erklären und sagen müssen: Es ist beim Budget für 1967 *(Abg. Weikhart: Was sagen Sie zu Oberösterreich?)* um mehr und um anderes als um das ausgeglichene Budget gegangen. Worum es gegangen ist, darüber werden wir noch reden. *(Abg. Zettel: 10.000 Arbeitsplätze weniger in Niederösterreich, wer hält das aus?)* Lieber Herr Kollege Czettel! Ich kenne ja Ihre Walze. Als Sie in Schwanenstadt geredet haben, habe ich Sprechtag gehabt und habe das Zimmer *(Abg. Czettel: Sie waren zu feig zu kommen und auch der Dr. Gruber war zu feig!)* Hahahaha! *(Abg. Weikhart: In Oberösterreich haben Sie eine auf den Deckel gekriegt! Wollen Sie noch mehr?)* Jawohl, Herr Abgeordneter Weikhart, dazu werde ich auch noch Stellung nehmen.

Nun eine Bemerkung zu Ihrem Kollegen Ulbrich, Herr Abgeordneter Czettel. Wenn ich wirklich etwas Neues erfahren will, dann gehe ich bestimmt zu keiner Versammlung von Ihnen, denn Ihre Walze kenne ich ja. *(Abg. Czettel: 10.000 Arbeitsplätze weniger in Niederösterreich! Das sind die Fakten Ihrer Politik!)* Jawohl, selbstverständlich, das ist richtig und wahr. Sie reden ständig von Strukturverwandlungen, von Strukturverbesserungen. *(Abg. Sekanina: Ihre Politik führt zur Gefährdung von Arbeitsplätzen!)* Ich gebe jetzt eine Antwort und komme auch dann noch im weiteren Verlauf darauf zurück.

Sie müssen sich darüber im klaren sein: Strukturwandel bedeutet, daß nicht alles beim alten bleiben kann. *(Abg. Czettel: Wo sind die neuen Arbeitsplätze?)* Sie haben damals in Schwanenstadt auch die Puch-Werke angezogen und der ÖVP-Politik den Umstand angelastet, daß die Amerikaner plötzlich weniger Fahrräder von Österreich kaufen. Diese Walze kennen wir schon lange. Das ist eben die „wüste Schwarzweißmalerei“, von der Ihr

Staudinger

Parteifreund Franz Psick redet. (*Abg. Czettel: Das sind Fakten, keine Schwarzweißmalerei!*)

Zu dieser „wüsten Schwarzweißmalerei“ gehört auch die Tatsache, daß der Öffentlichkeit vorgegaukelt wird, daß das eine schädliche Defizitwirtschaft sei. Ich darf Sie daran erinnern, daß sich die amerikanische Bundesschuld 1966 auf 200 Milliarden Dollar belief. Dazu kamen noch beträchtliche Schulden der Einzelstaaten und Gemeinden. Die amerikanische Wirtschaft konnte 1966 mit dieser großen Schuld ein beispielhaft kräftiges und stabiles Wachstum realisieren, womit, so scheint uns, unter anderem bewiesen ist, daß eine hohe Staatsverschuldung nicht mit Inflation und blockiertem Wirtschaftswachstum gleichbedeutend ist.

Ich muß Sie fragen: Was hätte denn geschehen sollen? Hätte denn Ihrer Meinung nach, statt nun die Mindereinnahmen und das größere Defizit mit dem heute zur Debatte stehenden Gesetz zu sanieren, der Finanzminister tatsächlich Ausgabenkürzungen verfügen sollen? Das hätte bedeutet, daß wir um 50 Prozent weniger öffentliche Investitionen hätten durchführen können. Herr Abgeordneter Czettel! Das hätte bedeutet, daß wir zu einer echten Arbeitslosigkeit gekommen wären. (*Abg. Czettel: Zu der kommen wir sowieso bei dieser Politik!*)

Mir kommt manchmal vor — ich weiß, daß Sie es mit dem österreichischen Volk und dem österreichischen Staat genausogut meinen wie wir, darüber besteht überhaupt kein Zweifel —, als seien Sie böse darüber, daß die ÖVP diese Politik nicht verfolgt hat. Abgeordneter Ulbrich hat ohnehin zu den Maßnahmen, die wir, die österreichische Bundesregierung, die ÖVP, aus unserer Verantwortung heraus verfügen mußten, die also notwendig waren, gesagt, daß das die politische Dummheit ist, die er einem Withalm, einem Klaus und sonst irgend jemandem gar nicht zugetraut hätte. Wenn das politische Dummheit ist, kann man das nur deswegen so bezeichnen, weil Sie das, was Sie der Öffentlichkeit vorgaukeln, offenbar, von Ihren eigenen Worten berauscht, nun allmählich selber glauben, obwohl Sie es anders besser wissen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Wäre es denn wirklich Ihr Wunsch gewesen, daß die Ausgaben für den Konsum, die Renten und so weiter gekürzt worden wären? (*Abg. Czettel: Das tun Sie doch laufend, Sie kürzen den Konsum laufend! Die Nachfrage ist innerhalb eines Jahres um real 2 Prozent gesunken!*) Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Czettel, tun Sie mir den Gefallen und reden Sie doch keinen Unsinn! Wir haben doch die

Ausgaben nicht gekürzt. Sie wissen ganz genau, daß die Renten erhöht werden, teilweise durch den automatischen Faktor und teilweise durch Beschlüsse hier im Parlament: Siehe Kriegsopferversorgungsgesetz, Karenzurlaubsgeld und wie diese Dinge alle heißen. Reden Sie sich doch in keinen Wirbel hinein, denn wenn Sie das wirklich selber glaubten, wäre das doch sehr schlimm!

Der Abgeordnete Weihs hat davon geredet, daß diese Investitionen, die durch das Budget 1967 erfolgten, planlose Investitionen ohne Wirtschaftseffekt seien. Er hat dann Staatssekretär Dr. Koren zitiert und gesagt, daß dieser sagte, ein Wirtschaftskonzept, ein Budgetkonzept sei in kurzer Zeit überhaupt nicht mehr erstellbar, aber im Hinblick auf die gegebene aktuelle Situation müsse die Politik handeln. Herr Abgeordneter Dr. Weihs fragte: Wo sind diese Entscheidungen, die die aktuelle Situation erfordert? — Diese Entscheidungen haben wir im Budget 1967, zumindest teilweise im Budget, hier im Hause beschlossen: 810 Millionen mehr für das Kulturwesen, 522 Millionen Schilling mehr für die Straßen, 356 Millionen Schilling mehr für den Wohnbau und 190 Millionen Schilling mehr für die Landwirtschaft, für den Ausbau des Telephonnetzes zuzüglich 200 Millionen Schilling, für die Post 639 Millionen Schilling und — Abgeordneter Ulbrich ist leider nicht da — auch für die Bundesbahnen 550 Millionen Schilling!

Die Geschichte wird allmählich so interessant, daß dann, wenn ein Autofahrer, der einen Stein auf der Straße liegen sieht, dadurch irritiert wird und einen Unfall erleidet, die Bundesregierung schuld ist. So hat uns der Abgeordnete Ulbrich weisgemacht, daß an dem gestrigen Unfall auf der Westbahnstrecke die Bundesregierung schuld ist. Ich muß ihn fragen: Wie hoch wären denn die Investitionen der Bundesbahnen gewesen, wenn der Herr Finanzminister, wenn die Bundesregierung alles getan hätten, um eine Überschreitung des Budgets zu verhindern, um Ihnen den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß Sie heute einen Wirbel aufziehen können?

Ein Budget der Stagnation? — Das ist lächerlich. Das ist sehr wohl ein Budget des Wirtschaftswachstums. Daß das Wirtschaftswachstum aber natürlich nicht von den innerwirtschaftlichen Gegebenheiten allein geformt wird, wissen wir ja ganz genau. Der Abgeordnete Dr. Hauser hat Ihnen ja schon gesagt, daß wir auf keiner Insel in einem ruhigen besonnenen Meer leben, sondern daß wir von allen anderen Volkswirtschaften abhängen und daß die Stagnation, die wir in der europäischen Wirtschaft feststellen können, natürlich auch auf Österreich ihre Auswirkungen hat.

Staudinger

Das Wirtschaftswachstum Englands beträgt zum Beispiel 0 Prozent. In Österreich beträgt es immerhin noch 2 Prozent; wir wissen wohl, daß das unzureichend ist.

Ich muß Sie von der sozialistischen Opposition auch fragen: Wie hätten Sie sich das Budgetdefizit vorgestellt? Oder welche Investitionen hätten bei ausgeglichenem Budget durchgeführt werden können, wenn wir Ihre Initiativanträge beschlossen hätten? Es liegen ja etliche Initiativanträge vor: Erhöhung der Witwenpension: 845 Millionen Schilling, Familienlastenausgleich und Änderung der Kinderbeihilfe: die Kleinigkeit von 2020 Millionen Schilling, Vermögensteuergesetz: 94 Millionen Schilling, Witwenpension: 1056 Millionen Schilling, für die Versicherungsträger 1155 Millionen Schilling, Forschungsrat: 140 Millionen Schilling, Studienbeihilfe für die Oberstufe der höheren Schulen: 170 Millionen Schilling. Gesamtsumme aller dieser Anträge 5480 Millionen Schilling! Also nicht gerade ein feuchter Kehricht.

Da muß ich mich dann fragen, ob nicht doch das harte Wort von einer rein demagogischen Argumentation angebracht ist. Sie sagen natürlich: Die Situation, daß es zu dieser Budgetüberschreitung 1967 kommt, ist eben auf eine völlig verfehlte Wirtschaftspolitik der österreichischen Bundesregierung zurückzuführen, auf die Ergebnislosigkeit all der Wachstumsbemühungen, die man angestellt hat, und natürlich insbesondere auf die Ergebnislosigkeit der Wirtschaftswachstumsgesetze.

Der Herr Abgeordnete Ulbrich hat nahezu stundenlang über anderes geredet als über das hier heute vorliegende Gesetz. So darf ich vielleicht ganz kurz darauf hinweisen, was die Sozialisten hinsichtlich der Wirtschaftswachstumsgesetze gewollt haben. Was wollten Sie anders? Ich habe mir die Mühe gemacht, im Protokoll nachzulesen. Dipl.-Ing. Weihs hat eine steuerliche Begünstigung der Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln verlangt, einen Verlustvortrag nur auf drei statt auf fünf Jahre und hat außerdem Bedenken gegen steuerfreie Investitionsrücklagen angeführt. Er hat wörtlich gesagt:

„Die Einführung einer steuerfreien Investitionsrücklage und einer steuerlichen Begünstigung nichtentnommener Gewinne scheint konjunkturpolitisch mehr als bedenklich zu sein, weil sie geeignet erscheinen, die konjunkturbedingten Schwankungen in der Investitionstätigkeit noch zu verstärken.“

Damit Sie jetzt sehen, welches Konzept zur Wachstumsförderung Sie gehabt haben, möchte ich Ihnen sagen, daß der Abgeordnete Kostroun haargenau das Gegenteil verlangt hat, daß er

eine Verdoppelung der Rücklagen aus nicht-entnommenen Gewinnen verlangt hat. Er sagte:

„Wir haben uns zur Neueinführung der Investitionsrücklagen bekannt, das möchte ich mit aller Deutlichkeit feststellen, weil diese Rücklagenbildung nach unserer Meinung vielen Klein- und Mittelbetrieben die Möglichkeit gibt, ihre Betriebsanlagen und -einrichtungen durch die Rücklagenbildung zu rationalisieren, zu modernisieren und damit konkurrenzfähiger zu werden.“ *(Ruf bei der SPÖ: Er schlägt euch mit den eigenen Argumenten! — Abg. Haberl: Das gleiche wie bei Wirtschafts- und Genossenschaften!)*

Ferner haben dann kleine Scherze eine Rolle gespielt: Der Abgeordnete Dr. Weihs hat gesagt, die Begründung, daß durch die Gestaltung der Geschäftsportale sozusagen auch der Verkauf angeregt wird, sei einfach lächerlich — daß sie nicht lächerlich ist, das steht auf einem anderen Blatt —, während der Abgeordnete Kostroun zum Beispiel gesagt hat, es sei zu befürchten, daß die großen Firmen ihre Portale phantastisch herrichten können und dadurch den Konsumenten in ihr Geschäft locken. — Also der eine sagt, man könne eh nichts damit ausrichten, und der andere sagt, es sei sehr schädlich, daß damit etwas ausgerichtet wird.

Dann ist gesagt worden, es sei überhaupt fraglich, ob das einen Sinn hat, weil die Bewertungsfreiheit zu unerwünscht raschen Neuinvestitionen und damit zu einem Ausfall für den Fiskus, der nicht vertretbar ist, führt.

Ich darf Ihnen sagen: Die Stahlindustrie der Vereinigten Staaten hat 1966 die kaum vorstellbare Summe von 20 Milliarden Dollar investiert, 60 Prozent davon aus Abschreibungen und fast den ganzen Rest aus einbehaltenen Gewinnen.

Wir müssen uns darüber klar sein: Je mehr der technische Fortschritt voranschreitet, umso mehr Investitionen sind erforderlich. Unser Produktionsprozeß muß sich aus sich selber heraus erneuern. Der Wettbewerb zwischen den Volkswirtschaften der Zukunft wird immer mehr ein Wettbewerb der Abschreibungen aus Anlagen von gestern, mit denen der Fortschritt von morgen finanziert werden muß.

Dazu kommt noch etwas, was Ihnen offenbar auch nicht klar ist: daß große Teile des Reingewinnes Kosten sind, aus denen dieser technische Fortschritt von morgen finanziert werden muß. Lesen Sie es bei Klenner in dem Bücherl „Umdenken tut not“ nach! Darin steht ungefähr dasselbe. Aber nach wie vor geht es Ihnen darum, die Dinge so darzustellen, als würden die Reichen immer reicher — siehe Pittermann! — und die Armen immer

Staudinger

ärmer. Klenner sagt Ihnen in diesem Bücheli auch verschiedenes andere; das gleiche gilt für einige andere Ihrer Wirtschaftsfachleute. Herr Abgeordneter Dr. Hauser hat Ihnen ja schon gesagt: Sie sollten mehr auf Ihre Wirtschaftsfachleute hören.

Der Herr Abgeordnete Dr. Weihs hat dann noch davon geredet, daß es darum ginge, Investitionskerne, also Investitionsbranchen zu fördern, ohne zu bedenken, daß es eher Wachstumsprodukte gibt als Wachstumsbranchen und daß man eine Branche höchstens einige Jahre sozusagen bevorzugen kann, dann ist durch die wirtschaftliche Entwicklung ja das schon wieder ganz anders geworden. Eine hohe Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital vorausgesetzt, wirken die Markterneuerungskräfte viel schneller in der Richtung der gewünschten Umstrukturierung.

Der Abgeordnete Dr. Weihs — ich muß das heute hier vorbringen — hat sich dann auch noch bemüßigt gefühlt, auf die Unternehmer einen Stein zu werfen. Dr. Staribacher hat in einer Bemerkung, die seinem Niveau nicht ganz angemessen ist, gesagt, die österreichischen Unternehmer waren immer „hinterwäldlerisch“. Er hat gesagt, das Wirtschaftswachstum sei doch im wesentlichen eine Sache der vielgerühmten Unternehmerinitiative, die da aber offenbar versagt hat.

Die Sozialisten mögen bitte bedenken, daß sich in den Betrieben mit anonymer Kapitalstruktur der Unternehmertyp, den sie da angreifen, längst gewandelt hat. Der Unternehmer, der dort tätig ist, zahlt vielfach der Sozialistischen Partei Mitgliedsbeiträge, wie wohl — ich könnte mir das vorstellen — widerstrebend, wenn er solche Sachen hört und wenn er die Ausführungen, die von wirtschaftspolitischem Widersinn strotzen, zur Kenntnis nimmt.

Nun zu dem Vorwurf, daß die österreichische Wirtschaft konzeptlos, programmlos sei und man daher ein ganz neues Programm aufstellen müsse wie meinetwegen in der Bundesrepublik, wo die neuen Begriffe „Zielprojektion“, „Leitlinien“, „sozialer Symmetrie“, „Konzentrierung“, „Globalsteuerung“, „Orientierungsdaten“ und wie diese Dinge heißen sozusagen zu den Kapiteln eines ganz neuen nationalen Katechismus werden. Das sind Mäntel, in die vielerlei hineinschlüpfen kann, wo dann also auch die Zurückhaltung, die Ungewißheit im grundsätzlichen bleibt, wie meinetwegen auch bei aller Investitionsanregung in der Wirtschaft, wo keine Gewinnaussichten sind, wo keine Aussicht auf Amortisierung und Verzinsung im Preis ist — dort reagiert eben die Wirtschaft zurückhaltend.

In der Bundesrepublik Deutschland, wo ein Sozialist das Wirtschaftsreferat führt, erwägt man sehr tiefgehende Eingriffe in das Budget. Da wird von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Jänner 1968 und 1. Jänner 1969 geredet, von einer dreiprozentigen Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer, von einer Nichtanpassung der Kriegsofferrenten, vom Tilgen des Anspruches auf Kriegsofferrenten, wenn einer nur mehr mit 40 Prozent versehrt ist, davon, daß das Kindergeld einkommensabhängig nur mehr für Familien ab drei Kindern bezahlt wird und so weiter und so weiter. Lauter Dinge, die wir nicht gemacht haben!

Aber wenn wir nur Wirtschaftswachstumsgesetze gemacht hätten, wenn die österreichische Bundesregierung nicht anders aktiv geworden wäre, dann könnten wir uns Ihren Vorwurf zuziehen. Wir müssen Ihnen aber in Erinnerung rufen, daß eine zielstrebige Konjunktur- und Wachstumspolitik verfolgt wurde, daß wir 1967 17,4 Milliarden Investitionen haben, also um 3,1 Milliarden Schilling mehr als 1966, daß wir die Förderung privater Investitionen teils durch die Wachstumsgesetze, teils über das ERP-Programm durchgeführt haben, daß zur Schonung des Kapitalmarktes — das muß dem Abgeordneten Peter gesagt werden — Auslandsanleihen in der Höhe von 1,7 Milliarden Schilling aufgebracht wurden, daß die Mindestreserven der Nationalbank gesenkt wurden, daß zweimal der Rahmen für Offenmarktkäufe von Wertpapieren der Nationalbank erhöht wurde und damit der österreichischen Kreditwirtschaft 2,4 Milliarden zusätzliche Mittel zufließen, daß wir die Exportförderung verbessert haben durch das Ausfuhrförderungsgesetz und das Ausfuhrfinanzierungsgesetz. Ich verweise auf die Steuerreform, die Beseitigung der Leistungshemmnisse, die Beseitigung der Progression und all die Dinge, die ohnehin seinerzeit besprochen wurden. Ich erinnere daran, daß wir tiefgreifende Maßnahmen im Bereich der verstaatlichten Industrie durch das ÖIG-Gesetz ermöglicht haben, daß wir das Eigenkapital der Elin von 200 auf 600 Millionen aufgestockt haben. Ich verweise auf die Anleihe für die Stickstoffwerke mit Bundeshaftung, damit sie in das Geschäft mit der Badischen-Anilin einsteigen konnten. Ich erinnere daran, daß es erstmals den Kapitalmarkt für die verstaatlichte ... (*Der Redner macht eine Pause. — Abg. Sekanina: Zweite Zeile!*) Danke vielmals, es war nicht die zweite, es war die vierte Zeile! ... ÖMV-Adria-Wien-Pipeline gibt und an die 200 Millionen Schilling für Ersatzarbeitsplätze in den Braunkohlenrevieren. Ich verweise darauf, daß im Bereich des Sozialministeriums die Mittel für Umschulungs-

Staudinger

hilfen um 50 Prozent erhöht wurden und es vermehrte Mittel für die Produktive Arbeitslosenfürsorge, Kurzarbeiterunterstützung, Arbeitslosenonderunterstützung für Arbeitslose über 55 Jahre in den Kohlengebieten gibt, Forschungsförderung, Novellierung des Fernsprechbetriebs-Investitionsgesetzes, das in den nächsten Jahren 7 Milliarden Schilling garantiert, und die Budgetvorschau 1967 bis 1970 als Grundlage eines Budgetkonzeptes.

Meine sehr geehrten Herren! Das sind keine Kleinigkeiten. Sie können von den Beträgen, die da genannt worden sind, nicht sagen, daß das ein feuchter Kehricht gewesen ist. Das Ergebnis dieser Politik lesen Sie bitte im vorletzten Heft des Institutes für Wirtschaftsforschung nach, wo festgestellt wird: Gemessen an der internationalen Entwicklung hat sich die österreichische Wirtschaft trotz bestehender Strukturschwächen relativ gut behauptet. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie, glauben Sie, ist das zustande gekommen? Worauf, glauben Sie, ist das zurückzuführen, daß wir Gott sei Dank eine echte Arbeitslosigkeit nicht haben?

Freilich, die wirtschaftliche Situation ist alles andere als rosig. In Ihrer Zeitung ist gestanden: Jetzt sind wir an dem Punkt angelangt, den die sozialistischen Wirtschaftswissenschaftler ohnehin ständig angekündigt haben. Darf ich Ihnen sagen: Die sozialistischen Wirtschaftswissenschaftler haben bei Ihnen offenbar noch nie etwas zu husten gehabt. Sonst wäre es möglicherweise wirklich anders gewesen. Ich frage mich, welche Initiativen Sie vor Beginn Ihrer Oppositionsrolle ergriffen haben, um tatsächlich das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Ich denke mir, Ihre Initiativanträge müßten sozusagen ein Spiegelbild davon sein. Ich habe mir ein Fernschreiben durchgeben lassen *(der Redner zeigt das Fernschreiben)*: das ist eine sehr attraktive Liste von Initiativanträgen, die Sie eingebracht haben.

Sieben davon stehen direkt oder indirekt mit der Wohnbaugesetzgebung in Zusammenhang, elf sind aus dem reinen Rechtsbereich, elf aus dem Sozialbereich, fünf aus dem Berufsausbildungsbereich und der Forschung, acht Steueranträge und noch einige andere. Dann ist einer dabei, die Organisation der Verstaatlichten betreffend, also sozusagen eine Alternative zu einer Initiative, die sowieso auch wir ergriffen haben, und einer, der das Pipelinegesetz betrifft.

Sonst aber, meine sehr geehrten Herren, muß ich fragen: Wo sind denn hier im Hause Ihre wirtschaftspolitischen Initiativen gewesen? Ich kann mich an keine erinnern. Ich kann mich aber daran erinnern, daß Sie ein Jahr

lang mit uns über Habsburg gestritten haben, obwohl Ihnen der Nennung gesagt hat, daß der Habsburg-Kannibalismus ein Kannibalismus ist, bei dem es bestimmt nichts mehr zu fressen gibt. *(Heiterkeit.)* Ich kann mich erinnern, daß wir uns weiß Gott 120 und etliche Tage aufgehalten haben, in denen das Parlament zu keiner Arbeit gekommen ist, weil man mit der Regierungsbildung — im Jahre 1959 war das — einfach nicht weitergekommen ist.

Das müssen wir Ihnen heute sagen. Wenn Sie kritisieren — ich weiß, Sie brauchen sich nichts einfallen zu lassen, haben Sie gesagt, das sei Aufgabe der Regierung —, dann sagen Sie doch öffentlich, ob Sie etwa vielleicht Renten eingespart hätten oder sonst irgend etwas. *(Abg. Moser: Das ist nur auf Ihrer Seite erwogen worden! Der Finanzminister bleibt 700 Millionen schuldig! — Abg. Weikhart: Den öffentlich Bediensteten 320 Millionen wegzunehmen, das war Ihre Absicht!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir gehen einer Zeit ... Herr Abgeordneter Moser! Hören Sie bitte zu und melden Sie sich dann zum Wort, wenn Sie etwas zu sagen haben. Wir müssen uns heute bei dieser Frage des Budgetdefizits ... *(Abg. Weikhart: Wenn von den Renten die Rede war, war es auf Ihrer Seite! — Weitere Zwischenrufe.)* Herr Abgeordneter Weikhart! Ich transponiere ja nur das, was Ihr Karl Auch gesagt hat. Entschuldigen Sie, soll ich es Ihnen wörtlich zitieren? Ich habe es ja da. Herr Dr. Kleiner, lesen Sie im „Forum“ 152 oder 153 nach. Die Seite kann ich Ihnen leider nicht sagen. *(Abg. Weikhart: Eine halbe Milliarde bleiben Sie den Rentnern schuldig! Was ist das für eine Wirtschaft? Das wollen Sie nicht hören!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Offenbar können Sie alles andere eher verkiefeln als die Tatsache, daß wir im sozialen Bereich eben zu keinem Stopp gekommen sind, im Gegenteil, daß wir dennoch die Investitionen in vollem Ausmaß durchführen konnten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn aber unpopuläre Maßnahmen notwendig waren — der Herr Abgeordnete Ulbrich hat davon gesprochen, daß das die „politische Dummheit“ ist. Das ist eine Verkennung. Das ist Ausfluß der politischen Verantwortung, und wir zweifeln nicht daran, daß Sie in gleicher Weise handeln müßten. Zu Ihrer Ehre sei gesagt, wir glauben auch, daß Sie in einer ähnlichen Situation gleich handeln würden. *(Abg. Czettel: Sieger von Oberösterreich! — Abg. Weikhart: Das tut Ihnen immer weh! Das werden Sie noch öfter hören!)*

Hören Sie mit Oberösterreich auf, Herr Kollege Czettel. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Nein, nein, der Herr Abgeordnete Czettel

Staudinger

hat in Schwanenstadt so schön gesprochen, ich glaube, er hat bei dieser Rede 45 Besucher gehabt, oder waren es 48? (*Abg. Czettel: Aber ein Mandat haben wir gewonnen!*) Nein, entschuldigen Sie bitte, Sie haben mir kein Mandat weggenommen. (*Abg. Czettel: Freilich!*) Sie haben das zusätzliche Mandat gewonnen. Ich muß Ihnen allerdings zugeben, diese 52 Stimmen waren genau die 52 Leute, die bei Ihnen in der Versammlung waren. Sie tun mir persönlich mit Oberösterreich nicht weh! (*Abg. Weikhart: Das Endergebnis rührt Sie gar nicht und Burgenland auch nicht und Salzburg auch nicht und Klagenfurt auch nicht?*)

Lesen Sie den Artikel von Horst Knapp, in dem er fragt, ob das mit Demokratie vereinbar sei, ob die Demokratie nicht notwendigerweise stürbe, wenn wirtschaftspolitische Zusammenhänge vernebelt werden, statt sie aufzuzeigen. Er sagt: Demokratie ist mit wirtschaftlichem Analphabetismus nicht zu vereinbaren. Sie täten also besser, anders zu argumentieren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was das Budgetdefizit 1967 betrifft ... (*Abg. Weikhart: Das ist Ihre Arroganz, die Sie bei jeder Rede an den Tag legen!*) Herr Kollege Weikhart, das Wort, das ich von Ihnen am meisten höre — nicht in bezug auf mich —, ist das Wort „Arroganz“. (*Abg. Weikhart: Nur auf Sie bezogen!*) Sie sollten sich auch einmal etwas Neues einfallen lassen.

Was das Budgetdefizit betrifft, meine sehr geehrten Damen und Herren, so müssen wir uns bewußt sein, daß wir einer Zeit wachsender Staatsausgaben entgegengehen (*Abg. Czettel: 400 Millionen Subventionen für die Landwirtschaft!*), weil zum Beispiel immer mehr Autobesitzer bessere Straßen verlangen, weil immer mehr Eigenheimbesitzer zusätzliche Anforderungen an die Energieversorgung stellen, weil dem Staat nicht nur größere, sondern völlig neue Aufgaben auf den Gebieten des Verkehrs, der Bildung und der Ausbildung, des Nachrichtenwesens, des Rechtsschutzes, der Hygiene und des Gesundheitswesens erwachsen. (*Abg. Czettel: Sie sagen doch nichts Neues!*)

Ich sage nichts Neues. (*Abg. Czettel: Dann reden Sie nicht!*) Herr Kollege Czettel, wenn wir untersuchten, was Sie Neues sagten: Sie müßten in 14 Tagen drei Wochen schweigen. (*Abg. Dr. Hertha Firnberg: Warum erteilen Sie uns solche Belehrungen?*) Das geht ja kaum, nicht wahr? (*Abg. Ing. Häuser: Das ist eine ungeheure Logik!*) Natürlich, ja. „Denn ein vollkomm'ner Widerspruch bleibt gleich geheimnisvoll für Kluge wie für Toren“, heißt es im „Faust“. (*Heiterkeit.*) Und dieses Sprichwort müssen wir heranziehen, um Ihre Wirtschaftsphilosophie

zu verstehen. (*Abg. Ing. Häuser: Damit schaukelt man über dieses Budgetdefizit hinüber! — Abg. Czettel: Wo sind die Mehrausgaben? Sie haben gesagt, wir haben immer mehr Ausgaben! Geben Sie eine konkrete Antwort!*)

Wer dieses Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Ausgaben durchdenkt, diesen Zweikampf sozusagen ... (*Zwischenrufe.*) Sie wollen mich einfach nicht zum Schluß kommen lassen. (*Heiterkeit.*) Sie wollen nicht, daß das Ende meiner Rede im Fernsehen aufscheint. Aber Sie können mich ruhig reden lassen, ich flicke Ihnen nichts mehr am Zeug! (*Heiterkeit.* — *Abg. Weikhart: Sie haben es schon geflickt bekommen bei den oberösterreichischen Wahlen!*)

Wer dieses Verhältnis zwischen öffentlichen und privaten Ausgaben durchdenkt, diesen Zweikampf um das Volksvermögen, für den mag es schockierend sein, wie eng der Spielraum des Individuellen zu werden droht. Es ist gut, daß immer mehr Attribute eines höheren Lebensstandards zum unabdingbaren Anspruch aller werden, aber wir müssen uns darüber klarwerden, auch im Hinblick auf die Budgetpolitik und auf die Schuldenpolitik, daß das alles immer mehr eine neue Festlegung von Einkommensbestandteilen und damit Abhängigkeiten wird.

Die Zeit ist vorüber, in der es heißen konnte: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und — um Ihre Gefühle nicht zu verletzen — gebt dem Staate, was des Staates ist! Des Kaisers ist heute überhaupt nichts mehr. Öffentliche Güter sind Investitionen der Gesellschaft, die allen zugute kommen. Sie sind Voraussetzung für die Realisierung individueller Lebensansprüche.

Die Marktobjekte Auto und Eigenheim zum Beispiel sind so selbstverständlich Bestandteil der allgemeinen Nachfrage, daß gar kein Zweifel an der Notwendigkeit neuer Straßen, neuer Siedlungsgebiete, an der Notwendigkeit von Parkplätzen und so weiter besteht. Man kann darüber geteilter Meinung sein, ob dieses Perpetuum mobile, in das wir eingespannt sind, daß wir also auf der einen Seite die Konjunktur in Bewegung halten müssen, damit uns auf der anderen Seite die Konjunktur die Mittel bringt, um sie in Bewegung halten zu können, sinnvoll und wünschenswert ist. Weil wir aber darauf weitestgehend keinen Einfluß haben, müssen wir sie ganz einfach als das hinnehmen, was sie sind, nämlich als Auftriebskräfte wirtschaftlichen Wachstums.

Die österreichische Bundesregierung, die von der Österreichischen Volkspartei gestellte Bundesregierung, das Kabinett Klaus (*Abg. Haberl: Kabinett Klaus II oder III? —*

Staudinger

Abg. Kulhanek: Zählen werden Sie doch noch können?) hat mit der im Jahre 1967 verfolgten Politik dafür gesorgt, daß sich die Wirtschaftsentwicklung in Österreich nicht so gestaltet, wie sie in anderen Staaten, die uns lange und oft genug als Beispiel hingestellt wurden, heute bedauerlicherweise ist. Wir haben allen Grund, zu diesem vorliegenden Gesetz ja zu sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Wallner:** Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lanc. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Lanc** (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt einem nicht gerade leicht, auf einen Vorredner von den Qualitäten des Herrn Abgeordneten Staudinger einzugehen, der ja bekanntlich diesem Hause in der wirtschaftspolitischen Debatte vor einiger Zeit einen neuen Terminus geschenkt hat, nämlich den der „sozialistischen Wirtschaftspornographie“.

Derselbe Herr Abgeordnete Staudinger, der, wie wir auch heute gehört haben, talentiert ist, neue Wortschöpfungen zu kreieren, hat sich heute sehr bewegt der sozialistischen — um seinen Terminus zu verwenden — „Wirtschaftspornographen“ angenommen. Er hat heute plötzlich Aush und Veselsky, also jene Leute zitiert, deren Auffassung er seinerzeit herabgesetzt hat. *(Abg. Staudinger: Herr Kollege Lanc, das ist eine Verdrehung!)* Das ist keine Verdrehung, das ist eine Tatsache, Sie können das ja im Protokoll nachlesen. Ich habe es gelesen, Herr Kollege. Wer ausrutscht, soll lieber ruhig sein und nicht noch einmal ausrutschen. *(Heiterkeit bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber, da ich annehme, daß die übrigen Kollegen der Österreichischen Volkspartei nicht diese Terminologie des Herrn Abgeordneten Staudinger aufnehmen, doch sagen: Wenn er heute gesagt hat, daß die sozialistischen Wirtschaftsfachleute bei uns nichts zu husten haben, dann hat er recht. Wir reden nämlich in unserer Partei miteinander und husten nicht aufeinander. Vielleicht ist das bei Ihnen üblich, ich hoffe nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wenn man die Betrachtungen des Herrn Abgeordneten Hauser und des Herrn Abgeordneten Staudinger in jenen Passagen Revue passieren läßt, wo, bezogen auf den Herrn Abgeordneten Staudinger, doch zumindest ehrliches Wollen zum Gehalt da war, dann muß man sagen, daß sich die Regierungspartei hier in dieser Debatte auf die Basis begibt, von der sozialistischen Opposition im Haus in vermehrtem Ausmaß Vorschläge für die Sanierung jener Situation

zu verlangen, die die Regierung in der sicherlich kurzen Zeit von eineinhalb Jahren heraufbeschworen hat.

Meine Damen und Herren! Ich kann mich noch erinnern, wie wir hier in den ersten Debatten nach der Installation der ÖVP-Alleinregierung diese Maßnahmen der Regierung kritisiert haben, in vielen Fällen Alternativvorschläge gemacht haben oder unsere Ablehnung zu Ihren Vorschlägen, zu den Vorschlägen der Bundesregierung, begründet haben. Ich kann mich auch noch an die Zwischenrufe von der rechten Seite dieses Hauses erinnern: Da brauchen wir nicht darüber zu reden, wir stellen jetzt die Regierung, wir werden eben machen, was wir wollen! — Sie haben gemacht, was Sie wollen, und jetzt stecken Sie in einer Situation, in der Ihnen selber nicht wohl in Ihrer Haut ist, und verlangen von uns vehement, wir sollen Ihnen aus dieser Patsche heraushelfen. Diese Freude werden wir Ihnen nicht machen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie können also noch einige Zeit jeiern, die Grundlinien unserer Budgetpolitik und damit unserer Wirtschaftspolitik sind bereits in unserem Minderheitsbericht zum ersten Budget, das die Regierung Klaus als Alleinregierung eingebracht hat, festgelegt worden. Wir sind nicht dazu da, um Ihnen ständig Ejzess zu geben, meine Damen und Herren. Sie waren ja so erpicht darauf, allein die Verantwortung zu übernehmen und zu tragen und dem österreichischen Volk zu zeigen, was Sie können. Jetzt zeigen Sie, was Sie können! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Mit der heute vorliegenden 3. Bundesfinanzgesetznovelle 1967 will die Bundesregierung, gestützt — wie ich den Äußerungen Ihrer Vorredner entnehmen muß — auf die Mehrheit in diesem Haus, die Bewilligung des Nationalrates zur Kreditaufnahme bis zum Gesamtbetrag von 3,9 Milliarden Schilling für 1967 erhalten. Davon gehen allein 1,9 Milliarden Schilling auf solche Minderungen von Steuereinnahmen zurück, die nicht durch die Gesetzgebung des Bundes im Verlaufe des Budgetjahres 1967 hervorgerufen worden sind.

Das ist also übriggeblieben von den hochtrabenden Erklärungen der Regierung anläßlich der Budgetberatungen vor knapp einem Jahr. Damals wurde versprochen: Prosperität, Wirtschaftswachstum durch die ÖVP-Wirtschaftswachstumsgesetze — sprich: Geschenke — und dadurch bedingte erhöhte Steuereinnahmen, obwohl bereits am Ende des vergangenen Jahres Fachleute aller politischen Richtungen, auch Fachleute Ihrer politischen Richtung, und das Institut für Wirtschaftsforschung vor solchen Illusionen gewarnt haben.

Lanc

Es ist nicht wahr, daß erst irgendwann im Laufe des Jahres 1967 die Wendung in der wirtschaftlichen Entwicklung sichtbar geworden ist, sondern noch bevor hier das Budget 1967 im Haus beschlossen war, hat das Wirtschaftsforschungsinstitut einen Konjunkturausblick auf dieses Jahr nicht nur gegeben, sondern bereits in Druck gelegt und veröffentlicht; die Fakten müssen also schon Wochen vorher bekannt gewesen sein. Vor der Abflachung der Konjunktur, vor der Verringerung der Wachstumsrate, unter Umständen im negativen Fall sogar vor der Stagnation unserer Wirtschaft ist gewarnt worden.

Mittlerweile zeigt sich, daß das, was damals von allen Einsichtigen und von den Sozialisten im Hause in der Budgetdebatte behauptet worden ist, leider Wirklichkeit geworden ist. Ein Teil der Wirtschaft schrumpft, ein zweiter Teil stagniert, und nur ein zu kleiner Teil wächst weiter, sodaß im Durchschnitt der österreichischen Wirtschaftsentwicklung leider heute bestenfalls — wenn man nicht die stärksten, sondern die schwächsten Ausdrücke verwendet — von Stagnation gesprochen werden kann. Die Tatsachen sprechen eine unerbittliche Sprache; sie zwingen die Bundesregierung schon vor Ablauf des so optimistisch eingeläuteten „Wachstumsbudgetjahres“ 1967 — unter Anführungszeichen — zum Eingeständnis ihrer verfehlten Wirtschafts- und Budgetpolitik.

3,9 Milliarden unbedeckter Budgetabgang für 1967 beziehungsweise die Ermächtigung zur Aufnahme entsprechender zusätzlicher Kredite durch diese 3. Bundesfinanzgesetznovelle zeugen für jedermann von dem Debakel der ÖVP-Alleinregierung. Trotzdem wird diese Politik munter fortgesetzt.

Der dem Haus zur Beratung vorliegende Bundesvoranschlagsentwurf für 1968, vom Finanzminister selbst als unerfreulich bezeichnet, setzt diese Linie fort. Zu den mehr als 7½ Milliarden Schilling Gesamtbudgetabgang für 1967 sollen 1968 weitere 6,9 Milliarden Schilling ohne Eventualbudget und 9,3 Milliarden Schilling einschließlich des angekündigten Eventualbudgets kommen. Unter der Voraussetzung, daß die Angaben des Finanzministers stimmen, was bekanntlich in der Vergangenheit nicht immer der Fall war, müßte daher die Republik Österreich innerhalb von rund einviertel Jahren ein Budgetdefizit von 3,9 Milliarden Schilling zusätzlich für 1967 und 9,3 Milliarden Schilling für 1968, also insgesamt über 13 Milliarden Schilling, über den in- und ausländischen Kapitalmarkt finanzieren. Man muß sich ernstlich fragen, ob das überhaupt möglich ist,

und wenn es möglich ist, unter welchen Voraussetzungen. Diese Frage haben sich nicht nur die Abgeordneten der sozialistischen Opposition in diesem Hause vorzulegen, sondern alle Abgeordneten und vor allem meiner Auffassung nach die Abgeordneten der Regierungspartei, der Österreichischen Volkspartei.

Wenn man diese Frage beantworten will, ist eine Abschätzung der Leistungsfähigkeit des inländischen Kapitalmarktes und der ausländischen Kapitalmärkte unerlässlich. Der Mittelzuwachs auf dem österreichischen Geld- und Kapitalmarkt im Jahre 1966 betrug rund 20,6 Milliarden Schilling. Darin ist also die Nettoinanspruchnahme des Wertpapiermarktes, der Zuwachs an Termin- und Spareinlagen, die Erhöhung des Geldvolumens und der Zuwachs an Kassenliquidität der Kreditinstitute enthalten. Im gleichen Jahre, also im Jahre 1966, stellte der österreichische Kapitalmarkt und Geldmarkt 21,4 Milliarden Schilling an Krediten, Darlehen, Anleihevaluta und Aktienerlösen der gesamten Wirtschaft zur Verfügung. Soll der österreichische Geld- und Kapitalmarkt im laufenden und im kommenden Jahr zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen, dann kann dies nur entweder über vermehrte Kapitalbildung oder über den Weg der Hereinnahme von ausländischen Kapitalmarktmitteln geschehen.

Eine Überprüfung der Entwicklung bei den Einlagen der Kreditinstitute und beim Absatz von Wertpapieren aller Art zeigt, daß in den ersten acht Monaten des Jahres 1967 der gesamte Mittelzufluß zum Kapitalmarkt gegenüber den ersten acht Monaten des Jahres 1966 nur unbedeutend, nämlich um rund 2 Prozent, gestiegen ist. Es muß daher damit gerechnet werden, daß die Kapitalbildung im gesamten Jahr 1967 gegenüber 1966 nahezu unverändert hoch bleiben wird, also keine Steigerungsrate erzielen können wird, und daß sich diese Entwicklung auf Grund der wirtschaftlichen Stagnation, die eingetreten ist, auch im Jahr 1968 fortsetzen wird. Wenn daher der Bund in erhöhtem Ausmaß schon heuer und erst recht im nächsten Jahr sein Defizit über den heimischen Geld- und Kapitalmarkt finanzieren will, so kann das nur auf Kosten der übrigen Gebietskörperschaften, der Länder, der Gemeinden, und nicht zuletzt auf Kosten des Finanzierungsbedarfes der gesamten österreichischen Wirtschaft, egal, ob der öffentlichen oder der privaten Wirtschaft, geschehen.

Darüber könnte man noch diskutieren, wenn der Löwenanteil der Kapitalmarktfinanzierung des Bundes zur Finanzierung von Investitionen der öffentlichen Hand dienen würde. Das ist vielleicht hinsichtlich der eventuellen 2,4 Milliarden Schilling Eventualbudgetfinanzierung

Lanc

irgendwann im Verlaufe des Jahres 1968 — die Regierung hat uns ja noch keine genauen Termine dafür genannt — der Fall, aber auf keinen Fall liegt im jetzigen Zeitpunkt diesbezüglich irgend etwas Konkretes vor.

Schon 1967 stagnierte die Investitionsleistung des Bundes, und für 1968 wird sie nach den bisher vorliegenden Ziffern — man weiß ja nie, wie viele „Druckfehlerberichtigungen“ noch kommen — im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt zusammengekommen weder absolut noch relativ höher, sondern geringer sein.

Aus dem bereits genehmigten Bundesvoranschlag 1967 und dem Bundesvoranschlag 1968 sind also keine Wachstumsimpulse für die Wirtschaft zu erwarten. Wenn der Bund aus den begrenzten Geld- und Kapitalmarktmitteln einen höheren Anteil als bisher herausnimmt, so bremst er damit die Finanzierungschancen anderer Investoren und blockiert auf diese Weise die Ankurbelung der österreichischen Wirtschaft über den heimischen Kapitalmarkt, was ja letztlich wieder zu einem verminderten Einnahmenaufkommen des Bundes und damit zu einer Vergrößerung künftiger Budgetabgänge führen muß.

Bekanntlich hat sich im ersten Halbjahr 1966 das Kreditvolumen wesentlich ausgeweitet, bis der Kreditapparat an die Grenzen seiner Möglichkeiten oder an die Grenzen des Kapitalmarktes gestoßen war, wozu allerdings damals noch eine etwas restriktive Notenbankpolitik beigetragen hat. Wenn sich nun 1967 herausstellt, daß der Mittelzufluß auf dem heimischen Geld- und Kapitalmarkt stagniert, dann kann es für den Fall einer sich wieder belebenden Wirtschaft nur den Schluß geben, daß ihr Mittelbedarf mindestens ebenso stark steigt, wie die Höhe der Mittel in der letzten Konjunkturphase im ersten Halbjahr 1966 gewesen ist. Wenn aber in den Topf nicht mehr hineinkommt, als damals drinnen war, dann heißt das, daß, wenn die Wirtschaft auch nur gleich viel herausnehmen will, wie sie im ersten Halbjahr 1966, also in der letzten Konjunkturphase, gebraucht hat, kein Platz für eine größere Geld- und Kapitalmarktinanspruchnahme durch den Bund ist, soll er nicht die Expansionskraft der Wirtschaft von Haus aus schon unmöglich machen.

Abgesehen von diesen rein quantitativen Überlegungen gibt es aber auch noch qualitative. Der Kreditzuwachs im Jahre 1966 betrug rund 14,5 Milliarden Schilling. 40 Prozent dieses Zuwachses sind auf Kredite und Darlehen mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren entfallen. Wohl hat sich das Kreditvolumen im ersten Halbjahr 1967 nur um 5,9 gegenüber 8,6 Prozent im ersten Halbjahr 1966 aus-

geweitet — eine Folge der wirtschaftlichen Rezession —, der längerfristige, also der über eine fünfjährige Laufzeit hinausgehende Kapitalbedarf war jedoch mit 45,4 Prozent des Zuwachses im ersten Halbjahr 1967 wesentlich höher als im ersten Halbjahr 1966, wo dieser Zuwachs an langfristigen Mitteln nur 32,6 Prozent des gesamten Kreditzuwachses betragen hatte.

Der Anteil längerfristiger Kredite am gesamten Kreditvolumen ist darüber hinaus von Jahresbeginn 1966, wo er 41,2 Prozent des gesamten Kreditvolumens betrug, bis zum 30. Juni dieses Jahres auf 42,05 Prozent gestiegen. Auf dem Kreditmarkt verstärkt sich daher der Zug zum mittel- und langfristigen Kredit. Das bedingt auch eine längerfristige Disposition jener Sparten der Kreditwirtschaft, die stärker im längerfristigen Geschäft verankert sind, und wer von den Herren der Österreichischen Volkspartei im Raiffeisen-sektor tätig ist, wird mir das bestätigen können. Sowohl bei einer linearen, rein konjunkturorientierten Restriktionspolitik der Notenbank als auch bei plötzlich auftretender Kreditnachfrage des Bundes kommen daher gerade jene Financiers in ernste Schwierigkeiten, die sie nur dadurch meistern können, daß sie die gewöhnlich schon lange im voraus gegebenen Kredit- und Darlehenszusagen teilweise zurückziehen, teilweise hinausschieben müssen.

Gerade der mittel- und langfristige Kredit finanziert jedoch jene Investitionen — sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor —, die für die Sicherung einer langfristigen Wachstumspolitik Voraussetzung sind. In kurzen Zeiträumen massierte Kreditnachfrage des Bundes, auch wenn sie in Form der Aufnahme von formell kurzfristigen Kreditoperationen vor sich geht, wirkt daher bei der begrenzten Kapazität des österreichischen Geld- und Kapitalmarktes wachstumshemmend und ist damit letztlich auch für den Bund ein Eigentor.

Schließlich hätte auch eine sprunghaft ansteigende Geld- und Kapitalmarktquote des Bundes auf dem heimischen Markt zur Folge, daß die österreichische Wirtschaftsstruktur in ihren Grundfesten erschüttert würde.

Wie schon erwähnt, ist der Zuwachs des Kreditvolumens im ersten Halbjahr 1967 geringer als im ersten Halbjahr 1966 gewesen. Das ist aber ein reiner Summenvergleich. Während der Rückgang bei den Industriekrediten 22,1 Prozent, bei den Gewerbekrediten 23,6 Prozent ausgemacht hat, beträgt er bei den sonstigen Krediten nur 18 Prozent, und wenn man nun diese „sonstigen Kredite“ aufschlüsselt, zeigt sich, daß zum Teil erheblichen Rückgängen in der Kreditnachfrage,

Lanc

zum Beispiel bei der Land- und Forstwirtschaft, beim Handel, beim Verkehr und beim Fremdenverkehr, absolute Erhöhungen der Kreditnachfrage bei den Ländern, Gemeinden, den öffentlich-rechtlichen Körperschaften, nicht zuletzt beim Wohnbau und bei den freien Berufen gegenüberstehen. Die öffentlichen Gebietskörperschaften und der Wohnbausektor stellen somit die letzte tragende Säule in unserem gegenwärtigen Wirtschaftsgebäude dar, und an dieser Säule kann man nicht ungestraft sägen, wenn man nicht den Einsturz des gesamten Wirtschaftsgebäudes riskieren will.

Gerade diese Investitionen sind aber außerdem noch, geographisch gesehen, breit gestreut. Wer ihnen auf dem Kapitalmarkt die Basis entzieht, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, gefährdet wahrscheinlich gerade in den wirtschaftlich schwächsten Regionen unserer Republik sämtliche Wirtschafts- und Gewerbebezweige, die auf der Investitionstätigkeit der Länder, der Gemeinden und der Wohnungswirtschaft aufbauen.

Ich bin mir dessen bewußt, daß man kurzfristig die eine oder die andere Milliarde Schilling lockermachen kann, indem man etwa die Mindestreservensätze senkt und dadurch die Krediterteilungsreserve des Kreditapparates erhöht. Auch hier sind für eine verantwortungsbewußte Finanzpolitik Grenzen gesetzt, die man nicht ungestraft überschreiten kann. Außerdem ist das eigentlich nicht Aufgabe des Bundes, sondern der Notenbank. Überdies ist aber dem Bund mit der einen oder anderen Milliarde im Hinblick auf die vielen Milliarden, die er benötigt, gar nicht geholfen. Man kann natürlich auch Verbindlichkeiten gegenüber der Notenbank terminmäßig verschieben und dadurch eine Finanzierungslücke kurz- oder mittelfristig schließen. Man hat dabei formell die Bestimmung, daß die Notenbank dem Staat keinen Kredit geben darf, nicht verletzt, materiell ist es aber nichts anderes als die Kreditgewährung der Notenbank an den Bund. Eine solche Politik und eine solche Praktik disqualifizierten sich meiner Auffassung nach von selbst. Sie erinnern an die Geschäftsgebarung eines Unternehmens, das herumläuft, um seine Zahlungsfristen erstrecken zu können, und gleichzeitig neue kurz- und langfristige Verschuldungen eingeht und noch nicht weiß, woher die Mittel kommen sollen, um diese Beträge einmal zurückzuzahlen. Meistens enden Firmen, die so etwas machen, entsprechend den hiefür im Handelsrecht vorgesehenen Sanktionen. Aber auch die Regierung Klaus sollte sich bewußt sein, daß für ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik der Tag kommen wird, an dem sie Rechenschaft über ihre Handlungen abzulegen haben wird.

Abschließend noch ein Wort zu den Finanzierungsmöglichkeiten über die ausländischen Kapitalmärkte.

Sicherlich kann es dem Bund gelingen, die Finanzierungslücke durch Aufnahme von Auslandskrediten zu schließen. Noch ist der Kredit Österreichs aus der Zeit der sonst so viel geschmähten Koalition intakt. Will es aber die Bundesregierung auf diesem Gebiet auch so weit kommen lassen, wie es etwa mit der außenpolitischen Reputation in diesen ein- einhalb Jahren ÖVP-Alleinregierung gekommen ist? Will die Bundesregierung sich in die Lage manövrieren, Kredite im wahrsten Sinne des Wortes um jeden Preis nehmen zu müssen? Will der Finanzminister die Reputation von Schweizer Winkelbanken dadurch heben, daß er ihre aus etwas dunklen Ölquellen fließenden Gelder nimmt? (*Abg. Dr. Pittnermann: Die das Licht der Öffentlichkeit scheuen! — Ruf bei der ÖVP: Aber geh!*) Welche Auswirkungen wird die stoßweise Hereinnahme von Auslandskrediten auf die österreichische Währung haben, meine Damen und Herren, als deren Gralshüter sich die ÖVP immer hingestellt hat? Ich erinnere nur an die Schilling-Plakate, die gegen uns gerichtet sind.

Ich möchte auch bei dieser Gelegenheit dem Kollegen Staudinger sagen: Es ist geradezu ein Hohn auf die Politik der gesamten Periode der Zweiten Republik, wenn heute ein Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei den Sozialisten und der sozialistischen Opposition vorwirft, sie betreibe Demagogie, ein Abgeordneter einer Partei, die die Schilling-Demagogie in Österreich seit fast zwei Jahrzehnten betrieben hat! (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Jetzt kehren sich eben einmal die ganzen Sachen gegen Sie (*Zwischenrufe des Abg. Staudinger*), und jetzt müssen Sie einmal nehmen und nicht so wie bisher nur austeilen. Die Zeiten sind vorüber. Sie haben sich dieses Bett, in dem Sie liegen, selbst gewählt, jetzt regen Sie sich nicht darüber auf, daß Sie das Stroh durchs Leintuch sticht! (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Was muß noch geschehen, damit diese Bundesregierung den Fehlschlag ihrer erst eineinhalb Jahre alten Regierungspolitik eingesteht und dem Parlament, so wie es einer Regierung zukommt, ein Konzept für eine langfristige Gesundung des Bundeshaushaltes vorlegt?

Daß dieser Bundeshaushalt und alles, was damit in Zusammenhang steht, nicht, auch nicht in Ihrer eigenen Partei, ungeteilte Zustimmung findet, das kann ich Ihnen aus der Nummer 45 der „Freiheit“, des Organs des ÖAAB, aus der Feder des hier im Hause sitzenden Abgeordneten Kabesch zur Kenntnis

5660

Nationalrat XI. GP. — 69. Sitzung — 15. November 1967

Lanc

bringen, der hier schreibt (*Abg. Dr. Pittermann: Hartl, aufpassen! — Gegenruf des Abg. Hartl*): „Abschließend stellte ich fest, daß der ÖABB — dies ist unbestritten — auf Grund der gemeinsamen Beschlüsse manche Erfolge erreicht, aber auch vieles verhindert hat, was vielleicht zum Nachteil der Arbeitnehmer ausgefallen wäre, wenn es nur nach den Wünschen des Finanzministers, der Bundeswirtschaftskammer oder der Bauern gegangen wäre.“

Meine Damen und Herren! Wie würden wir erst dastehen, wenn Sie in Österreich noch stärker wären und wenn nicht eine sozialistische Opposition hier im Hause dafür sorgen würde, daß Ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Androsch. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dkfm. **Androsch** (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich fragemich, was die ÖVP in Wirtschaftsdebatten tun würde, wenn sie nicht Karl Aush zitieren könnte. Ganz besonders frage ich mich, was der Herr Abgeordnete Staudinger getan hätte, wenn er diese Möglichkeit nicht gehabt hätte. Leider macht er es sich beim Zitieren etwas leicht, weil er nur jene Passagen nimmt, die ihm gerade in sein Konzept passen. (*Abg. Hartl: Er macht es so wie ihr!*) Ich möchte Ihnen das am Beispiel der Zitierung des Horst Knapp nahebringen. In dem Artikel, den zu zitieren der Herr Abgeordnete Staudinger sich verpflichtet gefühlt hat, heißt es einleitend:

„Die Budgeterstellung hat gezeigt, wie einhellig von Parteien, Bündnen und Interessengruppen auch das bescheidenste Ansinnen, den Staat nicht ausschließlich aus der Portmonnaiperspektive zu sehen, als dreiste Zumutung empfunden wird; man redet vom christlichen Abendland und denkt an Subventionen. Eine starke Gruppe von ÖVP-Politikern hat bewiesen, daß sie verantwortungslos ist.“ (*Ruf bei der SPÖ: Hört! Hört! — Ruf bei der SPÖ: Das hat der Staudinger nicht gesagt!*)

Gestatten Sie mir, daß ich noch ein Organ zitiere — nicht weil ich glaube, daß es so ungeheuer bedeutend ist, aber es ist deswegen interessant —, es handelt sich um das „SPAR-Magazin“ vom 9. November —, weil der Herr Abgeordnete Staudinger — leider hat er den Saal verlassen (*Abg. R. Graf: Ich werde es ihm sagen!*), das ist sehr freundlich — Obmann der SPAR-Organisation ist (*Rufe bei der ÖVP: Das ist er nicht! Er ist A & O-Chef!*) und weil die Ausführungen dort so sehr im Widerspruch zu seinen richtungsweisenden Ausführungen stehen. Da heißt es:

„Korrigiert das Budget 1968! Es geht nicht nur um nicht eingehaltene Versprechungen und schwere Mängel aus Unkenntnis und fehlendem Kontakt zur wirtschaftlichen Praxis, es geht nicht nur darum, daß Aufrichtigkeit und Mut in echter Wirtschaftsförderung gezeigt wird, es handelt sich wirklich auch um ein Umdenken zu mehr Ehrgeiz, zu eigener Leistung und zu mehr Eigenverantwortung.“

Auch wenn es richtig sein sollte, daß er Chef der A & O-Organisation, also einer gleichartigen Organisation, ist, möge er sich das ins Stammbuch schreiben lassen.

Meine Damen und Herren! Es ist unbestritten, daß sich seit geraumer Zeit die Konjunktur in den meisten westeuropäischen Staaten abgeschwächt hat. Diese Entwicklung ist auch für Österreich nicht ohne Einfluß geblieben. Es ist sicher, daß wir auf keiner Insel leben. Auf Grund der starken Außenhandelsverflechtung scheint es kaum möglich zu sein, sich solchen Einflüssen gänzlich zu entziehen. Das ist unbestritten, aber keineswegs eine hinreichende Begründung und Rechtfertigung für das wirtschaftliche Debakel, dessen Existenz Sie nunmehr durch die zur Beratung stehende Vorlage eindrucksvoll bestätigen müssen. Gern geben Sie diese Tatsache ohnehin nicht zu. Ansonsten würden Sie nicht schon allein auf die nackte Feststellung des erhöhten Defizits so allergisch reagieren. Ganz offenbar sind Sie hier nun Gefangener Ihrer eigenen diesbezüglichen hausväterlichen Propaganda. (*Abg. Dr. Pittermann: „Hauser-väterlichen“! — Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Das Faktum einer Erhöhung des Defizits von 3,6 auf 7,8 Milliarden bleibt bestehen. Diese Feststellung ist keine Wertung. Ein Defizit ist an sich weder gut noch böse. Die Beurteilung hängt vielmehr davon ab, wie es zu einem Defizit gekommen ist und für welche Zwecke es in Kauf genommen wird. Wir sind in diese Situation nicht zuletzt durch die verfehlte sogenannte währungsneutrale Budgetpolitik des Herrn Finanzministers geraten, die eine Drosselung der Investitionen des Bundes und damit Auftragslücken bei den betroffenen Betrieben und Branchen zur Folge hatte. Und genau hier setzt unsere Kritik ein. Diese Beurteilung der Situation kann sich auf folgende Darstellungen der OECD stützen:

Im Länderbericht über Österreich vom Mai 1967 sind der englischen Ausgabe auf Seite 21 folgende Zahlen über die Ausgaben des Bundes für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen zu entnehmen: sie betrugen 1964 8,9, 1965 9,0 und schließlich 1966 wieder nur 8,9 Milliarden Schilling.

Dkfm. Androsch

Setzt man diese Zahlen zu den Gesamtausgaben in Beziehung, so zeigt sich, daß im Zeitraum 1964—1966 der Anteil der Investitionen und Investitionsförderungsausgaben von 14,2 Prozent auf 12,5 Prozent zurückgegangen ist. Diese Politik wurde selbst gegen die Empfehlungen der OECD fortgesetzt. Im Frühjahr 1966, also vor Erstellung beziehungsweise Verabschiedung des Budgets 1966, stellte diese in ihrem Länderbericht über Österreich fest — gestatten Sie mir, daß ich folgende Passage zitiere —:

„Unter diesen Umständen würde es angemessen erscheinen, zu überlegen, ob nicht die Politik der Nachfragebeeinflussung etwas erleichtert werden soll, mit der besonderen Blickrichtung, die Investitionsaktivitäten zu stimulieren. Es könnte vorteilhaft sein, eine Budgetpolitik zu betreiben, die etwas weniger den Konsum bevorzugt und sich etwas mehr auf die Bundesaussgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen konzentriert.“

Die SPÖ hat diese Finanzpolitik der ÖVP schon immer bekämpft, und letzten Endes ist die Koalition an dieser Frage zumindest mittelbar gescheitert.

Den Ausführungen des Herrn Finanzministers auf der Betriebswirtschaftlichen Woche 1966 zufolge wurden durch das Budget 1967 die Weichen zugunsten eines stärkeren Wachstums gestellt. Diese Weichenstellung in Verbindung mit den als Säule für die Wachstumspolitik 1967 bezeichneten sogenannten Wachstumsgesetzen hat bewirkt, daß das Wachstum real von 4 Prozent auf 2 Prozent zurückgegangen ist.

Daran konnten die im Budget 1967 gegenüber den Vorjahren erhöhten Investitionen auch nichts mehr ändern. Sie kamen zu spät und waren im Ausmaß unzureichend. Darauf haben wir in unserem Minderheitsbericht zum Budget 1967, der klare Alternativen und Bedeckungsvorschläge enthielt, hingewiesen.

Ich muß leider feststellen, daß weder der Herr Finanzminister noch der Herr Abgeordnete Dr. Hauser diesen Minderheitsbericht gründlich gelesen haben oder ihn absichtlich nicht kennen wollen. (*Abg. Dr. Hauser: In Ihrem Minderheitsbericht steht, daß Sie sich zu den Kreditoperationen für die Finanzierung von Investitionen bekennen! Sie halten sich nicht einmal an Ihren eigenen Minderheitsbericht!*) Wir haben dort ganz klare Bedeckungsvorschläge gemacht, die Sie ebenso wie unsere Alternativen zu den sogenannten Wachstumsgesetzen nicht zur Kenntnis genommen haben. Sie kennen das Schicksal dieser Alternativen, Sie haben sich diesbezüglich an die wörtliche Diktion Ihres

Klubobmannes gehalten und nicht einmal mit den Ohrwascheln gewackelt. Ich frage mich daher, was neuerdings das Gerede von den Alternativen bedeuten soll. Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, sind entgegen unseren Warnungen und unter Ignorierung unserer Vorschläge in die Sackgasse gefahren. Jetzt müssen Sie auch allein revidieren, um wieder herauszukommen, denn es gilt der Grundsatz: Wem nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen.

Ich habe aber wenig Hoffnung, daß Ihnen das Reversiermanöver gelingen wird. Selbst wenn es gelingen wird, fürchte ich, daß es Sie nicht auf den richtigen Kurs bringt. Dazu wäre nämlich ein Konzept notwendig. Das Fehlen eines solchen seitens der Bundesregierung kritisieren nicht nur wir, sondern wir befinden uns dabei in einer Gesellschaft, die vom Verdacht frei ist, der Bundesregierung mit besonderen Vorurteilen zu begegnen.

So heißt es etwa in der Wochenzeitschrift „Die Furche“ vom 28. Oktober 1967 im Hauptartikel, der mit „Das große Unbehagen“ betitelt ist:

„Das Budget ist nicht mehr als einer von vielen möglichen Anlässen, zu welchen sich eine tiefergehende Malaise manifestiert. Woran es fehlt, ist ein klarer, für alle Interessengruppen akzeptabler und damit realisierbarer wirtschaftspolitischer Kurs der Bundesregierung.“

Und noch deutlicher wird „Der österreichische Volkswirt“ vom 10. November dieses Jahres, in dem es wörtlich heißt:

„Auf Deutsch: das Kabinett Klaus II hat es bis jetzt verabsäumt, der Rezession, die sich am Beginn seines Regimes bereits deutlich abzeichnete, wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen. Die Situation wurde — bewußt oder unbewußt — zu lange verharmlost, die notwendigen Reaktionen erfolgten zu langsam oder blieben überhaupt ganz aus. Zeit und Kapital wurden vergeudet, die Initiative der Privatwirtschaft durch die eigene Tatenlosigkeit in ihrer Entfaltung behindert. Selbst als das Ausmaß des Konjunkturrückganges in den Untersuchungen der Wissenschaftler schon erkennbar wurde, legte man den Berechnungen für den Staatshaushalt noch immer übertriebene Wachstumserwartungen zugrunde.“

Sie sehen: Auch in Kreisen, die Ihnen an sich nahestehen, gewinnt die Erkenntnis an Boden, daß Sie ohne Konzept dastehen. Wir haben darauf rechtzeitig aufmerksam gemacht, aber noch im Frühjahr dieses Jahres beantwortete der Herr Bundeskanzler die ernststen Warnungen unseres Parteivorsitzenden, des Abgeordneten Dr. Kreisky, mit der Verdächtigung, daß eine Krise herbeigeredet

Dkfm. Androsch

werde, und bezeichnete seinerseits in der Erklärung über die Tätigkeit der Bundesregierung vom 17. Mai 1967 die allgemeine Entwicklung der österreichischen Wirtschaft als nicht unbefriedigend.

Aber selbst im Schoß der Bundesregierung scheinen verschiedene Auffassungen darüber zu bestehen, ob sie ein Konzept hat. Denn der Herr Finanzminister veröffentlichte erst kürzlich in der Monatszeitschrift „Forum“ einen Aufsatz über die Budgetpolitik unter dem Titel „Unterwegs zum Budgetkonzept“. Also seit 1964 unterwegs! (*Ruf bei der SPÖ: Er ist sehr lange unterwegs!*) Es muß sich um eine längere Reise handeln.

Unter diesen Umständen beklagt der Herr Finanzminister, wie in der amtlichen „Wiener Zeitung“ vom 12. November dieses Jahres auf Seite 2 zu lesen ist, daß die SPÖ diesem Gesetz die Zustimmung verweigern wird.

Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß diese Klage des Herrn Finanzministers nur rhetorisch zu verstehen ist. Denn der Herr Finanzminister wird doch nicht allen Ernstes erwarten, daß wir diese Politik der Konzeptlosigkeit mit unseren Stimmen auch noch honorieren.

Die Österreichische Volkspartei hat sich nach dem 6. März 1966 entschlossen, ein für sie bewährtes System der Arbeitsteilung aufzugeben. Mit der billigen Behauptung, nur die anderen hätten positive Lösungen unmöglich gemacht, ist es nunmehr vorbei.

Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, sind sicherlich in der ungewohnten Situation, daß Sie Ihre Politik allein zu verantworten haben. Sie werden aber zur Kenntnis nehmen müssen, daß allein regieren auch allein verantworten heißt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Finanzminister Dr. Schmitz. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Finanzen Dr. **Schmitz**: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Peter hat an mich den Wunsch gerichtet, den Beweis zu liefern, daß die Maßnahme, die jetzt hier zur Diskussion steht, nämlich die Erhöhung des Kreditrahmens um rund 3,5 Milliarden Schilling, eine echte konjunkturpolitische Maßnahme ist.

Jede Ausgabe für Investitionen, die zusätzlich geschehen kann, ist eine Konjunkturbelebung, und jede Verkürzung von Investitionen ist eine weitere Konjunkturschmälerung. Wenn wir bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Jahreseinkommens in Österreich von 50.000 S einen Kapitalkoeffizienten von 6 annehmen, dann können wir

daraus schließen, daß Mehrausgaben von 3 Milliarden Schilling für Investitionen diejenigen Investitionen möglich machen, die rund 50.000 Arbeitsplätze sichern. (*Abg. Jungwirth: Was ist mit den Mindereinnahmen der Gebietskörperschaften dadurch?*) Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, wer sich zur österreichischen Bundesverfassung bekennt und wer die Funktion des Finanzministers kennt, der wird ihn nicht zum Finanzminister der Bundesländer machen. Ich glaube, diese würden das strikte ablehnen. (*Abg. Jungwirth: Das ist Ihr wirklicher Geist zum Föderalismus! Ich habe Ihnen das schon einmal gesagt! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Meine sehr geehrten Herren, ich möchte den Finanzminister sehen, bei dem es sich die Bundesländer gefallen lassen, daß er den Ländern Ratschläge gibt oder vorschreibt, was sie machen sollen.

Der Herr Abgeordnete Ulbrich hat mir die Frage gestellt, ob mich das Defizit des Budgets 1968 ruhig schlafen läßt. Ich muß Ihnen versichern: Die Höhe des Defizits macht mir relativ wenig Sorgen, Sorgen macht uns die Konjunktursituation, und Sorgen müßten wir dann haben, wenn wir nicht die Courage aufbrächten, das hohe Defizit im Budget 1967 und im Budget 1968 vorzusehen.

Meine sehr geehrten Herren! Sie haben heute wiederholt erwähnt, wir hätten das größte Defizit, das der Bund jemals gehabt hat. Wir haben aber auch das größte Budget, das der Bund jemals gehabt hat, wir haben das größte Sozialbudget, das der Bund jemals hatte, wir haben das größte Unterrichtsbudget, das der Bund jemals gehabt hat, wir haben das größte Investitionsbudget, das der Bund jemals hatte. (*Abg. Dr. Pittermann: Nur mit dem Eventualvoranschlag!*) Wir müssen also, um das zu finanzieren, auch ein höheres Defizit einplanen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich selbst greife gerne zum Vergleich des Hausvaters, weil man damit dem Staatsbürger gewisse Parallelen zum Staatshaushalt am besten nahebringen kann. Aber der Bundeshaushalt ist nicht ganz analog zum Familienhaushalt. Der Bundeshaushalt hat nicht nur die Aufgabe, die laufenden Staatsausgaben zu finanzieren, sondern er hat daneben auch andere wirtschaftspolitische Aufgaben. Er hat die Konjunktursteuerung mitzumachen, er hat vor allem die Arbeitsplätze zu sichern, er hat für eine gerechtere Einkommensverteilung zu sorgen, und er hat auch auf die Währung Rücksicht zu nehmen. (*Ruf bei der SPÖ: Die Verteuerung der Margarine!*) Für diese Aufgaben muß man die Schuldenpolitik als Hauptinstrument heranziehen.

Bundesminister Dr. Schmitz

Ich hätte mir Kritik erwartet, wenn wir nicht die Courage hätten, das Defizit größer zu machen, und wenn wir nicht mit der Vorlage, die jetzt vorliegt, auf eine antizyklische Budgetierung eingeschwenkt wären.

Natürlich ist das Defizit aber auch nicht größer, als es ist. Man darf zum Beispiel nicht — es wurde mir mitgeteilt, daß dies heute geschehen sein soll — die Zahlen der 3. Bundesfinanzgesetznovelle zu denen der 4. Budgetüberschreitungsgesetznovelle addieren, wie es auch in der Presse geschehen ist. Das 4. Budgetüberschreitungsgesetz genehmigt die Ausgaben, die durch die 3. Bundesfinanzgesetznovelle durch Erhöhung des Kreditrahmens möglich sind. Das kann man nicht addieren, das sind zwei separate Dinge. Die Kredite für den Teil der 4. Budgetüberschreitungsgesetznovelle, der durch Kredite finanziert wird, werden aufgenommen, wenn das Parlament heute die Erhöhung des Kreditrahmens beschließt. Der übrige Teil des 4. Budgetüberschreitungsgesetzes sieht nur Umschichtungen innerhalb des Budgets und keine Mehrausgaben vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns sicher mit dem Defizit für 1967 und mit dem Defizit für 1968 einiges vorgenommen. Aber erst die volle Ausschöpfung der Möglichkeiten des Geld- und Kreditmarktes versetzt uns in die Lage, Belastungen so klein wie möglich zu halten, um die hohen Sozialausgaben und die hohen Investitionen zu finanzieren.

Ich kann Sie heute beruhigen und Ihnen mitteilen, daß seit gestern die Aufnahme von Krediten für das Jahr 1967 zur völligen Finanzierung des Budgets für den Fall, daß heute diese Vorlage genehmigt wird, gesichert ist, daß wir damit ein Defizit von 7,8 Milliarden Schilling finanziert haben werden. Ich hörte bis jetzt keine Klage seitens der Wirtschaft, daß investitionsfreudige Betriebe vorhanden wären, die nicht in der Lage wären, entsprechende Kreditmittel zu bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist natürlich das Recht der Opposition, nicht nur zu kritisieren, sondern auch sehr scharf zu kritisieren. Darf ich Sie um Verständnis bitten, wenn der Finanzminister auch die Kritik der Opposition nicht nur wieder einer Kritik unterzieht, sondern dabei auch nicht nur immer sehr vorsichtig und schüchtern umgeht. Ich möchte als Beispiel nennen, daß, solange die Mathematik nicht in Opposition zur Bundesregierung steht, es immer noch eine unlösbare Gleichung ist, wenn man weniger Kredite aufnehmen will, man keine Steuererhöhungen haben will, man mehr investieren will und man, wie heute gesagt wurde,

auch die Konsumausgaben nicht kürzen will. (*Abg. Ing. Kunst: Und den Besitzenden Geschenke gibt!*) Das geht sich beim besten Willen nicht aus.

Herr Abgeordneter Ulbrich hat sich außerdem noch beschwert, daß bei den Bundesbahnen zuwenig investiert wird, und er hat schon angekündigt, daß man eine Erhöhung des Kreditrahmens ablehnen wird, die deswegen erfolgt, damit Investitionen im Budget 1967 tatsächlich durchgeführt werden können, beziehungsweise, soweit sie durchgeführt werden, nicht durch Übertragung von Verwaltungsschulden im nächsten Jahr weniger investiert wird. Dazu kann man nur sagen: Das ist auch nicht schlüssig. Auf der einen Seite beschwert man sich, daß zuwenig investiert wird. Auf der anderen Seite will man erreichen, daß nicht einmal das investiert werden kann, was schon im Budget steht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Staribacher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Staribacher** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat jetzt gemeint, er könnte ruhig schlafen und könnte uns beruhigt versichern, daß es ihm heute gelungen ist, Kredite im Ausland aufzunehmen. Er hat es allerdings versäumt, dem Hause mitzuteilen, unter welchen Konditionen er diese Kredite aufgenommen hat. Er hätte nämlich jetzt sagen müssen — wir haben ihn im Ausschuß eingehend befragt, und er hat dort mit Recht immer gesagt, während der Verhandlungen nennt man nicht seinen letzten Trumpf —, wie die Kredite zur Finanzierung dieses Budgetdefizits aussehen. Sie, Herr Finanzminister, hätten jetzt sagen müssen, daß diese Kredite kurzfristiger Natur sind, daß sie eine 18monatige Laufzeit haben, daß daher leider das Debakel in kürzester Zeit in diesem Haus wieder zur Verhandlung kommen wird. Und dann, Herr Finanzminister, muß ich sagen — immer unter der Voraussetzung, daß Sie zu diesem Zeitpunkt noch Finanzminister sind, was nicht von uns abhängt (*Heiterkeit*) —, müßte man eigentlich schon unruhig werden und ein bißchen nachdenken.

Ich möchte gleich jetzt vorwegnehmen, was Abgeordneter Androsch klar und deutlich gesagt hat: Es gibt weder schlechte noch gute Defizite! Es ist ja sinnlos, uns, den Sozialisten, einreden zu wollen, Herr Abgeordneter Staudinger, wir seien jetzt die Leute, die das Volk gegen das Defizit aufbringen wollen und die der österreichischen Bundesregierung, wie Sie sagten, eine aufs Zeug flicken wollen. Wir wollen die Lage ganz sachlich und nüchtern

5664

Nationalrat XI. GP. — 69. Sitzung — 15. November 1967

Dr. Staribacher

beurteilen, und da können wir bei dieser Analyse nur dazu kommen: Nicht das Defizit ist das Problem, sondern die Frage, wofür Sie das Geld verwenden und wie Sie das Geld aufgenommen haben. Das ist für Sie die Katastrophe, und sie wird früher oder später noch größer werden. Über dieses Problem werden Sie leider nicht hinwegkommen.

Der Herr Abgeordnete Hauser hat gesagt, er werde uns nicht aus der Zange lassen. Dazu muß ich sagen: Ich habe schon das Gefühl, daß er selbst jetzt sehr stark in der Zange ist. Er mußte natürlich jetzt irgendwie die Regierungspolitik, die vor einem Jahr hier in diesem Hause propagiert wurde, verteidigen. Mein Kollege Androsch hat vollkommen Recht: Genau können Sie unseren Minderheitsbericht nicht gelesen haben. Denn bei III/5 steht:

„Durch den sogenannten Grundsatz der Währungsneutralität hat sich der Finanzminister freiwillige Fesseln hinsichtlich der Mittelaufbringung auferlegt. Nach diesem finanzwissenschaftlich völlig unhaltbaren Grundsatz dürfen die Kreditaufnahmen des Bundes nur die Höhe der Schuldentilgung erreichen. Für eine Reihe von Investitionsvorhaben wäre jedoch eine über dieses Maß hinausgehende Kreditfinanzierung volkswirtschaftlich geboten.“ (Abg. Dr. Hauser: Das haben wir getan!)

Meine Herren! Was haben Sie denn mit Ihrer Kritik vorher für offene Türen eingerannt! (Abg. Dr. Hauser: Weil Sie gegen die Defizitwirtschaft polemisierten, obwohl Sie sie selber vorgeschlagen haben!) Herr Kollege Hauser! Wenn Sie vorher herinnen gewesen wären, hätten Sie gehört: Es gibt weder gute noch schlechte Defizite; Kollege Androsch hat Ihnen das auch schon gesagt. (Abg. Dr. Hauser: Alles zu seiner Zeit!) Eben! Alles zu seiner Zeit, zu welcher Höhe, und wie man sie zurückzahlen muß — das ist das Problem! (Abg. Dr. Pittermann: Und wofür man sie verwendet!) Wofür man sie verwendet, das ist natürlich eines der wichtigsten Probleme. (Abg. Dr. Hauser: Hätten wir die Investitionen kürzen sollen?) Wir haben doch von Ihnen mehr Investitionen verlangt, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, und zwar seit 22 Jahren! Einige Male ist die Regierung gescheitert, weil Ihre Herren sich geweigert haben, diese Investitionen zu geben. Und weil Sie die Investitionen nicht gegeben haben, ist eine wirtschaftliche Flaute eingetreten. Sie ist ja nicht von ungefähr gekommen, Herr Abgeordneter Hauser, das wissen Sie doch selber sehr genau. Da hätte man vorbereitende Maßnahmen treffen müssen, die Sie nicht getroffen haben; schon in den letzten

Jahren der Koalitionsregierung nicht und schon gar nicht während der Alleinregierung. (Zwischenruf bei der ÖVP.) In der Alleinregierung haben Sie schon einmal gesagt: Wir sind die „Mehrern“, wir machen die Wachstumsgesetze, wie wir wollen. Es waren ja Kapitalmarktgesetze, Sie haben sie nur umgetauft; aber durchs Umtaufen allein haben Sie leider nicht das Wachstum erreicht. (Abg. Mitterer: Die gelten doch erst ab nächstem Jahr! — Abg. Gratz: Das ist der „Ankündigungseffekt“!) Ich habe nicht vom Ankündigungseffekt geredet. Das war der Herr Finanzminister, der in diesem Hause erklärt hat: Der Ankündigungseffekt allein wird das Wirtschaftswachstum vorwärtstreiben! (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ab 1. Jänner 1968 kommen ja diese Gesetze, soweit Sie sie nicht schon wieder aufheben. Das ist ein besonderes Novum: Zuerst Wachstumsgesetze beschließen und dann Teile davon, bevor sie noch in Kraft getreten sind, gleich wieder aufheben. Aber bitte, das ist ein großes Konzept, das verstehen wir nicht (Heiterkeit bei der SPÖ), ich bin überzeugt, das verstehen wahrscheinlich nicht einmal die Leute, die es gemacht haben. Soweit sie also nicht aufgehoben werden, werden sie wirksam werden, und dann werden wir sehen, wie das Wirtschaftswachstum vor sich gehen wird und wie groß es werden wird.

Ich möchte jetzt noch auf die Behauptung hinweisen, daß wir zu diesen Wachstumsgesetzen keine Alternativen gebracht hätten. Das stimmt doch auch nicht! Wir haben doch eine ganze Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, die Sie niedergestimmt haben, Initiativanträge, die Sie nicht behandelt haben.

Wir finden jetzt eine Bestätigung unserer Meinungen. Staatssekretär Koren hat in seinen Bericht — ich nehme an, Sie kennen ihn — schon sehr viele dieser Vorschläge, die teils der Wirtschaftsbeirat, teils die Sozialistische Partei hier vorgeschlagen hat, aufgenommen. Wir begrüßen das, wir hoffen, er wird sich innerhalb der Österreichischen Volkspartei durchsetzen. Der Abgeordnete Mitterer schüttelt schon den Kopf — aber bei den Türken heißt das: ja. (Heiterkeit.) Ich darf sagen, es gibt da noch Hoffnungen. (Abg. Mitterer: Darf ich nicht einmal mehr den Kopf bewegen? — Heiterkeit bei der SPÖ.) Alles dürfen Sie, Herr Abgeordneter Mitterer, alles!

Hoffen wir, daß dieser Koren-Plan tatsächlich durchgehen wird. Wir hoffen doch, daß wir hier eine Möglichkeit haben, uns auf sachlicher Basis auf Grund vernünftiger Vorschläge, die vom Wirtschaftsbeirat und von der Sozialistischen Partei kommen, zu finden

Dr. Staribacher

Folgendes steht auf alle Fälle für uns fest, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei: Sie selbst erkennen jetzt, daß das System der „Gießkannenmethode“ nicht wirksam ist, denn der Hinweis, es werde zuwenig investiert, ist völlig falsch. Herr Abgeordneter Mussil weiß es ganz genau! (*Abg. Dr. Mussil: Über die Steuergesetze, Wachstumsgesetze und so weiter steht im Koren-Bericht kein Wort, außer Sie haben eine neuere Auflage, als ich sie habe! — Heiterkeit.*) Keineswegs, Herr Abgeordneter Mussil, keineswegs! (*Lebhafte Zwischenrufe.*) Soviel uns bekannt ist, gibt es nur einen Koren-Plan, und ich darf Ihnen daraus gleich vorlesen, was er zum Beispiel bezüglich der Budgetpolitik gesagt hat:

„Es wäre problematisch und gefährlich, das Problem vorerst nur unter dem Aspekt des Budgets 1968 und im Hinblick auf die gegenwärtige Konjunkturlage zu sehen. Mit dem Abbau des strukturellen Passivums des Staatshaushaltes muß in den Ansätzen schon im Haushalt 1968 ernstlich begonnen werden, weil die politischen Hemmungen 1969 und 1970, mit der Annäherung an den Wahltermin, notwendige Lösungen weitgehend unmöglich machen werden.“ (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Von dem „Gießkannenprinzip“ steht dort aber nichts!*) Sehen Sie, das ist die Einleitung, Herr Abgeordneter Mussil, und dann kommt er zum „Gießkannenprinzip“, indem er über die wirtschaftspolitischen Schwerpunkte spricht, über die Einkommenspolitik (*Abg. Dr. Mussil: Über die Steuern, haben Sie gesagt!*) — darüber unterhalten wir uns noch —, über die Lohnpolitik, über die Preispolitik (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil*) — warten Sie ein bißerl, ich komme schon hin —, über die Budgetpolitik (*Zwischenrufe bei der ÖVP — Gegenrufe bei der SPÖ*), wo er das, was er eingeleitet hat, schon ... (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Und jetzt kommt es (*Abg. Dr. Mussil: Nichts kommt! — Allgemeine Heiterkeit*):

„Auf der Einnahmenseite des Budgets werden Steuer- und Gebührenerhöhungen“ (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ*) „(Ausgleichsteuer, Mehrwertsteuer, Verbrauchsteuern) ernstlich zu überlegen sein, ebenso aber der Abbau von Begünstigungen, die derzeit einnahmehindernd wirken.“ (*Abg. Dr. Mussil: Ich kenne das genau, was da drinnen steht!*) „Vor allem die Sparförderung sollte raschest neu gestaltet, vereinheitlicht und klaren Zielen untergeordnet werden (die Begünstigung des Bausparens zum Beispiel dient überwiegend der Erzielung von Steuerersparnissen).“

Also Sie sehen, es ist hier auch von der Steuer die Rede. (*Abg. Dr. Mussil: Wo*

steht etwas gegen das „Gießkannenprinzip“ drinnen? Sie halten sich nur selber auf, Herr Dr. Staribacher, Sie werden es nicht finden! — Heiterkeit.) Ich halte mich bestimmt nicht auf, Herr Abgeordneter Mussil, ich muß leider Sie aufhalten (*Abg. Mitterer: Er hält uns auf! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Weil Sie immer dazwischenreden!*), weil nämlich über das „Gießkannenprinzip“ sehr wohl etwas drinnen steht, weil das Herr Staatssekretär Koren ganz richtig erkannt hat.

Hohes Haus! Ich darf wieder auf meinen Ausgangspunkt zurückkommen. Es wird in Österreich nicht zuwenig investiert, denn wir investieren wahrscheinlich heuer auch wieder 26 Prozent, es wird nur zum Beispiel in der Industrie weniger investiert. Die Investitionsrate der Industrie ist bekanntlich von 26 Prozent auf 13 Prozent gesunken. Dort liegt das Problem, das wir zu lösen haben. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Bleiben wir bei dem, ja, ja, ich bleib schon! Und da schreibt Koren eben:

„Als vordringliches Ziel soll die Investitionspolitik die gegenwärtige konjunkturelle Investitionsschwäche überwinden und das Wachstum der Brutto-Investitionen wieder an den längerfristigen Trend heranzuführen. Zumindest für die nächsten zwei bis drei Jahre scheint eine wesentliche Anhebung der Investitionsrate (Anteil der Brutto-Investitionen am verfügbaren Güter- und Leistungsvolumen), die schwierige einkommenspolitische Probleme aufwerfen würde, nicht unbedingt erforderlich. Es muß aber versucht werden, die Struktur der Investitionen zu ändern.“ (*Zwischenrufe. — Abg. Dr. Mussil: Nichts über Steuern!*) „Investitionen, die rasch wachstumswirksam werden, die neue Produktionschwerpunkte setzen und damit stärkere Impulse für vor- und nachgelagerte Zweige liefern, sind eindeutig wichtig und notwendig und einer globalen Investitionsförderung und -ausweitung vorzuziehen.“ (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Na also, Herr Mussil! — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

„Falsche Proportionen zwischen den Investitionen einzelner Wirtschaftszweige und gegenüber öffentlichen Investitionen sollten korrigiert werden.“

Um diese Ziele zu erreichen, sind folgende Maßnahmen notwendig: a) bei jeder Art von Investitionsfinanzierung soll die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens als wichtigstes Entscheidungskriterium gelten.“ (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.*) Dies gelte besonders für die Kreditvergaben im öffentlichen Bereich, bei Förderungen, Zuschüssen, Bürgschaftsverpflichtungen und ähnlichem. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Selektiv! — Abg. Doktor*

Dr. Staribacher

Mussil: Selbstverständlich! Aber wo ist das Abgehen vom „Gießkannensystem“? — Gegenrufe bei der SPÖ. — Unruhe. — Präsident Wallner gibt das Glockenzeichen.) Herr Abgeordneter Mussil! Jetzt können Sie ja nicht mehr aus. (Abg. Dr. Mussil: Sie wollen mir etwas einreden, was nicht drinnen steht! Sie können das Ihren Kollegen einreden! Ich weiß genau, was drinnen steht!) Ich will Ihnen gar nichts einreden! (Abg. Dipl.-Ing. Dr. O. Weihs: Aber der Koren sagt es Ihnen ja!) Herr Generalsekretär! Ich rede Ihnen überhaupt nichts ein.

Ich habe jetzt einmal aus dem Plan von Staatssekretär Koren zitiert. Ich will Ihnen die unangenehmen Seiten ersparen, denn sonst würde es zu lange dauern. (Abg. Kulhanek: *Wie christlich!*) Glauben Sie es nicht? Da lese ich Ihnen jetzt einmal etwas vor, wo Herr Staatssekretär „Korn“ sagt ... (Zwischenrufe bei der ÖVP.) — Ich werde nicht nervös. (Abg. Dr. Gorbach: „Korn“, mit „e“, heißt er doch!) Koren, natürlich! Ich habe ja mit ihm studiert, ich kenne ihn ja jetzt schon fast eine Ewigkeit.

Er schreibt da zum Beispiel etwas, das für Sie, besonders jetzt angesichts der Wettbewerbsverhältnisse zwischen Genossenschaft und Handel und überhaupt bei der Wettbewerbspolitik, sehr interessant ist. (Abg. Dr. Mussil: *Mischen Sie sich nicht in unsere Sachen ein!* — *Allgemeine lebhaft Heiterkeit.*) Herr Abgeordneter Mussil! Ich habe schon einmal zum Herrn Bundeskanzler gesagt, ich erwarte seine Befehle; es war sogar in Ihrem Zimmer, damals, wie Sie gekommen sind. Ich würde fast sagen: Wenn Sie mir erlauben, werde ich mir schon nachher noch Ihre Genehmigung holen, damit ich mich mit diesen Problemen beschäftigen darf. (Heiterkeit bei der SPÖ.)

Koren sagt, das könnte geschehen durch handelspolitische Maßnahmen, Zölle, Kontingente, kartellpolitische Maßnahmen, Einführung der Nettopreissysteme sowie durch Maßnahmen der allgemeinen Wettbewerbspolitik, die er später noch behandeln werde. — Er behandelt sie allerdings später nicht, er hat also vorausgeahnt, welche Schwierigkeiten ihm da erwachsen. Ich gehe gar nicht auf das Problem Genossenschaft und Handel ein — aber gerade diese Maßnahmen, die jetzt die Bundeskammer anregt und die teilweise mit dem Abgabenänderungsgesetz kommen, sind, gelinde gesagt, nicht wettbewerbsneutral, wie der Herr Abgeordnete Mitterer gesagt hat. Das werden wir Ihnen bei diesen Gesetzen dann noch beweisen. (Abg. Mitterer: *Sie sind ja für die Großen!*) O nein! Ich bin nur dagegen, daß man von Wettbewerb spricht, wie Sie das immer

machen, und bei jeder Gelegenheit versucht, ihn zu unterbinden! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Mitterer: *Für die „GÖC“, gegen die Kleinen!*) — Mein Gott! Das ist wieder das Trauma von der Genossenschaft. Jetzt haben Sie aber doch schon so viel mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften zu tun! Ich habe geglaubt, da werden Sie ein bißchen die Konsumgenossenschaften auslassen. (Abg. Dr. Pittermann: *Wann kommen Sie wieder mit dem Erdäpfelsackerl, Mitterer?* — Abg. Moser: *Als Minister kommen Sie wohl nicht mehr in Frage!*) Aber wir werden die Debatte darüber hier ja noch in diesem Hause führen, wenn wir über die Steueränderungsgesetze sprechen werden.

Was ich glaube — Sie wissen, ich habe den Grundsatz, nie länger als 20, höchstens 30 Minuten zu reden —, nicht un widersprochen lassen zu dürfen, ist der Hinweis, der vom Abgeordneten Hauser bezüglich der Prognose, Prognosetechnik und der sogenannten Fachleute gemacht worden ist. (Abg. Dr. Hauser: *Was heißt hier „sogenannte“ Fachleute?*) Ich nehme es schon zurück: ich meine diejenigen hier im Haus, die Nationalökonomie studiert haben und die in den Versammlungen anders reden. Ich kann Ihnen versichern, es haben viele hier Nationalökonomie studiert, es ist nicht unsere Gewohnheit, hier anders zu reden als bei Versammlungen. Erstens einmal kann man hier nachlesen, was man gesagt hat. (Zwischenruf des Abg. Mitterer.) Gar nicht, Herr Abgeordneter Mitterer, gar nicht! Sie wissen, ich spreche immer frei, zum Leidwesen der Stenographen, was ich verstehen kann. Ich sage meine Meinung immer frei, ich sage alles so, wie ich es mir denke. Ich lese daher auch nie mein Protokoll nach. Das ist auch so eine Gewohnheit von mir. (Abg. Mitterer: *Das ist auch nichts Angenehmes!* — *Heiterkeit.*) Sicherlich! Das ist nichts Angenehmes, das gebe ich Ihnen besonders hinsichtlich meiner Person ohne weiteres zu. Aber ich will nur sagen: Wir reden in unseren Versammlungen nicht anders, wir reden auch in unseren Kammertagen nicht anders, wir stimmen dort auch nicht anders, als wir hier stimmen (Heiterkeit bei der SPÖ) — das nur nebenbei —, aber wir versuchen, den Problemen wirklich auf den Grund zu gehen.

Da Sie jetzt die Prognosetechnik zitiert haben, können wir nicht darüber hinweg, Ihnen einen großen Vorwurf zu machen. Es ist richtig, daß die kurzfristige Prognose vierteljährlich revidiert wird. Es ist auch richtig, wenn der Herr Finanzminister sagt: Man soll den Fachleuten die Prognose machen lassen; die Politiker sollen sich das anhören und sollen entscheiden. Das ist immer unsere Meinung gewesen, Herr Finanzminister! Man hatte nur

Dr. Staribacher

eine Zeitlang den Eindruck (*Abg. Dr. Pittermann: Leider entscheidet er jetzt anders!*), als ob sozusagen nur mehr die Fachleute in der Regierung zu reden hätten, die Politiker aber gar nichts zu reden haben sollen. Das hat sich jetzt wieder ein bißchen gewendet. Das ist ja an und für sich sehr zu begrüßen, denn diesen Grundsatz, muß ich sagen, unterschreibe ich. Und wir handeln ja auch danach.

Die Prognose kann nur wertfrei sein. Und da beginnt jetzt die Crux für Sie. Ich werde gar keine Namen nennen. Ich weiß nur: Als der Herr Bundeskanzler noch in Optimismus auf Grund von Daten, auf Grund von Unterlagen — das weiß ich alles nicht — im Jänner, Februar, März, April bis in den Mai und Juni hinein durch das Land gezogen ist, hat es die härtesten Vorwürfe gegen die Fachleute gegeben. Nicht auf unserer Seite! Wir husten nicht auf die Fachleute, wir reden sogar mit den Fachleuten, ja wir bemühen uns sogar, mit den Fachleuten einen engeren Kontakt zu haben als manche Ihrer Herren. Das muß ich Ihnen leider sagen. Denn da wurde Ihren Fachleuten vorgeworfen: Wie könnt ihr denn eine so negative Prognose machen, wie könnt ihr denn sozusagen die Regierungspolitik konterkarieren?

Prognosen sind wertfrei und müssen wertfrei sein! Die Regierung, die Politiker können daraus irgendwelche Schlüsse ziehen. Ich gebe sogar zu: In vielen Fällen sind die Schlüsse, die die Politiker ziehen, richtiger als die, die manchmal die Fachleute prognostizieren. Warum? Weil der Fachmann von Daten ausgeht, weil er es nicht so einfach nimmt. Ich könnte dazu auch sagen, daß er dann ein Lineal nimmt, extrapoliert und ganz einfach sagt: So wird es werden. Er versucht, diese Änderungen zu korrigieren, und das macht er vierteljährlich bei der kurzfristigen Prognose.

Und jetzt kommt der Vorwurf, den ich der Handelskammer bis dato mache. Ich weiß, heute vormittag sind die Geleise ähnlich gestellt worden, daß wir uns eine mittelfristige Prognose aufbauen, denn Sie, meine Herren, haben es bis jetzt verhindert. Sie waren es, die nicht die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß wir ein bißchen mehr als vierteljährlich oder kurzfristig vorausschauen können. Das ist es, was wir Ihnen zum Vorwurf gemacht haben, und die Folgen haben Sie eben jetzt zu tragen. Nicht die Fachleute haben sich geirrt, auf sie können Sie sich nicht ausreden. Sie haben sich gar nicht geirrt. (*Abg. Dr. Hauser: Wir reden uns ja nicht aus, Herr Staribacher! Die Fachleute haben es erkannt, nur manche Politiker wollen es nicht wahrhaben!*) Aber entschuldigen Sie, wir haben es

als erste propagiert. Minister Kreisky ist vom Herrn Bundeskanzler angegriffen worden (*Rufe bei der SPÖ: Jawohl!*), daß er in Schwarz malt — an und für sich ein Nonsens, denn wie kann ein Sozialist, der rot ist, in Schwarz malen, nicht? —, aber er ist angegriffen worden, schwer von Ihnen angegriffen worden, man hat ihm fast einen wirtschaftlichen Hochverrat vorgeworfen. (*Abg. Dr. Kreisky: Bezweifle meine künstlerischen Talente nicht!*)

Ihre Fachleute sind angegriffen worden, ersparen Sie es mir, bitte, Namen zu nennen, in Ihren Institutionen, in der Nationalbank — auch unsere teilweise in der Nationalbank, das gebe ich ohne weiteres zu —, denn es hilft nichts, man muß bei den Tatsachen bleiben, man muß die Tatsachen analysieren und muß dann daraus Schlüsse ziehen. Daß Sie das nicht gemacht haben, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, das ist für Sie das Betrübliche.

Ich könnte noch viel reden über die Berechnungen, die der Herr Finanzminister beim Alternativbudget gemacht hat, und wie er daraufgekommen ist, daß es ein größeres Defizit wird. (*Abg. Dr. Mussil: Sie haben sich noch nie geirrt, Herr Dr. Staribacher?*) Doch, doch, natürlich habe ich mich geirrt, das habe ich Ihnen doch schon einige Male zugegeben, das Problem ist ja nur: Wenn man aus einem Fehler lernt, dann hat man den Fehler ja nicht umsonst gemacht. Nur Sie machen ja leider manchmal Fehler und lernen nichts daraus. (*Beifall bei der SPÖ.*) Aber da haben halt wir wieder einmal den Vorteil.

Da komme ich jetzt wieder zu dem zurück, was in Ihrem Leitartikel „Keine Alternative“ am 18. Oktober 1966 geschrieben worden ist, daß nämlich die Sozi keinen Vorschlag machen können, daß sie kein wirkliches Alternativbudget erstellen können. Wenn man sich dann anschaut, was Sie vorgelegt haben, dann kommt der schöne Schlußsatz:

„Gegen den Hintergrund der nach wirtschaftspolitisch anerkannten Grundsätzen erstellten ÖVP-Vorlage werden die Sozialisten auch vor der Bevölkerung mit klassenkämpferischen Forderungen ohne Bedeckungsvorschläge keinen Staat machen können.“

Sie haben also wieder erkannt, wie „klassenkämpferisch“ wir sind. Ich sage immer, Sie reden es uns ja ein, Sie aber machen es selber. Das wissen Sie ja schon, das haben wir ja Ihnen schon einige Male nachgewiesen. Aber so haben Sie versucht, unsere Alternative — was Sie uns heute vorwerfen — damals in der Bevölkerung herabzusetzen. Es ist Ihnen scheinbar geglückt. Ich habe mir gedacht: Abwarten und Tee trinken — so sagen die Engländer. Wir haben also nicht sehr lange

Dr. Staribacher

warten müssen. (*Abg. Mitterer: „Wait and see“ sagen die Engländer, und nicht: „Abwarten und Tee trinken“!*) Ja, das kann man auch so sagen, natürlich, aber auf alle Fälle kann ich Ihnen sagen: Wir haben nicht geglaubt, daß es so schnell zu diesem Eklat kommen wird, das bedauern wir zutiefst. Wir haben gar keine Freude damit, ich habe das erst gestern in einer Forum-Diskussion gesagt, weil es immer heißt: Seid doch froh, wenn es jetzt schlechter wird! Das erinnert mich an den Buben, der sagt: Recht g'schieht meinem Vatern, warum hat er mir keine Handschuh' kauft, jetzt hab' i mir die Händ' g'frert! — Nicht? Das erinnert uns daran.

Wir haben also gar keine Freude an dieser wirtschaftlichen Entwicklung, wir bemühen uns sogar herauszukommen, wir diskutieren ununterbrochen mit Ihren Herren in den Interessenvertretungen, wir machen Vorschläge, und jetzt kommt mein gravierendster Vorwurf gegen diese Regierung: Die Regierung hat sich diese Vorschläge angehört, hat sie über die Präsidentenkonferenz und über die Paritätische Kommission zur Kenntnis genommen, aber sie hat leider die Maßnahmen, die dabei notwendig wären, nicht getroffen. (*Zwischenrufe.*) Das können Sie nicht beweisen, das wird Ihnen sehr schwerfallen.

Der Koren-Plan ist ein neuer Weg der Bundesregierung. Wir haben ihn uns genau angeschaut, wir werden darüber eingehend mit ihnen diskutieren. Hoffentlich werden Sie die Vorschläge, die dort gemacht werden, auch verwirklichen; momentan hat es leider nicht den Anschein. Aber wie gesagt — ich habe das schon letztes Mal erwähnt —, man muß Zeit und Geduld haben. Mit der Zeit, das habe ich ja dem Herrn Abgeordneten Mitterer prophezeit, wird auch er noch für die Programmierung sein. Momentan ist er schon für die längerfristige Prognose. Also man sieht: Gut Ding braucht Weile. Wenn wir dann vielleicht bis 1970 alles das vorbereitet haben, dann — davon sind wir überzeugt — werden wir ab diesem Zeitpunkt eine bessere Wirtschaftspolitik machen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Wallner**: Zum Wort hat sich niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? — Er verzichtet.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzesentwurf in zweiter und dritter Lesung mit Mehrheit zum Beschluß erhoben.

2. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (509 der Beilagen): Vertrag über die Grundsätze, welche

die Tätigkeiten der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, regeln (614 der Beilagen)

Präsident **Wallner**: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Vertrag über die Grundsätze, welche die Tätigkeiten der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, regelt.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Fiedler. Ich bitte ihn, zum Gegenstand zu berichten.

Berichterstatter **Dr. Fiedler**: Hohes Haus! Der vorliegende Vertrag legt wesentliche Grundsätze und Normen für die Erforschung und Nutzung des Weltraumes fest. Er enthält keine Bestimmungen, die mit dem Status der immerwährenden Neutralität Österreichs unvereinbar wären.

Der Vertrag hat politischen, gesetzändernden und Gesetzesergänzenden Charakter, da er eine Reihe von Regelungen trifft, die in der geltenden österreichischen Rechtsordnung nicht existieren. Der Vertrag darf daher nur mit Genehmigung des Nationalrates gemäß Artikel 50 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz in der geltenden Fassung abgeschlossen werden.

Der Außenpolitische Ausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 26. Juni 1967 in Verhandlung gezogen. Zum Gegenstand sprachen außer dem Berichterstatter der Abgeordnete DDr. Pittermann, der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Tončić und Staatssekretär Dr. Bobleter. Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung dieses Vertrages zu empfehlen.

Der Außenpolitische Ausschuß ist der Meinung, daß in diesem Falle die Erlassung eines Bundesgesetzes — im Sinne des Artikels 50 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz in der geltenden Fassung — zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht notwendig ist.

Der Außenpolitische Ausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem Vertrag über die Grundsätze, welche die Tätigkeiten der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes, einschließlich des Mondes und anderer Himmelskörper, regeln (509 der Beilagen), die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, falls Wortmeldungen vorliegen, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Präsident **Wallner**: Es ist beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem durchzu-

Präsident Wallner

führen. — Ein Einwand hiegegen wird nicht erhoben. General- und Spezialdebatte werden daher unter einem vorgenommen.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Tončić. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten **Dr. Tončić-Sorinj**: Hohes Haus! Unmittelbar aus dem aktuellen politischen Geschehen, dem Budget, sind wir durch diesen Vertrag, den ersten Weltraumvertrag der Weltgeschichte, gleichsam von dem politischen Alltag in höhere Sphären versetzt. Ich glaube, daß es daher richtig ist, wenn wir diesem säkularen Vertragswerk einige Worte der Aufmerksamkeit widmen.

Zunächst gilt es, die Frage zu klären, ob das von Menschen geschaffene Recht, das ja weitgehend Inhalt dieses Vertrages ist, in der Lage ist, über den Bereich der Erde hinauszuwirken, und ob dazu überhaupt die ethischen Voraussetzungen gegeben sind. Das Recht ist von Menschen für Menschen auf dieser Welt geschaffen worden; es gilt dem Zusammenleben der Menschen. Ist es nicht eine Anmaßung, diese unsere Normen auf trans-terrestrische Räume übertragen zu wollen? Eine Antwort auf diese Frage wird sich nur durch eine Spezifizierung der Problematik finden lassen. Es dürfte zunächst unbestritten sein, daß das menschliche Recht überall dorthin übertragen werden kann, wohin die Menschen und ihre Tätigkeit vordringen, ohne — und das ist wesentlich — die Lebens-sphäre und Rechtsordnung anderer Wesen zu beeinflussen. Unbestreitbar ist dies innerhalb unseres Sonnensystems der Fall. Das heißt also, daß eine menschliche Tätigkeit, die sich räumlich auf den Umfang unseres Sonnensystems erstreckt, ihr juridisches Regulativ in der Übertragung unserer Normen finden kann, ohne dabei in ethischer oder juristischer Hinsicht den von anderen geschaffenen Normenbereich zu verletzen. Dies gilt natürlich auch jenseits unseres Sonnensystems, soweit die genannten Voraussetzungen zutreffen.

Eine andere Frage, die auch in diesem Vertragswerk behandelt wird, ist die Übertragung der Normen unseres Souveränitätsrechtes auf für uns technisch erreichbare Himmelskörper. Hier muß man wohl zwischen dem Mond und den Planeten beziehungsweise deren Satelliten unterscheiden. Der Mond ist ein Trabant der Erde, er teilt ihr Schicksal. In technischer Hinsicht ist er durch einen Raum, der teils von Luft erfüllt, teils aber luftleer ist, von uns getrennt und in dem gleichen Sinne technisch schwierig zu erreichen, in dem es in vergangenen Jahrhunderten schwierig war, entfernt gelegene Inseln

oder Kontinente auf der Erde über das Weltmeer zu erreichen. Doch schuf die technische Möglichkeit der Verbindung die Voraussetzungen für die Kontinuität der Übertragung unseres Rechts. Es bereitet weder ethische noch juristische Schwierigkeiten, die Normen unseres Souveränitätsrechtes, insbesondere hinsichtlich Okkupation und Annexion, auf den Mond zu übertragen. Die Planeten und deren Satelliten sind mit der Erde nur insoweit in einem physikalischen Konnex, als sie alle um die Sonne kreisen. Doch auch hier stellt sich die Frage: Wessen Interessen, Wirken und Rechtskreise werden gestört, wenn die Menschheit ihre Normen auf diese Himmelskörper überträgt, sobald sie in die technische Reichweite des Menschen gelangen?

Die dritte Teilfrage — derzeit wohl nur rein akademischer Art, im Vertrage nur gestreift — stellt sich, wenn die menschliche Aktivität im Weltraum mit der Existenz und Aktivität anderer Lebewesen zusammenstößt. Vom ethischen Standpunkt aus haben wir keineswegs das Recht, deren Lebenssphäre zu stören oder ohne ihre Zustimmung zu beeinflussen. Doch ist eine Aussage über diese Dinge derzeit noch verfrüht, sie müßte noch Gegenstand eingehender Untersuchungen werden, weil sie ja auch mit der Frage zusammenhängt, ob der Begriff des Lebens in den entfernten Gebieten des Kosmos mit unserem Lebensbegriff zu identifizieren ist. Es handelt sich also um einen Fragenkomplex, der weit über das Juristische hinausgeht und nur durch ein Zusammenwirken der Wissenschaften behandelt werden kann.

Der Vertrag über die Rechtsgrundsätze des Verhaltens der Staaten bei der Erforschung und Nutzung des Weltraumes sowie des Mondes und der anderen Himmelskörper, der anlässlich der letztjährigen UN-Generalversammlung nach jahrelangen Verhandlungen geschlossen werden konnte, zählt bereits heute zu den allerwichtigsten internationalen Vertragsinstrumenten, die im Rahmen der Weltorganisation ausgearbeitet worden sind. In seiner Bedeutung ist er dem partiellen Teststopp-Vertrag vom 5. August 1963 wohl gleichzusetzen. Die ungeheuer wichtige Rolle, die einer rechtlichen Regelung des Verhaltens von Staaten im Weltraum für die Zukunft zukommt, ist wohl angesichts der rasanten Entwicklung der Erforschung des Weltraumes leicht zu erkennen. Das große Verdienst der Vereinten Nationen liegt darin, erkannt zu haben, daß eine präventive Regelung, noch ehe sich aus der Weltraumforschung echte rechtliche und politische Konflikte ergeben, unerlässlich ist. Damit hat sich die Staatengemeinschaft erstmals zum Versuch der Lösung

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

eines Fragenkomplexes zu einem Zeitpunkt durchgerungen, zu dem dieser noch nicht seine äußerste Aktualität erlangt hat. Das Erfreuliche am Abschluß des Vertrages liegt auch darin, daß die Vereinten Nationen damit dokumentiert haben, daß sie ihre Aufgabe nicht ausschließlich in „Feuerlöschaktionen“ sehen, also zu einem Zeitpunkt, wo eine Krise oder eine sonstige Konfliktsituation zwischen den Staaten bereits eingetreten ist, sondern auch in echten Grundsatzregelungen für die Zukunft.

Das zweite wichtige und ebenso erfreuliche Element ist die Tatsache, daß dieser Vertrag einstimmig von der Staatengemeinschaft — darunter den Weltraummächten — angenommen worden ist. Die politische Bedeutung, die darin enthalten ist, kann wohl in einer Zeit permanenter zwischenstaatlicher Spannungen und militärischer Auseinandersetzungen in der Welt nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Angesichts der vorerwähnten politischen Bedeutung des Vertrages und wegen des rechtlichen beziehungsweise völkerrechtlichen Neulandes, das wir in dieser Materie zwangsweise betreten müssen, halte ich es für angezeigt, auf die Vorgeschichte und den Inhalt des Abkommens einzugehen:

Seit dem Start des ersten Erdsatelliten durch die Sowjetunion am 4. Oktober 1957 haben Wissenschaft und Technik bei der Erschließung des Weltraumes für den Menschen innerhalb weniger Jahre Erfolge erzielt, die noch vor nicht allzu langer Zeit als utopisch angesehen worden wären. Auf die unbemannten Erdsatelliten folgten in kürzester Zeit die aufsehenerregenden Flüge der ersten bemannten Raumflugzeuge, Instrumentenkapseln landeten auf dem Mond, und erst vor wenigen Wochen gelang der Sowjetunion mit der Landung wissenschaftlicher Apparate auf der Venus ein neuer Höhepunkt dieser Entwicklung.

Gleichzeitig kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Erschließung des Weltraumes durchaus nicht nur ein Reservat der zwei führenden Weltraummächte, das heißt der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten, geblieben ist. In den letzten Jahren hat sich eine zunehmende Zahl anderer Staaten, natürlich im kleineren Rahmen, in die Weltraumforschung eingeschaltet. Frankreich besitzt heute bereits ein eigenes unabhängiges Weltraumprogramm, andere Staaten sind in gemeinsamen internationalen Unternehmungen tätig, und die wissenschaftliche Forschung sowie die Beschäftigung mit den praktischen Auswirkungen der Erschließung des Weltraumes für den Menschen ist heute ein Anliegen aller

Völker geworden. Doch ist Europa in der Weltraumforschung noch weit hinter den USA und der Sowjetunion zurück — auch eine Erscheinung des technical gap, über die Ministerpräsident Wilson vor zwei Tagen gesprochen hat.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung mehrten sich bereits seit den ersten Jahren der Erschließung des Weltraums innerhalb und außerhalb der Vereinten Nationen die Bestrebungen, den Weltraum der friedlichen Erforschung und Nutzung durch alle Staaten vorzubehalten und von vornherein einvernehmliche Rechtsgrundsätze für die Erschließung des Weltraums festzusetzen.

Am 10. Oktober dieses Jahres, also fast genau zehn Jahre nach dem Start des ersten Sputniks, ist der Vertrag über die Grundsätze der Erforschung und friedlichen Nutzung des Weltraums, welcher nunmehr auch von Österreich ratifiziert werden soll, in Kraft getreten. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Nachdem die Generalversammlung der Vereinten Nationen — wie auch die Konsultativversammlung des Europarates — bereits in den ersten Jahren des Vorstoßes in den Weltraum wiederholt dem Wunsche Ausdruck gegeben hatte, daß dieses neu erschlossene Gebiet einer friedlichen Verwertung zum Nutzen aller Völker vorbehalten bleiben sollte, gelang es im Jahre 1961, Einigung über die ersten Rechtsgrundsätze für die Erforschung des Weltraums zu erzielen.

Damals wurde den beiden grundsätzlichen Tatsachen zum Durchbruch verholfen, daß das anerkannte Völkerrecht auch für den Weltraum Anwendung findet und daß der Weltraum und die Himmelskörper allen Staaten offenstehen und nicht Gegenstand nationaler Eigentums- und Souveränitätsrechte seien.

Auf diese noch in sehr allgemeiner Form gehaltenen ersten Rechtsgrundsätze folgte zwei Jahre später, im Jahre 1963, und nach langwierigen Verhandlungen zwischen den einzelnen Staaten die Verabschiedung einer „Erklärung über Rechtsgrundsätze für die Erforschung und Nutzung des Weltraumes“ durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Diese Erklärung wurde in feierlicher Form von der Generalversammlung angenommen. Die Grundsätze findet man in großen Zügen in dem derzeitigen Vertragswerk vor.

Noch im gleichen Jahr sprach sich die Generalversammlung daher dafür aus, daß die wesentlichen Rechtsgrundsätze für die Erforschung und Nutzung des Weltraumes in die Form internationaler Abkommen gefaßt werden sollten. Die Generalversammlung for-

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

derte sodann mit Resolution 1963 die Weltraumkommission der Vereinten Nationen auf, Entwürfe für ein internationales Abkommen über die Haftung der Staaten für Schäden, die durch in den Weltraum entsandte Gegenstände entstehen, sowie für ein weiteres Abkommen über Hilfeleistung für in Not geratene Astronauten und Weltraumfahrzeuge sowie die Rückstellung dieser Personen und Gegenstände an ihren Heimatstaat auszuarbeiten.

Es ist nachher zu einem Briefwechsel gekommen oder, besser gesagt, zu zwei sehr wichtigen Schreiben, das eine vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vom 9. Mai 1966 und ein zweites vom 30. Mai 1966 von seiten des sowjetischen Außenministers Gromyko. Diese Schritte der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion führten dazu, daß der juristische Unterausschuß der Weltraumkommission im Juli 1966 in Genf zu konkreten Verhandlungen über die Ausarbeitung eines Weltraumvertrages zusammentreten konnte.

Im Spätherbst des Vorjahres konnte schließlich eine Einigung in allen noch offenen Punkten erzielt werden, eine Einigung, wie sie heute in dem Vertragswerk vor uns liegt.

Es ist nun zweifellos die Meinung nicht richtig, daß es sich hier nur um Gegenstände handelt, die sozusagen in der fernen Zukunft liegen, sondern es gibt Dinge von außerordentlicher, ja ich möchte sagen, unmittelbarer Aktualität. Hiezu gehören sowohl die Hilfeleistung für Astronauten als auch das Problem der Haftung für Schäden durch die in den Weltraum entsandten Gegenstände.

Bereits vor einigen Jahren konnten verschiedene Staaten auf ihrem Staatsgebiet Restteile von Erdsatelliten und Trägerraketen feststellen, die beim Wiedereintritt in die Atmosphäre nicht vollständig verglüht waren und daher auf die Erdoberfläche zurückfielen. Die stetig zunehmende Zahl derartiger Weltraumunternehmungen erhöht natürlich in proportionalem Verhältnis auch die Gefahr, daß solche Reststücke von Trägerraketen und Weltraumobjekten, die zum Teil von beträchtlicher Größe sein können, auf bewohntes Gebiet fallen, und es ist nur eine Frage der Zeit, bis zum erstenmal tatsächlich Schäden an Leben und Eigentum hervorgerufen werden.

Die Aktualität einer Regelung der Hilfeleistung für Astronauten wurde uns erst im Frühjahr dieses Jahres wieder in Erinnerung gerufen, als bei Weltraumexperimenten sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten von Amerika den Tod von Astronauten zu beklagen hatten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden vielleicht fragen, weshalb sich gerade das kleine Österreich, das ja zur Erforschung des Weltraumes direkt nur wenig beitragen kann, an dem Abschluß des Vertrages so sehr interessiert. Hat dieser für uns nicht vielmehr nur eine theoretische Bedeutung und ist er nicht für uns von mehr oder weniger akademischem Interesse? Betrachtet man nur die Fakten, von denen ich bisher gesprochen habe, und sieht man von der weltweiten Wichtigkeit einer Grundsatzregelung dieses Fragenkomplexes für die nahe und ferne Zukunft, an der selbstredend auch Österreich sehr gelegen ist, ab, so mag dies vielleicht auf den ersten Blick richtig sein. Befaßt man sich jedoch mit den praktischen Vorgängen, die zum Abschluß des Weltraumvertrages geführt haben, so ist die Rolle, die Österreich beziehungsweise Österreicher, nämlich unsere Vertreter bei den Vereinten Nationen, dabei gespielt haben, nicht zu übersehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, daß seit der Gründung des Weltraumausschusses der Vereinten Nationen, in dessen Schoß ja der vorliegende Vertrag geboren worden ist, Österreicher den Vorsitz geführt haben, zunächst Botschafter außer Dienst Dr. Matsch und später unser derzeitiger ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, Botschafter Dr. Waldheim.

Besonders in den letzten Jahren, in denen das internationale politische Klima schwersten Belastungen ausgesetzt war, die sich naturgemäß in den Vereinten Nationen widerspiegeln, ist es unter österreichischem Vorsitz gelungen, den Weltraumausschuß arbeitsfähig zu erhalten, ja sogar weitreichende Entscheidungen herbeizuführen und eine Einigkeit unter den Großmächten auf diesem Gebiet herzustellen, die auf anderen Gebieten undenkbar schien.

Letztlich war es dann auch wieder eine österreichische Initiative, die es nach langen hinter den Kulissen geführten Konsultationen ermöglichte, die Verhandlungen für den Abschluß des Vertrages wiederaufzunehmen, ohne daß dies mit einem Prestigeverlust für die Großmächte verbunden gewesen wäre.

In diesem Zusammenhang mag es von Interesse sein, daß in den letzten Jahresberichten des UN-Generalsekretärs, die vorzüglich von Pessimismus gezeichnet waren, die produktive Arbeit der Weltraumkommission und ihrer Unterausschüsse ganz besonders hervorgehoben worden ist.

Die tatsächliche Ausarbeitung des Vertragstextes erfolgte nach Überwindung der letzten politischen Hindernisse sodann im juristischen Unterausschuß der Weltraumkommission, wo

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

Österreich durch seinen Vertreter Universitätsprofessor Zemanek auch vom rechtlichen Standpunkt Beträchtliches zur endgültigen Formulierung beitragen konnte.

Der Grund, warum ich hier auf diese rege österreichische Tätigkeit näher eingehe, ist nicht nur darin zu suchen, daß ich die besonderen Verdienste unserer österreichischen Delegation betonen möchte, sondern auch deswegen, weil mir die österreichische Aktivität auf diesem Sektor als ein Musterbeispiel jener verbindenden Funktion des neutralen Österreichs erscheint. Österreicher wurden wegen eben dieses neutralen Status an die Spitze eines UN-Ausschusses gewählt, der sich mit einem der heißesten politischen Eisen unserer Zeit befaßt, und es ist uns dank dieser Neutralität und der Tüchtigkeit unserer Vertreter gelungen, einen echten Beitrag zur internationalen Entspannung zu leisten und das gerade für einen neutralen Staat so wichtige Vertrauen in unsere Stellung auf höchster internationaler Ebene zu festigen und damit unsere Präsenz auf der internationalen Bühne neuerlich unter Beweis zu stellen.

Ein deutliches Zeichen dieser Anerkennung ist, daß anlässlich des Abschlusses des Weltraumvertrages keine der Großmächte es verabsäumt hat, den Beitrag Österreichs und seiner Delegierten zum Zustandekommen dieses Abkommens besonders hervorzuheben.

Der Weltraumvertrag ist ein Beitrag und ein Symbol einer neuen Ära in der Geschichte der Menschheit des kosmischen Zeitalters.

Goethe hat es vorausgefühlt und seinen inneren Sinn in einem großartigen Vers offenbart. Er sagt:

„Wenn im Unendlichen dasselbe
sich wiederholend ewig fließt,
das tausendfältige Gewölbe
sich kräftig ineinanderschließt,
strömt Lebenslust aus allen Dingen,
dem größten wie dem kleinsten Stern,
und alles Drängen, alles Ringen
ist ew'ge Ruh' in Gott, dem Herrn.“

(Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird dem Vertrag einstimmig die Genehmigung erteilt.

3. Punkt: Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (521 der Beilagen): Bundesgesetz, betreffend die Errichtung der Diplomatischen Akademie (615 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Errichtung der Diplomatischen Akademie.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Gabriele. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter **Gabriele:** Ich habe die Ehre, Ihnen den Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage 521 der Beilagen: Bundesgesetz, betreffend die Errichtung der Diplomatischen Akademie, zu erstatten.

Der Nationalrat hat anlässlich der Budgetdebatte 1966 in einer Entschliessung die Bundesregierung aufgefordert, unter Berücksichtigung der Bedeutung der Diplomatischen Akademie deren Rechtsstellung, Aufgabenbereich und Studienordnung bundesgesetzlich zu regeln. In Entsprechung dieser Entschliessung legt die Bundesregierung den gegenständlichen Gesetzentwurf vor.

Der Außenpolitische Ausschuss hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung vom 26. Juni 1967 in Verhandlung gezogen. Außer dem Berichterstatter sprachen die Abgeordneten Gratz, Dr. Pittermann, Dr. Hertha Firnberg, Dr. Stella Klein-Löw, Dr. Gruber, Guggenberger und Minkowitsch sowie der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Doktor Tončić. Bei der Abstimmung wurde die Regierungsvorlage unter Berücksichtigung mehrerer Abänderungsanträge und Druckfehlerberichtigungen einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt somit der Außenpolitische Ausschuss durch mich den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (521 der Beilagen) unter Berücksichtigung der dem Ausschussbericht angeschlossenen Abänderungen und Druckfehlerberichtigungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß eine Debatte gewünscht wird, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt, General- und Spezialdebatte unter einem vorzunehmen. — Ein Einwand wird nicht erhoben. Wir gehen somit in die Debatte ein.

Als erster zum Worte gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Kranzlmayr. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Kranzlmayr** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Es ist eine Binsenwahrheit, wenn ich sage, daß die Welt kleiner geworden ist, daß die Grenzen geschrumpft sind, daß wir in wenigen Stunden an jedem Punkt der Erde sein können. Dorthin, wo früher nur Abgesandte des Landes waren, wo unsere Diplomaten tätig waren, kommen jetzt Studenten, Sportler, Wissenschaftler, Teil-

Dr. Kranzlmayr

nehmer an Kongressen und Touristen und lernen nicht nur Land und Leute kennen, sondern erfahren dort auch vielfach etwas über die Tätigkeit unserer Diplomaten, sie erfahren von ihrem Arbeitsbereich und lernen die Aufgaben kennen, die den Diplomaten zukommen.

Insbesondere die österreichischen Arbeiter, die in diesen entfernten Ländern in Arbeit stehen, haben regen Kontakt mit unseren Vertretungsbehörden. Ich konnte mich selbst davon überzeugen, daß sie ein großes Lob über unsere Vertretungen im Ausland sagen.

Insbesondere der Nachwuchs, unsere jungen Diplomaten — das hört man überall —, sind geschult, versiert und geben die beste Visitenkarte für Österreich ab. Und hier war ein Phänomen festzustellen: Auch in jenen Jahren, in denen der öffentliche Dienst im großen und ganzen keinen akademischen Nachwuchs erhalten konnte, weil die jungen Menschen vielfach zur Industrie abgewandert sind, wo sie mehr verdienten, gab es viele junge Leute, die die Laufbahn im diplomatischen Dienst einschlugen. Es gab keine negative Auslese, im Gegenteil, schon 1955 hat der damalige Außenminister Figl mit seinen Beamten wegen des Andranges dieser jungen Menschen eine Einrichtung geschaffen, die bis heute in keinem Gesetz und in keiner Verordnung verankert ist, die kein Anstellungserfordernis darstellt, die sich aber ausgezeichnet bewährt hat: das sogenannte Examen préalable oder das Colloquium préalable, eine Prüfung, um festzustellen, ob der junge Mann, ob die junge Frau, die sich für diesen Beruf berufen fühlen, auch geeignet sind — eine Eignungsprüfung vor der Aufnahme. Der Bewerber wird einmal nach seinen Deutschkenntnissen gefragt, er hat einen Aufsatz in Deutsch zu schreiben und eine Übersetzung aus dem Deutschen ins Französische und Englische anzufertigen, was ja letzten Endes für den Diplomaten sehr wichtig ist. Er hat eine Nacherzählung schriftlich möglichst genau wiederzugeben und einen Kurzaufsatz zu machen. Diese Dinge muß der Diplomat ja letzten Endes fast jeden Tag tun. In der mündlichen Prüfung wird sein Allgemeinwissen, seine Allgemeinbildung festgestellt, weil ja das Maturazeugnis und das Diplom, das er von der Hochschule mitbekommt, nicht unbedingt über den Stand seiner Bildung Aufschluß gibt. Bei diesem Examen préalable wird weniger auf das Spezialwissen Wert gelegt, sondern darauf, ob sich der junge Mann entsprechend ausdrücken kann und Gewandtheit besitzt.

Wir haben — das darf ich hier sagen — seit dem Jahre 1955, als diese Vorauswahlprüfung eingeführt wurde, auch keine Schwie-

rigkeiten gehabt wegen der politischen Bevorzugung der jungen Menschen, die im diplomatischen Dienst eingestellt wurden, weil eine Kommission hoher Beamter nach einem Punktesystem die Bewertung vornimmt und die Aufnahmen nach der Reihung dieser Punkte erfolgen.

Hohes Haus! Vielleicht ist dabei die Frage zu beantworten, welche Eigenschaften ein Diplomat eigentlich haben soll. Da möchte ich Harold Nicolson, einen sicherlich gewandten, versierten Diplomaten zitieren. Er hat gesagt: Ein Diplomat soll Wahrheit, Genauigkeit, Ruhe, Geduld, gute Laune und Bescheidenheit besitzen. Jemand, der diesen Anspruch hörte, hat eingeworfen: Sie haben aber zu erwähnen vergessen: Intelligenz, Wissen, Urteilkraft, Klugheit, Gastfreundschaft, Charme, Fleiß, Mut und last not least auch den Takt. Nicolson hat darauf gesagt: Ich habe diese Eigenschaften nicht vergessen — ich habe sie für einen Diplomaten als selbstverständlich vorausgesetzt.

Der junge Mensch, der sich dieser Laufbahn widmen will, muß viele dieser Eigenschaften bereits in sich tragen, denn letzten Endes kann die Ausbildung ja nur dazu führen, diese Talente weiter zu pflegen, zu schulen und zu veredeln.

Noch eine Frage, die vielleicht aufgeworfen werden kann: Ist denn Diplomatie im herkömmlichen Sinne heute noch am Platz? Ich möchte sagen: Die klassische Diplomatie ist sicherlich keinesfalls überholt, sie muß sich nur ständig wandeln und sich den Bedürfnissen der Zeit anpassen und vom Alten das behalten, was letzten Endes immer Sinn hat, und vom Neuen das aufnehmen, was die Fortentwicklung mit sich bringt. Diplomatie wird man — das ist lange eine Streitfrage gewesen — sowohl als Wissenschaft wie auch als Kunst definieren können. Und vielleicht ist die Symbiose das Richtige, wie man Diplomatie definieren kann.

Sicherlich, so wie in allen anderen Sparten ist auch hier der Aufgabenkreis in den letzten Jahrzehnten bedeutend gewachsen. Zu den typischen alten Sparten, Geschichte und Völkerrecht, ist das große Gebiet der Technik und der Industrie und letzten Endes auch das Wissen um die Entwicklungshilfe und den Kulturaustausch gekommen. Alle diese Dinge sind letzten Endes umrahmt und eingeschlossen von der Wirtschaft und der Politik.

Es muß das Bestreben sein, für diesen so anstrengenden Beruf junge Menschen zu finden, die sich nicht nur für diesen diplomatischen Dienst interessieren, sondern die im höchstmöglichen Ausmaß die vorher erwähnten Eigenschaften besitzen oder in denen diese

Dr. Kranzlmayr

Eigenschaften zumindest schlummern und dann geweckt und zur Entfaltung gebracht werden können. Zweifellos tun sich Großstaaten leichter, diese Menschen zu suchen und diese Menschen zu schulen, weil sie ja viel mehr Material und viel mehr Möglichkeiten auch in finanzieller Hinsicht haben. Wir haben — ich habe es schon erwähnt — mit diesem Examen préalable sicherlich einen Schritt dazu getan, diese Auswahl bestmöglich zu treffen.

Um diese Fortbildung durchzuführen, ist 1956 ein weiterer Schritt dazugekommen. Der damalige Landeshauptmann von Salzburg und heutige Bundeskanzler Dr. Klaus hat in einem Gespräch erwähnt, Salzburg habe so viele schöne Schlösser, darunter das wunderschöne Barockschloß Kleßheim, das wäre doch eine Stätte zur Fortbildung des diplomatischen Nachwuchses. Wiederum ist es der damalige Außenminister Figl gewesen, der diese Anregung freudig aufgenommen und das seit 1956 alljährlich stattfindende Diplomatenseminar in Kleßheim eingerichtet hat.

Das Ziel dieses Seminars, das Collegecharakter hat, ist es, jüngere, bereits im Dienst stehende Diplomaten in einer freien Akademie zusammenzuführen, Vorträge von berühmten Staatsmännern zu hören, Diskussionen mit Professoren abzuhalten, aber daneben selbstverständlich auch geistige Kontakte und das gegenseitige Verständnis zu fördern. Natürlich dürfen auch die Disziplinen des Sports nicht fehlen. Da diese Seminare immer im August stattfinden, haben diese jungen Diplomaten, die aus allen Staaten kommen — es sind sicherlich schon über 25 Staaten, die Diplomaten geschickt haben —, die Möglichkeit, die berühmten Salzburger Festspiele zu sehen. Nicht umsonst heißt es, daß Diplomaten, die vielfach mit ihren Frauen kommen, von diesem Kleßheimer Geist Jahre hindurch zehren und daß dieser Geist dann auf der ganzen Welt verbreitet wird.

Von diesem Examen préalable und von der Errichtung des Diplomatenseminars in Salzburg spinnt sich der Faden, den dann der damalige Außenminister Dr. Kreisky aufgenommen hat, weiter zur Diplomatischen Akademie, die wir mit der heutigen Regierungsvorlage gesetzlich verankern wollen.

Wiederum möchte ich nicht unerwähnt lassen: So wie das Examen préalable keine gesetzliche Grundlage hat und natürlich auch diesem diplomatischen Seminar in Kleßheim eine gesetzliche Grundlage fehlt, ist es interessant, daß die Diplomatische Akademie schon am 1. Juli 1964 gegründet wurde, daß zwei Akademien bereits abgeschlossen sind und nun der dritte Jahrgang stattfindet, wir aber erst

jetzt zu einer gesetzlichen Verankerung kommen. Ich sehe darin die Bestätigung dafür, daß man, wenn der Wille vorhanden ist, etwas Gutes einzurichten, nicht vorher die gesetzliche Grundlage braucht, sondern daß das Handeln das Maßgebliche ist. Nachdem wir Abgeordneten gesehen haben, daß die Diplomatische Akademie Sinn und Zweck hat, haben wir in einer Resolution dazu aufgefordert, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Der Text der Gründungsurkunde sagt eigentlich alles:

„Um der Republik Österreich einen hochqualifizierten Nachwuchs für den Höheren Auswärtigen Dienst zu gewährleisten und zu diesem Zweck Sorge zu tragen, daß die Beamten, denen die wichtige und ehrenvolle Aufgabe obliegt, die Republik Österreich gegenüber anderen Staaten und Völkerrechtssubjekten zu vertreten, hiefür in bester Weise vorbereitet werden, wird im Rahmen des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten Die Diplomatische Akademie ... errichtet.“

Weiters ist enthalten, daß sie unter Bedachtnahme auf die großen Traditionen ihrer Vorgängerinnen einerseits und auf die Erfordernisse modernen Beamtentums in der Demokratie andererseits österreichischen Männern und Frauen eine Ausbildung von höchstem Standard gewährleisten soll. Sie soll aber selbstverständlich auch den Bürgern aller anderen Staaten zur Verfügung stehen.

Mit dieser Akademie ist eine Hochschule sui generis geschaffen worden. Ich möchte hier erwähnen, daß den Grundstein zu dieser Diplomatischen Akademie schon die Kaiserin Maria Theresia im Jahre 1753 mit der Orientalischen Akademie gelegt hat. Es ist ja nicht so, daß es Diplomaten erst seit dem letzten Jahrhundert gibt. Damals hat die Kaiserin Maria Theresia erkannt, daß die Schulung sehr notwendig ist. In dieser Orientalischen Akademie sollten vorerst Dolmetscher der türkischen Sprache für den Diplomatischen Dienst geschult werden. Der Lehrplan wurde aber sehr rasch ausgeweitet, und diese Orientalische Akademie ist dann eben zur Bildungsstätte der Diplomaten geworden.

1883 ist sie dann in das Theresianum verlegt worden, in jenen Trakt, der auch heute wieder von der Diplomatischen Akademie belegt ist.

1898 wurde die Orientalische Akademie in die k. u. k. Konsular-Akademie umgewandelt, die bis 1938 bestanden und sich eines internationalen Rufes und weltweiter Anerkennung erfreut hat. Bei allen, die die Konsular-Akademie besucht haben — seien es Österreicher

Dr. Kranzlmayr

oder Ausländer —, erkennt man den Corpsgeist, die Corpsgesinnung, die ihnen diese Akademie gegeben hat.

1938 ist, wie so vieles andere Gute, auch diese Konsular-Akademie aufgelöst worden, und erst nach 26 Jahren ist der Faden wieder weitergesponnen worden. Fast könnte man sagen: Neues Leben blüht aus den Ruinen!, weil jener Teil des Theresianums durch den Krieg zerstört gewesen ist. Dieser Trakt wurde wieder neu aufgebaut. Am 1. Juni 1964 ist die Gründungsurkunde unterschrieben worden, und schon am 19. September desselben Jahres hat der Herr Bundespräsident diese Akademie eröffnet.

Natürlich ist auch eine Folge des Ausbildungsplanes, daß der Aufgabenkreis bedeutend erweitert wurde. Zu dem, was ich schon gesagt habe, kommt die Automation, die Elektronik, die Atomenergie, das Wissen um all die Religionen, Sekten und so weiter. Ein wichtiges Gebiet für den Diplomaten ist ja auch, die Träger der Meinungsbildung, die Massenmedien, zu kennen, sie auszunützen, die Funktionen der Presse zu kennen. All das ist neben den Dingen, die eben aus dem Alten herkommen, äußerst wesentlich.

Diese Diplomatische Akademie verlangt auch von Österreichern eine Aufnahmsprüfung, also noch einmal eine Siebung. Sie dauert vier Semester, rund 16 Monate, hat in der Zwischenzeit ein Praktikum im Ausland, um eben an Ort und Stelle die Sprachen noch besser sprechen zu lernen, die Leute besser kennenzulernen und schließt mit einer Diplomarbeit ab.

Es erhebt sich vielleicht die Frage: Können nur Wohlhabende diese Diplomatische Akademie besuchen, soll das wiederum ein Kreis Auserwählter sein? — Es ist ein Stipendienfonds vorgesehen, sodaß jeder Begabte, der die Fähigkeiten hat, der die Aufnahmsprüfung besteht, die Möglichkeit hat, diese viersemestrige Akademie zu besuchen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir müssen jetzt, wo wir das Gesetz gemeinsam beschließen werden, nur trachten, daß diese Akademie nun, wo sie gesetzlich verankert ist, nicht vielleicht weniger blühend dasteht als in den letzten drei Jahren. Es hat momentan so den Anschein, weil die Besucherzahl nun geringer ist, als sie in den vergangenen Jahren gewesen ist. Ich glaube, hier müssen wir alle mithelfen, und es sollen gerade auch unsere Vertretungsbehörden im Ausland trachten, mehr Ausländer als bisher in unsere Diplomatische Akademie zu bringen.

Abschließend möchte ich sagen: Es möge unseren jungen Diplomaten, deren Charakter geschult und deren Wissen in dieser Akademie bereichert wurde, gelingen, den Bogen, der

sich von der Orientalischen Akademie über die Konsular-Akademie zur Diplomatischen Akademie, also vom großen Reich zum übriggebliebenen Herzstück Österreichs herüberspannt, zu allen Staaten, zu allen großen, aber auch zu allen kleinen der Welt, weiterzubauen. Es möge unseren Diplomaten weiters gelingen, den in der Welt so geschätzten österreichischen Geist der Menschlichkeit überall dort hinzutragen, wo heute nicht Menschlichkeit, sondern Unduldsamkeit, Unterdrückung und Unmenschlichkeit herrschen. Es mögen schließlich, Hohes Haus, unsere Diplomaten das Wissen und die Kunst der Diplomatie, die ihnen in hohem Maße eigen ist, nur dem Frieden widmen zum Wohle Österreichs und der Welt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schon im vorhergehenden Tagesordnungspunkt konnten die im Hohen Haus vertretenen Parteien ein Gesetz, das in den weiteren Aktionsbereich unseres Außenministeriums und unserer Außenpolitik gehört, gemeinsam beschließen. Immerhin etwas Hoffnungsvolles in einem Zustand, wo wir von hier und von anderer Stelle aus immer wieder betonen und zugleich bedauern müssen, daß wir keine gemeinsame Außenpolitik haben.

Nunmehr beschließen wir wiederum gemeinsam das Gesetz über die Errichtung der Diplomatischen Akademie. Wir begrüßen dieses Gesetz, das zweifellos einem Notstand, den unsere Außenpolitik in den letzten Jahren aufweist, abhilft. Vielleicht kommen wir im Laufe der Zeit über eine Reihe von gemeinsamen Maßnahmen, die mehr die theoretische und die instrumentelle Seite der Außenpolitik betreffen, auch zu einer gemeinsamen Außenpolitik, was im Interesse unseres Vaterlandes doch wesentlich wäre.

Der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten wird sich, glaube ich, auch über dieses Gesetz besonders freuen, ist es doch nach den einschneidenden Beschränkungen und Kürzungen, die das Außenressort durch die Kompetenzverteilung der ÖVP-Regierung erfahren hat, eine erste gesetzgeberische Maßnahme, welche seine Kompetenzen in etwa erweitern.

Darüber hinaus würden wir es aus Anlaß des Beschlusses über dieses Gesetz begrüßen, wenn damit auch die Grundlagen wenigstens zur Koordinierung außenpolitischer Grundsätze bei der Ausbildung unserer künftigen Diplomaten geschaffen werden. Denn daß hier manches fehlt und vieles zu beklagen ist, dürfte ja ein offenes Geheimnis sein.

Dr. Scrinzi

Wir wollen hoffen, daß jetzt mit einer solchermaßen durch das Hohe Haus legitimierten Institution auch wiederum die normalen diplomatischen Karrieren gerade in dieser Hohen Schule der Außenpolitik, in dieser Schule mit einer ruhmreichen und großen Tradition, beginnen und nicht, wie es, allerdings mit wechselnden Vorzeichen und Farben, in den letzten 20 Jahren in Österreich üblich geworden ist, in den Parteisekretariaten. Das insbesondere würden wir dieser Institution wünschen, daß sie wirklich die Wiege eines Korps von hervorragend qualifizierten, ihrer Aufgabe gewachsenen, aber auch der Republik Österreich verbundenen Diplomaten werde. Denn diese jungen Diplomaten, die wir hinaus schicken in die, wie auch mein Vorredner gesagt hat, immer kleiner werdende Welt, sind sicher im eigentlichen Sinne des Wortes auch Sendboten, und man wird an ihnen Maß nehmen. Man wird die Qualifikation der Diplomaten, die wir hinaus schicken, sehr kritisch ins Auge fassen.

Leider müssen wir — und das ist auch schon in den Ausführungen meines Vorredners angelungen — gerade in dem Augenblick, wo der Gesetzgeber dieser Institution eine neue gesetzliche Grundlage gibt, feststellen, daß das Interesse an dieser Einrichtung gerade in der jüngsten Zeit nachgelassen hat. Es muß bei dieser Gelegenheit auch einiges über die Gründe dieses nachlassenden Interesses gesagt werden.

Es sind mannigfache Gründe, die man dafür anführen könnte. Nicht zuletzt, glaube ich aber, war es das traurige Schicksal, welches das Außenministerium seit dem 6. März durch die einschneidenden Kompetenzmaßnahmen erleiden mußte, die zwangsläufig das Interesse von ambitionierten jungen Leuten, sich für die Außenpolitik zur Verfügung zu stellen, erheblich abgekühlt haben. Es mußte doch das Gefühl entstehen, daß man hier eine Karriere wählt, die außerordentlich von schwankenden Zeitläuften abhängig ist, daß man eine Karriere wählt, in welcher in den abgelaufenen Jahren nicht immer die Qualifikation für das übertragene Amt entscheidend war und auch für die Möglichkeiten des Aufstieges, sondern gute Beziehungen zu den herrschenden Parteien.

Das ist keine Anregung für junge Leute, die diesen schweren Beruf ernst nehmen.

Es ist ein Beruf, der vielleicht aus der Perspektive des Inländers, des in seiner Heimat friedlich ansässigen Bürgers, sehr viel Verlockendes, ja manches Spektakuläres zu haben scheint. Wenn man aber im Ausland Gelegenheit hat, mit unseren Diplomaten zu reden, ihre Sorgen und Probleme kennenzulernen,

dann weiß man, daß diese unsere Diplomaten eine schwere, eine verantwortungsvolle, eine oft unbedankte und vielfach gar nicht gesehene und erkannte Aufgabe und Mission zu erfüllen haben und daß die Entlohnung, die Honorierung dieser Tätigkeit keineswegs der Bedeutung entspricht, die sie hat.

Um nur ein kleines Beispiel zu nennen: In einer ganzen Reihe von Ländern konnten wir aus Anlaß von eigenen Auslandsbesuchen feststellen, daß etwa die Tagegelder von kleinen Stewardessen von Luftfahrtgesellschaften wesentlich größer sind als die von betagten vollgraduierten österreichischen Diplomaten.

Wer weiß, welche großen und auch wichtigen Repräsentationsaufgaben zwangsläufig mit der Stellung und mit dem Beruf eines Diplomaten verbunden sind, und das Salär kennt, das ihm zur Verfügung steht, wird mir zugeben, daß hier ein großer Nachholbedarf ist. Ich will gar nicht mit europäischen Vergleichszahlen kommen, denn wenn man solche Zahlen unterstellt, könnte man den Eindruck haben, unsere Diplomaten kommen aus einem Armenhaus.

Alle diese Umstände sind natürlich mitverantwortlich dafür, daß wir einen bedrohlichen Rückgang der Interessenten, und zwar vor allem auch der inländischen Interessenten, feststellen mußten und daß zum Beispiel der heurige Frühjahrskurs an der Diplomatischen Akademie mangels Interessenten entfallen mußte.

Dazu kommt aber noch etwas sehr viel Bedauerlicheres. Wurden bisher an der Diplomatischen Akademie vorwiegend vollgraduierte junge Bewerber, die also eine abgeschlossene meist akademische Berufsausbildung schon hinter sich hatten, ausgebildet, haben sie es auf sich genommen, unter Verzicht auf Einkommen und rasche Karriere in allen möglichen bürgerlichen Berufen sich dieser Ausbildung zu unterziehen, so mußten wir erleben, daß rund ein Viertel dieser 30 Österreicher, welche seit 1964 diese Akademie durchlaufen haben, heute ohne adäquate Beschäftigung ist; zweifellos auch eine Entwicklung, die zur Auffassung führen könnte, wir hätten keinen Bedarf an Diplomaten, wir hätten keine Verwendungsmöglichkeiten. Daß es ganz anders liegt, hat ja auch die vor zwei Tagen erfolgte Debatte zum Kapitel Äußeres im Finanzausschuß ergeben.

Auch die Honorierung der jungen Diplomaten, besonders am Anfang ihrer Karriere, ist völlig unzureichend, nebenbei ein Umstand, der ganz allgemein für die höheren Gruppen im öffentlichen Dienst gilt, der sich aber ganz besonders dann negativ auswirkt, wenn diese jungen Leute nunmehr relativ früh ins Ausland kommen und sich hier so unzureichend

Dr. Scrinzi

dotiert und entlohnt finden und zugleich nicht nur alle Opfer, die ein Auslandsdienst erfordert, auf sich nehmen müssen, sondern auch zusätzlichen Belastungen ausgesetzt sind, wenn sie eine Familie haben, von der sie entweder getrennt leben müssen oder für welche sie, etwa für die Kinder, wenn sie schulpflichtig sind, zusätzliche materielle Lasten auf sich nehmen müssen. Es wird nicht genügen, daß wir der Diplomatischen Akademie einen gesetzlichen Status geben, sondern wir müssen auch die andere Seite, nämlich die gehaltmäßige Seite, gegenüber dem derzeitigen Zustand wesentlich verbessern. Ich hoffe, daß ich mit diesem Anliegen auch die Zustimmung des Herrn Ministers habe. Ich glaube, Herr Außenminister, Sie werden die Klagen vielfach und häufiger hören, als wir etwa als Abgeordnete sie bei Besuchen in den verschiedensten Missionen, bei Botschaften und Gesandtschaften hören.

Die Diplomatische Akademie soll nun die kommende Hohe Schule werden, in der der diplomatische Nachwuchs ausgebildet wird. Daß dies notwendig ist, daß wir wieder ein hervorragendes Diplomatisches Corps heranziehen, das ist uns allen völlig klar und einsichtig, denn gerade auch in diesem Berufsstande, in dieser Gruppe von Beamten der Republik haben die politischen Ereignisse der vergangenen 30, 35 Jahre erhebliche Strukturveränderungen und Strukturabbrüche zur Folge gehabt, und es ist notwendig, daß wir wiederum ein hervorragend geschultes Diplomatenkorps aufbauen.

Manches, was in den letzten Jahren und in der allerjüngsten Zeit auf dem Gebiet der österreichischen Außenpolitik passiert ist, wäre sicherlich nicht eingetreten, wenn wir hier nicht einen gewissen Notstand hätten. Von jenen Pannen, die wir mit dem Besuch von ausländischen Staatsoberhäuptern erleben mußten, von den peinlichen Überraschungen, die uns etwa der Spühler-Besuch gebracht hat, von den keineswegs zweckmäßigen Folgen, die mit der Einladung des Herrn Karjalainen verbunden waren, bis herauf in die jüngsten Tage sind eine ganze Reihe von Dingen geschehen, die bei einer gut funktionierenden Diplomatie nicht hätten passieren dürfen, denn nicht zuletzt ist es die Aufgabe dieses Diplomatischen Corps, auf der funktionellen Ebene der Außenpolitik jene Koordinierung herzustellen, die gefehlt hat oder vielfach gefehlt hat und deren Fehlen zu den von mir zitierten Pannen geführt hat. Es wäre doch selbstverständlich gewesen, daß man zum Beispiel vor einer offiziellen Einladung der Bundesregierung, die an den Patriarchen Athenagoras ergangen ist und die dann zu der nicht sehr angenehmen plötzlichen Absage des Besuches geführt hat, bei

einem solchen offiziellen Anlaß über den zuständigen Geschäftsträger in der Türkei angepeilt hätte, ob ein so offizieller Besuch dieses orthodoxen Kirchenfürsten im gegenwärtigen Zeitpunkt auch im Interesse des Landes liegt, dem er angehört.

Meine Damen und Herren! Das alles sind Erwägungen, warum wir diesem Gesetz wirklich mit und aus Überzeugung zustimmen können, einer Überzeugung, die natürlich allein nicht ausreicht, die düsteren, ich möchte sagen, schwarzen Wolken, die gerade über dem Horizont der österreichischen Diplomatie im gegenwärtigen Augenblick hängen, zu vertreiben. Denn wenn wir erreichen wollten, daß niemand mehr diese Schule besucht, dann bräuchten wir nur das Kapitel Äußeres des Budgets 1968 den jungen Absolventen unserer Hohen Schulen vorzulegen, denn dieses Kapitel ist das Eingeständnis des Bankrotts auf diesem Gebiet, und dieses Kapitel ist der dokumentarische Beweis, daß es für junge Diplomaten in Österreich gar keine Karriere mehr geben kann, weil die Bundesregierung für die Zwecke einer Aktivierung und einer Ausdehnung unserer diplomatischen Aktivität in der Welt kein Geld übrig hat. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Stella Klein-Löw (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Diplomatische Akademie ist heute von besonderer Wichtigkeit, weil gerade heute in dieser Welt, in der wir leben und in der die Außenpolitik von besonderer Bedeutung ist, der Beruf des Diplomaten kaum in seiner Wichtigkeit überschätzt werden kann. Niemals, glaube ich, war der Diplomat, der richtige Diplomat, der Diplomat, der weiß, worum es geht, so wichtig wie jetzt. Diese zerrissene Welt, die so schwer zu überblicken ist, die Welt, die so kompliziert ist, daß man sie nicht immer in allen ihren Äußerungen verstehen kann, die große Anzahl der internationalen Organisationen, die Bemühungen aller, so darf man doch sagen, also auch Österreichs selbstverständlich, in diesen Organisationen die wichtige Rolle zu spielen, die einem zukommt, mitzuarbeiten, die Integrationsbestrebungen auf allen Gebieten nach allen Richtungen bringen neue Aufgaben, neue Ziele und neue Schwierigkeiten.

Angesichts der Gegensätze in der Welt zwischen Reich und Arm, zwischen hochentwickelten Ländern und Entwicklungsländern, wenn man sie überhaupt Entwicklungsländer nennen kann, den Ländern und den

5678

Nationalrat XI. GP. — 69. Sitzung — 15. November 1967

Dr. Stella Klein-Löw

Völkern, die im Entwicklungsstadium von Krämpfen dieser neuen Welt geschüttelt werden und verschiedene Umwege machen, bevor sie zur Entwicklung und zu wirklicher Freiheit kommen, angesichts der Erkenntnis, daß niemand sicher ist in dieser Welt, solange es Hungernde und Verhungerte gibt, solange es neben großem Fortschritt immer noch Unterentwicklung, Primitivität und Rückständigkeit gibt, in der Zeit, in der die Entwicklungshilfe nicht gerade irgendein Hobby ist, sondern eine Notwendigkeit der Welt und des Lebens, in dieser Zeit kommt der Diplomatie wahrhaft eine große Bedeutung zu, wobei ich nur einige Probleme unterstrichen und erwähnt habe. Dazu kommt noch das besondere Problem und die besondere Stellung eines neutralen Landes, eines Landes, das dadurch schon besondere Aufgaben hat. Das sind die allgemeinen Probleme und Fragen, die die Wichtigkeit der Diplomatie unterstreichen.

Aber für Österreich gibt es noch zusätzliche Probleme. Niemals waren so viele Österreicher im Ausland wie jetzt. Wenn man die Gelegenheit hat, im Ausland zu sein, und wenn man all die Menschen bei Empfängen oder sonst trifft, die Österreicher sind und die dort leben, dann hat man ein Bild dessen, was ist. Wenn man hier von den Besuchern gesprochen hat, die in fremde Länder kommen, und von den Studenten, die in fremden Ländern studieren, oder denen, die hier studiert haben und dann in fremde Länder gegangen sind, so darf ich noch eine große Gruppe von Österreichern hinzufügen, die in schlimmen Zeiten unser Land verlassen haben und jetzt in anderen Ländern, weit weg von uns, ihren Lebensabend verbringen; es sind gewöhnlich ältere und alte Menschen, aber viele von ihnen haben Familienangehörige, die jung sind, die nicht Österreich erlebt haben. Ihnen — ihnen allen, aber ihnen besonders — muß ein Bild des neuen Österreichs vermittelt werden, des Österreichs der Zweiten Republik, ihnen muß das Zusammengehörigkeitsgefühl mit ihrem Geburtsland und ihrem Heimatlande gegeben werden, wenn es ihnen verlorengegangen ist, oder erhalten werden, wenn sie es noch haben. Wir erleben immer wieder, wie diese Menschen wirklich danach dürsten, das Bedürfnis haben, ein Heimatland zu haben und nicht nur das Land, in dem sie ihren Wohnsitz haben.

Ich habe Gelegenheit gehabt, zu erleben, wie segensreich das Wirken eines Botschafters sein kann, eines diplomatischen Vertreters Österreichs, wie sehr die Menschen an dieses heutige Österreich glauben, wenn der Botschafter, wenn die Vertretung dieses Öster-

reich symbolisiert und sozusagen ein richtiges Auslagefenster dieses unseres Vaterlandes ist.

Man kann wohl sagen, daß die Diplomaten das Bild Österreichs im Ausland formen, und zwar formen den Österreichern gegenüber, die dort leben, aber auch der Welt gegenüber, in der sie Österreich vertreten.

Wenn man das alles bedenkt, dann erkennt man erst, wie wichtig die Frage des Diplomatenwachstums ist. Sie ist nicht eines von vielen Problemen unserer gesamten Politik, unserer Außenpolitik, sie ist ein Problem, dem Priorität zukommt. Ich weiß, es ist schwer, in der Politik, auch in der Außenpolitik, eine Reihenordnung der Werte zu erstellen, aber ich glaube, daß wir alle erkennen müssen, daß gerade die Ausbildung junger Diplomaten wirklich eine Priorität haben muß.

Ein kleines Land wie das unsere, ein neutrales Land wie das unsere, ein Land am Eisernen Vorhang wie das unsere, ein Land im Zentrum, im Herzen Europas wie Österreich, ist dieses Land nicht besonders daran interessiert, ja ist es nicht ein Lebensnerv dieses Landes, im Ausland so repräsentiert zu sein, daß es dasteht als das Land, das weltanschaulich, politisch und menschlich eine Brücke bildet?

Was ist nun für das Gedeihen, für den Wohlstand, für das Ansehen, für das Image, um dieses Wort zu nennen, Österreichs wichtiger als eben ein diplomatischer Nachwuchs, der den an ihn gestellten Anforderungen gewachsen ist? Sprachen — ja, viele Kenntnisse — ja, aber vor allem menschliche Reife, die Fähigkeit, entscheiden zu können, die Fähigkeit, dazustehen und zu wissen, was man will, und nicht zum Schluß eine österreichische Gesinnung im Sinn nicht eines Nationalismus, sondern eines Bekenntnisses zu diesem neuen Österreich und einer internationalen Gesinnung, die bedeutet, daß man sein Land liebt und alle anderen achtet und versteht.

Ich möchte dem etwas hinzufügen, was von einem meiner Vorredner, vom Herrn Staatssekretär Kranzlmayr begonnen wurde; er hat einen geschichtlichen Rückblick auf das Entstehen der Diplomatischen Akademie gegeben. Ich bin immer dafür, daß man, wenn man Geschichte betreibt, die alten Zeiten nennt, aber die Zeitgeschichte nicht vergißt. Und die Geschichte der Diplomatischen Akademie hat eine Renaissance erlebt, als die Erkenntnis dazu führte, daß der damalige Außenminister Dr. Kreisky im Jahre 1962 die finanziellen Voraussetzungen für die Errichtung der Diplomatischen Akademie

Dr. Stella Klein-Löw

geschaffen hat, also die Vorbereitungen, die von Außenminister Figl getroffen wurden, weitergeführt hat, daß er gegen viele und schwere Widerstände diese Anstalt ins Leben gerufen, aufgebaut hat, daß sie eröffnet wurde und seit Jahren in Betrieb ist. Das festzustellen, glaube ich, ist eine Selbstverständlichkeit.

Der Nationalrat faßte dann anlässlich der Budgetdebatte 1966 die Entschliebung, in der die Regierung aufgefordert wurde, die Rechtsstellung, die Aufgaben und die Studienordnung der Diplomatischen Akademie durch ein Gesetz zu regeln. Dieses Gesetz steht jetzt zur Diskussion. Es ist ein notwendiges Gesetz, es ist ein wichtiges Gesetz, denn es regelt die Organisation, es regelt den Unterricht, es regelt das Leben und die Gestalt der Akademie.

Der Unterricht umfaßt alle wichtigen Gebiete: Geschichte, Politik, Wirtschaft, Kulturpolitik, Sozialpolitik, Sprachen und so weiter. Ich möchte sagen: Er umfaßt all das, was gute Tradition ist, gepaart mit Neuem. Eine gute Grundlage soll hier geboten werden, um den offenen Blick des Diplomaten zu schulen, um ihm diesen offenen Blick zu geben und ihn so weit zu bringen, daß er auch ein offenes Ohr für das hat, was in der Welt von heute vorgeht: wirkliche Kenntnis Österreichs, des österreichischen Volkes, der Welt und ihrer Probleme.

Erlauben Sie mir, hier nur zu sagen: Gewiß, man hat immer gedacht, den Diplomaten machen vor allem seine Manieren. Nein, wenn ein Diplomat richtig geschult ist, den Geist und die Gesinnung eines offenen Menschen, eines diplomatischen Menschen hat — die Manieren kommen! Wir brauchen nicht Salonlöwen, sondern wir brauchen Menschen, die sich ihrer Aufgabe bewußt sind, die das, was die österreichische Diplomatie berühmt gemacht hat, der heutigen Zeit anpassen, die eben Tradition mit neuer Zeit zu verbinden wissen.

Wie sind die jungen Menschen — sie müssen unter 30 sein —, die sich um die Aufnahme bewerben? Ich habe die Ehre, das große Vergnügen gehabt, einige Zeit an den Prüfungen teilzunehmen, und ich kann sagen, es sind junge Männer und Frauen, die ein Studium vollendet haben. Sie kamen aus den Städten und vom Land, aus allen Kreisen der Bevölkerung. Ich weiß heute nicht, wie die Struktur ist, aber es ist versprochen worden, daß wir einen Bericht bekommen. Sie kommen aus Familien von Intellektuellen und Nichtintellektuellen, von Rechtsanwälten, aus Lehrerfamilien, Angestelltenfamilien und Bauernfamilien. Und das ist gut so. Eine

breite Streuung, damit eben die Sicherheit da ist, daß diese Menschen Österreich wirklich repräsentieren. Nur wer ganz Österreich kennt, nur wer wirklich weiß, was uns bewegt, kann uns nach außen richtig vertreten.

Fragt man die jungen Menschen, warum sie Diplomaten werden wollen, so gibt es viele Antworten. Aber ihre Essenz, ihr Inhalt ist immer derselbe: das Bedürfnis, in der Welt für Österreich zu wirken.

Nun kann man aber, wenn man die Diplomatenakademie fertiggemacht hat, nicht nur als Diplomat wirken. Da gibt es sehr viele andere Wirkungsmöglichkeiten und Wirkungskreise in dieser Richtung. Viele dieser Menschen sind zwar mit einem Studium fertig, aber noch unfertig. Ihnen muß die Diplomatische Akademie viel geben. Sie sind eben junge Menschen, die sich eine Aufgabe gestellt haben. Sie bei dieser Aufgabe zu leiten, wird Pflicht und Recht und auch wieder hohe Aufgabe des Direktors, der Professoren und der Tutoren sein.

Wird die Diplomatische Akademie es schaffen, diesen Nachwuchs hervorzubringen, bei dem Qualität, aber auch Quantität notwendig ist? Hier — und das möchte ich sehr deutlich aussprechen, das ist bereits im Ausschuß klar gesagt worden — ist Sparen Vergeudung von Zeit, Talent und Geld, denn wenn man hier spart, vergeudet man das, was man aufwendet. Die Mittel müssen so beigestellt werden, daß die Diplomatische Akademie ihre Aufgaben erfüllt. Ich möchte hier das bestätigen, was Herr Abgeordneter Dr. Kreisky im Ausschuß gesagt hat, daß es besonders schmerzlich wäre, wenn nach den vielen mühseligen Verhandlungen die Diplomatische Akademie eingefroren werden sollte, bis wiederum eine bessere Budgetsituation gegeben ist. Die Diplomatische Akademie muß wirken können, und sie kann nur wirken können, wenn sie die Möglichkeit dazu hat. Und die Möglichkeiten sind auch durch die Mittel bedingt.

Der Herr Minister hat geantwortet, daß die derzeitigen Schwierigkeiten bei der Diplomatischen Akademie vorübergehender Natur seien, sie ist nicht eingefroren, und kein wie immer gearteter Pessimismus ist gerechtfertigt. — Wir sind keine Pessimisten, wir haben nur Angst, daß die Diplomatische Akademie — ob man nun sagt — eingefroren wird oder — ob man sagt — irgendwie nicht zur Entwicklung kommt. Wenn wir bedenken, daß in der Diplomatischen Akademie gegenwärtig insgesamt im dritten Lehrgang 14 Hörer sind, davon fünf Ausländer, und im vierten Lehrgang zwölf Hörer, davon

Dr. Stella Klein-Löw

sechs Ausländer, so sind wir besorgt und fragen uns, ob das nicht für Österreich viel zuwenig ist. Viel zuwenig! Auch ich begrüße es, daß sehr viele Ausländer hier in der Diplomatischen Akademie studieren, aber ich kann es nicht wirklich als Beruhigung empfinden, daß so wenige Österreicher studieren. Hier muß gesagt werden, und es ist im Ausschuß gesagt worden: Es wird mit einer gezielten Werbung begonnen werden, die schon vor der Matura beginnt und den jungen Menschen einen Hinweis auf die Bedeutung und Wichtigkeit dieses Berufes gibt.

Ich möchte noch ein ernstes Wort in einer anderen Richtung sagen. Ich habe gesagt, daß wir weit offen sein müssen der Welt gegenüber; das heißt aber, auch an der Diplomatischen Akademie weit offen der Welt gegenüber zu sein. Das heißt, daß wir erwarten und daß wir wissen müssen, daß alle Lehrmeinungen an der Diplomatischen Akademie den jungen Menschen zur Kenntnis gebracht werden, daß die jungen Menschen alle Lehrmeinungen kennenlernen sollen, daß sie selbst zu wählen und selbst zu entscheiden haben, welche Lehrmeinung sie für die richtige halten.

In diesem Geiste ist früher gearbeitet worden, und wir hoffen und erwarten, daß in diesem Geiste auch weiter gearbeitet wird. Das ist die Diplomatische Akademie des ganzen österreichischen Volkes. Die Diplomaten müssen das Volk repräsentieren. Um das tun zu können, müssen sie alle Möglichkeiten haben, sich selbst ein Urteil über die Fächer zu bilden, in denen sie ausgebildet werden. Österreichische Gesinnung und internationale Gesinnung, habe ich gesagt. Diese Grundsätze erlauben keine Beeinflussung in einer Richtung.

Wir sagen ja zu diesem Gesetz, wir begrüßen es, wir erwarten, daß auf Grund dieses Gesetzes viel mehr junge Menschen die diplomatische Laufbahn ergreifen werden können. Viel mehr junge Menschen — ich meine Männer und Frauen, denn ich möchte sagen, daß gerade dieser Beruf ein Beruf ist, in dem Frauen nicht nur Großes leisten werden, sondern bereits ihre Fähigkeiten unter Beweis gestellt haben. Es gibt Außenministerinnen, es gibt Diplomatinen, die ihr Land im Ausland vertreten.

Dieses Ja zum Gesetz bedeutet aber unsere Entschlossenheit, soweit wir können, daran mitzuwirken, daß in dieser Diplomatischen Akademie junge Diplomaten geschult werden, die die Staatskunst mit Verantwortung, ihr reiches Wissen mit dem Verständnis für alle verbinden. Kein Platz für monocole Bestrebungen an der Diplomatischen Akademie, kein Platz für Einseitigkeit!

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Wir sagen ja zu dieser Diplomatischen Akademie, wir sagen ja zum Diplomatenwachstum, aber es ist uns bewußt, daß ein Diplomat nur dann sein Land richtig vertreten kann, wenn die Außenpolitik dieses Landes eine solche ist, daß sie der Welt, uns selbst und allen verständlich ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Außenminister Dr. Tončić. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. **Tončić-Sorinj:** Hohes Haus! Zunächst danke ich für die Ausführungen und für die Anregungen, die in dieser Debatte zum Thema Diplomatische Akademie gemacht wurden.

Frau Abgeordnete Klein-Löw, ich hätte es als eine arge Unterlassung empfunden, wenn der Herr Abgeordnete Kranzlmayr nicht die hervorragende Rolle gewürdigt hätte, die Herr Bundesminister Dr. Kreisky bei der Wiedererrichtung der Diplomatischen Akademie gespielt hat. Er hat es aber getan, es dürfte Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein.

Noch zu einigen Punkten, die Herr Abgeordneter Dr. Scrinzi behandelt hat. Ich habe mich deswegen zum Wort gemeldet, damit nicht ein falscher Eindruck über das Außenministerium und die Diplomatische Akademie entstehen könnte.

Zunächst zur Auffassung, es wäre im Außenministerium bei der Aufnahme unserer neuen und jungen Diplomaten möglich, nach parteipolitischen Gesichtspunkten vorzugehen. Diese Auffassung ist vollkommen unrichtig. Seinerzeit hat Bundeskanzler Ing. Figl als Außenminister ein System des Examen préalable eingeführt, das dann später von Außenminister Dr. Kreisky und von mir beibehalten wurde. Dieses System schließt jede parteipolitische Bevorzugung vollkommen aus. Jeder, der damit zu tun hat, weiß, daß sogar ein kräftiges Nachspüren es ganz unmöglich machen würde, nach einem parteipolitischen Gesichtspunkt bei der Wertung des Prüfungsergebnisses vorzugehen. Es ist also ganz ausgeschlossen, daß in dieser Richtung irgendwelche Unkorrektheiten im Außenministerium vorkommen könnten. Ferner würde auch eine Anreicherung der Kompetenzen für das Außenministerium, so wie ich es im Kapitel Äußeres im Finanz- und Budgetausschuß ausgeführt habe, leider an der Tatsache gar nichts ändern, daß wir nun in eine Phase der sogenannten Verwaltungsvereinfachung eingetreten sind, die praktisch einem Aufnahmestopp gleichkommt.

Bundesminister Dr. Tončić-Sorinj

Das ist die Ursache der Schwierigkeiten, nur das. Das Interesse am Außenministerium oder an der Diplomatischen Akademie ist nicht kleiner. Viel mehr junge Leute melden sich zum *Préalable*, als aufgenommen werden können. Das ist ein Zeichen, wie groß das Interesse ist, und auch für die Diplomatische Akademie besteht großes Interesse. Da aber die jungen Leute wissen, daß sie, wenn sie die Diplomatische Akademie absolviert haben, keine Garantie haben, in den Auswärtigen Dienst aufgenommen zu werden, bleibt vielen von ihnen nichts anderes übrig, als den Schritt zur Diplomatischen Akademie nicht zu tun. Wäre daher die Prämisse anders, dann wäre auch die Konsequenz eine andere. Aber daß wir nicht in der Lage sind, mehr Leute in den diplomatischen Dienst aufzunehmen, ist eine Teilerscheinung eines Gesamtphänomens, das ich soeben illustriert habe. Bei ausländischen Studenten spielt auch eine Rolle, daß sehr viele von ihnen Stipendien benötigen, und wir sind daher in der nicht angenehmen Situation, gerade bei ausländischen Studenten immer berücksichtigen zu müssen, wieweit wir über Stipendien verfügen.

In einem Punkt stimme ich Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi zu, nämlich darin, daß die Taggelder bei Auslandsreisen tatsächlich zu gering sind und daß hier eine Diskrepanz eintritt, die oft einen sehr seltsamen Charakter annimmt.

Im großen und ganzen darf ich aber mit einem doppelten Dank schließen, nämlich einmal mit dem Dank für den allgemein geäußerten Wunsch, unsere diplomatischen und konsularischen Vertretungsbehörden an Zahl und personeller Ausstattung zu erhöhen, und weiterhin mit einem Dank für die Würdigung, die die Diplomatische Akademie in diesem Hause erfahren hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. — Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Bei der Abstimmung wird der Gesetzesentwurf mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen unter Berücksichtigung der Druckfehlerberichtigungen in zweiter und dritter Lesung einstimmig zum Beschluß erhoben.

4. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Bruno Kreisky (646 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Dr. Bruno Kreisky.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kleiner. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter Dr. Kleiner: Hohes Haus! Das Strafbezirksgericht Wien hat mit Schreiben vom 11. Juli 1967 um die Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Bruno Kreisky wegen Ehrenbeleidigung ersucht. Der Privatankläger in diesem Fall fühlt sich in seiner Ehre dadurch verletzt, daß Abgeordneter Dr. Kreisky in einer Diskussionsveranstaltung der SPÖ am 27. Mai 1967 erklärt haben soll: „Der kriminell vielfach vorbestrafte Drechsler täte besser, die Finger von Südtirol zu lassen und endlich einmal einer ordentlichen Arbeit nachzugehen.“

Der Immunitätsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 27. Oktober 1967 mit dem Begehren auf Auslieferung beschäftigt und beschlossen, dem Hohen Haus zu empfehlen, diesem Begehren nicht stattzugeben, da der Abgeordnete Dr. Kreisky diese Äußerung in Ausübung seiner politischen Tätigkeit gemacht hat.

Ich stelle daher namens des Immunitätsausschusses den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 11. Juli 1967 um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Bruno Kreisky wegen Ehrenbeleidigung wird nicht Folge gegeben.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir gelangen somit zur Abstimmung.

Der Antrag des Immunitätsausschusses wird einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien um Aufhebung der Immunität der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Christian Broda, Dr. Hertha Firnberg und Dr. Stella Klein-Löw (647 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Ersuchen um Aufhebung der Immunität der Abgeordneten Dr. Christian Broda, Dr. Hertha Firnberg und Dr. Stella Klein-Löw.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gratz. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Gratz: Hohes Haus! Dem Immunitätsausschuß lag in seiner Sitzung am 27. Oktober 1967 ein Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 27. Juli 1967 vor, die Immunität der Abgeordneten zum National-

Gratz

rat Dr. Christian Broda, Dr. Hertha Firnberg und Dr. Stella Klein-Löw wegen Ehrenbeleidigung aufzuheben. Der Privatankläger Liberda fühlt sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Hauptausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft an der Technischen Hochschule Wien durch den Inhalt einer parlamentarischen Anfrage der genannten Abgeordneten an den Bundesminister für Unterricht in seiner Ehre verletzt.

Der Immunitätsausschuß hat angesichts der Tatsache, daß die inkriminierten Äußerungen im Text einer schriftlichen Anfrage vorkommen und daher geradezu das Musterbeispiel einer politisch-parlamentarischen Tätigkeit darstellen, beschlossen, folgenden Antrag zu stellen:

Dem Ersuchen des Strafbezirksgerichtes Wien vom 27. Juli 1967, 15 U 1402/67, um Aufhebung der Immunität der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Christian Broda, Doktor Hertha Firnberg und Dr. Stella Klein-Löw wegen Ehrenbeleidigung wird nicht Folge gegeben.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir gelangen daher zur Abstimmung.

Der Antrag des Immunitätsausschusses wird einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen des Bezirksgerichtes Gänserndorf um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Roland Minkowitsch (648 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Ersuchen um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Roland Minkowitsch.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Rudolf Graf. Ich bitte um den Bericht.

Berichterstatter Rudolf Graf: Hohes Haus! Das Bezirksgericht Gänserndorf ersucht mit Schreiben vom 18. Juli 1967, U 291/67, um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Roland Minkowitsch wegen § 318 des Strafgesetzes im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall. Dem Abgeordneten Minkowitsch wird zur Last gelegt, er sei am 17. Juli 1967 gegen 10 Uhr auf der Bundesstraße Nr. 8 wegen zu hoher Geschwindigkeit mit seinem Personenkraftwagen gegen einen Lichtmast gestoßen und habe diesen beschädigt.

Der Immunitätsausschuß hat das Auslieferungsbegehren in seiner Sitzung am 27. Oktober 1967 beraten und beschlossen,

dem Hohen Hause zu empfehlen, diesem Begehren gemäß seiner ständigen Übung bei Vorliegen von Verkehrsunfällen Folge zu geben.

Der Immunitätsausschuß stellt durch mich den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Ersuchen des Bezirksgerichtes Gänserndorf vom 18. Juli 1967, U 291/67, um Aufhebung der Immunität des Abgeordneten zum Nationalrat Roland Minkowitsch wegen § 318 Strafgesetz (Verkehrsunfall) wird Folge gegeben.

Präsident: Zum Wort ist niemand gemeldet. Wir gelangen daher zur Abstimmung.

Der Antrag des Immunitätsausschusses wird einstimmig angenommen.

Präsident: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Donnerstag, den 16. November, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

1. Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (522 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem ein Fonds zum Schutz österreichischer Staatsbürger im Ausland errichtet wird (616 der Beilagen);

2. Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage (543 der Beilagen): Konsulargebührengesetz 1967 (617 der Beilagen);

3. Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die Tätigkeit der österreichischen Delegation im Gouverneursrat der Internationalen Atomenergieorganisation im Jahre 1966 sowie über die X. Ordentliche Generalkonferenz der IAEA (618 der Beilagen);

4. Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die Tätigkeit des Ministerkomitees des Europarates im Jahre 1966 (623 der Beilagen);

5. Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Bericht des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten über die XXI. Generalversammlung der Vereinten Nationen (New York, 20. September bis 20. Dezember 1966) samt Nachtrag (624 der Beilagen), und

6. Bericht des Außenpolitischen Ausschusses betreffend den Bericht der österreichischen Delegation zur 55. Interparlamentarischen Konferenz in Teheran (456 der Beilagen).

Diese Sitzung beginnt mit einer Fragestunde.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 30 Minuten

Österreichische Staatsdruckerei 3969 67